



# Landtag von Baden-Württemberg

104. Sitzung

12. Wahlperiode

Stuttgart, Dienstag, 20. Februar 2001 • Haus des Landtags

Beginn: 10:04 Uhr

Schluss: 19:14 Uhr

## INHALT

Eröffnung – Mitteilungen des Präsidenten . . . . .	8161	c) Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums Ländlicher Raum – <b>Maßnahmen zur Zukunftssicherung der Landwirtschaft in Baden-Württemberg</b> – Drucksache 12/5878	
Begrüßung der Botschafterin von Kanada, Frau Bernard-Meunier, und des Leiters des Kanadischen Konsulats in Stuttgart, Herrn Honorarkonsul Rudolf Schweiker . . . . .	8180	d) Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums Ländlicher Raum – <b>Kontrolle der BSE-Schutzmaßnahmen</b> – Drucksache 12/5887 . . . . .	8185
<b>1. Regierungserklärung – Zukunftsoffensiven des Landes für die junge Generation – und Aussprache . . . . .</b>	<b>8161</b>	Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	8185, 8192
Ministerpräsident Teufel . . . . .	8161, 8176	Abg. Birgit Kipfer SPD . . . . .	8187
Abg. Dr. Schlierer REP. . . . .	8165, 8184	Abg. Kiefl CDU . . . . .	8188
Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU . . . . .	8167	Abg. Drautz FDP/DVP . . . . .	8190, 8196
Abg. Maurer SPD . . . . .	8169, 8180	Abg. Dagenbach REP . . . . .	8191, 8197
Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	8171	Abg. Teßmer SPD . . . . .	8194
Abg. Pfister FDP/DVP . . . . .	8174	Abg. Hauk CDU . . . . .	8195
Abg. Oettinger CDU . . . . .	8182	Ministerin Gerdi Staiblin . . . . .	8199
		Staatsrat Dr. Beyreuther . . . . .	8203
		Beschluss . . . . .	8203
<b>2. a) Aktuelle Debatte – Auswirkungen der Regierungserklärung der Bundesministerin Frau Künast auf die Landwirtschaft in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen</b>		<b>3. Aktuelle Debatte – Recht und Ethik – Die Erforschung des menschlichen Genoms und ihre rechtlichen Grenzen – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP . . . . .</b>	<b>8203</b>
b) Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums Ländlicher Raum – <b>Bisherige und geplante Maßnahmen der Landesregierung gegen die Gefahren durch BSE</b> – Drucksache 12/5835		Abg. Dr. Noll FDP/DVP . . . . .	8204
		Abg. Dr. Reinhart CDU . . . . .	8205, 8210
		Abg. Dr. Walter Müller SPD . . . . .	8206, 8211
		Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen . . . . .	8207, 8212
		Abg. Dr. Schlierer REP. . . . .	8208, 8212
		Abg. Kiesswetter FDP/DVP . . . . .	8209
		Minister Dr. Ulrich Goll . . . . .	8213

4. Aktuelle Debatte – **Konsequenzen des Geburtenrückgangs für die Entwicklung Baden-Württembergs** – beantragt von der Fraktion Die Republikaner . . . . . 8216
- Abg. Krisch REP . . . . . 8216, 8223  
 Abg. Ingrid Blank CDU . . . . . 8217  
 Abg. Dr. Walter Müller SPD . . . . . 8218  
 Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen . . . . . 8219  
 Abg. Dr. Noll FDP/DVP . . . . . 8221  
 Staatssekretärin Johanna Lichy . . . . . 8222
5. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Weiterentwicklung der Regionen und zur Änderung des Landesabfallgesetzes** – Drucksache 12/5877
- Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 12/5994 . . . . . 8224
- Abg. Fleischer CDU . . . . . 8225  
 Abg. Schmiedel SPD . . . . . 8226  
 Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen . . . . . 8227  
 Abg. Hofer FDP/DVP . . . . . 8228  
 Abg. Deuschle REP . . . . . 8229  
 Staatssekretär Dr. Mehrländer . . . . . 8230
- Beschluss . . . . . 8231
6. Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – **Gesetz über die Unterbringung besonders rückfallgefährdeter Straftäter (Straftäter-Unterbringungsgesetz – StrUBG)** – Drucksache 12/5911
- Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 12/6019 . . . . . 8233
- Abg. Bebbler SPD . . . . . 8233, 8235  
 Abg. Rech CDU . . . . . 8234, 8242  
 Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen . . . . . 8236  
 Abg. Kiesswetter FDP/DVP . . . . . 8237  
 Abg. Troll REP . . . . . 8239  
 Minister Dr. Ulrich Goll . . . . . 8240
- Beschluss . . . . . 8242
7. a) **Bericht des Parlamentarischen Beirats „Neue Steuerungsinstrumente“ und Aussprache**
- b) **Beschlussempfehlung des Parlamentarischen Beirats – Auftrag – Ziele – Vorgehensweise** – Drucksache 12/5529 . . . . . 8242
- Abg. Dr. Birk CDU . . . . . 8242
- Beschluss . . . . . 8245
8. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 4. Dezember 2000 – **Einundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz** – Drucksachen 12/5740, 12/6020 . . . . . 8245
- Abg. Herrmann CDU . . . . . 8245  
 Abg. Bebbler SPD . . . . . 8246  
 Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen . . . . . 8247  
 Abg. Kiesswetter FDP/DVP . . . . . 8247  
 Abg. Wilhelm REP . . . . . 8248  
 Minister Dr. Schäuble . . . . . 8249
- Beschluss . . . . . 8250
9. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Januar 2001 – **Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkulturkanal vom 19. November 1991 (GBl. S. 745); hier: Berichte des Südwestrundfunks, des Zweiten Deutschen Fernsehens und des DeutschlandRadios über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 1999 bis 2002** – Drucksachen 12/5950, 12/6017 . . . . . 8250
- Beschluss . . . . . 8250
10. Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Südwestrundfunks vom 19. Dezember 2000 – **Bericht über die Nutzung der Übertragungswege gemäß § 42 Abs. 3 des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk** – Drucksachen 12/5875, 12/6018 . . . . . 8250
- Beschluss . . . . . 8250
11. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. Dezember 2000 – **Denkschrift 1999 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 (Nr. 19) – Zum Stand der DV-Unterstützung in der Steuerverwaltung** – Drucksachen 12/5881, 12/5924 . . . . . 8250
- Beschluss . . . . . 8250
12. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Finanzministeriums vom 23. September 1999 – **Denkschrift 1998 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1996 (Nr. 10) – Betätigungsprüfungen im Eisenbahnbereich** – Drucksachen 12/4437, 12/5923 . . . . . 8250
- Beschluss . . . . . 8250

<p>13. Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 23. Januar 2001 – <b>Verkauf einer landeseigenen Grundstücksfläche Ecke Löwentor-/Pragstraße in Stuttgart (sog. Brixner-Areal)</b> – Drucksachen 12/5936, 12/5997..... 8250</p> <p>Beschluss..... 8251</p> <p>14. Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 5. Dezember 2000 – <b>Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegen-</b></p>	<p><b>heiten; hier: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament, den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Verwirklichung des ‚Europäischen Forschungsraums‘: Leitlinien für die Maßnahmen der Union auf dem Gebiet der Forschung (2002 bis 2006)“</b> – Drucksachen 12/5818, 12/5995..... 8251</p> <p>Beschluss..... 8251</p> <p>Nächste Sitzung..... 8251</p> <p>Berichtigung..... 8251</p>
--	--

## Protokoll

über die 104. Sitzung vom 20. Februar 2001

Beginn: 10:04 Uhr

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren! Ich eröffne die 104. Sitzung des 12. Landtags von Baden-Württemberg und begrüße Sie.

Urlaub für heute habe ich Herrn Abg. Mayer-Vorfelder erteilt.

Meine Damen und Herren, im Eingang befindet sich ein Antrag des Finanzministeriums vom 25. Januar 2001 betreffend die Haushaltsrechnung für das Haushaltsjahr 1999. Ich schlage Ihnen vor, die Vorlage, die Ihnen noch als Drucksache 12/5969 zugehen wird, an den Finanzausschuss zu überweisen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Ich rufe **Punkt 1** der Tagesordnung auf:

### Regierungserklärung – Zukunftsoffensiven des Landes für die junge Generation – und Aussprache

Ich erteile dem Herrn Ministerpräsidenten das Wort.

**Ministerpräsident Teufel:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die EU-Kommission hat am 7. Februar dieses Jahres den Kaufvertrag zwischen dem Land und der EdF genehmigt. Der Übertragung der Aktien des Landes an der EnBW steht damit nichts mehr im Wege.

(Abg. Haas CDU: Sehr gut!)

Im Gegenzug wird die EdF den vereinbarten Kaufpreis von 4,7 Milliarden DM Ende Februar/Anfang März überweisen. Dies ist für unser Land ein großer Erfolg.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Es ist der Startschuss für ein neues Kapitel in der Erfolgsgeschichte unseres Landes.

Der Energiestandort Baden-Württemberg bleibt und ist gestärkt. Er behält seine technologische Kompetenz, seine Kraftwerke, seine Arbeitsplätze. Er wird auf dem nationalen Energiemarkt und darüber hinaus eine Rolle spielen.

Baden-Württemberg hat auch auf dem Energiesektor seine Kräfte durch Fusionen gebündelt und durch Beteiligung eines starken strategischen Partners gestärkt. In einem Europa offener Grenzen geht das Grenzland Baden-Württemberg seinen europäischen Weg. Das ist, wenn wir uns die Situation unserer noch vor Jahren relativ zersplitterten Energiewirtschaft in Erinnerung rufen, durchaus keine

Selbstverständlichkeit, sondern es ist das Resultat einer mutigen, einer strategisch ausgerichteten Politik, zu der die Anteilseigner des Badenwerks, der EVS, der OEW und der Neckarwerke Stuttgart ihren Beitrag geleistet haben. Ich danke allen Beteiligten dafür.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Durch diese Politik wurde auch der Wert der EnBW wesentlich gesteigert. Wer hat vor den Verhandlungen auf einen Verkaufserlös der Landesanteile von 4,7 Milliarden DM auch nur zu hoffen gewagt? Und einen solchen Preis würden wir gegenwärtig unter den mittlerweile eingetretenen Wettbewerbsbedingungen des deutschen und des europäischen Strommarkts mit Sicherheit nicht mehr erzielen können.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Also nicht nur die Strategie, sondern auch das Timing haben auf den Punkt genau gestimmt.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Entscheidend war, dass sich die aus der Fusion von Badenwerk und EVS hervorgegangene Energie Baden-Württemberg AG nicht nur im Kreis der wirklich großen Energieversorger Deutschlands etablieren, sondern sich auch offensiv mit einer äußerst kreativen und erfolgreichen Geschäftspolitik an die Spitze des energiewirtschaftlichen Wettbewerbs stellen konnte.

Der Verkauf der Landesanteile an die EdF ist unter den gegebenen Voraussetzungen eine optimale Lösung. Sie bringt für unser Land die strukturpolitischen und strategischen Vorteile, die wir von Anfang an als Ziel der energiewirtschaftlichen Neuordnung Baden-Württembergs angestrebt haben:

Durch die Minderheitenbeteiligung der EdF bleibt die Eigenständigkeit der EnBW gesichert. Sämtliche Kraftwerkstandorte, aber auch die anderen Standorte der EnBW werden garantiert. Damit haben wir größtmögliche Sicherheit für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erreicht. Ein Blick nach Nordrhein-Westfalen und Bayern zeigt, was dies bei der gegenwärtigen Tendenz zur Schließung ganzer Kraftwerke und zum Abbau Tausender Arbeitsplätze wert ist. Bei jeder anderen Verkaufsoption wäre die EnBW unweigerlich in ähnliche Prozesse des Kapazitäts- und Arbeitsplatzabbaus geraten. Schließlich wird durch die Zusammenarbeit von EnBW und EdF der Wettbewerb auf

(Ministerpräsident Teufel)

dem Strommarkt national und europaweit eindeutig gestärkt. Deshalb ist die gefundene Lösung auch und gerade eine Lösung im Sinne der Verbraucher und der Wirtschaft und im Sinne der eingeleiteten Marktöffnung, die wir als Landesregierung auch weiterhin nachdrücklich unterstützen.

Ich möchte an dieser Stelle nochmals allen Verantwortlichen, insbesondere Herrn Präsident Roussely und Herrn Vorstandsvorsitzendem Goll, für die stets von partnerschaftlichem Geist getragenen Verhandlungen und für ihren persönlichen Einsatz herzlich danken. Ebenso danke ich Herrn Landrat Dr. Schürle, dem Vorsitzenden der OEW, für die gute Zusammenarbeit. Ich bin auch Herrn Kommissar Monti und der EU-Kommission für die getroffene Entscheidung und das wirklich vertrauensvolle Klima, das unsere Kontakte in jeder Phase dieses Verfahrens geprägt hat, dankbar.

Meine Damen und Herren, wäre es in Anbetracht dieser unbestreitbaren Erfolge vielleicht doch angebracht, von der Opposition dieses Hauses ein Wort der Anerkennung zu hören?

(Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Lob ist in Zeiten des Wahlkampfes sicher zu viel verlangt. Aber vielleicht doch ein schwäbisches Lob nach dem Motto: „Net gschimpft isch globt gnuag!“

(Heiterkeit – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Wenn ich mir allerdings die abstrusen Standpunkte anschau, die Sie in den zurückliegenden Monaten und Tagen zu diesem Themenkomplex vertreten haben, dann sinken meine diesbezüglichen Hoffnungen auf null.

Wären wir dem SPD-Vorschlag zur Verwendung des Verkaufserlöses von 4,7 Milliarden DM gefolgt, dann hätten wir eine massive finanzielle Schlechterstellung für das Land und seine Bürgerinnen und Bürger in Kauf nehmen müssen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Ich frage deshalb insbesondere Sie, Herr Maurer,

(Abg. Maurer SPD: Jawohl!)

und ich frage Ihre Fraktion: Wie kommen Sie eigentlich dazu, hier in Baden-Württemberg den Steuereintreiber des Bundes zu spielen?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf von der CDU: Ja, genau!)

Ist Ihnen bei der ganzen Begeisterung für den Genossen Eichel etwa entfallen, welche Interessen Sie in dieser Frage zu vertreten haben?

(Zuruf von der CDU: Das wissen die nicht! – Abg. Hehn CDU: Müssen wir ihm helfen! – Abg. Beber SPD: Sie sind ja auch kein Bundesbürger!)

Oder denken Sie, wer 4 Milliarden DM Länderfinanzausgleich zahle, der könne ruhig – so nebenbei – auch noch zusätzliche 1,8 Milliarden DM an Steuern nach Berlin überweisen, statt sie im Land für die Zukunftschancen der jungen Generation zu verwenden?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Ich halte dies, um es vorsichtig auszudrücken, für eine sehr merkwürdige Haltung, die Sie in dieser Frage an den Tag legen.

(Abg. Scheuermann CDU: Herr Maurer wird es uns erklären!)

Ich sage Ihnen: Wir brauchen für die Zukunftssicherung unseres Landes und seiner jungen Generation jede einzelne Mark, insbesondere in Zeiten, in denen wir mehr als 1 Milliarde DM dafür ausgeben müssen, dass der Bund seinen Verpflichtungen an Bundesaufgaben in Baden-Württemberg nachkommt.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Beifall des Abg. Pfister FDP/DVP – Zuruf von der CDU: So ist es! – Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

Deshalb gibt es keine vernünftige Alternative zu einer dritten Zukunftsoffensive Junge Generation, keine vernünftige Alternative zur Landesstiftung Baden-Württemberg. Dass wir bei der Mittelverwendung strikt an das Prinzip der Gemeinnützigkeit gebunden sind, kann doch niemand allen Ernstes als Manko bezeichnen. Schauen Sie sich doch einmal die vielen zulässigen Felder in der Abgabenordnung an! Wir haben Aufgaben in Hülle und Fülle,

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

welche die Anforderungen der Gemeinnützigkeit erfüllen. Mit der Landesstiftung und der neuen Zukunftsoffensive setzen wir konsequent und zielstrebig auf die Fortsetzung eines Kurses, den wir mit Ihnen von der SPD

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

1994 mit der Zukunftsoffensive Junge Generation I begonnen haben und den wir 1997 gemeinsam mit der FDP/DVP mit der Zukunftsoffensive Junge Generation II weiter beschritten haben.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das war aber eine andere Konstruktion!)

In Zeiten europaweiter Liberalisierung und sich ändernder Markt- und Wettbewerbsbedingungen trennen wir uns von unternehmerischem Vermögen des Landes, nicht um konsumtive Ausgaben zu tätigen, sondern ausschließlich für Investitionen in die Zukunftschancen der jungen Generation.

Meine Damen und Herren, der amerikanische Nobelpreisträger Gary Becker sagt: Über 75 % des Kapitals entwickelter Industriegesellschaften sind heute Humankapital. Deshalb unsere klare Priorität für Bildung und Berufsaus-

(Ministerpräsident Teufel)

bildung, für Wissenschaft und Forschung. Das ist der Humus, auf dem die Wertschöpfung des 21. Jahrhunderts gedeiht.

(Beifall bei der CDU)

Baden-Württemberg ist groß geworden mit dem Rohstoff Wissen, mit der fast einzigartigen Kombination von Fleiß und Leistungsbereitschaft mit sowohl wissenschaftlicher als auch unternehmerischer Fantasie und Kreativität. Mit diesen Tugenden und Begabungen und mit diesem Können und mit Kompetenz werden wir auch wettbewerbsfähig bleiben.

Baden-Württemberg wird seine nationale und internationale Spitzenstellung halten können. Baden-Württemberg wird im 21. Jahrhundert seinen jungen Menschen weiterhin ausgezeichnete Lebenschancen, Bildungschancen, Berufschancen und Arbeitschancen bieten können, wenn wir auch in Zukunft auf diese Karte setzen. Wir bleiben das Land der Talente und der Patente.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Pfister FDP/  
DVP)

Baden-Württemberg ist auf dem Weg zur Vollbeschäftigung. Von 100 neuen Arbeitsplätzen, die im Jahr 2000 in Deutschland neu geschaffen wurden, sind allein 21 in Baden-Württemberg entstanden. Hätten wir bundesweit dieselben Erfolge bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, dann gäbe es in Deutschland 2 Millionen Arbeitslose weniger. Arbeitslosigkeit in Deutschland im Januar dieses Jahres, im letzten Monat: 10 %. Zweitbesten Wert in Deutschland: Bayern 6,2 %. Bester Wert: Baden-Württemberg 5,2 %.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg.  
Mühlbeyer CDU: Bravo!)

Wir haben die niedrigste Jugendarbeitslosigkeit in Europa, die höchste Zahl von Patentanmeldungen in Deutschland und die meisten Hochtechnologiearbeitsplätze in Europa. Wachstum im Jahr 2000 in Deutschland 3,1 %, Wachstum im Jahr 2000 in Baden-Württemberg 4,2 %.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Das ist die Stärke Baden-Württembergs, die Leistung seiner Wirtschaft und seines Bildungswesens, Lohn für die Anstrengung seiner Menschen.

Aber wir verdanken diese Erfolge auch einer Politik der Landesregierung, die in den Neunzigerjahren, der Zeit der größten Konjunkturkrise und der größten Strukturkrise der Nachkriegszeit, die Voraussetzungen für das Comeback Baden-Württembergs unter die wachstumsstärksten und innovativsten Regionen Europas geschaffen hat.

So ist es gelungen, die Wettbewerbskraft unserer klassischen Kernbranchen – der Automobilindustrie, der Zulieferindustrie, des Maschinenbaus und der Elektrotechnik – wieder eindrucksvoll zurückzuerobieren. So wurde das Fundament für viele Existenzgründungen und für neue Branchen gelegt. Wir setzen auch in Zukunft auf diese tragende Säule des Wirtschafts- und Technologiestandorts Baden-Württemberg.

Doch darüber hinaus ist Baden-Württemberg auch in einer ganzen Reihe hochinnovativer Wachstumsbranchen – ich nenne beispielhaft die Bereiche Software, Internet, Medizintechnik, neue Medien, Biotechnologie – in die Spitze vorgeedrungen. Dies ist nur möglich durch ein unternehmerfreundliches, ein mittelstandsfreundliches und vor allem auch ein gründerfreundliches Klima in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Das ist das Gegenteil einer Politik, von der Sie heute in der Zeitung lesen: „Die Bundesregierung bringt den ganzen Mittelstand und die ganze Wirtschaft durch ihre Politik gegen sich auf.“

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, wir nennen unsere Politik eine Politik für die Zukunftschancen der jungen Generation und für qualifizierten Nachwuchs für unsere Wirtschaft.

(Zuruf von der SPD: Oje!)

Deshalb werden wir uns mit der dritten Zukunftsoffensive umgehend daranmachen, den nächsten Innovationsschub in Baden-Württemberg zu starten. Dabei heißen die großen Themen: Massiver Ausbau der Kapazitäten im Informatik- und Medienbereich; Einsatz neuer Medien zur Unterstützung des Unterrichts an unseren Schulen und Hochschulen; berufliche Bildung und Existenzgründungen – auch dies ist ein Schwerpunkt der neuen Zukunftsoffensive –; weiterer Ausbau der Hochschulen, dabei insbesondere der Berufsakademien; schließlich neue, nachdrückliche Impulse in anwendungsorientierter Wissenschaft und Forschung – von den hochaktuellen interdisziplinären Entwicklungen im Bereich der Lebenswissenschaften über modernste Photonik und Lasertechnik, Medizintechnik, Nanotechnologie bis hin zur Brennstoffzellentechnologie, um nur einige Beispiele zu nennen.

Unsere Politik ist auf das Jahr 2010 gerichtet.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

Wir wollen auch in zehn Jahren die wettbewerbsfähigste Region Europas sein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir wollen dabei die globale Wettbewerbsfähigkeit unserer industriellen Kernbranchen erhalten und auf den innovativen Wachstumsmärkten, auch im Dienstleistungssektor, weiter in die Weltspitze vordringen. Diese Kombination – vorhandene Stärken auszubauen und zugleich den Boden für neue, dynamische Technologiecluster des 21. Jahrhunderts zu bereiten – ist strategisch die beste Voraussetzung für hohe Wertschöpfung und Beschäftigung in Baden-Württemberg.

Alle Menschen unseres Landes haben einen Anspruch auf eine qualifizierte Ausbildung, und sie brauchen bestmögliche Chancen für einen guten und sicheren Arbeitsplatz. Jeder hat ein Recht auf eine Aufgabe. Jeder muss Sinn finden in seinem Leben. Jeder muss mehr aus seinem Leben ma-

(Ministerpräsident Teufel)

chen können. Wir lassen niemanden hängen. Wir wollen alle mitnehmen auf dem Weg in die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zurufe von der SPD)

In der Tat: Für uns beginnt der Mensch nicht beim Abitur.

(Zurufe von der SPD, u. a. Abg. Rudolf Hausmann: Jetzt wird es heftig!)

Wir kümmern uns wie kein anderes Land darum, dass diejenigen, die einen Hauptschulabschluss oder Berufsschulabschluss nicht schaffen, in berufliche Vollzeitklassen aufgenommen werden. Wir haben den Beruf des Jugendberufshelfers neu geschaffen, um all diesen jungen Menschen einen Ausbildungsplatz zu bieten.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Deswegen sage ich noch einmal mit allem Nachdruck: Wir lassen keinen hängen; wir nehmen jeden mit.

(Zuruf von der SPD)

– Wir schleppen sogar die Opposition mit;

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

meine Damen und Herren, vor allem schleppen wir Sie auch in die nächste Legislaturperiode als Opposition mit.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD: Zu viel Fasching gefeiert! – Abg. Drexler SPD: Abschiedsrede!)

– Meine Damen und Herren, dass Sie opponieren können und Zwischenrufe machen können, habe ich nie bestritten, aber Sie können nicht regieren. Das ist der Unterschied.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Maurer SPD: Das ist gut, Erwin! – Abg. Drexler SPD: Das ist schön!)

Meine Damen und Herren, die Landesregierung ist sich der Tragweite dieser Aufgabe sehr wohl bewusst. Deshalb investieren wir in der dritten Zukunftsinitiative Junge Generation 162 Millionen DM im Bereich Schule und Jugend, davon 100 Millionen DM in die Fortsetzung der Initiative „Neue Medien an der Schule“, und 95 Millionen DM in die berufliche Bildung und für Existenzgründungsmaßnahmen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ist das gemeinnützig?)

– In der Tat ist das gemeinnützig. Ist es nicht mehr gemeinnützig, wenn man jungen Menschen, die eine qualifizierte Ausbildung und den Mut zur Selbstständigkeit haben und nicht wie Sie die 32-Stunden-Woche anstreben, hilft? Ist das nicht mehr gemeinnützig?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Lachen bei der SPD)

Etwas für die Allgemeinheit Nützlicheres als junge Menschen, die sich selbstständig machen wollen, gibt es in unserem Land überhaupt nicht. Das möchte ich einmal sagen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Weiser CDU: Das hat die SPD nicht kapiert!)

Meine Damen und Herren, 170 Millionen DM in den Ausbau der Hochschulen, 55 Millionen DM im Bereich Medienland Baden-Württemberg,

(Abg. Bebber SPD: Leicht gedopt!)

98 Millionen DM für Investitionen in der anwendungsorientierten Forschung. Wir wollen, dass Forschungsergebnisse umgesetzt werden in neue Produkte und neue Produktionsverfahren, damit wir marktfähig bleiben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

126,5 Millionen DM im Bereich der Lebenswissenschaften, 279,5 Millionen DM für Ausbildung und Infrastrukturinvestitionen in der Informations- und Kommunikationstechnologie. Sie sehen doch, dass wir in all diesen Zukunftsbereichen nicht kleckern, sondern klotzen

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

und Baden-Württemberg über die Stammbranchen hinaus damit in neuen Technologiefeldern positionieren und wettbewerbsfähig machen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

85,5 Millionen DM in weitere Forschungsprojekte im Zusammenhang mit dem Automobil und der Zulieferindustrie. In Baden-Württemberg werden die technisch besten Autos der Welt gebaut. Wir wollen, dass in unserem Land die umweltfreundlichsten Autos der Welt gebaut werden – mit der Brennstoffzelle.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Auch in diesem Zusammenhang sehe ich wichtige Aufgaben für die Landesstiftung Baden-Württemberg.

(Unruhe bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es handelt sich um eine der größten öffentlich-rechtlichen Stiftungen Deutschlands. Sie wird nun Jahr für Jahr – ohne dass wir den realen Wert des Kapitalstocks schmälern – einen dreistelligen Millionenbetrag für Investitionen und gemeinnützige Projekte einsetzen können.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Ich werde mich in meiner Funktion als Aufsichtsratsvorsitzender der Landesstiftung beispielsweise für folgende Projekte einsetzen:

Die Einrichtung eines „Baden-Württemberg-Stipendiums“.

Qualifizierte Studentinnen und Studenten aus dem Land sollen die Möglichkeit eines Aufenthalts an ausländischen Spitzenuniversitäten bekommen. Zudem sollen im Gegenzug besonders begabte ausländische Hochschüler für ein Studium an baden-württembergischen Hochschulen gewonnen werden.

(Ministerpräsident Teufel)

Auch geeignete Meister- und Technikerschüler sollen die Möglichkeit bekommen, sich mit einem Stipendium im Ausland weiterzubilden.

(Abg. Bloemecke CDU: Das ist prima!)

Zudem sollen qualifizierte Schüler und Auszubildende aus dem Ausland in der hiesigen Wirtschaft, insbesondere in mittelständischen Unternehmen und im Handwerk, die Möglichkeit einer besonderen Förderung bekommen.

(Abg. Bloemecke CDU: Alles gut!)

Meine Damen und Herren, des Weiteren schlagen wir den „Internet-Führerschein“ als Förderprojekt für die Landesstiftung vor.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sehr gut!)

Alle Erwachsenenbildungsträger, die Menschen jeden Alters an den PC und an das Internet heranführen, sollen bei uns eine besondere Förderung bekommen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Mit dieser Stiftung schaffen wir eine Quelle, die laufend Gutes bewirken kann, ohne je an Ergiebigkeit einzubüßen – von Jahr zu Jahr, von Generation zu Generation. Wir erhalten den Wert –

(Abg. Bebbler SPD: Perpetuum mobile!)

– Ja, wir erhalten den Wert, damit Sie vielleicht in 20, 30 Jahren auch einmal die Chance haben, darüber zu verfügen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Brechtken SPD: Das Niveau ist schlimm!)

Meine Damen und Herren, wir erhalten den Wert, weil wir jedes Jahr Mittel, die die Inflationsrate ausgleichen, zuerst einmal der Stiftung neu zuführen, sodass wir die Substanz der Stiftung erhalten. Kann man sich denn Politik nachhaltiger vorstellen?

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Kann man sich denn Politik zukunftsgerichteter vorstellen?

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Schulden abbauen!)

Was in Generationen angewachsen ist, das verpulvern wir nicht in einer Generation und schon gar nicht in einer Legislaturperiode,

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

sondern das setzen wir nachhaltig für die Zukunftschancen der jungen Generation ein.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ein guter Auftakt für ein starkes Baden-Württemberg im neuen Jahrhundert! Wir wollen Fortschritt, der den Menschen dient. Modernität und Menschlichkeit, Leistung und soziale Verantwortung gehören zusammen.

Lassen Sie uns dafür in Baden-Württemberg ein Beispiel geben!

(Anhaltender Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, für die Aussprache über die Regierungserklärung hat das Präsidium eine Redezeit von zehn Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten.

Ich erteile in der Aussprache nach § 83 a Abs. 3 der Geschäftsordnung Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Schlierer das Wort.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Was wir soeben gehört haben, war keine Regierungserklärung, sondern eine Wahlkampf-erklärung.

(Beifall bei den Republikanern)

Wenige Wochen vor der Landtagswahl soll den Wählern noch einmal ein großer Erfolg in Erinnerung gerufen werden,

(Abg. Haasis CDU: Wie gut sie mit der CDU fahren! Das ist auch richtig!)

der bereits mehrfach abgefeiert wurde,

(Zuruf des Abg. Seimetz CDU)

und dieses Hohelied des Selbstlobs dieser Landesregierung scheint mir doch ein Stück weit Ausdruck von Verzagtheit zu sein.

(Beifall bei den Republikanern – Lachen bei Abgeordneten der CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das glauben Sie doch selber nicht!)

Die Bewertung, meine Damen und Herren, des Energiestandorts Baden-Württemberg war bereits Gegenstand einer Regierungserklärung im Jahr 1999. Eine Wiederholung heute war in gar keiner Weise erforderlich. Die Diskussion über die Einbringung von Landesvermögen in eine Landesstiftung und die Verwendung dieser Mittel haben wir bereits wiederholt geführt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ist es deshalb falsch?)

– Deswegen müssen wir es nicht ständig wiederholen. – Auch die so genannte Zukunftsoffensive III der Landesregierung ist nichts Neues, Herr Kollege Pfister,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber trotzdem gut!)

und war mehrfach Gegenstand von Plenardebatten. Wozu also eine solche Erklärung zu diesem Zeitpunkt? Das ist die entscheidende Frage.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, man wird den Eindruck nicht los, dass kurz vor einer Wahl im Angesicht fallender Umfragewerte für die CDU die letzten Register gezogen werden.

(Lachen des Abg. Weiser CDU)

(Dr. Schlierer)

Wie heißt es so schön? Die Union will jetzt „die Schlagzahl erhöhen“. Einer skeptischer werdenden Wählerschaft soll suggeriert werden, dass sie in eine sonnige Zukunft schreitet, wenn sie nur den Schalmeienklängen der Regierung Glauben schenkt, und das alles unter dem Motto: Wir nehmen alle mit; wir lassen keinen hängen. Herr Teufel, hoffentlich gilt das dann auch in Zukunft für die gesamte CDU-Fraktion. Da bin ich gespannt.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Weiser  
CDU: Na, na! Nur nicht so überheblich!)

Damit auch der letzte Zweifel beseitigt wird, wird wahlkampfgerecht das große Füllhorn der Wahlgeschenke ausgepackt und über einer Öffentlichkeit ausgeleert, die darob in Ehrfurcht und Erstaunen erstarren soll. Nur tut sie es einfach nicht!

(Lachen des Abg. Weiser CDU)

Und offensichtlich glaubt der Ministerpräsident nicht einmal mehr an den Beifall aus den eigenen Reihen. Oder wie sollen wir eigentlich den Appell an die Opposition verstehen, ihm endlich einmal Beifall zu klatschen?

(Abg. Weiser CDU: Oh Mann! Tiefer gehts nicht!)

Meine Damen und Herren, das zeigt ganz offensichtlich die tiefe Verunsicherung, die Sie bei der CDU ergriffen hat.

(Beifall bei den Republikanern)

Wohl in der stillen Hoffnung, dass ob solcher Großzügigkeit des Landeschefs jeder den Wohltäter preist und dann schwarz wählt, hören wir eine Verheißung nach der anderen. Und was haben wir da in letzter Zeit nicht alles zu hören bekommen! Die Zahl der angekündigten neuen Lehrerstellen wächst wie auf einer Auktion. Legt die eine 5 000 vor, kontert der andere einfach mit 5 500. Ob realistisch, ob finanzierbar – wen interessiert es? Hauptsache, der Wähler glaubt es.

Da gibt es Laptops für alle im Angebot. Welcher Schüler wird sich schon dagegen wehren, einen Laptop zur Verfügung gestellt zu bekommen?

Und überhaupt: Wer wird denn schon etwas gegen Investitionen im Schulbereich oder in der Forschung oder gar gegen die Förderung neuer Technologien haben? Kurz vor der Wahl verspricht man sich auf der Regierungsbank offensichtlich, dass die Wohltaten im Gewand einer Regierungserklärung besonders gut ankommen.

Aber dafür, meine Damen und Herren, war der Inhalt dieser Erklärung viel zu dürrig. Ich will das an einigen Punkten deutlich machen.

Thema Energiepolitik: Da kann ich nur sagen: aus der Villa Reitzenstein nichts Neues. Das grenzenlose Vertrauen in den Markt kennen wir bei Ihnen, und der Vorgang in Kalifornien scheint Sie nicht zum Nachdenken angeregt zu haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Überhaupt stelle ich einmal die Frage, Herr Ministerpräsident: Wer hat denn überhaupt etwas von dem Aktienver-

kauf? Eine EnBW, die bereits ankündigt, ihre Energieerzeugung in einem angeblich neuen Markt zurückzufahren, oder nicht viel mehr eine EdF, die endlich den Fuß im Markt des östlichen Nachbarn hat und dort ihren Atomstrom zu Dumpingpreisen absetzen kann? Das ist doch die eigentliche Strategie der Partner.

Dann die irrwitzige Vorstellung, dass die EnBW angesichts der Energiepolitik von Rot-Grün langfristig von einer Erschließung des französischen Markts profitieren könnte. Ich halte das alles für eine völlige Illusion.

Auch zu dem Thema „Zukunftsoffensiven und Wirtschaft“ erlaube ich mir eine Anmerkung. Herr Ministerpräsident, es ist immer dasselbe Spiel, das wir hier erleben: Für die Rezession ist die Weltwirtschaft zuständig, für die Strukturkrise tragen natürlich die Unternehmen die Verantwortung, und wenn es einmal Erfolge gibt, ist die Landesregierung zuständig.

(Abg. Weiser CDU: Wo haben Sie denn das gehört?)

Das ist nichts anderes als Selbstlob. Im Übrigen ist ja wohl die Frage erlaubt, was die aktuelle Lage auf dem Arbeitsmarkt mit „Erwin 1“ und „Erwin 2“ zu tun hat.

(Beifall des Abg. Deuschle REP – Abg. Kiefl  
CDU: Sehr viel!)

Sie glauben doch nicht im Ernst, dass die derzeitige Lage auf dem Arbeitsmarkt die Folge der so genannten Zukunftsoffensiven ist.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Natürlich!)

Stellen Sie sich lieber die Frage – Sie haben das ja selber schon so dargestellt –, ob nicht beispielsweise der schwache Euro den Export beflügelt hat und nicht „Erwin 1“ und „Erwin 2“.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist der Gerhard-Effekt!)

Meine Damen und Herren, das führt doch deutlich am Thema vorbei. Man will mit Wortgeklingel Eindruck schinden. Das sieht man auch schon am Begriff. Eine Offensive jagt die andere, und vor lauter Offensiven wird es einem ganz schwindelig.

(Zuruf des Abg. Weiser CDU)

„Erwin 1“ und „Erwin 2“ sind noch nicht einmal abgewickelt, und schon steht „Erwin 3“ im Rampenlicht.

(Abg. Kiefl CDU: Jawohl!)

Dabei wird vergessen, dass hier das Tafelsilber des Landes versetzt wird, meine Damen und Herren,

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg.  
Weiser CDU)

Vermögen, das in langen Jahren angespart wurde, Landesvermögen, dem im Übrigen inzwischen erhebliche Verbindlichkeiten gegenüberstehen.

(Dr. Schlierer)

Ich möchte auch daran erinnern, dass vor 15 Jahren mit der Landesholding Schulden einfach ausgelagert wurden. Damals begann die unselige Tradition der Schattenhaushalte hier im Land. Vielleicht sollte man sich auch einmal in Erinnerung rufen, dass den 1,5 Milliarden DM, die die Holding damals für den Haushalt erbracht hat, heute ein Schuldenberg von 1,9 Milliarden DM gegenübersteht. Ich meine, dass dieses Thema ernst genommen werden muss. Sind solche Schattenhaushalte eigentlich überhaupt zulässig?

Im Übrigen sehen wir auch die Folgen der damaligen Konstruktion. Wenn heute Holdinganteile versilbert werden sollen, gestaltet sich das, insbesondere wenn man Steuern sparen will, besonders problematisch. Da werden allerlei Schliche und Tricks ersonnen, und es wird der Umweg über die Gemeinnützigkeit gewählt. Meine Damen und Herren, das machen Sie ja nicht freiwillig, sondern das machen Sie nur, damit Sie Steuern sparen können.

(Abg. Weiser CDU: Ja und? – Abg. Kiefl CDU:  
Das ist aber doch erlaubt, oder?)

Deswegen die Stiftung. Damit aber auch eine Bindung der Mittel. Sie haben damit keine freie Verfügbarkeit, sondern Sie werden sich an sehr strengen Maßstäben messen lassen müssen, wie sie in der Abgabenordnung enthalten sind.

In diesem Zusammenhang erlaube ich mir die Frage: Glauben Sie denn wirklich, dass alles, was Sie machen, automatisch gemeinnützig ist? Ich kann mir das vielleicht noch vorstellen, wenn der „Internet-Führerschein“ gefördert wird. Aber glauben Sie, dass jede Investition, beispielsweise die, die nachher bei Rechnerzentren erforderlich wird, bereits per se gemeinnützig ist? Das glaubt niemand ernsthaft, meine Damen und Herren.

Deswegen ist eben die Zweckbindung der Mittel hochproblematisch, wenn man den Blick in die Zukunft richtet und sich überlegt, welche Investitionen vielleicht im Jahr 2010 erforderlich sind.

Meine Damen und Herren, man hat manchmal den Eindruck, dass alle fünf Jahre, jeweils vor einer Wahl, eine große Zukunftsoffensive nach dem Motto kommt: Mit Geld und guten Gaben gewinnt man Wahlen.

(Abg. Haas CDU: Ach was!)

Die Frage ist aber: Wie steht es denn um die Nachhaltigkeit solcher Aktionen?

(Abg. Haas CDU: Eben! Deswegen Landesstiftung!)

Ich frage mich: Woher wollen Sie künftig das Geld nehmen, wenn dringend Zukunftsinvestitionen in Bereichen erfolgen müssen, die entweder nicht mehr unter den dritten Abschnitt der Abgabenordnung fallen oder für die kein Vermögen mehr zur Verfügung steht, weil man schon alles verschertelt hat? Was machen Sie dann?

In diesem Zusammenhang kann ich nur sagen: Wenn die Regierung davon spricht, man wolle den Blick in das Jahr 2010 wagen, dann haben Sie weit gefehlt. In dieser Regierungserklärung fehlen die Perspektiven über den Wahltag 2001 hinaus. Das ist das eigentliche Problem.

(Beifall bei den Republikanern – Lachen des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Deshalb war diese Regierungserklärung so überflüssig wie der Südwind. Sie haben die Schlagzahl nicht erhöht, sondern nur versucht, die eigenen Reihen zu schließen. Ob Ihnen das gelungen ist, werden wir ja dann spätestens bei der nächsten Ministerpräsidentenwahl sehen.

(Beifall bei den Republikanern – Heiterkeit des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das war jetzt ein sehr dienlicher Hinweis! – Zuruf des Abg. Weiser CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Scheffold.

**Abg. Dr. Stefan Scheffold** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Vorredner hat die Frage gestellt, warum wir eigentlich jetzt diese Debatte führen. Ich will Ihnen ganz einfach darauf antworten: Nach Ihrer Rede bleibt uns nichts anderes übrig, als solche Themen auch aufzugreifen.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Sie sind auch heute noch nicht davon überzeugt, dass das, was wir in den vergangenen 10, 15 Jahren gemacht haben, richtig ist, nämlich in die Zukunft zu investieren, Geld nicht einfach auszugeben, sondern Vermögen sinnvoll umzusetzen und gestalterisch einzubringen.

Die CDU-Fraktion im Landtag begrüßt es daher, dass die EU-Kommission den Kaufvertrag zwischen dem Land und der EdF über den Verkauf der Landesanteile an der EnBW genehmigt hat.

(Zuruf des Abg. Weiser CDU)

Wir sehen darin einen Erfolg dieser Landesregierung, der sie tragenden Parteien aus CDU und FDP/DVP und vor allem einen Erfolg für unser Land selbst und für die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land.

Wir danken allen Verantwortlichen bei der EdF, natürlich auch bei der EnBW, bei den Anteilseignern, insbesondere aber bei der Landesregierung, Ihnen, Herr Ministerpräsident Teufel, Herr Finanzminister Stratthaus und allen beteiligten Beamten, die mit Beharrlichkeit eine schwierige Arbeit geleistet haben. Ihnen allen gilt unser Respekt und unsere Gratulation.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Bebbler SPD: Sie müssen ihm noch eine Flasche Wein geben!)

Baden-Württemberg steht national und international mit seinen Daten zur Landespolitik glänzend da. Es geht nicht nur um den heute dargestellten Verkauf der Anteile an der EnBW. Wir haben in den vergangenen fünf Jahren auch eine Rundfunkfusion zustande gebracht, wir haben eine Bankenfusion gesehen,

(Abg. Weiser CDU: So ist es!)

(Dr. Stefan Scheffold)

und wir haben in den letzten Tagen und Wochen mit maßgeblicher Hilfe des Landes Stuttgart 21 auf den Weg gebracht.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Fehlt noch die Kernfusion!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das hat den Standort Baden-Württemberg maßgeblich gefördert und gestärkt. Dafür gratulieren wir der Landesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Strategie ging auf. Der Energiestandort Baden-Württemberg wurde gestärkt. Wir haben die technische Kompetenz erhalten. Wir haben die Arbeitsplätze, ob am Neckar oder am Rhein, erhalten und gestärkt. Wir haben die Kraftwerke weiterhin hier. Wir haben vor allem einen strategischen Partner, der mit uns gemeinsam in die Zukunft von morgen und übermorgen führt.

(Abg. Drexler SPD: EdF!)

Wenn jemand den Energiestandort in Baden-Württemberg gefährdet, dann heißt dieser Mensch Trittin, oder die Gefahr heißt Rot-Grün. Wir haben unsere Hausaufgaben gemacht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Drexler SPD: Für die EdF! – Abg. Nagel SPD: Ja, ja!)

Baden-Württemberg hat eine glänzende Bilanz, meine sehr verehrten Damen und Herren, und die CDU-Fraktion freut sich darüber. Es würde Ihnen, Herr Salomon und Herr Maurer, gut anstehen, wenn Sie sich mit uns freuen würden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Brechtken SPD: So ein Schmarrn! – Abg. Göbel CDU: Da muss er in den Keller gehen! – Zuruf des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Wahr ist: Wir haben eine glänzende Bilanz. Das ist nicht allein unser Verdienst. Baden-Württemberg ist kein Land, in dem Milch und Honig von allein fließen. Wir haben es vielleicht sogar schwerer als andere Länder. Wir haben den Schwarzwald, die Schwäbische Alb und weite ländliche Bereiche. Wir müssen etwas für unsere Bürgerinnen und Bürger tun. Wir müssen dafür arbeiten, damit in Baden-Württemberg Wachstum, Entwicklung und Fortschritt einziehen, und wir haben etwas getan, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Zuruf des Abg. Döpper CDU – Zuruf von der SPD: Was?)

Wir anerkennen: Der Erfolg von Baden-Württemberg in Deutschland, in Europa und in der Welt beruht auf den Leistungen und Anstrengungen der Menschen. Aber wir haben die Rahmenbedingungen dafür gesetzt, dass diese Erfolge sichtbar geworden sind. Wir haben den Menschen die Möglichkeit gegeben, ihre Fähigkeiten so zu entfalten, dass sie zum eigenen Nutzen, zum Nutzen ihrer Familien und zum Nutzen unserer Gesellschaft wirksam werden.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Zum Thema, bitte! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Das ist das Thema, mittendrin!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CDU-Politik ist erfolgreich.

(Abg. Brechtken SPD: Jetzt mal konkret!)

Es ist auch kein Zufall, dass sie gerade in Baden-Württemberg erfolgreich ist.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie ist bundesweit erfolgreich!)

Bayern und Baden-Württemberg sind in den westlichen Bundesländern wirtschaftlich führend. Thüringen und Sachsen sind es in den östlichen Bundesländern. Jedes Mal sind es CDU-geführte Landesregierungen, die dafür sorgen, dass wir erfolgreiche Wirtschaftspolitik, erfolgreiche Arbeitsmarktpolitik und Erfolge in der Landespolitik haben.

Baden-Württemberg – das wurde bereits gesagt – hat eine Arbeitslosenquote von 5,2 %. Damit sind wir der beste Standort in Deutschland. Bayern hat eine Arbeitslosenquote von 6,2 %, Niedersachsen hat eine Quote von 10 % und Nordrhein-Westfalen eine Quote von 9,1 %.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es kommt nicht so sehr darauf an, ob wir die Nummer 1, die Nummer 2 oder die Nummer 3 sind, aber es kommt entscheidend darauf an, dass wir für die Menschen in unserem Land die Möglichkeit geschaffen haben, Arbeit zu finden. Es ist ein Unterschied, ob ein Familienvater eine Arbeit hat oder nicht. Es ist ein Unterschied, ob ein Jugendlicher eine Ausbildungschance hat oder nicht.

(Beifall bei der CDU – Abg. Weiser CDU: Sehr gut!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben mit der Zukunftsoffensive dafür gesorgt, dass wir auch in der Zukunft Chancen für unsere Bürgerinnen und Bürger haben. Wir haben Gutachter eingeschaltet, die uns Ratschläge gegeben haben, und wir haben diese Ratschläge beachtet.

126 Millionen DM fließen in die Lebenswissenschaften, in die Verknüpfung von Medizin, Biologie, Physik, Chemie und Informatik. 98 Millionen DM fließen in die optischen Technologien und in die Verfahrenstechnik, 124 Millionen DM in die Informations- und die Kommunikationstechnologie. Das alles sind Technologien für die Zukunft, die wir brauchen, um Baden-Württemberg vorn zu halten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, in der Vergangenheit ist von Grün und Rot Kritik an unseren Entscheidungen geübt worden. Ich will sie einmal cursorisch nennen.

Kollege Maurer hat an dieser Stelle vor einigen Wochen davon gesprochen, der Verkauf der EnBW-Anteile sei eine Summe von Fehlentscheidungen gewesen. Fehler Nummer 1 sei gewesen, dass die Anteile an die EdF verkauft worden seien; er habe bereits früher auf die erheblichen kartellrechtlichen Probleme hingewiesen.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

(Dr. Stefan Scheffold)

Heute frage ich, wo diese Fehler, diese kartellrechtlichen Probleme geblieben sind. Sie haben sich in Luft aufgelöst.

(Beifall bei der CDU)

Den Unternehmen sind Auflagen gemacht worden, aber nicht dem Land. Dieser Verkauf ist erfolgreich abgeschlossen, und wir werden den Kaufpreis erhalten.

Als zweiten Fehler haben Sie gebrandmarkt, dass das Geld nicht für die Schuldentilgung verwendet werde.

(Abg. Capezzuto SPD: Richtig!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, bis heute haben wir nicht von Ihnen gehört, dass dies ein Irrweg ist. Bis heute haben Sie nie dazu Stellung genommen, dass wir als CDU-Fraktion gesagt haben, dass wir dieses Geld in Baden-Württemberg behalten wollen. Wir wollen dieses Geld nicht in den Länderfinanzausgleich geben; wir wollen es nicht an den Bund geben.

(Abg. Drexler SPD: Schuldentilgung!)

Wir wollen dieses Geld unseren Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stellen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Capezzuto SPD: Das glaubt inzwischen kein Mensch mehr!)

Schließlich haben Sie gesagt, wir hätten es so machen sollen wie Eichel und Stoiber, die kein Stiftungsmodell gewählt haben. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben beim Verkauf der LEG und der Gebäudebrandversicherung ebenfalls kein Stiftungsmodell gewählt. Wir haben jetzt ein Stiftungsmodell gewählt.

(Abg. Drexler SPD: Aus Not!)

Das hat aber einen ganz klaren sachlichen Grund: Sonst wäre ein erheblicher Teil dieses Geldes abgeflossen. In den früheren Fällen war keine steuerrechtliche Verknüpfung gegeben. Deswegen haben wir es so gemacht. Das macht Sinn und hat einen Grund. Wir begrüßen diesen Weg und halten ihn auch für die Zukunft für richtig.

(Beifall bei der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Oje, drei Leute klatschen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich frage mich manchmal, was die Opposition hier im Landtag eigentlich besser machen könnte.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU – Abg. Drexler SPD: Das können Sie ab April selber machen!)

Diese Frage stelle ich mir manchmal. Aber ich lese meinen Kindern auch ab und zu aus einem Kinderbuch vor. In diesem Fall „Oh wie schön ist Panama“.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Es ist ganz harmlos und völlig unpolitisch. Da geht es um einen kleinen Tiger und um einen kleinen Bären. Die suchen Panama.

(Abg. Bebbler SPD: Wer sind Sie? Der Tiger oder der Bär? – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Panama schmeckt nach Bananen!)

Dabei erinnere ich mich immer an Sie.

(Unruhe)

„Was wissen Mäuse denn von Panama? Nichts, nichts und wieder nichts!“

(Beifall bei der CDU – Abg. Brechtken SPD: Nie mehr an Fasching eine solche Sitzung!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Maurer.

**Abg. Maurer SPD:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

Ich muss zugeben, ich bin mit relativ bescheidenen Erwartungen hierher gekommen. Ich habe gedacht, wir würden jetzt einen mehr oder weniger gelungenen Wahlkampfauftritt hören. Es war ein weniger gelungener Wahlkampfauftritt.

(Lachen des Abg. Weiser CDU – Abg. Weiser CDU: Ach, hör doch auf!)

Aber es gibt jetzt immerhin doch ein Ereignis, Kollege Weiser, ein Ereignis, das mich überrascht: Der Vorsitzende der CDU-Fraktion hat hier nicht gesprochen. Das finde ich nun wirklich ein Ereignis.

(Abg. Haasis CDU: Was?)

Das ist heute Vormittag bisher das einzige Ereignis.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Haas: Sie haben ja sonst niemanden in Ihren Reihen, der reden könnte! Das ist das Problem!)

Ich finde, das ehrt den Kollegen Oettinger. Ich finde es gut, dass er sich nicht verbiegt und nicht eine Sache öffentlich für gut erklärt, die er aus richtigen Gründen selbst immer für falsch gehalten hat.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Haasis CDU)

– Ja, das ehrt ihn.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Der Wunsch ist der Vater Ihres Gedankens!)

Mit Ihrem Einverständnis, Herr Präsident, zitiere ich aus dem „Handelsblatt“ vom 5. Februar dieses Jahres:

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

EdF und OEW haben einen Konsortialvertrag abgeschlossen, der der EdF die unternehmerische Führung bei der EnBW sichert, wofür die OEW 100 Millionen DM bekommt. Der Vertrag läuft fünf Jahre. Bestenfalls so lange, schätzen Kenner der Sachlage, läuft die Gnadenfrist für die EnBW: „Irgendwann ist die EnBW das Vertriebsbüro der EdF in Deutschland.“

(Maurer)

Das stammt aus dem „Handelsblatt“, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, nicht aus dem „Vorwärts“. Das ist die Einschätzung der Wirtschaft zu dieser Sache.

(Zurufe von der CDU)

Deswegen sage ich Ihnen: Sie haben aus kurzfristigen wahlkampfaktischen Gründen und aus dem Interesse des Kassemachens heraus die Zukunft des Energiestandorts Baden-Württemberg in Wirklichkeit nachhaltig beschädigt.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Weiser CDU: Ach, hör auf!)

Weil es Ihnen so gut gefällt, zitiere ich noch einmal aus dem „Handelsblatt“:

(Abg. Haasis CDU: Da gibt es schon wieder etwas Neues, wo das Gegenteil drinsteht!)

Nun darf Goll auf einen weiteren Sprung in seiner Karriere hoffen. Die EdF dürfte sich für sein Engagement erkenntlich zeigen. Wenn die Gerüchte stimmen, soll er ins EdF-Führungsgremium aufrücken

(Abg. Haasis CDU: Das ist ja uralt! Das hat schon einen Bart!)

und die internationalen Aktivitäten des französischen Staatskonzerns verantworten.

(Abg. Haas CDU: Ja und, weiter?)

Wäre indes die Viag-Tochter Bayernwerk vor der Fusion von Viag und Veba zur Eon bei der EnBW zum Zug gekommen, befände sich Goll wohl längst im Ruhestand.

(Abg. Haasis CDU: Das ist ja der letzte Quatsch!)

– Haben Sie etwas gegen das „Handelsblatt“?

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

– Er hat etwas gegen das „Handelsblatt“.

(Abg. Döpfer CDU: Wann war das? – Abg. Haas CDU: Weiterlesen, Herr Maurer! – Weitere Zurufe von der CDU)

Herr Ministerpräsident, die Realität der Abläufe, wie wir sie erlebt haben, ist: Der einzige Sieger dieses Vorgangs

(Abg. Haasis CDU: Typische Tagespresse! – Abg. Haas CDU: Lesen Sie einmal weiter, Herr Maurer!)

ist in der Tat der Vorstandsvorsitzende der EnBW. Er hat für sich erfolgreich gearbeitet. Die Verhandlungen sind so geführt worden, dass am Schluss überhaupt nur, wie von Herrn Goll von Anfang an gewollt, der französische Atomkonzern EdF zum Zug kommen konnte. Das versuchen Sie hier als Erfolg zu verkaufen.

Ich sage Ihnen: Uns hier zur Vertriebszentrale der EdF zu machen ist kein Erfolg. Das ist ein schwerer, nachhaltiger Schaden für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Die Energiepreise sind gesunken, Herr Maurer! – Abg. Weiser CDU: Trotz Trittin! – Zurufe von der SPD)

Mit den Wahlkampfteilen in der Regierungserklärung des Herrn Ministerpräsidenten möchte ich mich nicht so sehr beschäftigen. Nur eines, Herr Ministerpräsident:

(Unruhe – Abg. Haas CDU: Haben Sie etwas gegen Sozialisten, Herr Maurer?)

Dass Sie hier sagen: „Für uns beginnt der Mensch nicht mit dem Abitur“, in einem Land, in dem Sie es verantworten, dass derzeit 10 % des ordentlichen Berufsschulunterrichts ausfallen,

(Lachen des Ministerpräsidenten Teufel)

das ist dreist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zuruf des Abg. Haas CDU)

Damit sind wir beim eigentlichen Kern des Problems.

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

Keine müde Mark aus diesen Verkaufserlösen wird verwandt werden, um dafür zu sorgen, dass an unseren Schulen endlich der vorgesehene Pflichtunterricht erteilt wird – keine müde Mark!

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

Keine müde Mark wird dafür verwandt, dass wir wirklich eine nicht mehr von den Eltern bezahlte verlässliche Grundschule bekommen. Keine müde Mark wird für eine Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf verwandt. Nein, das Ganze ist eine Aktion, mit der Sie glauben, sich Wahlkampfsiege erkaufen zu können. Aber Sie unterschätzen die Intelligenz der Bevölkerung dieses Landes.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

In der Tat, es ist Ihr besonderes Geheimnis, dass Sie in einer Situation,

(Abg. Haas CDU: Ein Quatsch, den Sie reden, ein Schwachsinn! – Gegenruf des Abg. Nagel SPD: Ist ein Arzt im Saal?)

in der es nur einen richtigen Weg gegeben hätte – oh Herr Haas –,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Hasending!)

nämlich, wenn man schon Vermögen des Landes veräußert, diesen Erlös dazu zu verwenden, die Schulden zu verringern und Spielraum im ordentlichen Haushalt für unsere Schulen zu bekommen, diesen Weg nicht gehen. Das ist zum Schaden des Landes Baden-Württemberg.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

(Maurer)

Aber das, was Sie da machen, kann unsere Bevölkerung sehr gut nachvollziehen. Jede Badenerin und jeder Schwabe

(Abg. Pfister FDP/DVP: Kurpfälzer!)

weiß, was es heißt, wenn man Schulden hat und sein Vermögen verkauft und anschließend, anstatt seine Schulden abzubauen, sich schöne neue Dinge zulegt. Sie verhalten sich wie jemand, der Schulden hat, ein Haus verkauft und sich anschließend neue Autos zulegt.

(Abg. Seimetz CDU: Das glaubt der Maurer!)

Das ist ein falscher Weg. Wer Schulden hat, muss seine Schulden abbauen, wenn er etwas verkauft.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haas CDU: Keine einzige Mark hätten wir Schulden! – Oh-Rufe von der SPD)

Sie hätten sogar die Chance gehabt, das Ganze steuerfrei zu machen, weil der Bundesfinanzminister sogar noch die entsprechende Gesetzgebung gemacht hat.

(Abg. Gerd Scheffold CDU: Das ist doch nicht wahr! Kapitalertragsteuer! Stimmt doch nicht!)

Und 1999 haben wir hier im Parlament an Sie appelliert, wenigstens zu warten, bis diese Gesetzgebung in Kraft ist. Nein, Sie wollten es stur anders, weil Herr Teufel so in die Vorstellung verliebt war, dass er sich mit einer Stiftung Wahlprocente kaufen könnte. Davon wollte er zum Nachteil des Landes nicht lassen. Mutwillig sind Sie diesen Weg gegangen,

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

aus Sturheit. Auf eines kann man sich bei Herrn Teufel immer verlassen: Einmal getroffene Fehlentscheidungen, und seien sie noch so grandios, werden stur durchgehalten. Die Fraktion muss kuschen. Ein Teil darf sogar gezwungenermaßen Beifall klatschen. Ich sage Ihnen, dass Sie in Ihrer Fraktion sich dazu haben vergewaltigen lassen.

(Oh-Rufe von der CDU)

– Natürlich. Wir wissen ja, wie das gelaufen ist.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Haasis CDU: Sagen Sie doch einmal etwas zur Sache!)

Wer wider besseres Wissen an die EdF verkauft, wider besseres Wissen die Schulden nicht abbaut, wider besseres Wissen das Geld für alle möglichen schönen Dinge ausgibt,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Wo war Oettinger heute Morgen?)

anstatt die Kernaufgaben des Landes in einem Land anzugehen, wo es Schlaglöcher in den Landesstraßen gibt,

(Oh-Rufe von der CDU)

wo Schulunterricht ausfällt, wer in einem solchen Land hergeht und sein Tafelsilber dazu verwendet, zusätzliche schöne Dinge zu machen und Geld unter die Leute zu streuen, der hat in der Tat nicht begriffen, worum es im Land Baden-Württemberg geht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hehn CDU: Reden Sie die ganze Zeit von Niedersachsen? – Abg. Haas CDU: Hat er das Datum verwechselt?)

Deswegen, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Nach der Wahl wird es keine Wahlkampfreden dieses Ministerpräsidenten vor dem Landtag mehr geben.

(Lachen bei der CDU – Abg. Haas CDU: Wir wollen nicht im Mittelmaß versinken!)

Dann werden wir diese Fehlentscheidungen rückgängig machen. Dann wird der Erlös von Beteiligungsverkäufen – werter Kollege, der Sie da sprechen durften – in der Tat für die Entschuldung des Landeshaushalts verwendet werden. Dann wird der Spielraum, den wir durch geringere Zinszahlungen und weniger Schulden haben, dazu verwendet werden, dass die Schülerinnen und Schüler in Baden-Württemberg den Unterricht bekommen, der ihnen zusteht. So wird es sein.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU)

Es ist gut, dass wir in einem Land leben, in dem Unternehmen, in dem Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einen hohen wirtschaftlichen Erfolg erzielen. Bei ihnen sollten Sie sich bei solchen Gelegenheiten bedanken,

(Abg. Scheuermann CDU: Das machen wir jeden Tag!)

nicht bei sich selbst. Aber es ist nicht gut, dass wir in einem Land leben, in dem Milliardenbeträge für Wahlkampfaktionen eingesetzt werden

(Beifall bei der SPD – Abg. Haas CDU: Das haben Sie gemacht mit DGB-Geld! Sie haben DGB-Gelder verbraten, und zwar 12 Millionen DM!)

anstatt für eine seriöse Politik zugunsten der Entschuldung und zugunsten der eigentlichen Kernaufgaben unseres Landes.

(Anhaltender Beifall bei der SPD – Abg. Weiser CDU: Wie man da noch klatschen kann!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Salomon.

(Abg. Haas CDU: Der Rindfleischinspekteur!)

**Abg. Dr. Salomon** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist wirklich die Frage, ob es klug ist, solche Debatten in der Fasnetswoche anzusetzen. Wenn ich mir den Beitrag des Herrn Kollegen Scheffold vergegenwärtige, muss ich wirklich sagen: ein paar Tage zu früh. Ein anderer Zeitpunkt wäre besser gewesen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was ist daran so lustig?)

(Dr. Salomon)

Zu Ihnen, Herr Ministerpräsident, und zu dem Thema: „Warum eigentlich eine Regierungserklärung?“

(Abg. Nagel SPD, auf Ministerpräsident Teufel zeigend, der sich mit Abg. Dr. Inge Gräßle CDU unterhält, die ein grünes Kostüm trägt: Er schäkert gerade mit einer „Grünen“!)

Das erste Mal seit neun Jahren war ich wirklich fast versucht, der Begründung von Herrn Dr. Schlierer zu folgen;

(Abg. Haasis CDU: Was heißt „versucht“?)

sie war nämlich aufs Tüpfel richtig: Das ist keine Regierungserklärung. Sie haben in den letzten Jahren schon des Öfteren Regierungserklärungen zu diesem Thema abgegeben. In einer unsäglich dürftigen Art und Weise geben Sie hier eine Erklärung ab,

(Abg. Drexler SPD: Letztes Aufgebot! – Abg. Haas CDU: Sie haben es nicht kapiert!)

die nicht einmal eine Haushaltsrede ist – obwohl wir gar keine Haushaltsberatungen haben. Normalerweise müsste so etwas in einen Nachtragshaushalt einfließen. So war es in diesem Hause immer guter Brauch. Davon ist nichts zu spüren. Wenn Sie hier vier Wochen vor der Wahl eine Regierungserklärung abgeben, frage ich mich, für welche Regierung Sie eigentlich sprechen.

(Zuruf von der SPD: Ja, eben!)

Für welche Regierung haben Sie eigentlich noch ein Mandat?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: So ist es! Zuerst sind Wahlen, und dann schwätzen wir weiter! – Abg. Haasis CDU: Für die jetzige und die künftige!)

Insofern bleibt übrigens noch die Frage, ob es dann noch „Erwin 3“ heißt oder nicht eher „Ute 1“. Das müsste man auch noch diskutieren.

(Heiterkeit – Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Das Schauspiel, das hier gegeben wird, hat den Titel: „1,2 Milliarden DM für den Machterhalt von Erwin Teufel“. Nur: Ob das zu diesem Machterhalt reichen wird, warten wir doch besser noch ab.

Herr Maurer hat richtig gesagt: Es geht nicht mehr um die Frage, an wen verkauft wird. Das haben wir in diesem Land schon oft diskutiert. Aber das Zitat aus dem „Handelsblatt“ ist richtig. Wir haben hier wahrscheinlich noch eine Gnadenfrist von fünf Jahren, wie das „Handelsblatt“ schreibt, und dann wird die EnBW das Vertriebsbüro der EdF in Deutschland. Das sollten wir hier nicht mehr diskutieren; das ist einfach klar. Auch Sie können keine Garantien für die Arbeitsplätze geben. Das Argument hat man heute auch nicht mehr so laut gehört.

(Zuruf von der CDU)

Die Frage, die wir hier diskutieren müssen, ist eine ganz andere: Ob es der richtige Weg war, die Privatisierungser-

löse und andere Landesbeteiligungen in eine gemeinnützige Gesellschaft einzuschließen. War das der richtige Weg,

(Abg. Haas CDU: Das ist goldrichtig!)

oder entstehen dadurch nicht erst andere Probleme, die man vorgibt, lösen zu können? Es ist kein Geheimnis, dass wir von der Stiftungslösung nichts halten.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Was?)

Ich will dazu sagen, Herr Kollege Pfister: Am Anfang hatten wir Sympathien für diese Lösung, aber je näher man sich das angeschaut hat,

(Abg. Haas CDU: Je näher Sie an die Wahl kommen!)

desto mehr hat man gemerkt, dass es schlichtweg nicht funktioniert. Man muss sich nur einmal vor Augen führen, welche Kriterien der Rechnungshof in der Finanzausschusssitzung, in der dies beraten wurde, aufgestellt hat, damit das Ganze funktioniert, damit es steuerrechtlich und haushaltsrechtlich funktioniert.

(Abg. Weiser CDU: Logisch!)

All diese Bedingungen, meine Damen und Herren, sind nicht erfüllt. Die erste Bedingung war: Die gefundene Lösung muss steuerrechtlich unangreifbar sein. Hier fangen die Schwierigkeiten schon an, abgesehen davon, dass auch die Kriterien, die vorliegen müssen, damit die Landesstiftung dem Land Mittel zuwenden kann, ohne ihre Gemeinnützigkeit zu gefährden, einigermaßen restriktiv ausgelegt sind.

Erstens: Die Zuwendungen der Landesstiftung an das Land dürfen nur für steuerbegünstigte Zwecke erfolgen, das heißt, sie müssen gemeinnützig sein. Das sind enge Regeln. Wenn ich sehe, was Sie da alles machen, wird es einem ganz anders.

(Abg. Weiser CDU: Sie geben das Geld lieber für Langzeitstudenten aus!)

Zweitens: Da es sich um Zuwendungen an das Land, das heißt eine nicht steuerbegünstigte Körperschaft, handelt, muss die Landesstiftung als zuwendende Körperschaft die Zweckbindung festlegen.

Sie muss dann drittens dafür Verantwortung tragen, dass die Mittel zeitnah und zweckentsprechend durch das Land ausgegeben werden. Ansonsten trägt die Landesstiftung das Rückforderungsrisiko.

Und viertens – das ist ganz wichtig –: Das Land darf durch die Zuwendungen keinen wirtschaftlichen Vorteil erlangen, es darf insbesondere keine eigenen Mittel einsparen. Wenn ich mir aber anschau, was Sie hier alles auflegen, dann kann ich nur sagen: Sie stopfen jetzt Ihre Haushaltslöcher mit dem allem. Da muss ich schon fragen: Wo ist denn die Gemeinnützigkeit?

Wenn man das alles ernst nimmt und danach handelt, dann werden die Handlungsspielräume des Landes – und das ist der zweite Punkt, den uns der Rechnungshof ins Stamm-

(Dr. Salomon)

buch geschrieben hat – in nicht vertretbarer Weise eingengt. Sie und wir alle werden dann gezwungen sein, das Wohl des Landes durch die Brille der Gemeinnützigkeit zu betrachten. Die Schlüsselfrage, die uns alle hier beschäftigen wird, wird in Zukunft lauten: Wie werde ich gemeinnützig? Da laufen dann ganz tolle Dinge. Da wird jetzt schon an Vereinen gestrickt, die sich extra gründen, um das Kriterium der Gemeinnützigkeit zu erfüllen. Da kann man sich tolle Sachen vorstellen. Da kommt dann der Undercover-Wirtschaftsförderer von der gemeinnützigen Weiterbildungs-GmbH. Man darf übrigens auch noch gespannt sein, wie sich die Förderkulisse des Landesgewerbeamts unter diesen Rahmenbedingungen verändern wird.

Aber auch die Rechte des Landtags – hier geht es um die Demokratie, hier geht es um die Frage, was wir hier eigentlich noch zu sagen haben – werden in unverantwortlicher Weise eingengt. Das wird dann so laufen: Dann kommt die Stiftung wie der Weihnachtsmann in den Landtag und packt Geschenke aus. Wir, der Landtag, können dann nur noch wie die Kinderlein sagen: „Gut, nehmen wir“ oder „Passt uns nicht, nimms wieder mit“. Das heißt, wir haben keine eigenen Gestaltungsmöglichkeiten mehr. Wenn Sie sagen, das werde ja dadurch geheilt, dass im Aufsichtsrat der Stiftung zu 50 % auch Parlamentarier vertreten seien, dann will ich Sie einmal darauf hinweisen, dass ein Abgeordneter im Aufsichtsrat einer Stiftung natürlich das Wohl der Stiftung im Auge zu haben hat und nicht mehr frei handelnder und nur seinem Gewissen verantwortlicher Abgeordneter ist. Diese Trennung sollte man intellektuell redlich eigentlich schon noch aufrechterhalten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Kommen wir zum dritten Punkt, den uns der Rechnungshof aufgegeben hat. Er hat gesagt: Die Lösung darf nicht neue, noch nicht überschaubare Probleme verursachen. Aber genau das tut sie. Das kleinste Problem wird wohl sein, dass wir, der Landtag, im Haushalt sparen müssen, so wie wir das auch früher schon getan haben, und umgekehrt die Stiftung dann diejenige ist, die die Wohltaten übers Land verteilt. Da haben wir als Landtag aber nichts mehr zu sagen. Das, meine Damen und Herren, ist der Abschied von Demokratie, das ist die Refeudalisierung von Landespolitik. Wir schaffen einen Schattenhaushalt, der nicht mehr demokratisch legitimiert ist. Das ist der Stoff – da kennen Sie sich ja nach 50 Jahren Regierung aus –, aus dem der Filz in diesem Land besteht, meine Damen und Herren.

(Lebhafter Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Man kann es auch anders formulieren: Der Weg vom Verkauf von Landesvermögen an die Landesholding – Sündenfall 1983 Lothar Späth – bis hin zur Landesstiftung, das ist die Chronik des demokratischen Verfalls, das ist der Abschied von demokratischer Mitwirkung und Kontrolle.

Deshalb, Herr Ministerpräsident, fordern wir Sie auf: Machen Sie Schluss mit dieser unsäglichen Konstruktion. Denn nur, wenn es gelingt, die freie Verfügung über diese Teile des Landesvermögens wieder zu erlangen, können wir auch in diesem Land, in diesem Haus – und das ist die demokratische Qualität – frei über die Verwendung der

Mittel diskutieren und in die demokratische Auseinandersetzung darüber eintreten, wofür wir denn das Geld ausgeben. Denn eines, meine Damen und Herren, ist seit Jahren klar: Der Unterschied zwischen den Zukunftsoffensiven I und II und der Zukunftsoffensive III, genannt „Erwin 3“, ist schlichtweg folgender:

Die ersten zwei Zukunftsoffensiven wurden aus dem Haushalt finanziert. Zu Bayern besteht aber ein Unterschied: Die Bayern haben damit Profil erzielt, weil sie zusätzliche Sachen gemacht haben. Wir haben in den Neunzigerjahren gespart. Wir mussten sparen. Wir haben 1996 die Haushaltsstrukturgesetze verabschiedet. Vieles von dem, was aus dem Haushalt gestrichen wurde, ist über „Erwin 2“ wieder hereingekommen. Man kann fragen, ob das sinnvoll war. Auf jeden Fall war es aber steuerrechtlich unproblematisch.

„Erwin 3“ ist eine ganz andere Geschichte. Die Gemeinnützigkeitsregelung wird dazu führen, dass vieles von dem, was Sie ausgeben wollen, nicht ausgegeben werden kann. Sie haben zum Beispiel die anwendungsorientierte Forschung drin, bei der eigentlich klar ist, dass sie nicht gemeinnützig sein kann. Sie haben zum Beispiel die Wirtschaftsförderung drin, von der jeder weiß, dass sie eigentlich nicht gemeinnützig sein kann. Deshalb hat man in der Enquetekommission „Mittelständische Unternehmen“ des Landtags vor kurzem darüber diskutiert, ob nicht auf Bundesebene ein Vorstoß unternommen werden soll, um die Wirtschaftsförderung gemeinnützig zu machen. Tatsache ist aber: Sie ist es nicht. Es ist zwar sinnvoll, Existenzgründungen zu fördern – das ist gar keine Frage –, aber es geht nicht um die Sinnhaftigkeit solcher Maßnahmen, sondern um die Frage, ob sie gemeinnützig im steuerrechtlichen Sinne sind, und das sind sie nicht.

Wenn man dies alles zusammennimmt, muss man sagen: Die Bayern haben einen Weg gewählt, mit dem man Profil schafft, wenn man Landesvermögen veräußert. Diesen Weg konnten wir aufgrund des Sündenfalls Späth 1983 und der Schulden der Landesholding so nicht wählen. Was Sie aber machen, ist mehr als heikel; ich behaupte: Es trägt nicht. Sie müssen all die Dinge, die Sie jetzt ankündigen, falls Sie in vier Wochen wieder ein Mandat der Wähler erhalten, mit Ihrer nächsten Regierung im Prinzip wieder einsammeln, weil sie einfach nicht tragen, oder aber Sie müssen die Programme umstricken und vergewaltigen, damit sie gemeinnützig werden. Darauf bin ich gespannt. Mit Demokratie und Haushalt hat dies alles aber nichts mehr zu tun, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Weil das so ist, ist das, was der Rechnungshof gesagt hat, für uns klar: Landesvermögen kann am Besten erhalten bleiben, indem man Schulden zurückzahlt. Dem brauche ich nichts mehr hinzuzufügen – das hat Herr Kollege Maurer schon ausgeführt.

Nachdem man die Schulden zurückgeführt hat, würden wir für den Rest drei Schwerpunkte setzen: Erstens eine Multimedia-Offensive für das Land, zweitens würden wir endlich das tun, was Sie in Ihrem Koalitionsvertrag stehen haben, nämlich eine Stiftung Weiterbildung ins Leben rufen,

(Dr. Salomon)

und drittens – darüber habe ich von Ihnen in Ihrer Regierungserklärung überhaupt nichts gehört – würden wir dafür sorgen, dass regenerative Energien und die Energieforschung endlich den Stellenwert erhalten, den sie in diesem Lande schon lange nicht mehr haben.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist aber drin!)

– Was ist denn drin? Von regenerativen Energien ist nichts drin.

(Abg. Pfister FDP/DVP: In der Zukunftsoffensive ist es ausdrücklich drin!)

Das wären die Schwerpunkte, die wir setzen würden. Damit wäre das Geld sinnvoll verwendet.

(Abg. Hauk CDU: Natürlich! – Abg. Oettinger CDU: Keine Ahnung!)

Es wäre steuerrechtlich in Ordnung. Wir als Landtag würden die Herrschaft darüber behalten, wie die Mittel verwendet würden, und würden nicht solchen Murkskonstruktionen anheim fallen müssen.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Pfister.

**Abg. Pfister FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP/DVP-Fraktion begrüßt diese Regierungserklärung. Sie stellt gleichzeitig fest: Ohne die FDP/DVP hätte der Ministerpräsident diese Regierungserklärung heute nicht abgeben können.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Ich stelle weiter fest: Ohne die FDP/DVP hätte es keine Zukunftsoffensive gegeben. Ich stelle weiter fest: Die FDP/DVP war es, die sich im Wesentlichen gegen die Bremsen auf allen Seiten dieses Hauses durchgesetzt hat.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Herr Kollege Oettinger – er ist jetzt nicht da –: Damit die Bremsen auch in der Zukunft in der Minderheit bleiben, ist es wichtig und gut, dass es im nächsten Landtag von Baden-Württemberg eine starke FDP/DVP geben wird.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dies ist ein guter Tag für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Schon wieder Fasching! – Weitere Zurufe von der SPD und vom Bündnis 90/Die Grünen)

Dies ist ein guter Tag für die Zukunftschancen und Zukunftsaussichten des Landes Baden-Württemberg, Herr Ministerpräsident. Dies ist ein schlechter Tag für all diejenigen, die Nörgler und missgünstig waren.

(Zuruf von der SPD: Um Gottes willen!)

Dies ist ein schlechter Tag für die Neider.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Dies ist ein schlechter Tag für die Kritiker dieser Zukunftsoffensive. Ich weiß: Sie hätten gerne das Scheitern gesehen; Sie hätten uns dieses Scheitern gegönnt. Sie, die falschen Propheten, haben einen schlechten Tag erwischt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Aber ein schlechter Tag für die Opposition ist alle Mal noch ein guter Tag für das Land Baden-Württemberg.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Brechtken SPD: Tata, tata! – Unruhe bei der SPD)

Herr Kollege Salomon und andere, hören Sie bitte mit dem Unsinn auf, hier würde Tafelsilber des Landes Baden-Württemberg verscherbelt.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Das Gegenteil ist richtig: Wir handeln strikt nach dem Prinzip „Vermögen gegen Vermögen“. Wir lösen uns auf der einen Seite von Vermögen und setzen auf der anderen Seite dieses Vermögen an einer Stelle ein, an der wir den größten Produktivitätsfortschritt für die Menschen des Landes haben,

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Drexler SPD)

nämlich im Bereich von Bildung, Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und neuen Technologien.

Meine Damen und Herren, es gibt keine bessere Vermögensbildung, es gibt keinen besseren Weg, dem Land Baden-Württemberg zu dienen, als in die Köpfe der jungen Menschen zu investieren. Genau dies machen wir.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist sensationell neu!)

Es gibt einen Unterschied zwischen Ihnen und der FDP/DVP. Vielleicht sprechen wir zwar gemeinsam davon, dass Wissenschaft und Bildung ein Topthema sein müssten. Der Unterschied zwischen uns besteht jedoch darin: Die Opposition schwätzt, und wir handeln! Das ist der entscheidende Punkt.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Brechtken SPD: Tata, tata! – Abg. Weimer SPD: Halten Sie eigentlich eine Büttensrede? – Abg. Maurer SPD: Tata, tata! – Unruhe bei der SPD)

Baden-Württemberg ist heute schon das hochschulreichste Land der Bundesrepublik Deutschland. Wir haben in der Hochschulpolitik, in der Wissenschafts- und Technologiepolitik heute schon eine Spitzenstellung. Das ist bekannt. In allen Rankings, die veröffentlicht worden sind, wird diese Spitzenstellung immer wieder eindrucksvoll unter Beweis gestellt. Baden-Württemberg nimmt in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik eine Spitzenstellung ein. Es ist kein Wunder und kein Zufall, dass die meisten Anmeldun-

(Pfister)

gen beim Bundespatentamt in München gerade aus dem Land Baden-Württemberg kommen. Es ist auch kein Wunder, dass Baden-Württemberg über die besten Zahlen in der Arbeitslosenstatistik verfügt.

Der entscheidende Punkt, meine Damen und Herren, ist jedoch: Nirgendwo steht geschrieben, dass dies auch in den nächsten Jahren, etwa in zehn Jahren, so sein muss. Niemand hat dafür eine Garantie. Deshalb sagen wir: Weil wir uns mit dieser Spitzenstellung, die wir heute haben, nicht zufrieden geben, wollen wir eine Zukunftspolitik betreiben, die garantiert, dass wir auch noch in fünf, acht und zehn Jahren diese Spitzenstellung haben. Baden-Württemberg muss auch in Zukunft Spitze sein.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Drexler SPD: Und in zwölf Jahren!)

Deshalb kündige ich für die FDP/DVP-Fraktion natürlich an, dass der Weg der Privatisierung auch in der nächsten Legislaturperiode fortgesetzt wird.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig!)

Es gibt für mich überhaupt keinen Grund, daran festzuhalten – um nur ein Beispiel zu nennen –, dass das Land Baden-Württemberg an der BW-Bank Anteile hält. Ich will diese Privatisierung; denn sie ist ordnungspolitisch geboten. Wir Liberalen sagen: Nicht der Staat, sondern die Wirtschaft soll wachsen!

(Beifall bei der FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, die Privatisierung ist auch finanzpolitisch geboten, weil wir auf diese Art und Weise die Möglichkeit haben, Vermögen in Bereiche hinein umzulenken, in denen für das Land Baden-Württemberg der höchste Nutzen erreicht werden kann. Ich habe Ihnen dafür Beispiele genannt.

Jetzt reden Sie, Herr Maurer und andere, von Wahlgeschenken.

(Abg. Drexler SPD: Ja! Was ist das denn sonst?)

Meine Damen und Herren, das ist ja so etwas von lächerlich.

(Abg. Drexler SPD: Was? – Unruhe bei der SPD)

Ich mache Ihnen das jetzt einmal klar: Wenn Sie heute durch das Land Baden-Württemberg fahren und die Hochschulstätten, die Fachhochschulstätten, die Stätten, an denen berufliche Bildung betrieben wird, anschauen, werden Sie feststellen:

(Zuruf der Abg. Christine Rudolf SPD)

Ganz Baden-Württemberg ist bildungspolitisch und hochschulpolitisch eine einzige Baustelle. Sie werden das dadurch feststellen, dass überall – –

(Große Heiterkeit bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: „Eine einzige Baustelle“!)

– Vielen Dank für den Beifall. – Überall werden Fachhochschulen gebaut, überall werden neue Fakultäten eingerichtet, überall werden neue Bildungsstätten gebaut, überall werden Lehrstuhlerneuerungsprogramme auf den Weg gebracht. Es gibt kein Land, in dem so viel in die Hochschullandschaft investiert wird, wie das gerade in unserem Land Baden-Württemberg der Fall ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sie müssen einmal den Leuten, die an diesen Hochschulstätten tätig sind – also den Professoren, den Forschern, den Studierenden, beispielsweise den Klinikchefs, dem Pflegepersonal, aber auch den Existenzgründern –, erläutern, wieso dies alles Wahlgeschenke sein sollen, wie Sie behaupten. Die Leute gucken Sie an, als kämen Sie von einem anderen Stern, und denken, Sie seien nicht ganz bei Trost. Und die Leute haben Recht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Wir werden aus den Erlösen in Höhe von netto 3,7 Milliarden DM in einem ersten Schritt eine Zukunftsoffensive mit 1,1 Milliarden DM Investitionen auf den Weg bringen: 480 Millionen DM für die Bereiche allgemeine berufliche Bildung, Qualifizierung, Existenzgründungen, Hochschulausbau, Medienland Baden-Württemberg und 590 Millionen DM für den Bereich der anwendungsorientierten Technologien, für die Weiterentwicklung – obwohl wir schon viel getan haben – im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie sowie im Bereich der Energie-, der Umwelt- und der Verkehrsforschung.

Meine Damen und Herren, ich sage noch einmal: Das, was wir hier tun, das, was wir hier auf den Weg bringen, ist Zukunftsvorsorge par excellence. Sie als Opposition schwadronieren von der Zukunft, aber diese Regierung handelt für die Zukunft!

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Ich halte auch die Konstruktion der Landesstiftung für richtig. Mittel werden für gemeinnützige Zwecke ausgegeben, für echte Zukunftsaufgaben, aber nicht, um Haushaltslöcher zu stopfen. Die FDP/DVP hat angekündigt – und sie wird das auch durchsetzen –, dass Mitte dieses Jahrzehnts keine Neuverschuldung mehr stattfinden wird. Das heißt, diese konsequente Haushaltskonsolidierung wird kommen, wie wir es angekündigt und beschlossen haben, und wir werden das auch umsetzen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Nur eines darf nicht sein – da bin ich völlig anderer Meinung als Sie, Herr Salomon –: Wir dürfen Zukunftsaufgaben, also das, was wir heute besprechen, und Haushaltskonsolidierung nicht miteinander vermischen. Ich will nicht, dass Haushaltskonsolidierung durch Privatisierungserlöse erreicht wird. Dies wäre ein Scheinerfolg.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Ich will, dass die Defizite des Haushalts beseitigt werden, aber dies darf man nicht mit Privatisierungserlösen ma-

(Pfister)

chen, sondern dies muss man durch Strukturmaßnahmen erreichen,

(Beifall bei der FDP/DVP)

zum Beispiel durch eine Personalkostenpolitik und durch eine generelle Modernisierung der Verwaltung.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Warum habt ihr das denn nicht gemacht? Warum habt ihr denn die Verschuldung hochgetrieben? Vier Jahre nur Schulden gemacht!)

Hier wird kein Tafelsilber verscherbelt. Das Stiftungsvermögen, Frau Kollegin, bleibt in vollem Umfang erhalten. Es wird nichts angeknabbert; an keiner Stelle wird etwas angeknabbert. Aber wir haben Erträge aus diesem Stiftungsvermögen, jedes Jahr dreistellige Millionenbeträge, die uns dauerhaft zur Verfügung stehen für Wissenschaft, für Forschung, für Opferschutz und für anderes, was für dieses Land Baden-Württemberg wichtig ist.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Jetzt frage ich Sie ernsthaft, noch einmal zusammengefasst: Was soll an dieser Politik falsch sein?

(Lachen bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Ist das Ihr Ernst?)

Ich nenne Ihnen die drei entscheidenden Punkte, die richtig sind.

Erster Punkt: Mit dieser Politik werden Wissenschaft, Bildung, Forschung und neue Technologien gefördert.

(Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Punkt 2: Die Wettbewerbsfähigkeit – das hat auch die Europäische Kommission ausdrücklich gesagt – der EnBW wird nicht etwa geschwächt, sondern sie wird gefördert, sowohl auf dem deutschen als auch auf dem europäischen Markt.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP)

Und drittens: Ich bin froh darüber, dass es innerhalb Europas – zumindest in Ansätzen – jetzt auch in Frankreich zu einer stärkeren Liberalisierung des Strommarkts kommt.

(Abg. Brechtken SPD: Dank Pfister!)

Wenn dies das Ergebnis dieser Operation war, dann bin ich froh; dann bin ich froh, dass diese Liberalisierung jetzt auch in Frankreich endlich auf den Weg kommt.

(Beifall bei der FDP/DVP – Zuruf des Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen)

Herr Kollege Maurer, Sie können hier Untergangsstimmung verbreiten, solange Sie wollen. Sie betreiben hier ein billiges Wahlkampfscharmützel.

(Lachen der Abg. Maurer und Weimer SPD)

Sie machen hier Wahlkampfgetöse. Das, was Sie hier von sich geben, ist alles Geschwätz.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Fragen Sie mal die Öffentlichkeit, fragen Sie mal Ihre Gewerkschaften, dann werden Sie feststellen, dass Ihre Gewerkschaftsgenossen diese Politik für richtig halten.

(Lachen bei der SPD)

Sie haben sich als Opposition – das kann man sagen – hier in der Kritik verrannt. Sie wollen

(Zuruf des Abg. Weimer SPD)

ein Wahlkampfthema ansprechen, aber das wird Ihnen nicht gelingen. Denn unter dem Strich steht dreierlei:

(Abg. Weimer SPD: Kommen Sie einmal wieder herunter!)

Erstens: Die Opposition ist gescheitert. Zweitens: Das Projekt ist gelungen. Und drittens: Gewinner sind die Bürgerinnen und Bürger des Landes Baden-Württemberg und die Zukunft dieses Landes.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Nagel SPD: Mit dieser Rede wird der Pfister in der Ampel-Koalition nichts!)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich dem Herrn Ministerpräsidenten.

**Ministerpräsident Teufel:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Eigentlich nehme ich nur deshalb noch einmal das Wort, um dem Kollegen Maurer noch einen Auftritt zu ermöglichen.

(Abg. Maurer SPD: Danke! – Zurufe von der CDU)

Denn jeder Auftritt von Maurer ist das Beste, was uns passieren kann.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Maurer SPD: Tata, tata, tata!)

Meine Damen und Herren, Herr Schlierer hat die Frage gestellt: Warum heute eine Regierungserklärung? Man scheint zu übersehen, dass die EU-Kommission am 7. Februar den Vertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und der EdF genehmigt hat.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aha!)

Man stelle sich einmal eine Minute lang vor, die Europäische Kommission hätte den Vertrag abgelehnt.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Dann wäre etwas los gewesen!)

Sie hätten die Plenarsitzungen heute und morgen vom Morgen bis zum Abend mit diesem Thema bestritten. Das hätten Sie gemacht.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Sie hätten Hohn und Spott über uns ausgegossen und von einer großen Niederlage der Landesregierung gesprochen.

Heute aber – der Kollege Pfister hat völlig Recht – ist das Gegenteil der Fall. Man muss sich das einmal auf der Zunge zergehen lassen: Auf Antrag der SPD wurde am 26. Oktober des letzten Jahres eine Aktuelle Debatte mit dem Thema „Die großzügige Verteilung nicht vorhandener Gelder aus der Landesstiftung durch die Landesregierung“ durchgeführt.

(Abg. Haasis CDU: Das hat er schon vergessen! –  
Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Herr Maurer hat in jener Debatte ausgeführt:

Ich finde es unglaublich fahrlässig, ungedeckte Wechsel auszustellen in einer Situation, in der kein Mensch weiß, wie Brüssel entscheiden wird, mit welchen Auflagen entschieden wird, . . . was das für den Unternehmenswert bedeutet, der veräußert worden ist, was das auch für die Strategie der EdF bedeutet.

Herr Maurer, der Ruf der Propheten beruht meistens auf dem schlechten Gedächtnis ihrer Zuhörer.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich habe mir das Zitat aufbewahrt, weil Sie mit Ihrer Prophetie wirklich in jedem Halbsatz falsch gelegen sind.

(Widerspruch des Abg. Maurer SPD)

„Kein Mensch weiß, wie Brüssel entscheiden wird.“

(Abg. Maurer SPD: Wussten Sie es?)

Ich kann nur sagen: Wir haben mit Brüssel verhandelt, und ich war keine einzige Minute unsicher. Denn Brüssel hat während der gesamten Verhandlungsphase nichts an dem Vertrag auszusetzen gehabt, sondern Brüssel hat offen gesagt, dass der Vertrag als Hebel benutzt wird,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Richtig, so ist es!)

um auf dem französischen Strommarkt eine größere Liberalisierung zu erreichen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das ist gut so! – Abg.  
Deuschle REP: Und das glauben Sie?)

„Mit welchen Auflagen entschieden wird“ – nicht eine einzige Auflage betrifft den Verhandlungspartner Baden-Württemberg. „Welche weiteren Verhandlungsprozesse . . . durch diese Auflagen ausgelöst werden“ – keine einzige Verhandlung ist nötig geworden. „Was das für den Unternehmenswert bedeutet“ – keine Mark geht von den 4,7 Milliarden DM weg. „Was das für die Strategie der EdF bedeutet“ – ich kann nur sagen: Der EdF war der Vertrag so viel wert, dass sie auf dem französischen Strommarkt nicht nur verbal, sondern auch tatsächlich eine nennenswerte Liberalisierung ermöglicht hat.

(Abg. Bebber SPD: Dann muss sie eine Menge  
Vorteile davon haben!)

Nun, meine Damen und Herren, versteigt sich Herr Maurer zu der Bemerkung, dass die EnBW früher oder später nichts anderes als ein Satellit der EdF sein werde.

(Abg. Maurer SPD: Das „Handelsblatt“!)

Ich kann nur sagen: Wir haben europaweit ausgeschrieben. Wir haben einen Europäischen Binnenmarkt, eine Europäische Union und einen europäischen Strommarkt. Die EdF hatte überhaupt keinen Vorlauf, aber sie wurde behandelt wie jedes andere deutsche oder europäische Unternehmen. Wir haben uns von der Beratungsgesellschaft der Dresdner Bank sachkundig beraten lassen. Die Empfehlungen waren eindeutig.

Jetzt möchte ich einmal sagen: Sie sprechen in den letzten Tagen von Arbeitsplätzen, die gefährdet seien, obwohl Sie wissen, dass die EnBW die Zahl der Arbeitsplätze um 2 % gesteigert hat. Was wäre denn nach Ihrer Meinung die Alternative gewesen? Ein deutsches Unternehmen wäre Ihrer Meinung nach die Alternative gewesen. Aber – das sage ich Ihnen – die EnBW würde schon heute nicht mehr bestehen,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja, das sehe ich auch so!)

wenn sie in der Fusion Veba/Viag/Eon oder im RWE/VEW-Konzern aufgegangen wäre. Wie die VEW wäre sie darin aufgegangen.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Aber mit Sicherheit!)

Jetzt will ich Ihnen einmal sagen, was die an Arbeitsplätzen abbauen. Das sind vielleicht Zeitungsausschnitte, die es verdienen, zitiert zu werden.

Ich zitiere aus der „Welt“:

RWE-Konzern baut mit VEW 12 550 Stellen ab.

Nächstes Zitat:

Veba/Viag baut allein in Bayern 1 500 Stellen ab.

Der bayerische Wirtschaftsminister hat eine Regierungserklärung zu diesem Thema abgegeben. Veba/Viag baut insgesamt über 3 000 Stellen ab. Sie kritisieren unseren Vertrag mit der EdF, ohne dass Sie hier den Hauch einer Alternative aufzeigen, was Sie für Baden-Württemberg hätten besser machen wollen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Wir haben die Standorte und die Arbeitsplätze abgesichert, soweit man das überhaupt konnte. Deswegen haben sämtliche Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der EnBW – sehr viele gehören Ihrer Partei an –

(Zuruf des Abg. Haas CDU)

diesem Vertrag zugestimmt,

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

weil er ein arbeitnehmerfreundlicher Vertrag gewesen ist.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Dann sagte Herr Maurer nach der Genehmigung am 7. Februar in „Südwest 3“:

Ich sage Ihnen voraus, dass das bedeutet, dass das Land Baden-Württemberg zu einer Kolonie des französischen Atomkonzerns EdF wird.

(Zurufe von der CDU)

Das wird uns Tausende von Arbeitsplätzen kosten.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

Das sagt Herr Maurer wider besseres Wissen. Er spricht 50 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg,

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

nachdem Frankreich unser erster Partner ist und seit Mitte der Fünfzigerjahre in der Europäischen Union mit uns verbunden ist,

(Lachen bei der SPD – Zurufe von der SPD und des Abg. Deuschle REP)

davon, dass wir zu einer Kolonie Frankreichs würden. Was ist denn das für eine Sprache?

(Lebhafter Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Zuruf des Abg. König REP – Unruhe)

– Ja, das ist Ihre Geschichte. – Nehmen Sie sich einmal ein Beispiel an Ihrem Kollegen Linkohr, dem Stuttgarter Abgeordneten im Europäischen Parlament, der von Weitsicht gesprochen hat, weil ein europäisches Unternehmen, ein französisches Unternehmen zum Zug gekommen ist. Auch die deutsche Kartellbehörde hat gesagt, sie hätte einen anderen Vertrag als diesen gar nicht genehmigen können, weil nur dieser zu mehr Wettbewerb in Deutschland und in Europa geführt hat.

Meine Damen und Herren, dann wurde gesagt, das Geld der Zukunftsoffensive III werde für „schöne Dinge“ ausgegeben, statt Schulden abzubauen. Hinterher ist sogar noch von einer Wahlkampfkation gesprochen worden.

(Abg. Deuschle REP: Das wollen Sie wohl nicht bestreiten, oder? – Abg. Pfister FDP/DVP: Ist ein Klinikumsneubau ein „schönes Ding“? Einen Punkt nur soll er nennen, auf den er verzichten will!)

Beliebig zitiere ich jetzt einmal aus dem Katalog, den CDU und FDP/DVP gemeinsam festgelegt haben,

(Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP)

aus der Zukunftsoffensive III. Nachdem Sie, Herr Maurer, sagen, das seien „schöne Dinge“, also Dinge, die überhaupt nicht nötig sind, und das sei Wahlkampfkation,

(Widerspruch bei der SPD)

schlage ich vor, dass Sie an alle Standorte gehen, die ich jetzt nenne, und sagen, dass Sie, wenn Sie an die Regierung kommen, das alles wieder zurücknehmen.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Sie haben vorhin gesagt: „Wir machen das alles ungeschehen, wenn wir an die Regierung kommen.“ Also: Investitionen im Schulbereich auch bei Privatschulen, 100 Millionen DM für neue Medien an der Schule – das alles machen Sie rückgängig –, Existenzgründungsmaßnahmen, soweit gemeinnützig, mit 25 Millionen DM; die anderen Existenzgründungsmaßnahmen werden im normalen Haushalt finanziert. So gescheit wie Sie sind wir auch.

Die Frage der Gemeinnützigkeit haben wir übrigens nicht nur durch die kompetente Steuerabteilung des Finanzministeriums prüfen lassen, sondern auch noch durch einen externen Wirtschaftsberater.

13 Baumaßnahmen für Berufsakademien, 100 Millionen DM.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Das will er alles nicht!)

„Vorrangige Einzelprojekte“ heißt es da. Sie gehen also nach Lörrach, wo wir durch Betriebsschließungen eine hohe Arbeitslosigkeit haben, und sagen, der Ausbau der Berufsakademie Lörrach sei nicht notwendig.

(Abg. Pfister FDP/DVP: „Schöne Dinge“!)

Nächster Standort: Mosbach. Sie gehen nach Mosbach, wo Ihre Bundesregierung gerade die Bundeswehr im ländlichen Raum abbaut, und sagen: Der Ausbau der Berufsakademie Mosbach ist nicht notwendig.

Ravensburg. Sie gehen nach Ravensburg und sagen, der Ausbau in Ravensburg sei nicht notwendig, und auch ein neuer Standort in Friedrichshafen, den wir gerade schaffen – Baustelle –, sei nicht notwendig.

Sie gehen nach Villingen-Schwenningen, Heidenheim, verehrte Frau Kollegin Gräßle, Horb, Karlsruhe, Mannheim – alles Berufsakademie-Baumaßnahmen – und sagen: „Schöne Dinge, reine Wahlkampfversprechen, sobald wir an der Regierung sind, machen wir das alles rückgängig.“

Sie gehen auch nach Karlsruhe und sagen: Eine 24-Stunden-Bibliothek an der Universität Karlsruhe? Was ist das für eine Idee! Diese 20 Millionen DM kann man glatt sparen und zur Schuldentilgung verwenden.

Und zum Ausbau der Filmakademie in Ludwigsburg sagen Sie: Die ersten zehn Jahre waren schon nichts. Warum soll man dann weiterhin Geld in diese Filmakademie stecken?

(Lachen des Abg. Dr. Klunzinger CDU)

Beim Institut für Mikro- und Informationstechnik in Villingen-Schwenningen, beim Institut für Mikroelektronik in Stuttgart, beim Institut für Textilforschung in Denkendorf, wo man übrigens seit Jahrzehnten wartet, beim Fraunhofer-Institut für chemische Technologie in Pfinztal, 27 Millionen DM, beim Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft in Stuttgart, beim Forschungsinstitut für Edelmetall in Schwäbisch Gmünd – überall tritt Herr Maurer auf und sagt: „Schöne Dinge, die aber nicht notwendig sind; wir machen sie rückgängig.“

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

(Ministerpräsident Teufel)

Das könnte ich fortsetzen, meine Damen und Herren. Wissen Sie, was die Wahrheit ist? Die Wahrheit ist: Wenn die SPD bei einer Zukunftsoffensive dabei ist, wie bei der ersten,

(Abg. Pfister FDP/DVP: Dann ist es gut!)

dann geht es natürlich nicht um Wahlgeschenke, sondern dann ist diese

(Abg. Pfister FDP/DVP: Zukunftsvorsorge!)

für die Entwicklung des Landes Baden-Württemberg von existenzieller Bedeutung.

(Abg. Weimer SPD: Den Unterschied kann man Ihnen erklären!)

Wenn die FDP aber nicht mehr in der Regierung ist – –

(Lachen bei der SPD – Abg. Pfister FDP/DVP: Nein, nein! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Erschrecken Sie den Herrn Pfister doch nicht so!)

– Die SPD.

Zur FDP/DVP sage ich gleich etwas ganz Liebes, und zwar aus Überzeugung, sogar etwas, was über Ihre Aussage, Herr Pfister, hinausgeht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Da bin ich aber gespannt!)

Sie haben gerade gesagt, ohne die FDP/DVP gäbe es die dritte Zukunftsoffensive Junge Generation nicht.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Ja!)

Ich sage: Ohne die FDP/DVP hätte es schon die zweite Zukunftsoffensive Junge Generation nicht gegeben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

So ist es in der Tat, denn die zweite Zukunftsoffensive stammt aus dieser Legislaturperiode und wurde mit der FDP/DVP gemacht.

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

Aber die erste stammte aus der letzten Legislaturperiode und wurde mit der SPD gemacht, und was mit der SPD gemacht wird, ist gut für die Zukunft des Landes. Was aber ohne die SPD gemacht wird, das sind Kinkerlitzchen, „schöne Dinge“, auf die man auch verzichten kann. So einfach ist das Weltbild des Herrn Maurer.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Oh-Rufe von der SPD)

Jetzt zu den Uraltbehauptungen. Zur Gemeinnützigkeit habe ich ja schon gesagt, dass diese von der Steuerabteilung und auch von einem externen Berater geprüft worden ist. Wir werden aufpassen, weil wir nämlich keine Steuern zahlen wollen. Das ist der Unterschied zwischen uns.

(Abg. Drexler SPD: Im Gegensatz zu den Bürgern! – Gegenruf des Abg. Pfister FDP/DVP: Die brauchen auch keine zu zahlen, wenn sie eine Stiftung machen!)

Sie sagen, Sie würden lieber die Verschuldung abbauen. Das ist ja hochinteressant. Jetzt will ich Ihnen einmal über das letzte Jahr, das Jahr 2000, berichten. Wir hatten im Haushaltsplan eine Neuverschuldung von 1,55 Milliarden DM.

(Abg. Drexler SPD: 63 Milliarden DM!)

Tatsächlich haben wir im Jahr 2000 aber nur 801 Millionen DM Schulden aufgenommen, also etwas mehr als die Hälfte.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Dank der rot-grünen Regierung!)

Das ist die niedrigste Verschuldung seit dem Jahr 1973,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP/DVP)

und damals hatten wir das halbe Haushaltsvolumen. Das ist unsere Politik,

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Nein, das ist Bundespolitik!)

und jetzt wollen Sie uns vormachen, dass wir uns verschulden.

Ich kann nur sagen: Das Institut der deutschen Wirtschaft, in diesen Fragen bekanntlich sehr kritisch denkend, hat uns bestätigt, dass wir in den letzten zehn Jahren von allen Ländern die solideste Haushaltspolitik gemacht haben.

Ich füge noch etwas hinzu: Inzwischen ist die Summe dessen, was das Land seit seinem Bestehen in den Länderfinanzausgleich eingezahlt hat, um 8 Milliarden DM höher als die Gesamtverschuldung des Landes Baden-Württemberg. Wir wären schuldenfrei! Wir haben uns überhaupt nur verschuldet, um in den Länderfinanzausgleich einzahlen zu können. Das sind die Tatsachen in unserem Land.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das wird man bei der CDU in Norddeutschland gern hören! – Unruhe)

Jetzt komme ich zur Beteiligung des Landtags. Was habe ich da gerade gehört? Dieses Einmaleins, das, was ich von Ihnen, Herr Salomon, gehört habe, muss man mir einmal erklären: Über die ersten beiden Zukunftsoffensiven Junge Generation sei im Landtag noch ordnungsgemäß verhandelt worden, nicht mehr aber über die dritte. Was haben wir denn bei den ersten beiden gemacht? Wir haben zusammen mit Ihnen das Konzept in der Koalition festgelegt. Dann haben wir einen Haushaltsentwurf in den Landtag eingebracht, den der Landtag schließlich verabschiedet hat.

Was haben wir denn mit der zweiten Zukunftsoffensive gemacht? Wir haben noch in der letzten Legislaturperiode ein Konzept entwickelt. Wir haben es in der Koalitionsvereinbarung zum Gegenstand gemeinsamen Handelns gemacht.

(Ministerpräsident Teufel)

Dann haben wir es in den Haushaltsentwurf aufgenommen und es schließlich im Landtag beraten und verabschiedet.

Was habe ich zur dritten Zukunftsoffensive im Namen der Regierung immer gesagt? Wir haben die vorgesehenen Mittel von 1,1 Milliarden DM eingeplant, damit man die Vorbereitungen treffen kann. Diese sind in vollem Gang. Sie werden aber erst über einen Nachtragshaushaltsplan finanzwirksam, den die neue Landesregierung im Herbst einbringen wird. Dabei wird die dritte Zukunftsoffensive genauso beraten und verabschiedet, wie es bei den ersten beiden Zukunftsoffensiven der Fall war. Welchen Türken bauen Sie hier im Parlament denn eigentlich auf? Was machen Sie denn den Leuten vor?

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

Anders sieht es in Bezug auf die Landesstiftung aus. Dazu kann ich nur sagen: Wir haben den Landtag an den Organen der Landesstiftung sogar noch stärker beteiligt, als es den Kräfteverhältnissen nach d'Hondt entsprechen würde. Jede Sitzung, jede Regelung, jede Einzelheit ist im Finanzausschuss des Landtags beraten worden, hat dort eine Mehrheit gefunden und ist schließlich vom Landtag von Baden-Württemberg verabschiedet worden. Das ist die Tatsache. So gehen wir – auch in Bezug auf die Landesstiftung – mit dem Parlament um.

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

Jetzt ist von „Tafelsilber“ die Rede – eine tolle Geschichte. Ich freue mich geradezu auf einen solchen Begriff. Der Anteil von 25 % hat dem Land Baden-Württemberg ja überhaupt nicht mehr gehört. Denn dieser Anteil von 25 % ist vom Land vor mindestens 15 Jahren an eine neu gegründete Landesholding verkauft worden. Damals hat man rund 800 Millionen DM Schulden gemacht. Wenn wir heute für den gleichen Anteil 4,7 Milliarden DM bekommen, so erkennt man auch den Wertzuwachs, den wir in den letzten Jahren erzielt haben. Diese 800 Millionen DM tilgen wir als Erstes. Denn sie sind für den angesprochenen Zweck aufgenommen worden. Deswegen werden diese Schulden getilgt.

Den um diese 800 Millionen DM verringerten Betrag von 4,7 Milliarden DM verwenden wir erstens für die dritte Zukunftsoffensive und zweitens für die Landesstiftung mit Werterhaltung für die kommenden Generationen. Kann man verantwortlicher mit Vermögen umgehen?

Aber wir sparen nicht nur. Wir haben in den Neunzigerjahren sehr gespart – mehr als jedes andere Land, wie uns vom Institut der deutschen Wirtschaft bescheinigt wird. Aber wir haben auch investiert. Auch deswegen steht das Land Baden-Württemberg heute anders da als Mitte der Neunzigerjahre. Jetzt müssen wir das Fundament legen, damit Baden-Württemberg auch im Jahr 2010 Spitze in Deutschland ist und zur wettbewerbsfähigsten Region Europas wird. Dafür legen wir jetzt die Grundlagen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU – Beifall bei der FDP/DVP)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, unter unseren Gästen auf der Zuhörertribüne begrüße ich besonders die Botschafterin von Kanada in der Bundesrepublik Deutschland, Frau Bernard-Meunier.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Bernard-Meunier hält sich heute zu einem offiziellen Besuch in der Landeshauptstadt Stuttgart auf. Sie wird begleitet vom Leiter des Kanadischen Konsulats in Stuttgart, Herrn Honorarkonsul Rudolf Schweiker.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Frau Botschafterin, ich darf Sie und Ihre Begleitung sehr herzlich im Landtag von Baden-Württemberg willkommen heißen. Ich wünsche Ihnen einen angenehmen Aufenthalt in unserem Land.

(Beifall bei allen Fraktionen)

Das Wort erteile ich nun Herrn Fraktionsvorsitzendem Maurer.

(Abg. Hehn CDU: Schon wieder?)

**Abg. Maurer SPD:** Der Herr Ministerpräsident wollte das doch ausdrücklich.

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Teufel, Sie haben mit der Genesis Ihrer Verkaufsaktion zugunsten der EdF leider zu einem etwas verspäteten Zeitpunkt eingesetzt.

(Abg. Hehn CDU: Aber man kann ja nicht auslernen!)

Die ganze Geschichte beginnt damit – deswegen sage ich Ihnen, das Ganze ist eine Operation Goll, und Sie sind hinterhergetraht –, dass Herr Goll, wie Sie ja wissen, schon gestützt auf französische Stromlieferungen, unter dem Stichwort „Yello“ einen Wettbewerbsangriff auf die deutschen Mitwettbewerber gemacht hat. Schon damals hatte er die strategische Allianz mit der EdF geschmiedet. Schon damals war er sich darüber im Klaren, dass er, wenn er diesen Angriff macht, diesen natürlich nicht von der eigenen Kraft des Unternehmens her bestehen kann, sondern dass es nur funktioniert, wenn er sich anschließend in die Arme der EdF flüchten kann. So fängt die Geschichte an. Das haben Sie möglicherweise nicht gemerkt. Aber das war eine planmäßige Strategie. Die Allianz mit der EdF war für Herrn Goll lange beschlossen, bevor Sie auch nur über Ihre Ausschreibungsmodalitäten nachgedacht haben.

(Abg. Dr. Stefan Scheffold CDU: Was soll denn das?)

Deswegen ist das die wirkliche Geschichte. Ich sage es noch einmal: Sie sind hinterhergetraht. Sie waren bei dieser ganzen Strategie nie irgendwie der Macher oder der Strategie, sondern was aufgegangen ist, ist die Unternehmenspolitik, wie sie sich Herr Goll zusammen mit der EdF vorgestellt hat.

Die 4,7 Milliarden DM sind natürlich in Wahrheit auch nicht für den Wert der EnBW gezahlt worden, sondern für den Eintritt der EdF in den deutschen Strommarkt, den man

(Maurer)

ihr damit ermöglicht hat, ohne dass sie die eigene, extrem starke Position in Frankreich hätte aufgeben müssen.

Ich finde es schon lustig, dass Sie mir hier Feindschaft gegenüber Frankreich unterstellen. Ihnen ist doch wirklich nichts zu viel, muss ich Ihnen schon sagen. Ich rede da über eine ganz nüchterne Erfahrung, die wir in Baden-Württemberg gemacht haben. Meine Damen und Herren, das wissen Sie doch alle durch das Beispiel der Übernahme von SEL durch Alcatel, das Beispiel der Übernahme von Saba durch Thomson-Brandt und viele andere Fälle. Die Politik französischer Unternehmen und erst recht die Politik französischer Staatsunternehmen ist sehr patriotisch ausgelegt, und im Zweifel gilt der Grundsatz: Wichtiger sind Arbeitsplätze in Frankreich als Arbeitsplätze bei Beteiligungsunternehmen. Das ist hier in Baden-Württemberg bei SEL und bei Erwerbungen durch Thomson-Brandt auch an anderen Stellen mehrfach durchexerziert worden.

Deswegen ist es, glaube ich, meine Pflicht und Schuldigkeit – und es wäre eigentlich auch Ihre –, darauf hinzuweisen, dass es nach diesen Erfahrungen nicht gut ist, wenn man ein großes baden-württembergisches Unternehmen zum Ableger eines französischen Staatsunternehmens macht.

(Beifall bei der SPD)

Bei Ihnen ist es aber so: Sie sind durch die große Zahl so geblendet gewesen – Sie haben durch die Strategie des Herrn Goll auch keine Alternative mehr gehabt –, dass Sie das jetzt schönreden müssen. Ich sage Ihnen: Es hat Zeitpunkte gegeben – das haben wir Ihnen mehrfach gesagt –, zu denen es möglich gewesen wäre – anders als heute; jetzt sind die Aktienkurse down –, die Anteile des Landes Baden-Württemberg an private Anleger in Deutschland bzw. in Baden-Württemberg abzugeben. Das wäre möglich gewesen. Damals ist sogar die MVV in Mannheim an die Börse gebracht worden; kein Vergleich mit der Energie Baden-Württemberg. Das wollte Herr Goll nicht. Sie sind hinterhergetrabt. Diesen Zeitpunkt haben Sie verschlafen. Hätten wir diese Möglichkeit genutzt, hätten wir im Land ein eigenes Unternehmen gehabt, ein baden-württembergisches Unternehmen mit expansiver Kraft. Das wollten Sie ausdrücklich nicht. Das haben Sie verhindert. Jetzt haben wir in der Tat eine Vertriebsfiliale der EdF – auf Gedeih und Verderb auf die Gnade der Pariser Entscheidungen angewiesen.

(Zuruf von der CDU)

– Im Gegenteil. Ich bewundere manchmal, mit welcher Rigorosität die französische Politik ihre Arbeitsplatzinteressen nach vorn rückt. Wir Deutschen sind immer diejenigen, die den liberalen Markt am meisten hochhalten. Andere sagen dies verbal und denken an ihre eigenen Interessen. Wir sollten das endlich einmal wahrnehmen. Wer als Ministerpräsident für dieses Land Verantwortung trägt, sollte das ebenfalls wahrnehmen. Die erste Verpflichtung gilt den Arbeitsplätzen und dem Energiestandort Baden-Württemberg, aber nicht Herrn Goll und seinen Interessen.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Dr. Schäfer  
Bündnis 90/Die Grünen)

Ich finde es im Übrigen schön, dass Sie hier aufgezählt haben, an wie vielen Stellen in Baden-Württemberg Sie Geld versprochen haben. Damit haben Sie nur bestätigt, was ich hier gesagt habe.

(Abg. Seimetz CDU: Wo gehen Sie hin?)

Ich stehe nach wie vor zu dem, Herr Kollege Seimetz, was ich im letzten Jahr gesagt habe: Es war und es ist nicht in Ordnung, wenn man Geld verteilt, das man noch nicht hat.

(Zuruf von der CDU: Wir haben es nicht verteilt,  
wir haben nur darüber nachgedacht!)

Das ist eine sehr allgemeine Lebensweisheit. Es ist nicht in Ordnung, wenn man das macht.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

– Ich weiß gar nicht, was Sie gegen den Begriff „schöne Dinge“ haben. Natürlich sind das schöne Dinge, aber man muss sie bei einer seriösen Finanzpolitik gegenüber anderen Dingen und anderen Prioritätsentscheidungen verantworten können.

Deshalb noch einmal zum zentralen Punkt, werte Kolleginnen und Kollegen von der CDU:

(Abg. Hauk CDU: Jetzt wird es spannend!)

Wir sagen: Wir wollen den Erlös aus dem Verkauf von Beteiligungen in die Entschuldung des Landes stecken, weil wir im Landeshaushalt operativen Spielraum brauchen – im Landeshaushalt, nicht bei irgendeiner Stiftung –, damit wir an den Schulen dieses Landes endlich das notwendige Personal einstellen können. Dafür brauchen wir ihn.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die  
Grünen)

Wir brauchen – offensichtlich im Gegensatz zu Ihnen – diesen Entschuldungsbeitrag, damit wir 180 Millionen DM an Zinsen und Tilgung einsparen können. Sie können sich ausrechnen, was das an Stellen für die Schulen unseres Landes bedeutet. Wenn wir sagen, wir würden jedes Jahr 5 000 Lehrerinnen und Lehrer an den Schulen einstellen, dann ist das ein seriöser Vorschlag.

(Abg. Seimetz CDU: Jedes Jahr 5 000!)

Er ist nämlich finanzpolitisch gedeckt.

Jetzt kommen wir zu dem, was Sie hier treiben – hören Sie gut zu, werter Herr Rektor Seimetz –:

(Abg. Seimetz CDU: 5 000 neue!)

Der Herr Ministerpräsident hat in einer Diskussion mit Frau Vogt fröhlich feixend gesagt: „Ich will sogar noch 500 Lehrer mehr einstellen, nämlich 5 500.“ Aber wie bezahlen Sie die denn, Herr Ministerpräsident?

(Abg. Drexler SPD: Das weiß er nicht! – Ministerpräsident Teufel: Aus dem gleichen Haushalt wie Sie!)

– Sie bezahlen sie offensichtlich nicht so wie wir. Wir würden das Geld aus dem Verkauf in die Entschuldung stecken

(Maurer)

und damit Spielraum im Haushalt gewinnen. Wie bezahlen Sie sie denn?

(Beifall bei der SPD – Finanzminister Stratthaus unterhält sich mit Ministerpräsident Teufel.)

Dann – hören Sie gut zu, Herr Stratthaus, Sie müssen die nächsten Sachen noch mitkriegen, damit Sie Ihren Herrn Teufel beraten können – kommt die nächste Nummer. Der CDU-Landesparteitag beschließt: Jede Schülerin und jeder Schüler in Baden-Württemberg bekommt einen Laptop.

(Zuruf von der SPD: Jawohl!)

Kosten: 2 Milliarden DM. Das bedeutet 400 Millionen DM pro Haushaltsjahr. Herr Palmer hat bei der Jungen Union in einem Anflug von Wahrheitsliebe mitgeteilt,

(Minister Dr. Palmer: Das stimmt doch gar nicht!)

dass die Eltern das bezahlen sollen.

(Zuruf der Ministerin Dr. Annette Schavan – Abg. Drexler SPD: So! Er, der Palmer! – Abg. Bebbler SPD: O-Ton! – Weitere Zurufe)

Aber Herr Teufel – dazu gibt es auch einen O-Ton vom Rundfunk, Herr Teufel – hat gesagt: Selbstverständlich bezahlen das nicht die Eltern,

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Die Großeltern!)

sondern das bezahlen das Land und die Kommunen.

(Abg. Birzele SPD: Das stimmt gar nicht! Der hat etwas ganz anderes erzählt! – Zurufe von der CDU – Unruhe)

Das war O-Ton Teufel. Herr Teufel – ich habe mir die Stelle vom SWR vorspielen lassen; wissen Sie, ich höre mir die Dinge auch immer an –, Sie haben versprochen, die Laptops bezahlen das Land und die Kommunen. Jetzt hätte ich gerne einmal gewusst: Wie bezahlen Sie denn die 400 Millionen DM pro Jahr für die Laptops, die nach Ihrem Parteitagsbeschluss jede Schülerin und jeder Schüler bekommen soll, zusätzlich zu den 5 500 Lehrerstellen, die Sie – anders als wir bei unserem Vorschlag – nicht gedeckt haben und wofür Sie keinen seriösen Finanzierungsvorschlag haben? Dann müssen Sie noch die Vorfinanzierung für Stuttgart 21 leisten und die neue Messe auf den Fildern bezahlen. Das summiert sich dann.

In einer solchen Haushaltssituation bei rückläufigen Steuereinnahmen – das ist doch klar; wir wollten auch, dass sie zurückgehen, denn wir haben im Bund ja ein Steuerentlastungsprogramm verabschiedet – und bei den Versprechungen, die Sie abgegeben haben, geht Herr Teufel her und sagt: „Ich verspreche euch allen alles: Laptops ohne Ende. 18 Standorte kriegen etwas, Lehrer gibt es en masse, und eine Landesstiftung mache ich auch noch.“ Mit einer solchen Politik, glaube ich wirklich, unterschätzen Sie die Intelligenz der Bevölkerung dieses Landes nachhaltig.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Renate Thon Bündnis 90/Die Grünen)

Ich frage mich, wer Ihnen Ihre Finanzplanung eigentlich macht

(Abg. Drexler SPD: Der Stratthaus nicht!)

oder wie Sie diese eigentlich unterlegen. Dass das Herr Stratthaus ist, kann ich mir nicht vorstellen. Herr Stratthaus nickt zwar alles ab; aber dass er diesen Unfug auch noch gerechnet hat, kann ich mir nicht vorstellen.

(Abg. Drexler SPD: Der Scheffold vielleicht!)

Vielleicht macht es Ihr Parteicomputer, Herr Ministerpräsident.

(Heiterkeit bei der SPD – Abg. Drexler SPD: Sehr gut!)

Dem traue ich das zu. Der verschluckt E-Mails, wenn Herr Teufel ein Plakat gegen den Bundeskanzler angestiftet hat und nachher nicht mehr dazu stehen will. Der spaltet auch, wenn Not am Mann ist, Parteipenden so auf, dass man sie nicht veröffentlichen muss.

(Zuruf von der CDU: So ein Quatsch!)

Herr Stratthaus, Herr Teufel, geben Sie zu: Ihre Finanzversprechungen sind über Ihren Parteicomputer gerechnet worden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Oettinger.

(Abg. Bebbler SPD: Gibts den auch noch? – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Phönix aus der Asche!)

**Abg. Oettinger** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Im Kern lautet der Vorwurf des Kollegen Maurer,

(Abg. Birzele SPD: Richtig!)

dass hier Versprechen gemacht werden, die man nicht einhalten könne. Wissen Sie, lieber Kollege Maurer, die CDU in Baden-Württemberg, auch in der großen Koalition und in den letzten fünf Jahren mit der FDP/DVP, hat immer darauf Wert gelegt, dass man zu Beginn einer Wahlperiode eine Perspektive aufbaut

(Abg. Birgit Kipfer SPD: 2 500 Lehrerstellen!)

und sie am Ende eingehalten hat.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: 2 500 Lehrer!)

Genauso war es auch in dieser Wahlperiode. Schauen Sie einmal die Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP/DVP an: Praktisch jeder Punkt realisiert, alles in die Tat umgesetzt, jedes Versprechen gehalten. Baden-Württemberg ist in der Landespolitik davon geprägt, dass auf das Wort, auf die Aussage, auf die Perspektive der Regierung und der sie tragenden Fraktionen im Grunde genommen Verlass ist.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Was ist das jetzt für ein Bekenntnis?)

(Oettinger)

Das galt in der großen Koalition, das gilt in der jetzigen Koalition, und das gilt auch für das Regierungsprogramm und für das, was hier in dieser Zukunftsoffensive steht.

(Beifall bei der CDU)

Erstens: Lehrer. Für nicht in Ordnung finde ich es, wenn bei Ihnen der Versuch sichtbar wird, Lehrer und Schule gegen andere Zwecke auszuspielen. Wir brauchen beides.

(Abg. Maurer SPD: Sie haben Geld ohne Ende? –  
Abg. Birgit Kipfer SPD: Wie finanzieren Sie das alles?)

Wir brauchen die Hochschulen, die Wissenschaft, die Forschung, wir brauchen die Zukunftsoffensive, und daneben brauchen wir eine gute Unterrichtsversorgung. Beides sagen wir zu. Wir haben in den letzten fünf Jahren 2 540 zusätzliche Lehrerstellen geschaffen.

(Abg. Birzele SPD: Zum Teil nach der Legislaturperiode! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Zuhören! Auswendig lernen!)

Wir haben im September über 5 000 neue Lehrer eingestellt. Wir haben eine klare Aussage getroffen, dass für die Unterrichtsversorgung in den nächsten fünf Jahren noch einmal 5 500 Lehrerstellen benötigt werden. Diese finanzieren wir aus dem Haushalt. Die Mittel dafür werden in die mittelfristige Finanzplanung eingestellt.

(Lachen des Abg. Maurer SPD)

Auch die wird eingehalten, Kollege Maurer. Wir führen die Nettoneuverschuldung seit Jahren planmäßig zurück. Ihr plumper Versuch, uns hier den Bruch von Wahlversprechen vorzuwerfen, geht nicht auf, weil in Baden-Württemberg in den letzten Jahren und Jahrzehnten jede Aussage in eine Zusage, weil jedes Versprechen in die Tat umgesetzt worden ist.

(Beifall bei der CDU – Abg. Maurer SPD: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Brechtken SPD: Von der Mifri sei ihr ein paar Mal abgewichen! – Abg. Birzele SPD: Mehrfach Versprechen gebrochen!)

Zweitens: Energie Baden-Württemberg. Sie haben heute erneut an Ihren Vorschlag erinnert, man hätte sie auf dem Aktienmarkt verkaufen sollen, das heißt an Privatanleger, Fondsanleger, wie auch immer. Aber damit werden Sie einem entscheidenden Punkt nicht gerecht, nämlich der Tatsache, dass die Energie Baden-Württemberg auf dem europäischen Markt einen Partner braucht, weil sie allein nicht konkurrenzfähig bliebe. Wenn Sie der Meinung sind, dass die Energie Baden-Württemberg auf Dauer mit 4 % Marktanteil am europäischen Markt konkurrenzfähig wäre, dann hätten Sie nicht Unrecht, dann wäre der Weg überlegenswert. Da man aber davon ausgehen muss, dass maximal vier oder fünf Partner und Gruppen überleben werden und für ein Überleben mindestens 10, 12 % Marktanteil notwendig sein werden, war der Weg richtig, über das Aktienpaket des Landes einen Partner zu suchen. Nun kann man lange über den Partner streiten – das ist in Ordnung. Die Energie Baden-Württemberg braucht aber einen Partner, zumal wenn in Deutschland die Kernkraft zum Feindbild

erklärt wird und die Energie Baden-Württemberg bei der Stromproduktion derzeit zu zwei Dritteln von der Kernkraft lebt. Die Energie Baden-Württemberg ist durch die rot-grüne Regierung in Berlin im Grunde genommen in ihrer Struktur bedroht. Deswegen war der Weg, einen Partner zu suchen, richtig.

(Lachen des Abg. Maurer SPD – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das hat Herr Goll aber anders gesehen!)

Diesen tragen wir mit. Dass am Ende die EdF übrig geblieben ist, ist meines Erachtens ein logisches Ergebnis der Suche nach einem Partner. Wir haben gesucht und gefunden. Die CDU-Fraktion hat damit überhaupt kein Problem.

(Beifall bei der CDU)

Zum letzten Punkt: Wir hätten das Geld, den Verkaufserlös, in den Haushalt einstellen sollen. Wenn Ihr neues Steuerrecht im Jahr 2000 gekommen wäre, hätten wir es uns überlegt. Die Steuerreform wirkte aber erst nach dem Verkaufszeitpunkt. Die Energie Baden-Württemberg und die EdF konnten nicht noch zwei Jahre warten, bis die Partnerschaft in die Tat umgesetzt wird. Zum notwendigen Zeitpunkt der Gründung der Partnerschaft von EdF und EnBW galt also noch altes Steuerrecht. Wir hätten deshalb über 1,8 Milliarden DM an Landesvermögen in die Bundeskasse nach Berlin zahlen müssen. Genau dies sehen wir nicht ein. Wir haben eine Verpflichtung, das Wohl der Bürger Baden-Württembergs, das Wohl der Steuerzahler Baden-Württembergs in den Vordergrund zu rücken, nicht aber das Wohl anderer Länder und auch nicht primär das Wohl der Bundesregierung.

(Beifall bei der CDU)

Deswegen: Erstens: Wir sichern Unterrichtsversorgung. Dies ist aber eine Pflichtaufgabe des Staates. Dies bewerkstelligen wir im Staatshaushalt und im Stellenplan. Das haben wir in der Vergangenheit so gemacht, und so machen wir es auch in der Zukunft. Die Unterrichtsversorgung in Baden-Württemberg bleibt gut.

Zweitens: Wir halten unsere Versprechen ein. Dies war so, und dies bleibt so, solange die CDU mit Partnern in diesem Landtag regiert.

(Abg. Nagel SPD: Wenn sie allein regiert, nicht mehr!)

Drittens: Die Energie Baden-Württemberg hat einen Partner gebraucht. Wir haben einen gesucht; wir haben einen gefunden. Das Geschäft ist perfekt.

Viertens: Wir wollten das Geld nicht nach Berlin tragen. Deswegen die Konstruktion, mit der jede Mark an Vermögen mit Zins und Zinseszins im Lande bleibt und nicht andere Länder etwas davon haben, dass unsere Vorfahren Unternehmen aufgebaut haben, deren Zukunft jetzt mit diesem Projekt gesichert ist.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Straub:** Das Wort erteile ich Herrn Fraktionsvorsitzendem Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich will zur Ausgangsfrage zurückkommen: Warum heute diese Regierungserklärung? Ich meine, dass die Zustimmung der EU-Kommission als Ereignis nur dann eine solche Regierungserklärung begründen würde, wenn in dieser Erklärung wirklich etwas Neues enthalten wäre. Herr Ministerpräsident, vieles von dem, was Sie vorgetragen haben, können wir alles beispielsweise in der Pressemitteilung vom 24. Oktober nachlesen, in der Sie die Zukunftsoffensive III vorgestellt haben. Substanziell Neues war heute also nicht zu hören. Deswegen war diese Frage auch berechtigt.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Hehn CDU:  
Das ist aber Realität!)

Im Übrigen will ich noch auf einen Punkt eingehen, der in der Diskussion über die Perspektiven auf dem Strommarkt eine Rolle spielt. Von den Regierungsfractionen wird ja offensichtlich erwartet, dass sich mit der strategischen Partnerschaft zwischen EdF und EnBW für die EnBW eine neue Perspektive eröffnen würde. Ich kann dazu an dieser Stelle nur Folgendes festhalten: Es war bezeichnend, dass François Roussely in den Verhandlungen gegenüber Wettbewerbskommissar Monti zum Ausdruck gebracht hat, dass es deswegen gar keine Einwände gegen diesen Zusammenschluss geben könne, weil ja die EdF in Frankreich ohnehin so dominant sei, dass ihre Position auf dem französischen Heimatmarkt nicht noch weiter verstärkt werden könne. Herr Pfister, das widerspricht geradezu Ihrer Erwartung, dass sich aufgrund der Liberalisierung des Strommarkts für die EnBW etwa in Frankreich ein Stück neuen Marktsegments eröffnen würde.

(Beifall bei Abgeordneten der Republikaner)

Das Umgekehrte ist der Fall. Die Franzosen sagen sogar fairerweise von vornherein, sie dächten gar nicht daran, in diesem Sinne faire Wettbewerbschancen zu schaffen. Sie geben zu, dass sie etwas ausspielen können, was wir genau wissen: dass sie jede Kilowattstunde in ihren Reaktoren erheblich billiger produzieren können als wir. Wenn sie dann den freien Gesetzen des Marktes folgen, können Sie sich vorstellen, was kommt.

In der Tat ist die Skepsis berechtigt. Ich erinnere daran, welche Erwartungen beispielsweise 1988 beim Zusammenschluss von Alcatel und SEL gerade hier im Lande hinausposaunt wurden. Damals gab es die Hoffnung, dass in Baden-Württemberg Arbeitsplätze gesichert würden, dass der Standort eine Chance erhalte. Wenn Sie sich heute einmal im Umfeld des Stuttgarter Nordens umsehen, stellen Sie fest, was dort stattgefunden hat: ein Kahlschlag durch die Führung von Alcatel! Deswegen sind die kritischen Anmerkungen, die in der letzten Zeit in verschiedenen Artikeln erschienen sind, durchaus berechtigt.

Vorhin wurde das „Handelsblatt“ zitiert, und ich will das noch einmal tun. In der Ausgabe vom 5. Februar 2001 heißt es zu dem Vertrag, der die Abstimmung mit den OEW bedingt und fünf Jahre läuft:

Bestenfalls so lange, schätzen Kenner der Sachlage, läuft die Gnadenfrist für die EnBW: „Irgendwann ist die EnBW dann das Vertriebsbüro der EdF in Deutschland.“

Meine Damen und Herren, das ist auch deswegen richtig, weil wir uns einmal überlegen müssen, was denn eigentlich die Politik unserer Energieversorger sein wird. Herr Goll hat ja deutlich gemacht, wie man nach dem Ausstiegskonsens reagieren wolle. Zu dieser Reaktion zählt eben auch, dass man die eigenen Produktionskapazitäten langfristig zurückfahren wird. Auch deshalb sehe ich mit Blick auf den europäischen Markt keinerlei Vorteile für die EnBW in der Zusammenarbeit mit der EdF. Umgekehrt, die Vorteile haben die Franzosen. Wir werden das auch im Bereich der Arbeitsplätze merken,

(Beifall bei den Republikanern)

vielleicht nicht gleich, meine Damen und Herren, aber in der mittelfristigen Perspektive.

An dieser Stelle will ich einen weiteren Punkt aufgreifen. Es ist ja viel darüber gesprochen worden, dass es der Kanton der gemeinnützigen Zwecke möglich mache, künftig mit der Landesstiftung fast unbegrenzt bestimmte Vorhaben zu fördern.

Herr Ministerpräsident, ich nehme gerne zur Kenntnis, dass alles geprüft worden ist, aber ich weise trotzdem auf Probleme hin. Das Merkmal der Förderung der Allgemeinheit in § 52 der Abgabenordnung ist nämlich inzwischen schon näher bestimmt. Dabei gibt es zum Beispiel ein Tatbestandsmerkmal, das über kurz oder lang einer Verwendung der Mittel mit Sicherheit entgegenstehen wird: dass Sie nämlich den geförderten Personenkreis nicht begrenzen dürfen. Sie dürfen ihn nicht abschließend bestimmen, und Sie werden zwangsläufig, wenn Sie künftig bestimmte Ziele, die für Zukunftschancen unseres Landes wichtig sind, gezielt fördern wollen, diese Förderung wegen der Bindung im Sinne des Allgemeinwohls nicht mehr vornehmen können. Deswegen sage ich noch einmal: Es kann sehr wohl die Situation entstehen, dass wir in der Zukunft –

(Abg. Rech CDU hält ein Exemplar der Abgabenordnung hoch. – Abg. Rech CDU: Ganz so kann man es nicht sagen!)

– Ich habe es noch einmal nachgelesen. Es ist so. Sie können das gerne zitieren.

Wir werden in der Zukunft in die Situation geraten, meine Damen und Herren, dass wir für wichtige Investitionen Mittel brauchen und sie nicht haben, weil sie nicht allgemein aus dem Haushalt entnommen werden können, sondern in einer Zweckbindung stehen, die durch diese Stiftung vorgegeben ist.

Lassen Sie mich zum Schluss noch einen Aspekt aufgreifen: Herr Pfister, ich finde es schon ein dreistes Stück, dass Sie sich hier hinstellen und sagen, mit der FDP/DVP werde es in der nächsten Legislaturperiode keine Neuverschuldung mehr geben. Gegenfrage: Warum haben Sie dann in dieser Legislaturperiode unserem Vorschlag, dieses Ziel in der Verfassung festzuschreiben, nicht zugestimmt?

(Beifall bei den Republikanern)

Sie können doch nicht auf der einen Seite sagen, Sie lehnten dieses Ziel ab, aber auf der anderen Seite anschließend vor das Wahlvolk treten und sagen: „Wenn ihr uns wählt,

(Dr. Schlierer)

kommt das.“ Ich will Ihnen dazu ganz offen sagen: Das ist so widersprüchlich, dass Sie dieses Argument besser aus Ihrem Wahlkampflogan streichen sollten. Das nimmt Ihnen nämlich in Zukunft niemand mehr ab.

(Beifall bei den Republikanern)

**Präsident Straub:** Meine Damen und Herren, es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Punkt 1 der Tagesordnung ist damit beendet.

Wir stehen jetzt vor der Frage, ob wir Punkt 2 der Tagesordnung noch vor der Mittagspause aufrufen. Ich schätze, dass dieser Tagesordnungspunkt fünf viertel Stunden dauern wird; dann wäre es nach halb zwei. Deshalb wäre es vielleicht zweckmäßiger, jetzt in die Mittagspause einzutreten und die Sitzung um 13:30 Uhr fortzusetzen. – Dagegen erhebt sich kein Widerspruch. Dann ist es so entschieden.

(Unterbrechung der Sitzung: 12:10 Uhr)

\*

(Wiederaufnahme der Sitzung: 13:30 Uhr)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die unterbrochene Sitzung wird fortgesetzt.

Ich rufe **Punkt 2** der Tagesordnung auf:

- a) **Aktuelle Debatte – Auswirkungen der Regierungserklärung der Bundesministerin Frau Künast auf die Landwirtschaft in Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen**
- b) **Antrag der Fraktion der SPD und Stellungnahme des Ministeriums Ländlicher Raum – Bisherige und geplante Maßnahmen der Landesregierung gegen die Gefahren durch BSE – Drucksache 12/5835**
- c) **Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP und Stellungnahme des Ministeriums Ländlicher Raum – Maßnahmen zur Zukunftssicherung der Landwirtschaft in Baden-Württemberg – Drucksache 12/5878**
- d) **Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und Stellungnahme des Ministeriums Ländlicher Raum – Kontrolle der BSE-Schutzmaßnahmen – Drucksache 12/5887**

Meine Damen und Herren, der durch drei Fraktionsanträge ergänzte Tagesordnungspunkt soll nach den Regeln der Aktuellen Debatte ablaufen. Das Präsidium hat dafür die übliche Gesamtdauer von 50 Minuten festgelegt. Darauf wird die Redezeit der Regierung nicht angerechnet. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten; die Redezeit kann also nicht verbunden werden. Ich bitte die Mitglieder der Landesregierung, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten.

(Abg. Teßmer SPD: Die reden überhaupt nicht; die sind gar nicht da! – Abg. Bebbler SPD: Vergebliche Liebesmüh!)

Schließlich darf ich erneut und hoffentlich nicht vergeblich auf § 60 Abs. 3 der Geschäftsordnung verweisen, wonach die Aussprache im Rahmen der Aktuellen Debatte in freier Rede zu führen ist.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: In freier und geheimer Rede!)

Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schäfer.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen nimmt Unterlagen mit ans Rednerpult. – Abg. Bebbler SPD: Was hat er denn dabei? – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: In freier und geheimer Rede!)

**Abg. Dr. Schäfer** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben heute ein großes Publikum für die Agrarpolitik.

(Abg. Teßmer SPD: Da sehen Sie, wie wichtig die Regierung die Agrarpolitik nimmt! – Abg. Göbel CDU: Das wird Sie nicht wundern!)

– Mich wundert natürlich nicht, wie die Agrarpolitik bei der CDU besetzt ist. Aber in der Agrarpolitik passiert ja einiges, und auf der EU-Ebene und auf der Ebene der Bundesregierung haben wir eine deutliche Verlagerung von agrarpolitischen Schwerpunkten.

Sie von der CDU sind der Meinung, dass in Baden-Württemberg schon immer alles richtig gemacht wurde und dass daher kein besonders großer Veränderungsbedarf besteht.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Das sieht man auch, wenn man in die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten zu BSE hineinschaut.

(Abg. Bebbler SPD: Wenn man sie genau liest, ist es schon ein bisschen anders!)

Sie haben auch einen ehrenamtlichen Staatsrat eingestellt und wollen damit wahrscheinlich kaschieren, dass es auch in Baden-Württemberg an allen Ecken und Enden brennt, vor allem in den Bereichen, die jetzt wirklich im Mittelpunkt stehen.

Durch unsere Anfragen und durch Anfragen der SPD zu diesem Thema ist das mehr als deutlich geworden. Sie waren ja nicht einmal in der Lage, auf die einfache Frage, wie viele Personen in Baden-Württemberg für die Futtermittelkontrolle zuständig sind, eine konkrete Antwort zu geben.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Ich kann Ihnen gern vorlesen, wie Sie sich dazu geäußert haben. Es heißt: für jedes Regierungspräsidium je ein Referent mit 10 bis 20 %, je eine Sachbearbeiterin mit 30 bis 100 % und je ein Probenehmer mit 30 bis 85 %.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist Unkenntnis zu 100 %!)

– Das ist Unkenntnis zu 100 %, und das ist die Art und Weise, wie in einem zentralen Punkt, der jetzt für die Landwirtschaft sehr wichtig ist, nämlich bei der Sicherheit

(Dr. Schäfer)

von Futtermitteln, die Transparenz hergestellt wird, die auch von der Regierung gefordert wird. Damit hatten Sie bisher nichts zu tun.

Sie müssen dann zugestehen, dass Sie sich jetzt darum bemühen, acht neue Leute im Bereich der Futtermittelkontrolle einzustellen. Wenn ich das mit den 10 bis 20 % einmal überschlage und dann optimistisch rechne, komme ich zu dem Ergebnis, dass bisher vielleicht fünf bis sechs Stellen damit beauftragt waren. Wenn Sie jetzt noch acht einstellen wollen, dann ergibt sich mehr als eine Verdopplung. Das zeigt aber auch, wie es bisher in diesem Bereich aussah.

Kommen wir zu den nächsten Bereichen, die für Baden-Württemberg von großer Bedeutung sind, und schauen wir uns zum Beispiel neben dem Bereich der Lebensmittelüberwachung, der genauso im Argen liegt, an: Wie ist der Zustand der Kontrollen? Frau Ministerin Staiblin, Sie haben ja schon bei den Tiermehlverschleppungen im Rinderkraftfutter sehr großzügig agiert und meinten, bis zu 1 % Verschleppungen könnten toleriert werden.

(Abg. Teßmer SPD: Sie ist halt tolerant!)

– Sie ist sehr tolerant. – Das ist ein sehr großes Problem nicht nur für Bauern und Verbraucher. Aber diese fatale Strategie, die im Bereich BSE so problematisch ist, fahren Sie in allen anderen Bereichen auch. Ich kann nur sagen: Es hat mich wirklich erschüttert, dass Sie auch im Bereich des gentechnisch veränderten Saatguts kein Problem mit Verschleppungen sehen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Sie ist halt tolerant!)

Ich kann einmal zitieren:

Winzige Spuren gentechnisch veränderten Saatguts sind für Mensch und Umwelt unschädlich.

(Abg. Teßmer SPD: Ach, ja! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Am Kaiserstuhl ist man tolerant! – Zuruf des Abg. Göbel CDU)

Das ist genau die Strategie, die jetzt eigentlich geändert werden sollte. Ich kann einmal sagen, wie andere Länder auf diese Situation reagieren.

(Abg. Hauk CDU: Das ist die Strategie Embryonenschutzgesetz! – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD: Oje, hör auf!)

Ich zitiere aus einer dpa-Meldung:

Landwirte in Frankreich haben damit begonnen, den versehentlich ausgesäten Genraps zu vernichten. In Schweden muss der mit gentechnisch veränderter Saat verunreinigte Raps auf staatliche Anordnung zerstört werden. Die Landesregierung von Baden-Württemberg und die britische Regierung planen dagegen weiterhin keine entsprechenden Maßnahmen.

Das ist Ihre Strategie, wie Sie damit umgehen, wie Sie vorsorgenden Verbraucherschutz betreiben.

(Abg. Göbel CDU: Von wann ist denn die Pressemitteilung, Herr Schäfer?)

– Diese Pressemitteilung ist vom Mai dieses Jahres.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Vom Mai dieses Jahres? – Abg. Göbel CDU: Was haben Sie für einen Kalender? Ich denke, die ist vom letzten Jahr!)

Das ist ein Zeichen dafür, wie Sie bisher in allen Bereichen einen Schlendrian betrieben haben. Das heißt auch, wenn Sie in der Situation – –

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

– Wollen Sie jetzt reden? – Wenn Sie keinen Veränderungsbedarf sehen, dann heißt das auch, dass Sie dann offensichtlich mit dem Schlendrian weitermachen wollen.

Aber gehen wir doch zu dem aktuellen Problem. Sprechen wir über die Veränderung des MEKA und das angeblich so ökologische Programm, das den ökologischen Landbau in Baden-Württemberg so gut fördert. Sie wissen ja selbst, dass selbst nach der Novellierung, die Sie jetzt vorgenommen haben, ein konventionell wirtschaftender Betrieb zum Beispiel im Bereich des Weizenanbaus bei Kombination aller Maßnahmen – sei es Halmverkürzung, Verringerung der chemischen Stickstoffdüngung, Erweiterung des Drillreihenabstands und, und, und – mehr Punkte bekommt als ein Betrieb, der im Rahmen des biologischen Anbaus einen kompletten Verzicht vornimmt und prinzipiell auf chemisch-synthetische Dünger verzichtet. Damit fördern Sie die Form der konventionellen Landwirtschaft mehr als den ökologischen Anbau. Auch da haben Sie nicht begriffen, dass jetzt wirklich die Wende der Agrarpolitik in Richtung Umweltverträglichkeit auf der Tagesordnung steht, sondern Sie sind nach wie vor bereit, die konventionell wirtschaftenden Betriebe mehr zu fördern als die ökologisch wirtschaftenden.

(Abg. Göbel CDU: Jetzt bin ich mal gespannt, ob Sie die Frau Künast mehr überzeugen können vom ökologischen Landbau!)

Da besteht bei Ihnen natürlich auf jeden Fall noch immer ein Nachholbedarf.

(Abg. Göbel CDU: Bis jetzt haben Sie noch keinen Erfolg!)

Sie meinen, das alles wäre nur in der Vergangenheit so gewesen, es habe nur da Versäumnisse und Probleme gegeben. Ich habe die Ministerin im Landwirtschaftsausschuss darauf aufmerksam gemacht, dass die Landwirte unter dem extremen Druck durch BSE hin und wieder auch dazu neigen – weil die Herden vielleicht getötet werden, wenn sie einen BSE-Fall haben –, die Rinder auf die eine oder andere Art und Weise, die nicht der Legalität entspricht, zu entsorgen.

(Abg. Göbel CDU: Das ist doch eine Unterstellung!)

Darüber gibt es Zeitungsartikel. – Das ist keine Unterstellung. – Ich lese Ihnen das gern aus der Zeitung vor.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist aber abgelaufen.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Aber Herr Göbel besteht darauf! – Abg. Döpfer CDU: Er soll ja reden und nicht vorlesen!)

**Abg. Dr. Schäfer** Bündnis 90/Die Grünen: Nur noch ein letzter Punkt, dann sind wir fertig. Ich beantworte die Frage des Abg. Göbel:

Im Kreis Konstanz gibt es in Zusammenhang mit der BSE-Problematik ein Vorkommnis, das böse Vermutungen zulässt.

(Abg. Göbel CDU: Und was vermutet wird, halten Sie für wahr!)

Ein Bauer wollte der Tierkörperbeseitigungsanstalt in Orsingen ein Rind ohne Kopf anbieten. Die Polizei hofft auf Hinweise.

(Abg. Hauk CDU: Das war ja das Größte!)

Hier wird ermittelt und untersucht, und das Ministerium hat keine Ahnung davon und kümmert sich nicht um das Problem. Das zeigt, wie Sie letztlich mit dem vorsorgenden Verbraucherschutz umgehen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Göbel CDU: Wenn Sie auf jede Vermutung eingehen!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Kipfer.

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst ein paar Worte zu dem CDU-Antrag sagen, der ja unter dem Betreff läuft: „Maßnahmen zur Zukunftssicherung der Landwirtschaft in Baden-Württemberg“. Wenn man sich die Forderungen anschaut, dann muss man zur Kenntnis nehmen, dass die CDU nichts begriffen hat. Zu 90 % wird die Verantwortung der Bundesregierung zugeschoben.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Das ist auch richtig! – Abg. Göbel CDU: Das könnte man auch zu 100 % machen, auch dann wäre es noch richtig!)

Die Landesregierung scheint nur für das Herkunfts- und Qualitätszeichen verantwortlich zu sein. Kein Wort vom notwendigen Umsteuern in der Agrarpolitik, kein Wort von den herausragenden Chancen für die kleinräumige Landwirtschaft in diesem Land. Ich sage Ihnen: Wenn Sie nicht den Schulterchluss mit der Bundesregierung vollziehen, dann wird das mit ganz großer Sicherheit zulasten der Bauern in diesem Lande gehen.

(Abg. Seimetz CDU: Ha!)

Sie vermeiden alle Schritte, die der Landwirtschaft –

(Abg. Hauk CDU: Wenn wir bei Funke mitgezogen hätten, dann wäre es zulasten der süddeutschen Landwirtschaft gegangen!)

– Ich spreche vom Umsteuern der Landwirtschafts- und der Verbraucherpolitik auf Bundesebene, und das müssen Sie nachvollziehen. Das erwarten auch die Verbraucher.

(Abg. Göbel CDU: Frau Kipfer, wann sind Sie denn das letzte Mal im Ökoladen gewesen?)

In Ihrem Antrag steht kein Wort über einen verbesserten Verbraucherschutz

(Abg. Göbel CDU: Der ist gut bei uns!)

und über mehr Verbraucheraufklärung und auch kein Wort über den Aufbau regionaler Vermarktungsstrukturen, die dringend notwendig sind, kein Wort über eine effizientere Organisation der Lebensmittelkontrolle sowohl bei den Ursprungsprodukten als auch bei den Erzeugern oder der Ernährungsindustrie – auf allen Stufen der Erzeugung. Alles kalter Kaffee von gestern nach dem Motto: Schuld sind die anderen, nur wir sind schuldlos, wir haben alles richtig gemacht.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD: Pharisäer!)

Dabei hat die CDU sinnigerweise von den Problembereichen überhaupt nicht gesprochen und diese in ihrem Antrag auch nicht nachgefragt, zum Beispiel die bisherige Kontrollpraxis bei der Tierfutterproduktion für Nutz- und Haustiere. Unsere Anfrage – Herr Kollege Schäfer hat es zitiert – hat Erstaunliches zutage gefördert, nämlich dass in den vergangenen vier Jahren mit nur einer halben Stelle, rechnerisch einer halben Referentenstelle, die Futtermittel kontrolliert wurden. Dabei gibt es 148 Tierfuttermittelhersteller und 680 Tierfuttermittelhändler, ganz zu schweigen von den Landwirten, die auch noch Tierfuttermittel einlagern, um sie dann zu verfüttern. Diese sind nach Aussage der Landesregierung nur „vereinzelt“ überprüft worden. Die Landesregierung hat ihre gesetzliche Pflicht zur Kontrolle sträflich vernachlässigt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Teßmer SPD: So ist es! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Abg. Kipfer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hauk?

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Aber sicher.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön, Herr Hauk.

**Abg. Hauk** CDU: Frau Kollegin Kipfer, wie erklären Sie es sich dann, dass man bereits 1995, also ein Jahr nach dem Inkrafttreten des Tiermehlverfütterungsverbot für Wiederkäuer, in Baden-Württemberg festgestellt hat, dass es Verunreinigungen gab, in Nordrhein-Westfalen aber erst vier Jahre später?

(Abg. Teßmer SPD: Es ist ja nichts dagegen gemacht worden!)

**Abg. Birgit Kipfer** SPD: Aber es ist nichts gemacht worden.

(Abg. Hauk CDU: Wer hat denn damals die Kompetenz gehabt? – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD: Oje!)

(Birgit Kipfer)

– Welche Kompetenz? Die Kompetenz für die Kontrolle von Futtermitteln liegt beim Land, und das ist mit einer halben Stelle gemacht worden.

(Abg. Hauk CDU: Die Kontrolle schon, aber die Frage war doch die gesetzliche Grundlage! – Abg. Göbel CDU: Aber jedenfalls schneller als in Nordrhein-Westfalen!)

Diese Kontrollen ergaben noch etwas ganz anderes: Nur bei einem Drittel wurde die Beimengung von Tiermehl definitiv ausgeschlossen. Bei über 10 % wurden eindeutig widerrechtliche Tiermehlanteile festgestellt, und bei fast zwei Dritteln war man sich nicht sicher, hat es aber nicht weiterverfolgt, weil man gesagt hat, man könne Hühnerknochen nicht von Rinderknochen unterscheiden – bei unserer heutigen Laborfähigkeit ist das absolut lächerlich.

(Abg. Capezzuto SPD: Unglaublich!)

In den Augen der Landesregierung ging es nur um ganz wenige Prozent, unter anderem um ein halbes Prozent, aber das sind immerhin 50 bis 100 Kilogramm pro Lastwagenladung. Das heißt, jeder Lastwagen voller Tierfuttermittel, Herr Kollege Hauk, beinhaltet 50 bis 100 Kilogramm Verunreinigungen. Das sind Mengen, bei denen Sie sich schon überlegen müssen, wohin das führt.

(Abg. Teßmer SPD: Darüber denkt der nicht nach!  
– Abg. Bebbler SPD: Der geht in den Wald!)

Aber nicht nur das. Die Landesregierung ist auch unfähig, dazuzulernen. Frau Staiblin hat immer behauptet, die Erzeugung von Tierfuttermitteln in Baden-Württemberg sei sicher – von der Sicherheit einmal ganz zu schweigen: Fachleute sprechen da eine andere Sprache –, aber sie unterschlägt dabei, dass das meiste des in Baden-Württemberg hergestellten Tierfutters exportiert wurde und die Tierfuttermittelhändler ihrerseits Tierfuttermittel importiert haben, und zwar in einer Qualität, die höchst zweifelhaft war.

Als Ergebnis muss man feststellen: Die Landesregierung hat die Landwirte in Sicherheit gewiegt. In Wahrheit aber hat sie sie betrogen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Hauk CDU: Frau Höhn lässt grüßen! – Gegenruf des Abg. Teßmer SPD)

Die Landwirte haben sich sicher gefühlt, aber sie wussten über die mangelnde Kontrolltätigkeit im Land überhaupt nicht Bescheid.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kiefl.

**Abg. Kiefl CDU:** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Schäfer, zunächst einmal möchte ich mich wirklich zum Sprecher der Bauern machen und diese unverschämte Unterstellung von Ihnen zurückweisen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Wenn es so gewesen sein sollte, wie Sie behaupten, Herr Schäfer, dann nennen Sie Ross und Reiter. Wenn Sie das nicht können, dann erwecken Sie nicht den Eindruck, als würden hier an BSE erkrankte Tiere oder überhaupt Tiere möglicherweise illegal beseitigt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Drautz FDP/DVP)

Als Zweites möchte ich den von Ihnen, Frau Kipfer, benutzten Begriff „die Landwirte betrogen“ zurückweisen.

(Abg. Teßmer SPD: Na, na, na!)

– Jawohl, Herr Teßmer.

Solange das Internationale Tierseuchenamt in Paris erklärt, die Bundesrepublik sei BSE-frei, möchte ich die Regierung sehen – egal, welcher Couleur –, die sagt: „Das glaube ich nicht.“

(Abg. Teßmer SPD: Das hat doch Frau Kipfer gar nicht gesagt!)

Ich müsste dann entgegen dieser Aussage behaupten, dass die Bundesrepublik BSE hat.

(Beifall der Abg. Dr. Inge Gräßle CDU – Abg. Capezzuto SPD: Nein, die Tiere! Nicht die Bundesrepublik! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Kiefl, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Abg. Kiefl CDU:** Am Ende, wenn es nicht auf die Redezeit angerechnet wird.

**Stellv. Präsident Birzele:** Also jetzt nicht.

**Abg. Kiefl CDU:** Jetzt nicht. – Ich möchte Sie von der Opposition fragen: Was würden Sie derzeit tun, wenn es die beiden Begriffe „BSE“ und „Wende“ nicht gäbe? Ich äußere jetzt vorweg eine Bitte; ich formuliere es als Bitte:

(Abg. Capezzuto SPD: Also!)

Bringen Sie den Begriff „Wende“ bitte nicht im Zusammenhang mit BSE. Oder – noch viel schlimmer –: Suggestieren Sie nicht oder unterstellen Sie nicht, als hätte die Agrarpolitik insgesamt etwas mit BSE zu tun.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

– Jawohl. Das werden Sie gleich sehen.

Die kleine, sauber und korrekt arbeitende Schweiz hat über alle Betriebe hinweg – Ökobetriebe, Bergbetriebe, Talbetriebe – 400 BSE-Fälle. Die FAO in Rom sagt in ihrem neuesten Bericht: Wenn man überall auf der Welt testen würde, käme man zu dem Ergebnis, dass in über 100 Staaten BSE-Fälle zu verzeichnen sind.

(Abg. Teßmer SPD: Was soll das heißen?)

Das heißt, meine Damen und Herren: Baden-Württemberg hat – nach dem Stand der Erkenntnisse – schnell reagiert

(Abg. Capezzuto SPD: Na ja!)

(Kiefl)

– jawohl –, hat materiell reagiert, hat mit inzwischen wohl 55 000 Tests reagiert.

(Abg. Birgit Kipfer SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

– Am Ende, Frau Kipfer.

Baden-Württemberg reagiert insbesondere auch mit der Forschung über die Entstehung, den Übertragungsweg und die Bekämpfung von BSE.

Ich bitte wirklich darum, diese Dinge aus dem Wahlkampf herauszuhalten, weil sie alle zunächst nichts mit der Agrarpolitik zu tun haben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

– Jawohl.

Jetzt sage ich Ihnen etwas zur Agrarpolitik. Vor dieser Wende, die Frau Künast angekündigt hat – es heißt im Tagesordnungspunkt 2: „Auswirkungen der Regierungserklärung der Bundesministerin Frau Künast auf die Landwirtschaft in Baden-Württemberg“ –, hat Baden-Württemberg keine Scheu. Seit Jahren betreiben wir eine Agrarpolitik für alle Betriebe – egal, ob Voll-, Zu- oder Nebenerwerbsbetriebe –, seit Jahren arbeiten wir konzeptionell – das hat schon in den Siebzigerjahren mit Feuchtgebietskommissionen angefangen, reichte über Vertragsnaturschutz und, und, und –, konzeptionell im Gegensatz zur Bundesregierung, die bis zur Stunde rein reaktiv handelt und überhaupt kein Konzept hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

– Ich schildere Ihnen gleich unser Konzept.

Nur dieser Geisterfahrer Bundeskanzler Schröder hat bis vor etwa sechs Wochen erklärt: „Weltmarktpreise ohne Standards“. Dann hat er festgestellt: Vielleicht bin ich doch ein bisschen zu weit gefahren? Plötzlich durchbricht er die Leitschiene auf der Autobahn, fährt rückwärts und sagt jetzt bloß noch: schnuckelig und klein, ein bisschen Folklore –

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

– Jawohl, so verhalten sich Geisterfahrer. Bis zur Stunde verunsichert das die Bauern nur. Es verwirrt sie. Dem einen oder anderen flößt das, was aus dieser Geschichte werden kann, sogar Angst ein. Keinesfalls ist es eine Perspektive.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Wo stehen wir in Baden-Württemberg?

(Abg. Capezzuto SPD: Ja, wo?)

– Da müssen Sie erst noch hinkommen.

Erstens: Wir haben bäuerliche Familienbetriebe. Die haben wir. Das können Sie nicht wegdiskutieren. Stärken Sie die durch Taten und nicht durch Worte. Greifen Sie die Mehr-

wertsteuer auf. Ich kann Ihnen ausrechnen, was das ausmacht. Greifen Sie die alte Last auf. Ich kann Ihnen auch ausrechnen, was das ausmacht. Greifen Sie den Agrardiesel auf. Das haben Sie alles in der Zwischenzeit verschlechtert.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Greifen Sie das auf, dann kann ich Ihnen sagen, wie viel Tausend Mark pro Betrieb das ausmacht.

Wir haben bodengebundene, artgerechte Tierhaltung. Wir haben im Schnitt – da haben die in Berlin noch gar nicht gewusst, was das ist – 0,85 GV pro Hektar. Aber wir haben selbst im viehdichtesten Landkreis, nämlich bei mir in Ravensburg, 1,8 GV pro Hektar, also unter diesen berühmten 2 GV, wie es vorgesehen ist.

Wir haben Ökolandbau. Den werden wir auch weiterentwickeln,

(Abg. Birgit Kipfer SPD: 4 % der Fläche!)

nur nicht so, wie es von Ihnen bzw. von Frau Künast vorgesehen ist, sondern wir weiten die Produktion nicht an der Nachfrage, nicht am Marktplatz vorbei aus, sondern so, wie es die Bürger wünschen und brauchen.

Als nächsten Punkt: Die Vermarktung der Ökoprodukte professioneller gestalten. Jawohl, da ist viel zu tun.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Abg. Kiefl CDU:** Da müssten wir uns mit den großen Verarbeitungsbetrieben, zum Beispiel den Molkereien und Schlachthöfen, unterhalten. Da müssten wir uns auch mit den Handelsketten unterhalten. Hoffentlich ziehen wir da an einem Strang!

(Abg. Teßmer SPD: Auf einmal! – Abg. Capezzuto SPD: Das wäre ein Angebot!)

Als Letztes noch: Tun Sie bitte etwas für die Standards, meine Damen und Herren, für das Gütezeichen.

(Abg. Teßmer SPD: Fangen Sie mal an!)

Keiner wird müde, zu sagen: Von der Ladentheke her denken. Damit haben wir gar kein Problem. Aber bitte, sorgen Sie dafür, dass auch über internationale Abkommen festgeschrieben wird, dass sich wirklich alle, die auf diesem Marktplatz Europa verkaufen, diesem Gütezeichen oder den Standards – „ordnungsgemäß erzeugt“, so fasse ich es jetzt einmal zusammen – unterwerfen. Wenn Sie das nicht tun, dann ist alles für die Katz, und da beginnt die politische Kärnerarbeit.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Kiefl CDU:** Definieren Sie einmal die Standards. Definieren Sie, was Sicherheit ist. Definieren Sie, was umweltfreundlich ist. Definieren Sie, was nachhaltig ist. Un-

(Kiefl)

terwerfen Sie alle in Europa dann diesen Standards! An solchen Ergebnissen werden wir Frau Künast messen.

(Abg. Bebber SPD: Ihre Redezeit ist abgelaufen! Definieren Sie mal die Redezeit!)

– Okay, ich sehe es an der Uhr. – Bitte, jetzt die Zwischenfrage.

**Stellv. Präsident Birzele:** Nein, jetzt nicht mehr. Es kann nicht sein, dass Sie die Redezeit überziehen und dass hinterher noch Zwischenfragen zugelassen werden. Dann wird unsere Sitzung – –

**Abg. Kiefl CDU:** Sie haben Herrn Schäfer auch ein bisschen überziehen lassen.

(Abg. Wieser CDU: Sei doch froh, dass du die Frage weg hast!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Nein, Sie müssen sich schon ein bisschen an die Redezeit halten.

**Abg. Kiefl CDU:** Frau Kollegin, tut mir Leid!

(Abg. Capezzuto SPD: Das ist aber schade!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteile ich Herrn Abg. Drautz.

(Abg. Wacker CDU: Jetzt klatschen wir einmal! – Beifall bei der CDU)

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Künast sagte, der Erfolg hänge davon ab, dass wir jetzt beginnen, entschlossen zu handeln, und dass möglichst viele mitmachen. Ich möchte jetzt meine Ausführungen anhand der Künast-Rede machen,

(Abg. Bebber SPD: Da reicht die Zeit nicht!)

weil es heute auch um das Ergebnis geht.

Ich möchte bei den sechs Punkten, nachdem sie das magische Sechseck der Agrarwende angesprochen hat, zuerst zu den Verbrauchern kommen und eindeutig feststellen, dass man in dieser Krise, in der wir uns jetzt durch BSE befinden, klar sehen muss: Erstens ist es kein Wahlkampfthema.

(Abg. Teßmer SPD: Das wird nicht besser, wenn man es dauernd wiederholt!)

– Aber es ist so, Kollege Teßmer.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Zweitens muss man ganz klar sehen, dass in der BSE-Forschung die Wissenschaft nach wie vor im Dunkeln tappt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: So ist es!)

Deshalb habe ich dies vorangestellt. Ich möchte aber jetzt auf die Agrarrede von Frau Ministerin Künast eingehen.

(Abg. Capezzuto SPD: Gute Rede! – Gegenruf des Abg. Wieser CDU: Niemand von euch hat sie gehört! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD – Abg. Wieser CDU: Herr Teßmer, Sie sind doch abgesetzt worden! Sie haben doch in der Landwirtschaft gar nichts mehr zu sagen! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, etwas mehr Ruhe zu bewahren. Insbesondere bitte ich die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen, den eigenen Redner nicht zu stören.

(Heiterkeit – Beifall bei Abgeordneten der CDU, der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Zu den Verbrauchern möchte ich eines sagen: Wer jetzt von einer Agrarwende redet und davon, dass 20 % Ökoprodukte verfügbar sein sollen, den frage ich: Was passiert mit den 80 % der Landwirte, die nicht in diesem Bereich produzieren?

(Beifall bei der FDP/DVP – Zurufe der Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Wieser CDU)

Man muss auch klar sehen, dass wir in Baden-Württemberg schon bei 5 % Ökolandwirtschaft liegen und dass Frau Künast seit ihrer Regierungserklärung jetzt öfters 10 % nennt – und schon gar nicht mehr 20 %.

(Abg. Teßmer SPD: Schrittweise!)

– Mir ist auch klar, Herr Teßmer, dass das schrittweise geht. Ich selbst weiß, wovon ich rede.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Beweise! – Abg. Teßmer SPD: Haben Sie BSE-Trauben?)

In meinem Betrieb gibt es 50 Ar Weinberge, die nach Naturland-Richtlinien bewirtschaftet werden. Herr Schäfer, eines sage ich Ihnen ganz klar, auch wenn Sie lachen: Es muss klar sein, dass Umweltschutz nicht länger aus dem Bauch heraus gemacht werden kann. Wir brauchen in Zukunft echte Ökobilanzen. Anhand von nachprüfbaren Ökobilanzen muss festgestellt werden, welche Maßnahmen tatsächlich mehr Umweltschutz und welche weniger Umweltschutz bedeuten.

(Abg. Kiel FDP/DVP: Für alle Verbraucher!)

Dies gilt natürlich als Schutz für die Verbraucher. Sie sollen sich darauf verlassen können,

(Abg. Kiel FDP/DVP: Alle!)

dass es keinen Umweltschutz aus dem Bauch heraus gibt. Tatsache ist doch, dass zwei wissenschaftliche Institute festgestellt haben, dass sich im Bereich des Pflanzenbaus zum Beispiel Blattherbizide in CO<sub>2</sub> und zum Teil in Nitrat auflösen. Dieses Round-up – ich nenne es auch beim Namen –, ein halber Liter als streifenförmige Behandlung als Blattherbizid, ist weniger umweltschädlich, als mit einer Maschine 40 Liter Diesel mehr in die Luft zu blasen.

(Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen: Aber im Trinkwasser ist es!)

Deshalb muss ich sagen: Es muss in verschiedenen Bereichen Ökobilanzen geben.

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

Ich möchte zur Rede von Frau Künast zurückkommen

(Abg. Teßmer SPD: Das wäre besser, ja!)

(Drautz)

und möchte auf den Einzelhandel und die Lebensmittelindustrie eingehen. Ich muss sagen: Was Frau Künast in diesem Punkt will, ist gut.

(Abg. Teßmer SPD: Sehen Sie! Dann machen Sie doch mit!)

Aber das wollen alle.

(Abg. Capezzuto SPD: Uns brauchen Sie es nicht zu sagen, wenn es alle wollen! – Zuruf des Abg. Bebbler SPD)

Schon seit Jahrzehnten sprechen wir hier über gerechte Preise für die landwirtschaftlichen Produkte.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Was haben Sie denn gemacht?)

Aber Sie brauchen dazu natürlich die Lebensmittelindustrie und den großflächigen Einzelhandel; die müssen mitziehen. Mit Nischen läuft hier nichts. Auch wenn es die Bundesministerin sagt, läuft trotzdem noch nichts. Ich verstehe etwas vom Verkauf teurer Qualitätsprodukte, weil ich selbst am Markt bin.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Sie setzen Ihre Ware doch ab!)

Der Verbraucher entscheidet. Ich setze meine Produkte ab, weil ich in einer Nische anbiete. Aber in der Breite könnte man nie so teuer verkaufen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Warten Sie doch einmal ab!)

Das müssen Sie ganz klar sehen, Frau Kipfer.

Was die Futtermittelindustrie anbelangt, muss ich klar sagen: Die Futtermittelindustrie ist zu wenig kontrolliert worden. Dazu stehen wir auch.

(Abg. Teßmer SPD: Aha!)

Die Futtermittelindustrie muss transparenter werden. Was wir hier in Baden-Württemberg mit einer gläsernen Produktion praktiziert haben, ist bei der Futtermittelindustrie nicht in diesem Ausmaß geschehen. Der Futtermittelindustrie muss mehr Klarheit und Wahrheit nahe gelegt werden.

Das Weitere werde ich in der zweiten Runde ausführen.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Hauk CDU – Abg. Bebbler SPD: Das ist ein Ansatzpunkt für die neue Koalition! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dagenbach.

**Abg. Dagenbach REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Künast möchte eine Wende in der Agrarpolitik einführen. Aber ich frage mich eigentlich: Wo ist denn die Wende? Was gibt es eigentlich Neues – abgesehen von

dem, was wir seit Jahren debattieren und was seit Jahren gefordert wird? Es soll seit Jahren umgesetzt werden, aber letzten Endes ist doch nichts passiert.

Frau Künast spricht davon, sie wolle in der Landwirtschaftspolitik künftig Klasse statt Masse haben.

(Der Redner stellt ein Stofftier auf das Rednerpult.  
– Abg. Bebbler SPD: Bei Ihnen ist der „Blaue Bär“ los! – Abg. Heiler SPD: Er hat doch das Jackett für die Prunksitzung schon an!)

– Ja, das ist „Rolfi“.

(Abg. Hauk CDU: Herr Präsident, bitte! – Abg. Capezzuto SPD: Er hat es mit Fasching verwechselt! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Republikanermaskottchen! – Unruhe)

– Herr Präsident, möchten Sie es haben?

(Heiterkeit)

**Stellv. Präsident Birzele:** Ich benötige das nicht, und ich nehme an, dass Sie Ihre Rede auch ohne einen Bären zu Ende bringen.

(Unruhe und Zurufe, u. a.: Tata, tata, tata!)

**Abg. Dagenbach REP:** Meine Damen und Herren, Frau Künast spricht von „Klasse statt Masse“. Wenn es hier genauso läuft wie bei der seinerzeitigen Ankündigung von Herrn Schröder, der gesagt hat, er wolle die Nettozahlungen an die EU reduzieren und er wolle mehr Sitze und mehr Stimmen für Deutschland in den EU-Gremien haben, und der zuerst wie ein Tiger gebrüllt hat und dann letztendlich als Bettvorleger gelandet ist, wenn es sich mit dieser Ankündigung „Klasse statt Masse“ genauso verhält, dann können wir uns vorstellen, was dann am Schluss übrig bleibt. Es ist tatsächlich so, wie es gerade eben schon gesagt wurde: Letzten Endes entscheidet der Markt. Der Markt ist der Einzige, der hier reguliert. Wenn der Verbraucher nicht bereit ist, mehr Geld für Lebensmittel auszugeben, dann können wir auf dem Gebiet machen, was wir wollen.

Es wird auch davon geredet, dass wegen der BSE-Gefahr weiterhin Massentötungen stattfinden sollen. Auch da sehe ich keine Änderung, obwohl man anfangs auch dafür plädiert hat, sie einzustellen. Auch hier tut sich nichts Neues, obwohl es die Möglichkeit gäbe, die betroffenen Herden unter Quarantäne zu stellen und gleichzeitig an ihnen Forschung zu betreiben.

(Abg. Teßmer SPD: Was? Wie denn das?)

– Selbstverständlich, Herr Teßmer. Ich könnte natürlich daran Forschung betreiben. Ich kann diese Herden beobachten. Ich kann sie nach und nach schlachten und kann dann feststellen, ob sie BSE haben oder nicht. Ich kann auch dieses Fleisch, wenn es BSE-frei ist, dann ganz normal in den Verbraucherkreislauf bringen und nehme damit der ganzen Hysterie, die wir im Augenblick haben, etwas die Spitze.

(Dagenbach)

Stattdessen macht man Massenschlachtungen, wodurch die gegenwärtige Massenhysterie natürlich noch mehr angeheizt wird.

Da möchte ich auch die Landesregierung nicht von Schuld freisprechen. Die Landesregierung hat, nachdem es die ersten BSE-Fälle gegeben hat, Schweizer Rinder hier bei uns nacheinander abschlachten lassen. Teilweise wurde sie von Verwaltungsgerichten gestoppt, teilweise hat sie auch freiwillig darauf verzichtet. Aber diese Vorgänge haben natürlich zur Verunsicherung der Bevölkerung beigetragen, zumal dann, wenn sich hinterher herausgestellt hat, dass tatsächlich kein einziges Rind dabei war, das BSE-befallen war. Da frage ich mich schon, ob das der richtige Weg ist. Anstatt Forschung zu betreiben, schlachtet man Rinder einfach massenweise ab, um den Markt zu schützen, was ja löblich ist, aber es wäre auch auf andere Art und Weise gegangen.

(Zuruf des Abg. Göbel CDU)

– Es wäre auch auf andere Art und Weise gegangen, Herr Göbel. Das wissen auch Sie ganz genau.

Man hat sowohl bei der Landesregierung als auch bei der Bundesregierung die Forschung sträflich unterlassen. Man hat schlichtweg auf diesem Gebiet nichts getan. Ich habe mehrfach nachgefragt und habe gefordert, dass Forschung betrieben wird, da wir ja in Tübingen ein Institut haben, das auf diesem Gebiet führend ist, das praktisch die letzte Bestätigung erteilt, ob ein Tier BSE gehabt hat oder nicht.

Da wir dieses Institut haben, wäre es nahe liegend gewesen, auch im Land diese Grundlagenforschung endlich zu betreiben. Das hat man nicht gemacht. Man hat erklärt, das sei Bundessache und nicht Ländersache. Das geschah zu einem Zeitpunkt, als die gleichen Parteien wie hier auch noch in Berlin die Regierung gestellt haben, als wir auch in Berlin noch Schwarz-Gelb als Regierung hatten. Man hat die Aufgabe einfach dorthin geschoben und hat gesagt: „Das ist nicht Ländersache; das ist Bundessache und geht uns nichts an. Darüber hinaus ist ja ganz Deutschland BSE-frei, und Baden-Württemberg ist sowieso das Wolkenkuckucksheim.“ So sieht es doch tatsächlich aus.

Und jetzt stellen sich hier welche hin und sagen, sie hätten schnell reagiert. Es wurde eben nicht schnell reagiert; es wurde eben auf diesem Gebiet nichts gemacht. Nun erklärt man in der Regierungserklärung im Dezember, es müsse jetzt Forschung betrieben werden. Man stellt den Professor Beyreuther ein. Ich sage Ihnen, Frau Staiblin: vier Jahre zu spät. Das hätte man schon vor vier Jahren machen können. Man hätte bereits vor vier Jahren Forschungsmittel zur Verfügung stellen können. Jetzt stecken Sie 15 Millionen DM in diese Forschung.

(Abg. Kiefl CDU: Der Republikaner hat es gewusst! Ihr habt es gewusst! Ihr wisst immer alles! Den Seinen gibts der Herr im Schlaf!)

– Ich kann es Ihnen nachweisen. Vor vier bis fünf Jahren hätten Sie das auch schon tun können. Da haben Sie es nicht getan. Da haben Sie sich aufs hohe Ross gesetzt und haben nichts getan. Deshalb finde ich es schon befremd-

lich, wenn man jetzt hergeht und hier nur den schwarzen Peter von einer Seite zur anderen schiebt.

(Abg. Kiefl CDU: Da seid ihr Meister!)

Das macht jede Seite.

Danke.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schäfer.

**Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst will ich auf die Ausführungen von Herrn Kiefl eingehen.

Herr Kiefl, Sie haben vorhin gesagt, man sollte Sachen oder Themen, die nicht belegt sind, hier nicht ansprechen.

(Abg. Kiefl CDU: So ist es!)

Das ist ein großer Fehler.

(Abg. Kiefl CDU: Ross und Reiter!)

Wenn ein Verdacht vorliegt und dieser von der Tierkörperbeseitigungsanstalt Orsingen und auch von der Polizei bestätigt wird, dann deutet das auf ein Problem hin, und dann muss man etwas unternehmen.

(Abg. Kiefl CDU: Ist es ein Verdacht oder ein Fakt?)

Wenn man vor diesem Problem die Augen verschließt und nichts macht, dann begeht man die alten Fehler weiterhin. Dies wollen Sie offensichtlich machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Anruf und das, was passiert ist, ist Fakt. Hinsichtlich der Person hat man noch keinen Verdacht, weil man die Person nicht kennt, weil es ein anonymes Anruf war. Mit dem Handeln so lange zu warten, bis man diese Person kennt, wäre eine Katastrophe.

(Abg. Kiefl CDU: Hat man im Wald eine Kuh gefunden?)

– Die sollte doch angeliefert werden. Verstehen Sie das nicht? Sie sollte angeliefert werden, wurde es aber nicht.

(Abg. Kiefl CDU: Ich will wissen, ob die Kuh im Wald gefunden worden ist!)

– Im Wald wurde schlicht und ergreifend überhaupt keine Kuh gefunden. Um das ging es gar nicht.

Dann sind Sie mit einem zweiten Punkt gekommen.

(Zurufe der Abg. Kiefl und Hauk CDU – Gegenruf von der SPD: Hauk ist im Wald, und die Kuh hat keinen Kopf!)

– Vielleicht halten Sie irgendwann einmal den Rand.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie um Ruhe, damit der Redner verstanden werden kann.

**Abg. Dr. Schäfer** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Kiefl, zu Ihrem zweiten Argument: im Allgäu 1,8 Großvieheinheiten im Durchschnitt. Kennen Sie den Unterschied zwischen einem Durchschnitt und einer Obergrenze?

(Abg. Kiefl CDU: Ich kenne alle Daten!)

Man soll auf eine Obergrenze von zwei Großvieheinheiten kommen. Im Endeffekt heißt dies: Wenn Sie einen Durchschnitt von 1,8 Großvieheinheiten haben, haben Sie irgendwo auch über zwei Großvieheinheiten, und logischerweise wird jetzt eine Obergrenze eingeführt. Sie als Agrarpolitiker sollten den Unterschied kennen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Dr. Schäfer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Kiefl?

**Abg. Dr. Schäfer** Bündnis 90/Die Grünen: Aber sicher.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön, Herr Kiefl.

**Abg. Kiefl** CDU: Herr Kollege Schäfer, wissen Sie, dass wir in Baden-Württemberg seit Jahren einen Förderausschluss haben, wenn Betriebe, die sich entwickeln wollen, mehr als 2,0 GV pro Hektar haben? Ist Ihnen das bekannt?

**Abg. Dr. Schäfer** Bündnis 90/Die Grünen: Ja.

(Abg. Kiefl CDU: Ist Ihnen das bekannt?)

– Einen Förderausschluss?

(Abg. Kiefl CDU: Ja, einen Förderausschluss im Investitionsförderprogramm! Ist Ihnen das bekannt?)

– Nein, das ist mir nicht bekannt.

(Abg. Kiefl CDU: Dann wird es Zeit! – Lachen bei der CDU)

Aber ist Ihnen bekannt – das ist eben die Frage –, dass es einen Unterschied zwischen einem Durchschnitt und einer Obergrenze gibt? Dies scheint Ihnen offensichtlich nicht bekannt zu sein.

Jetzt kommen wir zum Kern, und zwar zu dem, was auch Sie vorhin angesprochen haben: Was macht man bei 20 % oder 10 % Öko mit dem Rest von 80 oder 90 %? Herr Drautz, das war auch Ihre Frage. Leider haben Sie die Regierungserklärung von Frau Künast, auf die Sie sich beziehen wollten, nicht gelesen. Darin geht es nämlich fast ausschließlich um diese 80 %, nämlich um die Frage, was wir mit der konventionellen Landwirtschaft machen. Darin wurden klare Qualitätskriterien vorgelegt, die angelegt werden sollen, Qualitätskriterien, die das Vorzeigeeichen in Baden-Württemberg leider in allen Punkten nicht erfüllt.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Nennen Sie doch ein paar!)

– Ja, die nenne ich Ihnen jetzt: Artgerechte Tierhaltung, Verzicht auf antibiotische Leistungsförderer – das sind zwei wesentliche Punkte. Der dritte Punkt ist flächenbezogene Tierhaltung. Ein weiterer Punkt ist der komplette Verzicht auf Gentechnik. Dies alles sind Punkte, die im jetzigen Konzept enthalten sind und die Voraussetzung für ein neues Qualitätskriterium sind, die Sie aber nicht einhalten können. Mit Ihrer Qualitätssicherung irren Sie sich.

(Zuruf des Abg. Hauk CDU)

– Herr Hauk, Sie müssen die Wirklichkeit wahrnehmen. Sie sitzen denselben Irrtümern auf wie der Ministerpräsident. Der ist auch der Meinung, dass man das HQZ nicht verändern muss, dass alles im grünen Bereich ist. Aber nicht nur die Verbraucherschützer, nicht nur die Naturschutzverbände, sondern auch der Schwäbische Albverein und die Angler und Jäger, die jetzt noch im Landesnaturschutzverband sind, üben Kritik. Lesen Sie einmal die Kritik, die sie zum HQZ schreiben: Futtermittel unbekannter Herkunft und Zusammensetzung dürfen beim regionalen Herkunftszeichen verfüttert werden. Weitere Kritik: Bei der Bewirtschaftung darf mehr als das Doppelte an Nährstoffen ausgebracht werden, als aufgenommen wird.

(Abg. Kiefl CDU: Wo steht das?)

– Ja, wo ist das? – Das ist der Landesnaturschutzverband. Hier, sehen Sie. Haltungsformen wie Vollspaltenböden dürfen –

(Abg. Kiefl CDU: Wo steht das? – Abg. Hauk CDU: Nennen Sie Ross und Reiter! Wo steht das?)

– Das ist die Stellungnahme des LNV zu Ihrem HQZ.

(Abg. Kiefl CDU: Ich will wissen, wo es steht! Das ist doch gar nicht wahr! – Unruhe – Glocke des Präsidenten)

– Lassen Sie mich bitte ausreden. – Bei Jungtieraufzucht dürfen Antibiotika als Leistungsförderer eingesetzt werden. Das alles ist bei der Nutzung Ihres HQZ möglich, das ja Vorbild für eine zukünftige Landwirtschaftspolitik in Baden-Württemberg sein soll.

Sie haben nichts begriffen, wenn Sie sagen: Das ist die Qualität, die wir in Zukunft in Baden-Württemberg haben wollen. Das ist eine Qualität, mit der Sie auf dem Markt keinen Stich machen. Sie haben ja immer die rot-grüne Bundesregierung gescholten – ich komme zum Schluss –, die offensichtlich die Bauern so drangsaliert. Im abgelaufenen Haushaltsjahr 1999/2000 sind die Gewinne der Landwirtschaft im statistischen Schnitt in der Bundesrepublik unter dieser rot-grünen Bundesregierung um 13,5 % gestiegen.

Jetzt betrachten wir einmal den berühmten Ländervergleich, weil Sie ja angeblich so viel für die Bauern in Baden-Württemberg machen. Dort sieht es folgendermaßen aus: Schleswig-Holstein plus 15,6 %, Niedersachsen plus 29 %, Nordrhein-Westfalen plus 59 %, Baden-Württemberg plus 3,3 %!

(Zurufe von der CDU)

(Dr. Schäfer)

Ich kann Ihnen nur sagen: Sie machen eine Politik an der Landwirtschaft vorbei.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD – Widerspruch bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Teßmer.

**Abg. Teßmer SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal direkt an Herrn Kiefl: Herr Kiefl, ein Großteil Ihrer Rede war wohlthuend, weil Sie wenigstens den Versuch gemacht haben, zu sagen: Im Augenblick geht es unserer Landwirtschaft nicht so, wie es ihr gehen sollte, und wir müssen endlich etwas gemeinsam tun.

Vielleicht hat die heutige Diskussion durchaus einen Sinn, wenn wir über die Beschimpfungen hinaus noch sagen, was wir machen können, wenn wir gemeinsam etwas fertig bringen, statt nur darüber zu streiten, wer schuld ist.

Das Thema eignet sich wirklich nicht für den Wahlkampf. Aber sagen Sie das bitte auch Ihren Wahlkämpfern vor Ort – Sie, Herr Hauk, als Erster.

(Abg. Hauk CDU: Ich habe doch gar nichts gesagt!)

Dann muss man einfach deutlich machen: Es ist nicht alles gut gelaufen.

Ich zitiere die „Bauernzeitung“, beileibe kein – wie hat es vorhin geheißen? – „Vorwärts“:

Mit ihrer Forderung nach einer Wende in der Agrarpolitik renne Renate Künast in Baden-Württemberg offene Türen ein, erklärte Ministerpräsident Erwin Teufel.

Schön so! Nur hat er anscheinend die Fenster nicht aufgemacht, sodass der alte Mief trotzdem drin geblieben ist.

(Zuruf des Abg. Mappus CDU)

Und das ist schade.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU, mir reicht es nicht, wenn Sie jetzt verspätet reagieren. Wir haben seit mehreren Jahren – allen voran unsere Kollegin Birgit Kipfer als Verbrauchersprecherin – gesagt, das HQZ sei zu wenig qualifiziert. Wir haben einen Antrag gestellt, und im Januar hat die Landesregierung ihre Stellungnahme abgegeben. Damit man unserem Antrag nicht zustimmen musste, wurde in der letzten Sitzung des Agrarausschusses schnell ein Antrag von der CDU und der FDP/DVP gestellt. Ich zitiere ihn – es sind nämlich nur drei Zeilen –:

(Abg. Göbel CDU: Der ist eben weiter gehend!)

Der Landtag wolle beschließen,

die Landesregierung unter Berücksichtigung der Überlegungen der Europäischen Kommission über die Weiterentwicklung der Gütesiegel für landwirtschaftliche Produkte um entsprechende Vorschläge zur Verbesserung des HQZ Baden-Württemberg zu bitten.

Können wir das nicht selbst? Brauchen wir dazu Brüssel? Sie können mir erzählen, was Sie wollen: Da haben Sie einfach nicht reagieren wollen. Ist es denn so schlimm, wenn man sagt: „Bei der Schaffung des HQZ waren wir vielleicht nicht so streng wie nötig“? Wäre das schlimm gewesen?

Jetzt hat der Verbraucher reagiert. Jetzt streiten wir uns hier, und Sie von der CDU eiern nur herum.

Ich verstehe Ihre Ministerin nicht. Liebe Frau Ministerin, Sie haben in der letzten Agrarausschusssitzung auf Fragen von uns, ob in Produkten mit dem HQZ genmanipuliertes oder genverändertes Soja drin sein dürfe, geantwortet: Weil das nicht klar feststellbar ist, darf es drin sein.

Wer hindert uns denn daran, zu sagen: „Wir wollen das nicht drin haben, und wenn es nicht ganz klar ausgeschlossen ist, gibt es kein HQZ“?

Laut Zeitung schreiben Sie jetzt einen Brief an die Bundesministerin und bitten um Kennzeichnung von Genveränderungen. Richtig! Aber machen wir es doch mit unserem eigenen HQZ vor! Das haben Sie ja bisher gar nicht versucht.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Mich stört sehr – und das muss ich Ihnen, Frau Ministerin, dem Ministerpräsidenten und auch Ihnen von der CDU übel nehmen –: Warum sind Sie eigentlich nicht bereit, zuzugeben, dass nicht alles richtig gelaufen ist? Nein, es wird hier gesagt: „Wir haben uns nichts vorzuwerfen“, „Die Ministerin hat alles richtig gemacht“. Sie haben jetzt gegen ihre Ratlosigkeit einen Staatsrat eingestellt. Nichts ist! Sie waren bisher reformunfähig. Das ist es!

(Abg. Göbel CDU: Wie kommen Sie auf den Gedanken der Ratlosigkeit?)

– Bitte?

(Abg. Göbel CDU: Wieso sind Sie auf den Gedanken der Ratlosigkeit gekommen?)

– Seit zwei Jahren versuchen wir, das HQZ zu verschärfen. Und seit zwei Jahren kriegen wir gesagt, das sei hervorragend.

(Abg. Kiefl CDU: Der Staatsrat ist nicht für das HQZ da!)

– Moment, das war jetzt der nächste Satz. Ich will den Staatsrat nicht für alles verantwortlich machen. Wir sind ja zufrieden, dass es ihn gibt. Aber er hätte doch auch alle beraten können. Das hätten Sie jetzt nicht aus der Not heraus machen müssen. Das wissen Sie genau.

Sind wir doch einmal ehrlich und sagen: In einer Krise – vielleicht haben Sie Recht, wenn Sie meinen, wir sollten nicht von „Wende“ reden –, die die Existenz der Landwirte erheblich bedroht, sind wir nicht in der Lage, außer um Geld zu streiten, zu sagen: „Berlin hat etwas Richtiges vorgemacht.“ Der Verbraucher braucht jetzt sofort das Gefühl: „Wir kontrollieren, wir ändern die Schlachtgewohnheiten,

(Teßmer)

wir gucken, was gefüttert wird. Da haben wir bisher geschlampt; das müssen wir besser machen.“ Wenn wir das gemeinsam hinbringen, helfen wir unseren Landwirten mehr, als wenn wir sagen: „Der ist schuld, und der ist schuld, und wir haben alles richtig gemacht.“

Frau Ministerin, beginnen Sie in den paar Tagen, in denen Sie noch in der Regierung sind, mit einer gemeinsamen Hilfe für unsere Landwirte. Machen Sie alles, was den Markt verbessert und das Vertrauen der Verbraucher zurückgewinnt. Dann haben wir den Bauern geholfen,

(Beifall bei der SPD)

und wenn jetzt jemand weiter schimpft, möge er überlegen: Es geht um die Landwirte und nicht um das Parlament allein.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Hauk.

**Abg. Hauk** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn es stimmt, dass Betriebsformen mit BSE nichts zu tun haben und dass bisher in allen Betriebsformen BSE vorkam – egal, ob Bio-, konventioneller oder integrierter Landbau –, dann muss es allerdings auch stimmen, dass auch das HQZ mit BSE nichts zu tun hat.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Und unter diesem Aspekt, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es geradezu sträflich, wie Sie mit diesem eingeführten Herkunfts- und Qualitätszeichen umgehen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Es ist doch gar keine Frage, dass, wenn es neue Erkenntnisse gibt, auch das HQZ weiterentwickelt wird.

(Unruhe bei der SPD)

Das steht doch überhaupt nicht mehr zur Diskussion; das ist doch auch jedem klar.

(Abg. Teßmer SPD: Der ist nicht lernfähig!)

Aber werfen Sie uns doch nicht die Erkenntnisse des Novembers des letzten Jahres vor, die es vermeintlich gab, meine sehr verehrten Damen und Herren. Sie wollen von Ihrer verfehlten Agrarpolitik in der Vergangenheit ablenken.

Die Ursachen liegen ganz woanders. Ich erinnere an die Diskussion, die wir hier im Landtag zur Einführung der Agenda 2000 führten. Ich darf – mit Verlaub, Herr Präsident – zitieren:

Der Ansatz der EU-Kommission in der Agenda 2000 ging ursprünglich in die richtige Richtung. Die neue Bundesregierung hat die alte Strategie der vorigen Bundesregierung voll übernommen, sowohl im Bereich BSE als auch im Bereich der Agrarpolitik. Sie hat bei den Verhandlungen über die Agenda 2000 alles vom Tisch gewischt, was in Richtung der naturgemäßen Landwirtschaft ging.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist aber schon über ein Jahr her!)

Dies, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist keine Feststellung eines CDU-Abgeordneten, sondern eine Feststellung des Europaabgeordneten Graefe zu Baringdorf von den Grünen.

(Abg. Teßmer SPD: Da waren wir noch BSE-frei, als das geschrieben worden ist!)

Ich kann nur sagen: Willkommen im Klub, Frau Künast, willkommen im Klub, Herr Schröder! Nur: Mit einer radikalen Wende, wie sie jetzt dort vollzogen wird, wird man der Landwirtschaft insgesamt nicht gerecht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Hauk, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Schäfer?

**Abg. Hauk** CDU: Wenn sie nicht auf meine Redezeit angerechnet wird.

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Dr. Schäfer, Sie haben das Wort.

**Abg. Dr. Schäfer** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Hauk, Sie sprechen von Qualität. Dazu habe ich eine Frage. Wie sieht es denn aus mit der Qualität beim HQZ? Sind Sie der Meinung, dass in Zukunft weiterhin – beim HQZ zum Beispiel – Antibiotika im Pflanzenschutz eingesetzt werden sollen?

**Abg. Hauk** CDU: Sehr geehrter Kollege Schäfer,

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Ja oder nein? – Abg. Teßmer SPD: Ja oder nein?)

Sie hören nicht zu. Ich habe gerade eben davon gesprochen, dass wir selbstverständlich auf der Grundlage der neuesten Erkenntnisse auch das HQZ weiterentwickeln werden,

(Abg. Teßmer SPD: Ja oder nein?)

und dazu gehören natürlich auch diese Fragen, die dort mit einfließen müssen.

(Abg. Teßmer SPD: Das ist doch keine Antwort!)

Das ist doch überhaupt gar keine Frage.

Ich fahre fort. Wir haben überhaupt nichts dagegen, wenn Frau Künast sagt, Verbraucherschutz stehe an erster Stelle. Ganz im Gegenteil. Das ist auch unser Bestreben.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Teßmer SPD – Abg. Teßmer SPD: Sehr gut! Er fängt an zu lernen!)

Der große Unterschied, meine Damen und Herren, besteht darin: Wir sind davon überzeugt, dass dieser Verbraucherschutz, der für den Absatz auch im landwirtschaftlichen Bereich notwendig ist, nur gemeinsam mit den Erzeugern funktioniert und nicht solitär irgendwo im Raum stehen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

(Hauk)

Denn sonst haben Sie einen optimal geschützten Verbraucher, aber keinen mehr, der die Flächen bei uns im Land bewirtschaftet. Das ist das Problem.

Wir haben auch nichts dagegen, wenn Frau Künast sagt: Klasse statt Masse. Ich kann nur sagen: Willkommen im Klub! Auch gegen eine offene Deklaration bei Futtermitteln ist nichts zu sagen, auch nichts dagegen, dass die EU-Mittel umverteilt werden sollen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Rot-Grün kommt nur ein Jahr zu spät. Im letzten Jahr, bei der Agenda 2000, hätte man beweisen können, dass man für die Umverteilung ist, als Fischler die naturgemäße Landwirtschaft stärker puschen wollte. Wir in Baden-Württemberg waren mit im Boot; die Blockierer waren damals Funke, Schröder, Fischler und andere, die auf der französischen Seite saßen. Das ist die Wahrheit, und das müssen Sie erkennen.

(Beifall bei der CDU – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

Meine Damen und Herren, ein Weiteres kommt hinzu. Jetzt komme ich zur Frage der Bewältigung der BSE-Krise. Sie sagen: Kein neues Geld; Eichel macht gerade 100 Millionen DM locker. Wir wissen alle, dass das in die Milliarden geht. Sie nehmen das Geld aus dem Topf für benachteiligte Gebiete. Und wer muss dran glauben? Das sind genau die Grünlandbewirtschafteter, die heute schon extensiv bewirtschaften. Denen streicht man die Ausgleichszulage für benachteiligte Gebiete. Die sind davon doppelt und dreifach betroffen.

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt gehts los! – Abg. Dr. Caroli SPD: Wer hat denn die Ausgleichszulage gestrichen? Sie!)

Meine Damen und Herren, ein Weiteres kommt hinzu. Frau Künast sagt: Die Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes trägt dazu bei, auch die Wende in der Agrarpolitik zu verfestigen. Das mag aus grüner und roter Sicht so sein. Das ist wohl wahr.

(Zuruf der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU)

Aber das bestätigt nur unseren schon immer gehegten Vorbehalt, dass Sie alles über die Exekutive und mit Gesetzen und Auflagen und Vorschriften regeln wollen, aber den Menschen keinen Freiraum geben, den Verbrauchern nicht und den Landwirten auch nicht. Darin liegt der Misserfolg Ihrer Politik begründet, meine sehr verehrten Damen und Herren. Eines ist klar: Dort werden sich eklatante Eingriffe in das Eigentum abspielen, wenn all das wahr wird, was Trittin beabsichtigt und derzeit verkündet.

Nachdem Fischler in Europa durchaus Bereitschaft signalisiert hat, etwas Neues zu machen, wundert es mich, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass Frau Künast sagt, das sei ein Affront gegenüber Deutschland. Das Ganze gipfelt in dem Satz: We are not amused. Ich kann Sie nur fragen, Frau Künast: Why? Warum sind Sie nicht amused, Frau Künast? Das ist die Frage.

Ich habe nichts dagegen, dass die EU den Viehbesatz beschränken wird, und ich habe nichts dagegen, dass die EU nur noch maximal 90 Rinder in einem Bestand fördern und

die Besatzdichte beschränken will. Das sind Maßnahmen, die bei uns im Land voll laufen.

(Dem Redner wird das Ende seiner Redezeit angezeigt.)

– Ich komme zum Schluss, sehr geehrter Herr Präsident.

Wir würden gerne noch etwas draufsatteln, wenn man uns ließe und wenn uns der Bund dafür via Europa mehr Geld zur Verfügung stellen würde. Wir würden gern mehr umweltbewusstes Betriebsmanagement machen. Wir würden gern mehr für die extensive Grünlandbewirtschaftung tun. Wir würden gern mehr für den Naturschutz in der Landwirtschaft, für den Vertragsnaturschutz, für den Verzicht auf chemisch-synthetische Produktionsmittel, für eine extensive und umweltschonende Pflanzenerzeugung, für Mulchsaat, für den Verzicht auf Herbizide und dergleichen mehr ausgeben. Alle diese Maßnahmen sind bereits im MEKA enthalten, und da ist ein Teilausgleich möglich. Da könnten wir noch sehr viel ausbauen, wenn man uns nur ließe.

Wenn die Wende in der Agrarpolitik von Berlin in diese Richtung geht und für diese Dinge mehr Geld zur Verfügung steht, können wir mit dieser Wende gut leben und sagen: Willkommen im Klub! Vor allem anderen muss man warnen.

(Glocke des Präsidenten – Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Drautz.

**Abg. Drautz FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zunächst zu meinen Ausführungen über die Regierungserklärung von Frau Künast zurückkommen und möchte feststellen, dass Frau Künast zwei neue Labels einführen will, zum einen das Öko-Label – dazu sage ich: Okay, machen Sie das! – und zum anderen auch ein Label für die konventionelle Landwirtschaft. Ich bin gespannt, was da anders sein soll als beim MEKA. Da lasse ich mich überraschen; darauf bin ich wahnsinnig gespannt.

(Abg. Teßmer SPD: MEKA ist doch kein Siegel! – Abg. Dr. Caroli SPD: Seit wann ist MEKA ein Zeichen? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Entschuldigung! Ich habe mich versprochen; ich habe das HQZ gemeint. Beim HQZ gibt es Produktbeiräte, und Sie tun heute alle so, als wäre das seit der Einführung schon immer dasselbe.

(Abg. Teßmer SPD: Aber das ist immer noch zulässig!)

In den Produktbeiräten wird das aber ständig fortentwickelt.

Man muss außer dem Fleischbereich auch die anderen Bereiche sehen.

(Abg. Teßmer SPD: Richtig!)

Hier muss alles auf den Prüfstand, und man muss untersuchen, in welchem Bereich es nach dem jetzigen Erkennt-

(Drautz)

nisstand optimal ist und in welchen Bereichen man das HQZ noch ein Stück weiterentwickeln sollte. Ich bin auf jeden Fall dafür, das HQZ beizubehalten.

(Beifall des Abg. Göbel CDU)

Die Frau Ministerin Künast will ja auch etwas Ähnliches wie wir mit unserem MEKA machen. Dazu braucht sie aber „fresh money“.

(Abg. Dr. Caroli SPD: Was?)

– Frisches Geld. – Ich sehe aber weit und breit kein Geld für ihre Vorstellungen. Sie braucht frisches Geld im Haushalt, damit sie ihre Vorstellungen auch umsetzen kann. Es ist ja gut, Dinge anzukündigen. Aber wenn man Dinge ankündigt, sollte man sie auch durchziehen.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Wenn ihr die EnBW-Erlöse ordnungsgemäß versteuern würdet, wäre „fresh money“ da! – Abg. Birgit Kipfer SPD: 27 Milliarden DM gehen in die Landwirtschaft!)

Hier wäre es wichtig, dass ein Programm aufgelegt wird, wie wir es in Baden-Württemberg mit unserem Umweltprogramm, mit MEKA, haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen)

– Nicht bei BSE, Herr Schäfer, sondern im Produktionsbereich.

(Abg. Teßmer SPD: Wir können ja „black money“ nehmen!)

Ich muss noch eines sagen. Ich finde es ja gut, dass Sie ein Bundesamt für Verbraucherschutz machen. Aber wir in Baden-Württemberg haben die Lebensmittelüberwachung vor der BSE-Krise in einem Ministerium gebündelt. In der großen Koalition ist das nach einem großen Streit zwischen Harald B. Schäfer und Gerhard Weiser nicht gelungen. Sie sind ja nicht zusammengekommen. In dieser Legislaturperiode haben wir den Verbraucherschutz in einem Ministerium gebündelt. Wir haben vier integrierte Ämter eingeführt. Aus diesem Grund muss ich sagen: Die Bündelung, die jetzt im Bundesministerium erfolgt ist,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

haben wir in Baden-Württemberg schon vor zwei Jahren vollzogen. Deshalb sage ich Ihnen eines: Bei der Entwicklung von neuen Zeichen müssen wir natürlich aufpassen, dass wir nicht zu viele Zeichen bekommen. Deshalb bin ich auch dankbar, wenn jetzt das Ökosiegel kommen soll, weil die AGÖL ja zerschlagen ist und man in diesen Bereich hineinproduziert. Ob von Naturland oder von Bioland, kann man im Endeffekt – – Vor lauter Wirrwarr mit Siegeln kann der Verbraucher dann

(Abg. Teßmer SPD: Wir brauchen kein Siegel!)

nichts mehr anfangen. Es ist wichtig, dass es ein standardisiertes Zeichen gibt.

(Abg. Teßmer SPD: Herr Kollege, Bioland und Demeter brauchen doch kein Siegel! Das wissen wir doch!)

Meine Damen und Herren, bei aller Hysterie möchte ich abschließend noch feststellen:

(Abg. Teßmer SPD: Wir haben keine Hysterie!)

– Herr Kollege Teßmer! – Wer jetzt aus ideologischen Gründen ökologische und konventionelle Landwirtschaft gegeneinander ausspielt, handelt grob fahrlässig.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP  
– Abg. Teßmer SPD: Wer hat denn das heute gemacht?)

Wir wollen den Dialog zwischen der Politik, der Landwirtschaft und dem Verbraucher.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Er weiß nicht, was Ideologie ist! – Zuruf des Abg. Dr. Caroli SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dagenbach.

**Abg. Dagenbach REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe vorhin schon gesagt: Ich kann keine Wende in der Landwirtschaftspolitik erkennen. Ich vermisse Aussagen über eine Wende bei der Agenda 2000. Ich habe von Frau Künast kein Programm gesehen, wie sie künftig das Höfesterben beenden oder reduzieren will. Die Agenda 2000 geht gerade so weiter. Sie wird das Höfesterben von 20 000 auf 40 000 im Jahr erhöhen, wenn es dann so weit ist.

(Abg. Teßmer SPD: Das muss der nicht verstehen!)

Da wird sich nichts ändern. Also ist es auch keine Wende.

Es wird sich nichts ändern an der Regulierungswut in der EU.

(Abg. Teßmer SPD: Wir sind halt hier im Landtag, nicht in Brüssel!)

Auch dazu habe ich nichts gehört außer irgendwelchen Ankündigungen, die man nachher innerhalb der EU nicht durchsetzen kann. Ich habe nichts dazu gehört, was künftig mit der Globalisierung passiert. Wenn ich mir zum Beispiel die Schweiz als Vorbild nehme: Dort geht es den Bauern so gut, weil sie einen gut abgeschotteten Binnenmarkt haben – im Gegensatz zum Binnenmarkt in Europa. Dort können die Bauern sogar über den Rhein hinweg deutsche Äcker pachten, weil die deutschen Bauern bei den Pachtpreisen nicht mehr mithalten können.

(Zurufe der Abg. Teßmer SPD und Göbel CDU)

Das sind einfach Fakten.

Ich habe auch nichts dazu gehört, wie sie die unterschiedlichen Standards abschaffen will und wie sie innerhalb von Europa da etwas machen will. Brüssel beschließt zwar irgendetwas, aber es hält sich niemand daran außer uns blö-

(Dagenbach)

den Deutschen. Das muss man doch auch einmal ganz klar sagen.

Ich habe auch nichts dazu vernommen, was künftig mit der bürokratischen Belastung der Bauern passieren wird. Auch dazu habe ich nichts von einer Wende vernommen.

Wenn ich jetzt aufs Land zurückkomme

(Abg. Teßmer SPD: Das wäre das Beste, ja!)

und sehe, was für ein Unsinn neuerdings mit der neuen SchALVO produziert wird, bei der man sagt, es gebe vielleicht noch ein paar Härtefallregelungen, mit denen man vielleicht noch etwas machen kann, aber auf der anderen Seite die Pflügetermine

(Abg. Göbel CDU: Verstehen Sie da wirklich was davon?)

– Herr Göbel, das wissen Sie ganz genau – von der Nordsee bis hinunter an die Schwäbische Alb zur Unzeit ansetzt – –

(Abg. Teßmer SPD: Nordsee! Sie Großbadener!)

Wenn man unterpflügt und dann gleichzeitig die Frühkartoffeln einlegen soll, dann ist das wirklich ein Unsinn. Das muss man deutlich sagen. Gülle darf nicht mehr ausgebracht werden, aber dafür dürfen die Schafe darauf weiden. Das sind doch einfach die Dinge,

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

mit denen den Bauern die gute fachliche Praxis abgewöhnt wird. Das kann es nicht sein.

(Beifall des Abg. Deuschle REP)

Das sind einfach Dinge, bei denen ich mich wirklich frage: Wo sehe ich da eine Wende in der Landwirtschaftspolitik? Ich sehe keine. Die Probleme, die die Bauern jetzt haben, Frau Staiblin, werden nicht damit gelöst, dass man hergeht und denen jetzt eine Zinsverbilligung für ihre Kredite zugesteht. Die meisten Höfe – das wissen Sie ganz genau – sind so hoch verschuldet, dass sie möglicherweise überhaupt keine neuen Kredite bekommen. Da muss ich anders helfen. Wenn man rund eineinhalb Millionen Rinder im Land hat, dann muss man sagen: Dann kriegt eben jeder Bauer, der ein Rindvieh hat, 100 DM oder 200 DM für dieses Rind, damit er es über den Winter bringt. Dann habe ich ihm echt geholfen. Das Geld dafür hätten Sie. Mit dem, was Sie aus der EnBW herausgezogen haben – 1 Milliarde DM, die zur Verteilung ansteht –, könnten Sie von mir aus durchaus 200 Millionen DM bis 300 Millionen DM dafür aufwenden. Dann hätten Sie wirklich einmal etwas für die Bürger, für diejenigen, die in unserem Land hintanstehen, getan.

(Beifall bei den Republikanern)

Das gilt aber genauso für die Bundesregierung: Geben Sie den Bauern das Geld zurück, das Sie ihnen über die Ökosteuer abgezockt haben. Dann haben Sie denen auch geholfen.

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

Das meine ich. Wenn Sie das getan hätten, dann hätte man von einer Wende sprechen können. Aber wenn man dann hergeht und die bisherige Landwirtschaft verteufelt, indem man sagt, das sei Massentierhaltung

(Abg. Teßmer SPD: Was?)

und man wolle jetzt von dieser Massentierhaltung, von Anbindehaltung und weiß der Teufel, was man alles ins Feld führt, weg

(Abg. Teßmer SPD: Der Teufel weiß es auch nicht!)

und hin zur artgerechten Haltung, dann möchte ich Ihnen eines sagen: In welchem Land in Europa hat es denn die meisten BSE-Fälle gegeben? Dort, wo es eine artgerechte Haltung gegeben hat. In Europa ist England eigentlich das klassische Weideland. Dort stehen fast alle Tiere im Freien. Das ist die klassische artgerechte Haltung, aber genau dort hatten wir 180 000 BSE-Fälle. Also kommen Sie mir bitte nicht damit, dass das jetzt die große Wende sei, wenn man so etwas fordert.

(Beifall bei den Republikanern)

Es ist ja recht und gut, wenn man den Verbraucherschutz forciert. Aber das eine ist, ihn in einem Ministerium zu konzentrieren, und das andere ist die Praxis, die ganz anders aussieht. Draußen rennt nach wie vor der Wirtschaftskontrolldienst rum und das Gewerbeaufsichtsamt extra. Wo ist da die Koordination? Was wir brauchen, das ist ein Landesamt für Verbraucherschutz, wo das wirklich zusammenläuft.

Zum HQZ muss ich Ihnen sagen: Wenn Sie das HQZ so in Zweifel ziehen, dann schaden Sie unter dem Strich unserer Landwirtschaft. HQZ heißt nicht Hochqualitätszeichen oder so etwas, sondern Herkunfts- und Qualitätszeichen. Der Verbraucher hat über dieses HQZ erstmals erfahren, woher die Ware kommt, die er auf den Tisch kriegt.

(Abg. Teßmer SPD: Herr Präsident, wie lange darf der denn noch reden?)

Richtiger wäre, zu fordern, dass die Waren, die hereinkommen, endlich deklariert werden, damit man weiß, woher sie kommen und unter welchen Kontrollen sie produziert worden sind.

Wir müssen das HQZ in aller Ruhe weiterentwickeln – das ist das Gebot der Stunde – und es auf den jeweils neuesten technischen Stand bringen. Dann haben wir etwas erreicht, auch für unsere Bauern.

Wir brauchen keine grundlegend neue Agrarpolitik. Wir haben die modernsten Betriebe in Europa, möglicherweise die modernsten Betriebe in der ganzen Welt. Ich sehe also keinen Grund, warum wir diese gute fachliche Praxis, mit der bisher bei uns gute und gesunde Nahrung für den Verbraucher produziert wurde, ändern sollten. Ich bitte Sie also, bleiben Sie auf dem Boden, und wenn Sie eine Wende machen, dann machen Sie eine echte Wende zugunsten der Landwirtschaft und nicht gegen die Landwirtschaft.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Ministerin Staiblin.

**Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst mit ein paar Sätzen auf die Dinge eingehen, die bei dieser Aktuellen Debatte zu dem gestellten Thema angesprochen wurden.

Herr Schäfer, ich wundere mich schon darüber, dass Sie bei Ihrem ersten Anlauf überhaupt nicht auf die Regierungserklärung Ihrer Verbraucherschutzministerin eingegangen sind und beim zweiten Anlauf nur in zwei, drei ganz unwesentlichen Punkten.

(Abg. Göbel CDU: Da schämt er sich!)

Frau Kipfer, Sie haben leider nur die Überwachungstätigkeit eines Regierungspräsidiums genannt. Sie wissen anscheinend nicht, dass wir vier Regierungspräsidien haben, in denen unsere Kontrollen angesiedelt sind.

(Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Das ist ja interessant, was Sie jetzt erzählen! – Abg. Birgit Kipfer SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Ministerin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg Kipfer?

**Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin:** Nein, am Schluss gern, aber jetzt nicht.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist absolut falsch, was Sie sagen!)

– Sie haben es falsch gesagt. Sie haben von einem Regierungspräsidium gesprochen, von einer halben Stelle.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Das ist Ihre Drucksache! Von vier Regierungspräsidien 10 %!)

Herr Teßmer, mit Ihnen gehe ich einig, wenn Sie sagen, wir müssten gemeinsam den Blick nach vorne werfen. Das war auch die Meinung im Bundesrat am vergangenen Freitag. Diese Meinung zog sich wie ein roter Faden parteienübergreifend durch die Debatten. Sie aber, Frau Kipfer, haben den Blick zurückgeworfen. Ihr Kollege hat wenigstens versucht, den Blick nach vorne zu werfen.

(Abg. Birgit Kipfer SPD meldet sich zu einer Zwischenfrage. – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Ministerin, gestatten Sie jetzt eine Zwischenfrage?

**Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin:** Nein. Am Schluss, habe ich gesagt.

(Abg. Wacker CDU: Der Präsident hört schlecht!)

Ich bitte Sie, sich daran zu halten.

(Abg. Brechtken SPD: Also, eine Nachfrage gestatten Sie, aber keine Zwischenfrage!)

Herr Dr. Schäfer, Sie haben mir vor einiger Zeit die Frage gestellt, ob ich wisse, dass ein Tier ohne Kopf oder ein

Kopf ohne Tier angeliefert worden sei. Das ist die Geschichte, die Sie vorhin angesprochen haben. Ich zitiere aus einer Aussage bei einer Kreisversammlung Ihrer Partei in Radolfzell:

Ein Landwirt hätte ein Rind vergraben

– so Ihre Aussage –

und dann bei der Polizei den Diebstahl des Tieres angezeigt. Die Polizei hätte dann den Landwirt überführt.

Stimmt das,

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

oder stimmt das nicht? Das möchte ich laut von Ihnen hören.

(Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen: Kann ich eine Frage stellen? – Abg. Teßmer SPD: Dann darf er sie auch nicht fragen! – Abg. Dr. Salomon Bündnis 90/Die Grünen: Geht das Spiel jetzt anders rum? – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Es tut mir Leid, Herr Abg. Dr. Schäfer. Die Frau Ministerin hat erklärt, dass sie keine Zwischenfragen zulässt.

(Lachen bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen)

**Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte jetzt gern auf die Regierungserklärung der Verbraucherschutzministerin Künast eingehen. Für mich ist dieser Beitrag eine Ansammlung von Absichtserklärungen. Neu an der Regierungserklärung ist, dass Frau Künast ein Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit einführen möchte. Ich kann dies nur unterstützen. Ich finde diesen Schritt zum Schutz des Verbrauchers richtig.

Aber ich habe genauso wie Sie in der Vergangenheit in Äußerungen der Verbraucherschutzministerin jeweils auch nur Absichtserklärungen vernommen. Ich will ein paar Beispiele dafür nennen.

(Abg. Teßmer SPD: Vier Wochen im Amt!)

– Die 100-Tage-Frist möchte ich respektieren.

(Abg. Teßmer SPD: Danke! Dann warten wir auch!)

Dennoch stelle ich fest: Im Januar hat sie in der Christianen-Sendung die Aussage getroffen, die Verbraucherinnen und Verbraucher sollten Demeter- und Biolandprodukte essen.

(Abg. Brechtken SPD: Was gucken Sie denn alles an? Frau Minister! – Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Dabei hat sie nicht daran gedacht, dass bundesweit nur 2,2 % der Landwirte biologisch oder alternativ wirtschaften; europaweit sind es nur 2 %. Insofern könnten wir unsere Verbraucherinnen und Verbraucher mit solchen Produkten derzeit überhaupt nicht ernähren.

(Ministerin Gerdi Staiblin)

Im Februar, vier Wochen später, sagt sie dann zu der Frage, wie wir das Mengenproblem beim Fleisch lösen könnten, die Verbraucherinnen und Verbraucher sollten weniger Fleisch essen. Gleichzeitig ist sie aber gegen die Einführung der Obergrenze von 90 Tieren je Betrieb, Herr Dr. Schäfer. Sie hat im Bundesrat auch verdeutlicht, dass sie dies nicht unterstützt, wie Sie es vorhin, wenn ich es richtig verstanden habe, hier zitiert haben.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Im „Spiegel“ habe ich gelesen, Frau Künast sei für die Einführung von Verhaltenstests an Lebewesen. Zwei Tage später hat sie das dementiert. Ich möchte Ihnen sagen, dass wir diesen Verhaltenstest an Lebewesen in Baden-Württemberg durchführen. Wir haben 120 Tierärzte und Berater geschult,

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt endlich!)

damit diese Tests auch sofort in den Ställen durchgeführt werden können.

In der Regierungserklärung spricht die Verbraucherschutzministerin davon, sie sei nicht für eine direkte Nahrungsmittelhilfe. Gestern habe ich im „Mannheimer Morgen“ gelesen – und auch heute in der Presse –, sie denke doch darüber nach, das Fleisch, das aus dem Markt genommen wird, eventuell nach Nordkorea zu verkaufen. Das wäre ja auch richtig.

(Abg. Teßmer SPD: Das widerspricht sich doch nicht! – Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Meine Damen und Herren, zu dem angeführten Anteil der Ökoprodukte von 20 %: Ich kann Ihnen nur sagen, dass wir dafür bestens gerüstet sind. Wir können sofort damit beginnen. Wir haben schon immer über die Rahmenbedingungen verfügt, um damit beginnen zu können. Sie wissen – ich wiederhole mich jetzt –, dass wir in Baden-Württemberg mit nahezu 5 % mit den höchsten Anteil ökologisch wirtschaftender Landwirte haben.

(Zuruf der Abg. Birgit Kipfer SPD)

Wir haben über den Maßnahmen- und Entwicklungsplan die Weichen gestellt, indem wir in den nächsten Jahren 1,5 Milliarden DM von Brüssel nach Baden-Württemberg holen können.

Ich habe vor wenigen Tagen die Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von Niedersachsen gelesen. Er brüstet sich damit, dass Niedersachsen, dessen landwirtschaftliche Nutzfläche doppelt so groß ist wie die von Baden-Württemberg, 1 Milliarde DM in Brüssel abrufen könne. Da sind wir schon viel, viel weiter.

(Abg. Teßmer SPD: Die haben auch andere Strukturen! Die haben auch keine Höhenlandwirtschaft!)

Aber es kommt auch auf die Flächen an. – Ja, umso besser ist ja alternativ zu wirtschaften.

(Abg. Göbel CDU: Er könnte aber auch MEKA machen, Herr Kollege Teßmer!)

Ich erwähne die Einführung des Gemüse-, Obst- und Weinprogramms, das im MEKA-Programm integriert ist.

Ich zitiere aus der Regierungserklärung. Die Verbraucherschutzministerin hat gesagt, die Bundesregierung werde sofort 1 Milliarde DM zur Verfügung stellen, um die BSE-Krise zu bewältigen. Nur: Dass in diesem Betrag auch 70 % von der EU für die Marktentnahme der 400 000 Rinder enthalten sind und der Bund nur 30 % übernimmt, sagt sie in ihrer Regierungserklärung nicht.

(Abg. Teßmer SPD: Doch!)

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren: Die Bundesministerin hat bisher nur angekündigt, was der Bund bezahlen wird. Noch kein einziger Pfennig ist geflossen.

(Zuruf des Abg. Teßmer SPD)

Wir haben in Baden-Württemberg bereits im Dezember durch einen Ministerratsbeschluss 72 Millionen DM zur Verfügung gestellt. Die BSE-Tests werden in Baden-Württemberg finanziert. In keinem anderen Bundesland ist dies der Fall. Wir gewähren finanzielle Unterstützung im Bereich der Tierkörperbeseitigungsanstalten, die derzeit das Tiermehl verbrennen müssen. Und wir haben schnell ein Liquiditätshilfeprogramm aufgelegt, damit unseren Landwirten schnelle Hilfe angeboten werden kann.

(Beifall der Abg. Dr. Carmina Brenner CDU und Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Die Bundesministerin spricht von Forschungsmitteln, die der Bund bereitstellen will, aber nicht über die Höhe, nicht darüber, wie viel Bundesmittel für die Forschung bereitgestellt werden. Baden-Württemberg hat für die nächsten fünf Jahre ein Programm mit 15 Millionen DM jährlich. Wir werden den Schwerpunkt der Forschung darauf legen, dass Tests an lebenden Tieren durchgeführt werden können. Und wir werden für Forschungszwecke im Bereich des Übertragungsweges finanzielle Vorleistungen erbringen. Wichtig ist, dass wir eine Diagnose haben. Wer keine Diagnose hat, kann auch keine Therapie durchführen.

Meine Damen und Herren, es geht noch weiter; alles aus der Regierungserklärung. Da ist von der Finanzierung der Agrarwende die Rede. Nur sagt die neue Bundesministerin nicht, dass die rot-grüne Bundesregierung leider versäumt hat, innerhalb der Agenda 2000 die richtigen Weichen zu stellen. Sie hat es nicht erreicht, die Nettozahlerposition zu verbessern,

(Abg. Dagenbach REP: Die alte hat es auch nicht erreicht!)

sondern nach wie vor ist Deutschland der größte Nettozahler.

(Abg. Brechtken SPD: Wer hat uns denn 16 Jahre lang in diese Situation gebracht?)

Von 1 DM, die die EU erhält, zahlen wir 30 Pfennig, und wir erhalten von 1 DM, die von der EU ausgegeben wird, nur 17 Pfennig.

(Abg. Teßmer SPD: Vorher war es doch noch schlimmer!)

(Ministerin Gerdi Staiblin)

Jetzt geht es weiter: Die Bundesministerin sagt: Wir wollen keine Überschüsse finanzieren, sondern Qualität. Ich will hier verdeutlichen, dass Baden-Württemberg in keinem Produktionsbereich Überschüsse produziert. Baden-Württemberg ist in jedem Bereich, auch bei Rindfleisch und Milch, ein Importland.

(Abg. Teßmer SPD: Das nützt unseren Rindermätern überhaupt nichts!)

Es geht weiter: Wir wollen keine Tierquälerei, sondern artgerechte Tierhaltung. In Baden-Württemberg findet die artgerechte Tierhaltung statt. Es ist bei diesem Punkt hochinteressant, zu wissen, wer mir denn vor einem Jahr geschrieben hat, als die EU die Vorgabe mit der Aufhebung der Anbindehaltung gemacht hat. Es waren die alternativ wirtschaftenden Betriebe, die mich darum gebeten haben, dies beibehalten zu dürfen.

(Abg. Hauk CDU: Das ist ja hochinteressant! – Beifall des Abg. Hauk CDU)

Der dritte Punkt: Wir wollen keinen Raubbau, sondern Schutz von Boden und Wasser. In keinem anderen Bundesland gibt es diese Rahmenbedingungen, gibt es SchALVO, gibt es MEKA, um Boden und Wasser zu schützen. Wir haben gerade durch den neuen Weg im Marktlastungs- und Kulturlandschaftsausgleichsprogramm die Möglichkeit des ganzflächigen und großflächigen Grundwasserschutzes, und Wasserschutz bedeutet gleichermaßen auch Verbraucherschutz.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Teßmer SPD: Das nutzt unseren Landwirten im Augenblick gar nichts!)

Nun zu den Großvieheinheiten. Herr Dr. Schäfer, zu dem Punkt haben Sie anscheinend noch Nachholbedarf.

(Abg. List CDU: Der hat überall Nachholbedarf!)

Ich will Sie gern noch darüber informieren, dass die Bundesministerin die Grenze von zwei Großvieheinheiten einführen möchte und dass sie diese über die Regierungserklärung einfordert. Über das MEKA-Programm haben wir die Grenze sogar bei 1,4 Großvieheinheiten angesetzt, und diejenigen, die unter der Grenze von 1,4 Großvieheinheiten bleiben, können besondere MEKA-Punkte erhalten.

(Abg. Drautz FDP/DVP: Woher sollen die das auch wissen!)

Baden-Württemberg liegt im Durchschnitt bei 0,85 Großvieheinheiten. Auch das wurde von Ihnen nicht richtig wiedergegeben. Deutschland liegt im Durchschnitt bei 1,10 Großvieheinheiten.

Die Bundesministerin hat weiter – das würde Baden-Württemberg derzeit mit 75 Millionen DM belasten – den Wegfall von Silomaisprämien eingefordert. Sie will darüber nachdenken, mit dem frei werdenden Geld eine Grünlandprämie zu finanzieren. Wir haben die Grünlandprämie und haben über das neue MEKA-Programm erreichen können, gerade auch durch die Genehmigung der SchALVO, dass

wir mit 40 Millionen DM die Zahlung von Prämien im Grünlandbereich verdoppeln und ab sofort 80 Millionen DM über eine Grünlandprämie anbieten können. Ich denke, das ist der Weg einer Unterstützung, insbesondere für die viehhaltenden Betriebe.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Richtig! – Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP)

Lassen Sie mich noch einen Satz zur Marktentnahme über die Schlachtung von

(Abg. Teßmer SPD: 400 000!)

400 000 Rindern sagen. – Danke schön, Herr Teßmer.

(Abg. Teßmer SPD: Ich helfe Ihnen gern!)

Dass 400 000 Rinder aus dem Markt genommen werden müssen, finde ich richtig. Dass diese 400 000 Rinder auf BSE getestet werden, finde ich auch richtig. Aber dass 400 000 Rinder verbrannt werden, meine Damen und Herren, das ist nicht richtig.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Teßmer SPD: Das kommt doch von Brüssel! Sie wissen doch, dass es gelockert wird! – Abg. Birgit Kipfer SPD: Was haben Sie für eine Alternative?)

Wir sollten gemeinsam darüber nachdenken, wie wir den Hunderten von Menschen helfen können, die vielleicht in dieser Sekunde sterben müssen, weil sie nicht genügend zu essen haben.

(Abg. Teßmer SPD: Nordkorea ist keine Alternative!)

– Doch, auch darüber denkt die Bundesministerin neuerdings nach. Ich denke, wenn wir gemeinsam das gleiche Ziel haben, dann ist dies sicherlich auch im Sinne des Verbraucherschutzes und vor allem der Ernährungssicherung.

Zum Schluss, meine Damen und Herren:

(Abg. Teßmer SPD: Jetzt sagen Sie noch etwas Versöhnliches am Schluss!)

Für die nächste Zeit sehe ich sechs Schwerpunkte:

Erstens: Maßnahmen zur BSE-Gefahrenabwehr.

Zweitens: Umweltgerechte Landbewirtschaftung, die wir fortsetzen und die wir jetzt durch den Maßnahmen- und Entwicklungsplan finanziell erheblich ausgebaut haben.

Drittens: Art-, umwelt- und verbrauchergerichte Tierhaltung.

Viertens: Bessere Rahmenbedingungen für heimische Eiweißfutter. Es ist nicht richtig, wenn jetzt von Kommissar Fischler vorgesehen ist, nur für die alternativ wirtschaftenden Betriebe die Möglichkeit einzuräumen, auf Stilllegungsflächen Eiweißpflanzen anzubauen. Ich denke, es ist wichtig, dass dies in der gesamten Landwirtschaft praktiziert werden kann.

(Ministerin Gerdi Staiblin)

Fünftens: Wir brauchen eine Stärkung von Qualität und Qualitätssicherung, dazu ein an der Qualität orientiertes Zeichen – ein Herkunfts- und Qualitätszeichen.

(Abg. Teßmer SPD: Ein richtiges!)

Ich habe stets gesagt, wir müssen hier etwas ändern und verbessern. Die Kontrollen müssen verschärft werden.

Sechstens: Die Stärkung des Vertrauens der Verbraucher. Wie Sie wissen – ich kann es nicht oft genug sagen –, haben wir vor vier Jahren vier Ernährungszentren eingerichtet. Wir haben diese Ernährungszentren erweitert und haben jetzt Informationszentren an 36 Standorten. Wir führen seit 20 Jahren Ernährungsinformation an Kindergärten, Grund- und Hauptschulen durch.

(Abg. Teßmer SPD: Na ja!)

Dort sind 400 bis 500 Frauen landesweit tätig, um schon im Kindesalter zur richtigen Ernährung hinzuführen.

Wir wissen heute: Die BSE-Krise ist auch zu einer Lebensmittelkrise geworden. Mir liegt sehr viel daran, dass sich das Verbraucherverhalten ändert und dass wieder Vertrauen zurückgewonnen werden kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Abg. Kipfer erhält das Wort zu einer Nachfrage.

**Abg. Birgit Kipfer SPD:** Frau Ministerin, noch einmal zur Futtermittelüberwachung. Darf ich annehmen, dass Sie Ihre eigene Stellungnahme zu unserem Antrag nicht gelesen haben? Ich möchte zitieren:

Für die Überwachungstätigkeit stand den Regierungspräsidien in der Zeit seit 1997 bis Ende 2000 folgendes Personal zur Verfügung, das strukturbedingt unterschiedlich eingesetzt war:

– Wir haben vier Regierungspräsidien. –

– je ein Referent mit 10 bis 20 % . . .

10 bis 20 % Arbeitskapazität. Das macht rechnerisch nicht einmal eine ganze Stelle aus. Würden Sie dem zustimmen?

(Abg. Teßmer SPD: Muss sie wohl! Stimmt so! Wenn sie schon 10 000 nicht zu 19 000 addieren kann, muss sie wenigstens das rechnen können! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Das ist ja unmöglich, was Sie da reden!)

**Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin:** Nein, es sind mehr, Frau Kipfer. Es waren zwar teilweise Personalstellen mit 20 oder 30 %, aber mehrere Personalstellen in den Regierungspräsidien für die Kontrollen eingesetzt.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Aber danach haben wir gefragt! Das ist die Antwort!)

Meine Damen und Herren, die Futtermittelkontrollen werden erweitert. Weil Sie vorhin die Aussage getroffen haben, wir hätten immer alles gewusst: Ich habe stets gesagt, die Landesregierung in Baden-Württemberg hat zum jeweiligen Zeitpunkt die richtige Entscheidung getroffen. Dabei habe ich jeweils auch gesagt: Wir wissen heute nicht, ob dies morgen noch richtig ist. Ein Beweis dafür ist auch die Regierungserklärung der Bundesministerin Künast: Viele Punkte sind heute schon wieder überholt. So schnelllebig ist die Zeit im Zeitalter der BSE-Krise.

Wir werden die Kontrollen verschärfen – dies ist ganz wichtig –: im Bereich der Futtermittelkontrolle und auch im Bereich der Lebensmittelkontrolle. Aber, meine Damen und Herren, ich bin auch der Meinung, wenn wir schon eine offene Deklaration und eine Positivliste für Futtermittel einfordern, dann brauchen wir genauso eine offene Deklaration und eine Positivliste für Lebensmittel. Wir wissen zwischenzeitlich aufgrund von Kontrollen, was die Tiere in den Futtertrog bekommen. Wir wissen aber viel zu wenig darüber, was Menschen essen und was Lebensmittelsicherung bedeutet.

(Abg. Teßmer SPD: Darum brauchen wir einen Verbraucherminister!)

Ich denke, in diese Richtung müssen wir gemeinsam gehen, damit Verbraucherschutz für den Menschen genauso gilt wie für die Tiere.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Ministerin, Sie wollten auch noch eine Nachfrage des Herrn Abg. Dr. Schäfer zulassen. Herr Dr. Schäfer, Sie haben das Wort.

(Abg. Brechtken SPD: Wir machen doch keine Fragestunde, Herr Präsident!)

**Abg. Dr. Schäfer Bündnis 90/Die Grünen:** Frau Ministerin, es ist eine Nachfrage. Die Kollegen von der CDU und von der FDP/DVP hatten angesprochen, das HQZ werde laufend verändert. Dazu meine Frage an Sie: Haben Sie vor, noch für diese Saison, beginnend mit der Vegetationsperiode, dafür zu sorgen, dass bei der HQZ-Produktion keine Antibiotika als Pflanzenschutzmittel mehr verwendet werden dürfen?

**Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin:** Herr Dr. Schäfer, ich darf zwar an Sie keine Frage stellen, aber mich würde schon interessieren, ob zumindest dieser Zeitungsartikel richtig ist, in dem ich gelesen habe, dass Sie sich im „Spiegel“ vehement dafür eingesetzt haben, dass Antibiotika, sprich Plantomycin, gegen den Feuerbrand nicht mehr eingesetzt werden sollen. Dann habe ich wirklich zwei-, dreimal nachlesen müssen, dass ein Herr Dr. Schäfer, Abgeordneter, die Aussage getroffen hat, dass eventuell für das Jahr 2001 der Einsatz noch einmal infrage käme. Stimmt dies, oder stimmt dies nicht?

(Zuruf von der SPD: Sie brauchen nicht zu antworten!)

(Ministerin Gerdi Staiblin)

Das würde nämlich alles widerlegen, was Sie heute hier fragen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Michael Bender  
CDU: Hört, hört!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Kretschmann will ebenfalls noch eine Nachfrage stellen. Aber das ist die letzte.

**Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen:** Frau Ministerin Staiblin, Sie haben die geplante Verbrennung von 400 000 Rindern kritisiert. Haben Sie denn Alternativvorschläge?

**Ministerin für den ländlichen Raum Gerdi Staiblin:** Herr Kretschmann, das ist eine berechtigte Frage. Ich bin in Verhandlungen über eine Alternative. Aber ich habe sie leider zu dem jetzigen Zeitpunkt noch nicht so weit, dass ich sie hier veröffentlichen könnte. Sonst hätte ich dies gerne getan. Ich brauche dafür noch ein paar Stunden, vielleicht auch noch zwei, drei Tage.

(Abg. Teßmer SPD: Viel Erfolg! Dann schaffen Sie es einmal!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, das Wort erhält Herr Staatsrat Professor Dr. Beyreuther.

(Abg. Brechtken SPD: Jetzt kriegen wir zwei Regierungsvertreter! Das ist auch nicht schlecht!)

**Staatsrat Dr. Beyreuther:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte nur aus meiner Sicht, aus Sicht der Wissenschaft, den Schulterschluss, den ich hier zu vernehmen meine, stärken und unterstützen.

Wenn Sie sich darüber klar sind, dass Hochrechnungen aus Frankreich, die deshalb möglich sind, weil dort sehr intensiv getestet wurde, davon ausgehen, dass in Frankreich seit 1987 1 200 infizierte Rinder gelebt haben, werden Sie erkennen, dass die Tötung der 400 000 Rinder wissenschaftlich ausgewertet werden muss, um den Status quo in unserem Land zu bestimmen.

(Abg. Teßmer SPD: Da reichen auch 200 000!)

Ich gehe davon aus, dass wir etwa gleich große Zahlen wie in Frankreich haben, sodass bei uns auf 11 000 Rinder ein infiziertes Rind kommt. Diese Zahl zu ermitteln ist außerordentlich wichtig, um die nächsten Schritte einzuleiten. Die nächsten Schritte, die zweifelsohne eingeleitet werden müssen, bestehen darin, die derzeitigen Tests zu verbessern. Sie lassen sich theoretisch um den Faktor 1 000 verbessern. Ich habe mich im Chemischen und Veterinäruntersuchungsamt Stuttgart in Fellbach davon überzeugt, dass die Tests relativ einfach 100fach verbessert werden können, sodass wir wesentlich früher Tiere erfassen können, die infiziert sind, und letztlich das langfristige Ziel BSE-Freiheit zur Realität wird. Dieses Ziel erfordert natürlich Forschung und neue Forschungsergebnisse; denn das Ziel „BSE-frei“ bedeutet einen Test am lebenden Tier.

Ich denke nicht, dass heute der richtige Zeitpunkt ist, über die Maßnahme zu sprechen, die ich mit den dafür zuständigen Ministerien diskutiert habe. Das wird zu einem späte-

ren Zeitpunkt erfolgen. Ich kann Ihnen aber sagen, dass ich die nötige wissenschaftliche und technische Kompetenz in den von mir bisher besuchten chemischen und tierärztlichen Versuchsanstalten vorgefunden habe. Das sind echte Partner. Ich wäre Ihnen außerordentlich dankbar, wenn Sie mich in dem Bemühen unterstützen würden, bei den jetzt bevorstehenden Tötungen, die jetzt zu bewerten mir nicht ansteht, auch die Bedürfnisse der Wissenschaft bei der Bereitstellung von Materialien, seien es Blutproben, seien es Gehirnwasserproben, seien es Gehirnprieproben, direkt zu unterstützen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/  
DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Professor, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Teßmer?

**Abg. Teßmer SPD:** Herr Staatsrat, habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie, wenn Sie auch nicht davon begeistert sind, es für gerechtfertigt halten, dass 400 000 Rinder getötet werden?

**Staatsrat Dr. Beyreuther:** Ich halte diese Zahl für eine Zahl, die es uns erlaubt, eine Aussage etwa darüber zu machen, wie groß das Problem im Lande ist, falls die BSE-Tests durchgeführt werden und das, was ich an Frau Ministerin Künast geschrieben habe, Realität wird: dass die Proben für die Forschung asserviert werden können.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen:  
D'accord!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen damit zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung der mit aufgerufenen Anträge unter den Buchstaben b, c und d. Der Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/5835, und der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/5887, sind Berichtsanträge und durch die Aussprache erledigt. – Sie stimmen dieser Feststellung zu.

Der Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/5878, ist ein Antrag, mit dem ein Beschluss herbeigeführt werden soll. Wünschen Sie Abstimmung insgesamt? – Dann lasse ich über diesen Antrag insgesamt abstimmen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Es geht um den Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP, Drucksache 12/5878. Ich lasse über diesen Antrag abstimmen. Es gab hier Unklarheit; deshalb habe ich es wiederholt. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe! – Stimmenthaltungen? – Dem Antrag ist mehrheitlich zugestimmt.

Damit ist der Tagesordnungspunkt 2 abgeschlossen.

Ich rufe **Punkt 3** der Tagesordnung auf:

**Aktuelle Debatte – Recht und Ethik – Die Erforschung des menschlichen Genoms und ihre rechtlichen Grenzen – beantragt von der Fraktion der FDP/DVP**

(Stellv. Präsident Birzele)

Meine Damen und Herren, es gilt auch hier nach dem Beschluss des Präsidiums die für Aktuelle Debatten übliche Gesamtdauer von 50 Minuten. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Ich möchte die Mitglieder der Landesregierung ausdrücklich bitten, sich ebenfalls an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten; das heißt, Beitrag nicht länger als zehn Minuten.

Das Wort erteile ich Herrn Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, auch in Wahlkampfzeiten lohnt es sich durchaus, über den Tellerrand der tagesaktuellen Politik hinauszublicken. Was gibt es denn Aktuelleres als das vor einer Woche gemeldete Ergebnis, dass das menschliche Erbgut weitestgehend entschlüsselt sei.

Zur Frage, warum wir auch die rechtlichen Konsequenzen ansprechen, möchte ich den ansonsten so forschen privaten Forscher aus den USA Craig Venter zitieren, der sagt: Ein schnelles Gesetzgebungsverfahren hilft uns, die Furcht vor Missbrauch abzubauen und den Erfolg einer modernen Medizin zu beschleunigen.

Nebenbei hat die Genomforschung ein paar interessante Details erbracht, unter anderem, dass gerade einmal 0,01 % unseres Genoms uns jeweils von anderen Menschen, anderen Rassen, anderen Ethnien unterscheiden. Auch hierzu darf ich mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten aus der „Stuttgarter Zeitung“ zitieren: Die genetischen Gemeinsamkeiten zwischen den Völkern in der Welt sind überwältigend. Die Unterschiede zwischen Schwarzen und Weißen, Reichen und Armen, ja sogar zwischen Mann und Frau fielen dagegen kaum ins Gewicht. Tatsächlich verblassen die Unterschiede zwischen den Völkern der Erde angesichts der genetischen Gemeinsamkeiten.

(Abg. Bebber SPD: Es ist nur Zufall, dass der Schlierer nicht schwarz ist!)

Wenn Sie so wollen, ist das eine naturwissenschaftliche Untermauerung unserer politisch-ethischen Überzeugung.

(Unruhe auf der Zuhörertribüne – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Dr. Noll, einen Moment bitte. Ich bitte darum, auf der Zuhörertribüne mehr Ruhe zu bewahren.

Bitte schön, Herr Abgeordneter, fahren Sie fort.

**Abg. Dr. Noll** FDP/DVP: Ein weiteres Ergebnis: Die These, dass rote und grüne Gentechnik nicht voneinander getrennt zu betrachten sind, wird auch durch diese Forschung unterstützt, da es gerade im Bereich der Bakterien so genannte Chimären, das heißt Übergänge zwischen Pflanzen und Tieren gibt. Der Zufall will es, dass sich die erste Aktuelle Debatte, die ich als Abgeordneter in diesem Hause für meine Fraktion zu bestreiten hatte, genau mit dem Thema Biotechnologie/Gentechnik beschäftigt hat. Seit damals zieht sich wie ein grüner Faden – nicht wie ein roter, sondern wie ein grüner Faden, Herr Kretschmann; ich schaue

Sie an – durch die Debatte – damals war das Ihre Aussage –: Der menschliche Zellkern hat unantastbar zu sein.

(Beifall des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Offensichtlich hat sich bei Ihnen das eine oder andere inzwischen geändert, vielleicht nicht bei Ihnen persönlich; denn inzwischen scheint auch bei den Grünen die rote, also die medizinische Gentechnik akzeptiert zu sein. Ich sage Ihnen voraus, lieber Herr Kretschmann, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Sie werden auch Ihre Haltung zur grünen Gentechnik überdenken müssen.

(Abg. Kluck FDP/DVP: Genau!)

Ich darf noch einmal zitieren, und zwar aus der heutigen „Nürtinger Zeitung“:

Golden ist die Zukunft – Ein Freiburger Forscher will mit Genmais den Hunger in der Dritten Welt bekämpfen.

– Man höre und staune: Ein deutscher Forscher, Peter Beyer, hat zusammen mit dem Züricher Ingo Potrykus eine Sensation im Gepäck: einen Reis, der etwa 2 Milliarden Menschen vor Mangelernährung schützen könnte, indem Provitamin A und Eisen in diesen Reis integriert werden.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Ich behaupte, dass Sie auch da einen Lernprozess werden durchmachen müssen. Ich zitiere den Naturwissenschaftler Ernst Ulrich von Weizsäcker, der in diesem speziellen Fall zumindest schon einmal diese grüne Gentechnologie durchaus akzeptiert und für sinnvoll hält.

(Beifall der Abg. Lieselotte Schweikert FDP/DVP)

Die Frage ist nur, ob wir uns für den Standort Baden-Württemberg und Deutschland solche langen Lernprozesse, wie sie teilweise die grünen Kolleginnen und Kollegen brauchen, leisten können.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Geht es jetzt um Ethik, oder geht es jetzt um Standorte?)

Ich denke, wir müssen an dieses Thema sehr sensibel herangehen, aber immer unter dem Motto „Chancen erkennen, Risiken minimieren“.

Übrigens eine interessante Tatsache, die ich letztthin gehört habe: In China sind die Schriftzeichen für Chance und für Risiko identisch.

(Abg. Brechtken SPD: Ach nein! Auch schon gemerkt!)

Ich glaube, wir haben in der Vergangenheit viel zu sehr die Risiken diskutiert. Es ist ja bezeichnend, dass wir mit millionenschweren Rückholprogrammen auch der neuen Ministerin Bulmahn Wissenschaftler nach Deutschland zurückholen müssen, die Sie mit Ihrer Überbetonung der Risiken aus dem Land getrieben haben.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Brechtken SPD: Oh Gott, Oh Gott! – Zuruf des Abg. Buchter Bündnis 90/Die Grünen)

(Dr. Noll)

Wir verkennen natürlich nicht die Risiken. Das Hauptrisiko bei diesem Thema ist, die Würde des einzelnen Menschen wahren zu müssen. Diese Würde ist in der Tat bedroht. Freiheit bedeutet nicht grenzenlose Freiheit, sondern die Notwendigkeit, Grenzen zu setzen. Das bedeutet zum Beispiel auch, Grenzen da zu setzen, wo die Würde des Menschen durch die Beschneidung des Rechts auf seine Einmaligkeit eingeschränkt wird. Deswegen ganz klar: ein weltweites Verbot von Klonen zu dem Zweck, sich selbst sozusagen zu reproduzieren. Schwieriger wird das Thema beim therapeutischen Klonen. Aber ich denke, Würde ist unteilbar, und die Vorstellung, ein Individuum als Ersatzteillager heranzuzüchten, macht uns allen Angst.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Die Würde des Menschen beinhaltet auch dessen Recht auf Nichtwissen. Damit komme ich zum Thema: Soll es in Zukunft Zwang geben, zum Beispiel vor Abschluss einer Versicherung oder gar vor Einstellung in einem Betrieb, sich einem Gentest zu unterziehen? Hier klare rechtliche Vorgaben: Das darf nicht sein.

Letzte Bemerkung zur Würde des Menschen: Zur Würde des Menschen gehört für mich auch, dass er nicht zwingend schön, perfekt, gesund und vollkommen sein muss.

(Beifall des Abg. Kleinmann FDP/DVP – Abg. Kleinmann FDP/DVP: Hervorragend!)

Das heißt, ich verstehe sehr wohl die Bedenken der Behindertenverbände – und ich teile sie –, die sagen, wir müssten alle Tendenzen bekämpfen, die möglicherweise zu einer Selektion führen, gerade auch im Bereich der Implantation von Föten in den weiblichen Uterus. Gerade wir als Deutsche müssen diese Tendenzen bekämpfen; denn gerade wir wissen, wohin der Gedanke einer Selektion führen kann.

Leider ist meine Redezeit abgelaufen. Ich möchte meinem Kollegen Kiesswetter die Gelegenheit geben, aus diesen Eckpunkten, in denen ich gesagt habe, die Würde des Menschen habe über allem zu stehen – –

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, das Wort erteilt der Präsident und nicht der Redner.

(Lachen des Abg. Brechtken SPD)

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Bitte?

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erteilt der Präsident und nicht ein Vorredner.

Ihre Redezeit ist abgelaufen. Ich bitte Sie, Ihren Beitrag abzuschließen.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Das ist gut. – Ich hoffe, die Würde des Menschen als oberste Richtschnur wird anerkannt. Daraus wird dann die rechtliche Konsequenz abgeleitet werden.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Reinhart CDU:** Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Bio- und Gentechnologie sind Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts und werden das Leben der kommenden Generationen sicherlich prägen. Neben der Informations- und Kommunikationstechnik ist gerade die Bio- und Gentechnik deshalb die große Neuerung und Herausforderung, die uns in diesem Jahrhundert begleiten wird. Man hat erst vor wenigen Wochen in der Naturwissenschaft den historischen Triumph der Entschlüsselung des menschlichen Genoms gefeiert. Der Erfolg wurde weltweit gefeiert, und nicht zufällig entzündet sich die Auseinandersetzung heute gerade an der Bio- und Gentechnik.

Die Bio- und Gentechnologie zählt im Verbund mit der Informationstechnik zu den Schlüsseltechnologien, und kaum ein Lebensbereich wird von ihr unbeeinflusst bleiben. Ihr Potenzial für die Medizin und die Pharmazie, für die Landwirtschaft und die Erzeugung von Lebensmitteln, für die Entwicklung neuer Werkstoffe, für die Verfahrenstechnik und auch für den Umweltschutz ist bahnbrechend.

Krankheiten werden besser erkannt und gezielter behandelt werden können. Bisher unheilbar Kranke werden geheilt werden können. Es wird neue Möglichkeiten zur Bekämpfung von Hunger und Elend in der Welt geben, und ressourcenschonende Verfahren und Materialien werden die industriellen Produktionsprozesse verändern. Den Geboten der nachhaltigen Wirtschaft und des Schutzes unserer natürlichen Lebensgrundlagen werden wir weitaus besser als heute folgen können.

Durch eine Reihe von politischen Entscheidungen lag die Biotechnik Mitte der Neunzigerjahre in Deutschland am Boden. Deutsche Firmen investierten im Ausland, deutsche Wissenschaftler verließen das Land. Das hat sich mittlerweile geändert. Deutschland ist mittlerweile das Land Nummer 1 in Europa, und gerade Baden-Württemberg mit seinen Bioregionen ist auch in Deutschland führend, was die Forschung angeht.

Ich denke, man kann auch darauf verweisen: Es ist gut, dass der Landeshaushalt 3,8 bis 4 % Forschungsmittel ausweist, der höchste Prozentsatz im Vergleich zu allen Bundesländern,

(Beifall des Abg. Rech CDU)

denn auch darin liegt ein Stück Zukunft und damit ein Stück Vision in der Forschung, das sich gerade hier sehr, sehr fruchtbar auswirkt.

(Beifall bei der CDU – Abg. Hans-Michael Bender CDU: Sehr richtig!)

Wir unterstützen diese Vorhaben; denn die europäische Biotechnologie muss gegen die amerikanische antreten und ihr den Spitzenplatz streitig machen. Die Menschen sehen die Chancen der neuen Technologie und begrüßen sie; wahr ist aber auch: Die neuen Technologien wecken nicht nur Hoffnungen, sie schüren auch Zukunftsängste, und vielen Menschen wird es dabei teilweise unheimlich. Denn es ist auch der Verlust des Überschaubaren, die Beeinträchti-

(Dr. Reinhart)

gung des Persönlichen, Privaten und Intimen. Nicht zuletzt fürchten sie die Erosion ethischer und rechtlicher Grundorientierungen, die unserer Gesellschaft Einheit geben und sie zusammenhalten.

Unstreitig ist, dass die Bio- und Gentechnik uns mit Fragen konfrontiert, die die grundlegende Wertorientierung unserer Gesellschaft betreffen.

(Abg. Brechtken SPD: Freie Rede, Herr Kollege!  
Lesen sollte man Bilanzen von Vereinen!)

Die Debatte entzündet sich zurzeit vor allem an den neuen diagnostischen, technischen und vor allem auch therapeutischen Möglichkeiten der Fortpflanzungsmedizin und den neuen Möglichkeiten zur gentechnischen Diagnose von Krankheits- und Verhaltensdispositionen.

Dabei werden immer mehr Stimmen laut, die für eine Überwindung der bisherigen moralischen und rechtlichen Grenzen des Erlaubten plädieren. Es wird unterstellt, dass die moralische und rechtliche Grundorientierung unserer Gesellschaft auf irrationalen oder überzogenen Auffassungen von der Würde des Menschen und seiner unbedingten Schutzwürdigkeit beruht, die in der modernen und aufgeklärten Welt angeblich nicht mehr als allgemein gültig anerkannt werden können. Damit sollen neue Wege geebnet werden, beispielsweise für die Selektion von Embryonen mit gentechnisch diagnostizierten Krankheitsdispositionen, für eugenische Praktiken zur angeblichen Perfektionierung von Menschen oder für den Verbrauch von Embryonen zur Herstellung von transplantierbaren Geweben und Organen.

Unsere Grundwerte sind kein Hindernis auf dem Weg zu einer modernen und aufgeklärten Gesellschaft. Sie sind im Gegenteil die rationale und unersetzliche Basis einer modernen und aufgeklärten Gesellschaft. Um des Menschlichen willen darf diese Basis nicht zugunsten postmoderner Beliebigkeit preisgegeben werden, für die letztlich erlaubt ist, was möglich ist. Eine Gesellschaft, die sich anmaßt, das Recht auf Leben selektiv zu- oder abzuerkennen und die am Maßstab genetischer Merkmale über das Lebensrecht von Kindern entscheidet, kann keine menschliche Gesellschaft sein.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, ich weise nochmals ausdrücklich darauf hin, dass die Aussprache im Rahmen der Aktuellen Debatte nach § 60 Abs. 3 der Geschäftsordnung in freier Rede zu führen ist.

(Abg. Bebbler SPD: Zu spät!)

Ich erteile das Wort Herrn Abg. Dr. Müller.

**Abg. Dr. Walter Müller** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Noll, mir erschließt sich der Sinn der Debatte heute Nachmittag nicht ganz.

(Zuruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Ich meine, hier geht es doch um Grundfragen der menschlichen Existenz, und ich frage mich zum einen, welchen Spielraum das Land da hat, und zum anderen, ob wir das Thema in einer Aktuellen Debatte mit zweimal fünf Minu-

ten Redezeit adäquat behandeln können. Ich habe da meine Zweifel.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Eines war interessant, Herr Kollege Reinhart: Sie haben die Biotechnologieregionen in Baden-Württemberg hochgehalten und gesagt, wir dürften uns nicht vom Fortschritt abkoppeln. Ich habe eine Pressemitteilung von Sozialminister Dr. Friedhelm Repnik – ich zitiere –: „Beim Umgang mit menschlichen Embryonen müssen die gesetzlichen Schranken verteidigt werden.“

Das heißt, Sie müssen sich über Ihre Sprachregelung erst einmal intern klar werden. Man kann nicht auf der einen Seite sagen: „Wir wollen im Bereich der Biomedizin und der Biotechnik Weltspitze sein und mit den USA, wo es ganz andere moralische Kriterien gibt, mithalten“, aber auf der anderen Seite die eine Klientel bedienen. Sie haben in dieser Angelegenheit meiner Ansicht nach eine ungute Arbeitsteilung: Das Feuilleton leitet Minister Repnik, und den Wirtschaftsteil machen Sie bzw. heute Vormittag der Ministerpräsident. So kann man die Debatte nicht führen, und so kommen wir auch, glaube ich, insgesamt nicht weiter.

(Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, man sollte die Debatte um die Entschlüsselung des Genoms in andere Debatten, die wir hier schon geführt haben, einbeziehen, zum Beispiel in die Debatte über die Grundsätze der Transplantationsmedizin. Da geht es ja um die gleichen Fragen. Es geht um die Frage: Wo beginnt das Leben? Im Bereich der Sterbehilfe geht es um die Frage: Wo endet das Leben? Es geht im Bereich der Reproduktionsmedizin auch um die Frage: Dürfen wir alles machen, was wir machen können? Das heißt, wir brauchen eine sehr breite Debatte, in die auch die Biomedizin und die Genomforschung einbezogen werden.

Für mich ist klar, dass wir diese Debatte nicht hier im Parlament führen können. Dafür sind wir meiner Ansicht nach nicht kompetent genug, und da brauchen wir, glaube ich, auch einen sehr breiten Konsens. Man kann sich ja nicht vorstellen, dass wir hier mit Fraktionsmeinungen beschließen: So und so geht es.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Darum geht es nicht!)

Da ist das angebracht, was Professor Habermas einmal sagte: Wir brauchen dazu einen permanenten Diskurs, in dem Argument und Gegenargument vorgebracht werden, aus denen man dann gesamtgesellschaftliche Normen ableitet.

Das, meine Damen und Herren, ist nicht sehr einfach. Wir leben in einer pluralistischen Gesellschaft. Wir leben in einer Gesellschaft, in der die christlichen Religionen nicht mehr dieselbe Bedeutung wie früher haben, und es gibt sehr viele Moralvorstellungen. Ich sehe das selbst im Bereich der Reproduktionsmedizin. Ein kinderloses Ehepaar, Herr Professor Reinhart, sieht die Angelegenheit anders als jemand, der darüber debattiert, weil er persönlich betroffen ist. Jemand, der eine Erbkrankheit hat, sieht das auch ganz anders als jemand, der abstrakt darüber diskutiert.

(Abg. Rech CDU: Sehr richtig!)

(Dr. Walter Müller)

Das ist meiner Ansicht nach das Problem. Man ist da vom Standpunkt und von der Zeit abhängig. Mit der Zeit werden sich die Standpunkte ändern, egal, was wir machen. Ich erinnere mich noch an das, was man vor 20 Jahren zum Retortenbaby – IVF – gesagt hat. Heute ist das Alltag und wird in Aalen und Schwäbisch Gmünd gemacht, und niemand redet darüber. Denken Sie an die Transplantation der Hornhaut von Toten! Man hat gesagt: Das ist nicht zu machen. Heute ist auch das Alltag.

Das heißt, wir müssen mit der wissenschaftlichen Diskussion und mit dem medizinischen Fortschritt zu anderen Einstellungen kommen. Letztendlich muss man auch sehen, dass wir nicht in der Bundesrepublik Deutschland als einem geschlossenen Kreis debattieren, sondern dass wir in einem Europa der offenen Grenzen debattieren.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Da haben Sie Recht! Holland auch!)

England hat ganz andere Vorstellungen, und in Frankreich wird die Präimplantationsdiagnostik ganz anders diskutiert als bei uns.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Holland!)

Da ist natürlich schon die Frage zu stellen: Können wir es uns leisten, dass wir da eine Insel bleiben? Was machen wir denn, wenn die betroffenen Ehepaare sagen: Wenn es das bei uns nicht gibt, gehen wir nach England? Dort wird letztendlich eine soziale Auslese getroffen. Diejenigen, die es sich leisten können, werden das letztendlich machen. Ich will zeigen, dass das ein ungeheuer schwieriges Problem ist.

Es gibt einen konkreten Punkt, Herr Noll, den Sie gerade nicht angesprochen haben. Bei diesem Genomforschungsprojekt war meiner Ansicht nach die Art der Forschung der eigentliche Knackpunkt. Es gab hier zwei Parallelen. Es gab Herrn Venter, und es gab dieses öffentliche Forschungsprojekt. Bei Herrn Venter ging es ja um diese Diskussion: Stellen wir das ins Internet? Er hat gesagt: „Ich mache das nur zum Teil, weil ich natürlich wirtschaftliche Interessen habe.“ Bei dem großen Genomprojekt von mehreren Nationen wurde gesagt: „Wir stellen das geschlossen ins Internet. Das Forschungsergebnis muss jedem zugänglich sein.“ Ich glaube, das ist der eigentliche Knackpunkt bei solchen Grundlagenforschungen: Wie geht man damit um? Wollen wir auch das privatisieren? In dieser Sache würde ich mir gern einmal Ihre Meinung anhören. Oder sagen wir: „Das ist öffentliche Grundlagenforschung; das ist jedem uneingeschränkt zugänglich zu machen“?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Ist es doch!)

Das bedeutete für Baden-Württemberg natürlich, dass wir Grundlagenforschung in vielerlei Hinsicht fördern.

Über den Landesbedarf und über die Diskussion, die wir vor Ort führen können, werde ich in der zweiten Runde reden.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Pfister FDP/DVP: Wenn der Präsident das genehmigt! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Der Präsident erteilt das Wort! –

Abg. Brechtken SPD: Das war jetzt nur ein Antrag auf Worterteilung! – Gegenruf des Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das war es bei mir auch! – Zuruf des Abg. Pfister FDP/DVP – Unruhe)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube nicht, dass man in einer Debatte, in der es um die fundamentalsten Fragen menschlicher Existenz geht, in freier Rede in fünf Minuten dazu Darlegungen machen kann, ohne Missverständnisse zu erzeugen. Deswegen halte ich diese Debatte wirklich für verfehlt.

Die Entschlüsselung des menschlichen Erbguts wird von ihrem Erkenntniswert her sicher jeden faszinieren, der sich mit der Frage aller Fragen beschäftigt: „Was ist der Mensch?“ Jedenfalls zeigt sich – das haben Sie ja schon gesagt, Kollege Noll –, dass es bei den Individuen, zum Beispiel zwischen den menschlichen Rassen, keine relevanten genetischen Unterschiede gibt. Das heißt, das, was wir schon immer wussten, dass der Rassismus eine menschenfeindliche Ideologie ist, ist jetzt noch einmal mit großer naturwissenschaftlicher Genauigkeit bestätigt worden.

Wir wissen jetzt auch genauer, dass wir mit anderen Lebewesen wie mit den Schimpansen genetisch zu über 98 % verwandt sind.

(Abg. Brechtken SPD: Das merkt man manchmal!)

Wir wissen neu – das hat sicher viele von uns überrascht –, dass selbst Bakterien ihre Spuren in unserem Erbgut hinterlassen haben. Die Frage „Wo kommen wir her?“, die dieser Erkenntnisgewinn bringt, kann also sicher auch vieles zu der Frage beitragen: „Wer sind wir?“

Wir dürfen uns also über das Erkenntnisvermögen freuen, das der Mensch besitzt. Die große Verwandtschaft mit den anderen Lebewesen soll uns aber auch bescheiden machen, uns zeigen, dass wir nicht Herrscher oder wenigstens nicht nur Herrscher über die Natur sind, sondern auch Hüter alles Lebendigen sein sollen.

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Wahrer!)

Schließlich zeigen die Ergebnisse, finde ich, ganz deutlich, dass die Vielschichtigkeit der menschlichen Existenz, das Verhalten des Menschen, seine Handlungen, sein Lernen und sein Erinnern, wirklich sehr viel mehr ist als das, was in unseren Genen festgelegt ist. Ich finde, über den Erkenntnisgewinn dürfen wir uns sicher freuen. Ansonsten ist Skepsis angesagt.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Also, sind wir wieder einig!)

Denn mit der Erkenntnis wird auch die Verführung größer, in das menschliche Erbgut einzugreifen, zum Beispiel aufgrund schwerer Erbkrankheiten, mit denen der Mensch geschlagen ist. Das heißt, es droht die Gefahr von Grenzüberschreitungen. Bisher ist da noch ein Damm, der hält, der uns davon abhält, dass wir in die menschliche Keimbahn eingreifen, weil wir uns der allerältesten Grundsätze unse-

(Kretschmann)

rer Zivilisation erinnern. Der Mensch ist ein Ebenbild Gottes. Das heißt übersetzt: Erstens, er hat sich nicht selbst gemacht, und zweitens, in ihm gibt es etwas absolut Unverfügbares. Deswegen sagen wir Grünen seit eh und je: Der Mensch soll vom Innersten der Materie, also vom Atomkern, und vom Innersten des Lebendigen, vom Zellkern, jedenfalls aber vom Zellkern des Menschen, die Finger lassen. Ich glaube, das ist die fundamentale Grenze. Wenn wir diese Grenze überschreiten, werden Dinge kommen, die wir als ganze menschliche Gattung tief bereuen werden. Davon bin ich jedenfalls persönlich fest überzeugt.

Worin aber bestehen aktuelle Gefahren?

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abg. Kretschmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Dr. Noll? – Herr Dr. Noll, bitte.

**Abg. Dr. Noll** FDP/DVP: Herr Kollege Kretschmann, ist Ihnen, wenn Sie die Unantastbarkeit des menschlichen Zellkerns hier reklamieren, klar, dass Genomforschung, deren Erkenntnisse Sie gerade gelobt haben, ohne die Untersuchungen am Zellkern schlicht und einfach nicht möglich gewesen wäre?

(Abg. Deuschle REP: Das ist ein wahres Wort!)

**Abg. Kretschmann** Bündnis 90/Die Grünen: Es geht um die Unantastbarkeit des menschlichen Zellkerns in der Keimbahn. Ich habe nichts dagegen, dass man Mundschleimhautzellen untersucht. Die gehen schon beim Zähneputzen weg, da brauchen wir uns keine moralischen Bedenken zu machen.

(Zuruf von der SPD: Blattschuss! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das war schwach! – Abg. Dr. Schlierer REP: Das war jetzt eindeutig neben dem Thema!)

– Es ist aber so. Es geht um den Zellkern in unserer Keimbahn, darüber brauchen wir jetzt keine Missverständnisse zu produzieren.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Das ist aber der gleiche wie in der Mundschleimhaut!)

– Das ist mir bekannt, Herr Kollege. Ich habe wie Sie Naturwissenschaft studiert.

Worin besteht die aktuell größte Gefahr? Wir haben große Fortschritte in der Diagnose des menschlichen Erbguts gemacht, aber angesichts der Komplexität gehen die Therapiemöglichkeiten damit nicht parallel. Das heißt, wir wissen sehr viel mehr, auch über Krankheiten, können sie aber aufgrund dieser Erkenntnisse keineswegs einfach heilen. Wozu wird das führen?

Die größte aktuelle Gefahr wird darin bestehen, dass wir genetisch diskriminiert werden, zum Beispiel durch Versicherungsgesellschaften. Natürlich kann man da rechtliche Schranken aufbauen und sagen: Das ist eigentlich verboten. Wie aber will man, wenn es erst einmal ein allgemeiner Trend in der Gesellschaft ist, dass man das macht – es gibt darüber einen sehr interessanten Artikel in der „Zeit“ über Zypern –, einem Unternehmer nachweisen, dass er je-

manden, der das nicht tut und stur bleibt, aus diesem Grund nicht eingestellt hat? Dieses Problem haben wir ja heute schon bei vielen Diskriminierungsfragen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Deswegen diskutieren wir ja darüber!)

Ich glaube, diese genetischen Diskriminierungen sind das Hauptproblem. In Großbritannien deutet sich an, dass das unmittelbar bevorsteht, und es sind eigentlich unmittelbar rechtliche Schritte erforderlich, um das einzudämmen.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Genau! Deswegen die Debatte! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, ich bitte Sie, zum Ende zu kommen.

**Abg. Kretschmann** Bündnis 90/Die Grünen: Ich höre auf.

Dass es einen Schutz der Intimsphäre gibt, das Recht, sein Erbgut für sich zu behalten, das gehört für mich zu den fundamentalen Rechten, die die Gesellschaft unmittelbar durchsetzen muss.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer** REP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute anlässlich der überraschenden Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Genomanalyse über die rechtlichen Konsequenzen, die aus diesen Forschungsergebnissen zu ziehen sind.

Zu Beginn möchte ich noch einmal festhalten: Es war in der Tat überraschend, dass die Zahl der Gene des Menschen wesentlich geringer ist, als man ursprünglich angenommen hatte. Es ist überraschend, dass 99,9 % aller Menschen im Genom übereinstimmen. Es war aber genauso überraschend, dass wir in 98 % etwa mit Primaten wie dem Schimpansen übereinstimmen und dass wir immerhin einige Hundert Gene von Bakterien übernommen haben.

Aber das Problem, vor dem wir stehen, ist nicht ganz neu, Herr Kollege Noll. Denn das Hall'sche Experiment von 1993 in Washington hat uns damals schon zwei wesentliche Probleme vor Augen geführt: zum einen die Tendenz, dass in der Medizin offensichtlich doch das gemacht wird, was gemacht werden kann, und zum anderen die damals von Hall schon im Ansatz herausgehobene Differenzierung von Embryonen nach Qualitätsstandards.

Seitdem gibt es eine durchaus kontroverse Diskussion. Es ergibt sich allerdings aus diesem Problem die Frage, ob wir mit rechtlichen Mitteln, mit rechtlichen Rahmen Gentechnik lenken können oder nicht. Das gilt sowohl für die Genomanalyse und das Screening als auch für die Gentherapie, das heißt für die Versuche eines Eingriffs in die menschliche Keimbahn.

Diese Debatte, meine Damen und Herren, hat sicherlich viel an Emotionalität gewonnen, weil die Chancen sehr verlockend erscheinen, wenn ich allein an die Möglichkeit

(Dr. Schlierer)

denke, auf diese Art und Weise eine Vielzahl heute nicht beherrschbarer Erkrankungen in den Griff zu bekommen. Aber es gibt natürlich auch eine Emotionalisierung durch die vielfältigen Risiken, die mit diesen Eingriffen in Verbindung gebracht werden.

Wenn ich einmal den Bereich der Genomanalyse betrachte, so stelle ich fest, dass wir dort in der Tat vor einem Grundproblem stehen. So haben wir sicherlich ein Interesse daran, Krankheitsursachen und -dispositionen erkennen zu können. Auf der anderen Seite aber müssen wir klar und deutlich sagen, dass die derart gewonnenen Daten geschützt werden müssen und dass im Bereich des Datenschutzes ein ganz besonderes Augenmerk darauf zu lenken ist, die Verwertung dieser gewonnenen Daten durch Dritte zu verhindern. Das betrifft den angesprochenen Bereich des Versicherungsrisikos und die in diesem Bereich erkennbare Gefahr einer Diskriminierung jener, die sich einer Genomanalyse unterzogen haben.

Im Bereich der Gentherapie haben wir ein ganz zentrales Problem. Dies will ich mit einem Zitat ansprechen, das Kulturstaatsminister Nida-Rümelin in diesem Zusammenhang vor einiger Zeit von sich gegeben hat. Ich zitiere mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten:

Die Achtung der Menschenwürde ist dort angebracht, wo die Voraussetzungen erfüllt sind, dass ein menschliches Wesen entwürdigt werde, ihm seine Selbstachtung genommen werden kann. Daher lässt sich das Kriterium Menschenwürde nicht auf Embryonen ausweiten. Die Selbstachtung eines menschlichen Embryos lässt sich nicht beschädigen.

Meine Damen und Herren, ich sehe in diesen Denkansätzen eine erhebliche Gefahr. Denn wenn ich den Begriff Menschenwürde nicht mehr auf Embryonen ausdehne, wenn ich Selbstachtung zu einem maßgeblichen Kriterium bei der Definition der Menschenwürde mache, schaffe ich die Grundlage für eine Forschung mit Embryonenverbrauch. Dann bin ich genau in jenem Bereich, in dem es immer schwieriger wird, schließlich überhaupt noch Grenzlinien zu ziehen. Deswegen hat sich Herr Nida-Rümelin ja auch erhebliche Kritik zugezogen, etwa durch Spaemann, der mit Recht darauf hingewiesen hat, dass diese Art der Definition nicht zulässig sei.

Nun stelle ich mir mit Blick auf die von Ihnen, Herr Noll, beantragte Aktuelle Debatte die Frage: Welche rechtlichen Konsequenzen ziehen wir?

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Von meiner Fraktion!)

– Ja, ich traue es Ihnen in der Tat nicht zu.

(Lachen des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

Also, die von Ihrer Fraktion beantragte Aktuelle Debatte.

Bei der Frage nach den rechtlichen Konsequenzen wollen wir zunächst einmal festhalten, dass wir mit dem Embryonenschutzgesetz und der Bioethikkonvention des Europarats eine klare Vorgabe insoweit haben, als Eingriffe in die Keimbahn verboten sind. Ich stelle mir allerdings die Frage, ob es bei uns nicht zunehmend Tendenzen gibt, wonach

eine Änderung dieser Situation gewünscht wird, weil man im Blick auf die Forschung und den Wissenschaftsstandort Deutschland glaubt, sich an eine Regelung annähern zu müssen, wie sie beispielsweise in den USA besteht. Dies wäre in der Tat ein Gesichtspunkt, den wir in der zweiten Runde noch vertiefen müssten.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kiesswetter.

(Zuruf des Abg. Deuschle REP)

**Abg. Kiesswetter** FDP/DVP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, die Beiträge meiner Vorredner haben gezeigt, dass dieses Thema sehr wichtig und aktuell ist und dass wir es so schnell wie möglich behandeln müssen. Ich meine auch, Herr Kollege Müller, hier ist der richtige Ort. Wir können das Thema nicht wegdrängen. Wir sollten es hier auch erörtern, wir sollten uns eine politische Meinung zu diesem Thema bilden. Gerade ein ethisch so schwieriges, ein im Grenzbereich sehr diffiziles, sehr hoch stehendes Thema müssen wir als Politiker mitgestalten. Wir können das nicht anderen überlassen.

Ich meine, ein Grundtenor besteht zwischen uns: Wir sollten das Klonen eigentlich untersagen. Wir sehen keine Veranlassung und keine Notwendigkeit, dass ein Mensch geklont wird. Das ist, meine ich, eine Grenze, die wir nicht überschreiten sollten.

Das Zweite – da wird es schon schwieriger – betrifft die Embryonen. Sollen Embryonen gezüchtet werden, um Ersatzteillager für Menschen zu sein? Sollen Organe herangezüchtet werden? Soll ein lebendes Wesen geschaffen werden, das anschließend verwertet wird? Hier ist die Grenze zu ziehen. Dies sollte man in dieser Form ablehnen. Wir müssen genau finden, wo die Grenze des Lebens beginnt. Dieses zu definieren ist eine unserer Aufgaben, einer der Punkte, wo wir auch eine Entscheidung treffen müssen.

Wir sind der Überzeugung, dass das Ziel, Organe zu schaffen, auch anders erreicht werden kann. Man muss nicht unbedingt Embryonen züchten, Menschen werden lassen, die dann ausgeschlachtet werden. Deshalb halte ich hier die Grenze für gegeben.

Jetzt kommen weitere Punkte, die in das gesellschaftliche Leben eingreifen. Zuerst haben wir die Freiheit der Wissenschaft. Die müssen wir auch hochhalten. Die Wissenschaft muss in der Lage sein, Forschungen durchzuführen, die weiterbringen, die das Ziel haben, unsere Gesundheit zu verbessern, Krankheiten zu heilen und unser Leben zu verlängern. Das muss das Ziel sein. Die Freiheit der Forschung ist ein grundgesetzlich geschütztes Gut. Wir dürfen hier keine Tabus haben und eigentlich auch keine Grenzen, außer den beiden, die ich am Anfang genannt habe.

Dann haben wir natürlich neue Gesetze zu schaffen, neue Bereiche zu würdigen. Was passiert mit dem Datenschutz? Datenschutz heißt doch, dass jeder selbst über die Weitergabe seiner Kenntnisse über seine Gene bestimmen kann. Das muss gewährleistet sein. Hier dürfen nicht andere oder Dritte eindringen, außer jemand gibt sein Wissen frei und

(Kiesswetter)

ist damit einverstanden, dass es weitergegeben wird. Ich glaube, das ist für den Datenschutz sehr wichtig.

Das Recht auf Nichtwissen muss auch geschützt sein. Es darf nicht sein, dass jemand gezwungen werden kann, seine Gene zu offenbaren, medizinische Tests über sich ergehen zu lassen. Ich glaube, das gehört zur Menschenwürde, und diese Menschenwürde muss hochgehalten werden.

Das sind, meine ich, ein paar Rahmenbedingungen, die eingehalten werden müssen.

Auch beim Arbeitsrecht müssen wir neue Grenzen ziehen. Wie weit ist vielleicht eine Offenbarung notwendig? Jemand, der einen Beruf hat, bei dem er für Menschenleben Verantwortung trägt, zum Beispiel ein Pilot, der für Hunderte von Menschen Verantwortung hat, hat hier vielleicht mehr in irgendeiner Form mitzuwirken als einer, der keine solche Verantwortung hat. Hier sind auch im Arbeitsrecht neue Grenzlinien zu ziehen, die wir erarbeiten müssen, über die wir politisch entscheiden müssen und über die wir hier diskutieren müssen.

Beim Versicherungsrecht darf es keine Diskriminierung geben. Wir müssen Grenzen finden, inwieweit eine Versicherung mit einer Umlagefinanzierung, die jeder Versicherte mitträgt, gewisse Offenbarungsrechte hat. Die haben die Versicherungen ja schon jetzt. Schon jetzt muss man bekannt geben, welche Krankheiten man hat. Die Frage ist, ob man auch weiter gehende Offenbarungspflichten hat und Versicherungen ausgeschlossen werden können. Auch hier müssen wir rechtliche Grenzen ziehen. Das ist unsere Aufgabe.

Auch das Patentrecht muss überprüft werden. Es geht hier immer um wirtschaftliche Interessen. Natürlich gibt es wirtschaftliche Interessen. Aber letzten Endes ist ja die Gesundheit das Ziel. Auch die Wirtschaft dient letztlich der Gesundheit, der Förderung des Lebens in dem Sinne, irgendwelche Benachteiligungen im Körper und in der Gesundheit zu eliminieren. Hier muss die Wissenschaft zur Forschung angehalten werden. Das kann ich natürlich nur mit einem modernen Patentrecht. Einer, der auf diesem Gebiet forscht, muss geschützt sein. Es darf nicht sein, dass jemand Millionenbeträge investiert und dann keinen Schutz hat.

Die ganze Frage ist eine sehr große Herausforderung. Ihr müssen wir uns stellen, und wir müssen uns ihr schnell stellen. Wir müssen diese Diskussion positiv und offen angehen, damit eben nicht die Angst da ist, damit das Risiko, das damit verbunden ist, in Grenzen gehalten wird. Nur wenn ich Bescheid weiß, habe ich auch keine Furcht mehr. Deshalb muss man so schnell wie möglich an diese Frage herangehen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Reinhart.

**Abg. Dr. Reinhart** CDU: Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich denke, in den Beiträgen der Vorredner

ist zu Recht darauf hingewiesen worden, dass es um die Möglichkeiten, aber vor allem auch um die Grenzen dieses Forschungsbereichs geht. Bei dieser Grenzziehung haben wir Grundsätze einzuhalten. Für uns stehen Forschung und Technik immer unter dem Vorbehalt der Vereinbarkeit mit dem Gebot des Schutzes der unteilbaren und unveräußerlichen Menschenwürde. Der Mensch darf nicht zum Objekt von Forschungs- und Wirtschaftsinteressen werden. Dies sehen wir als eine besondere Verantwortung der Politik – auch einer christlichen Politik.

Zweitens: Die Unverfügbarkeit des eigenen Genoms und der Schutz seiner Daten – es wurde hier angesprochen – sind ein unveräußerliches Recht jedes einzelnen Menschen. Das menschliche Genom als solches darf nicht patentiert werden. Das Selbstbestimmungsrecht des Einzelnen – darauf kommt es an – erfordert die Befähigung zur gesundheitlichen Eigen- und Selbstverantwortung.

Drittens: Wir sind für den Einsatz zellbiologischer Methoden zur Heilung schwerer Krankheiten, denn dort werden sie dringend gebraucht, dort sind sie auch ein Fortschritt. Aber Eingriffe in die menschliche Keimbahn sowie das Klonen von Menschen lehnen wir ab.

Mir ist bewusst, dass es auf diesem Gebiet keine einfachen Antworten gibt. Ich denke, es ist richtig gesagt worden: Die Politik muss sich auch mit diesen Themen befassen. Es ist auch ein Thema, bei dem nicht der Streit der Parteien im Vordergrund steht. Es sollte wichtig sein, dass man auch in die Zukunft blickt, die uns alle bewegen muss. Unsere Wertorientierung geht aus vom unbedingten Gebot der Achtung der Menschenwürde und verlangt, dass wir einen Menschen niemals nur als Mittel für unsere Zwecke gebrauchen, sondern ihn zugleich immer als Person achten. Dieses Gebot der Achtung der Menschenwürde hat seinen rechtlichen Niederschlag – um das Recht geht es heute ja auch – nicht nur im Grundgesetz, sondern auch in den Verfassungen der Länder, in einer Fülle von internationalen Konventionen und Verträgen

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Herr Präsident, er liest ständig ab! Das gibt es ja nicht!)

und in unzähligen einzelgesetzlichen Regelungen gefunden. Es ist das Fundament einer zivilisierten Welt.

(Abg. Bebbler SPD: Der Kollege ist des Lesens kundig!)

Wer daran rührt – Herr Kollege –,

(Abg. Capezzuto SPD: Bebbler!)

der läuft Gefahr, sich einmal mit blankem Entsetzen fragen zu müssen, was er getan hat.

Deswegen wurde vom Kollegen Kiesswetter und auch von anderen Kollegen zu Recht die Grenzziehung angesprochen. Ich vermute, dass Sie an folgenden Grenzen stehen müssen – geradezu an Grenzpfählen –:

(Abg. Brechtken SPD: Oh Gott!)

Dort, wo mit gendiagnostischen Maßnahmen die Selektion von Menschen beabsichtigt wird, dort – –

**Stellv. Präsident Birzele:** Ich möchte noch einmal auf § 60 Abs. 3 der Geschäftsordnung verweisen.

**Abg. Dr. Reinhart CDU:** Ich kenne § 60. Nur: Wenn ich eine grundsätzliche Ausführung – –

**Stellv. Präsident Birzele:** Auch bei einer schwierigen Debatte gilt: Wenn eine Aktuelle Debatte beantragt ist, dann ist die Aussprache gemäß der Geschäftsordnung in freier Rede zu führen.

(Abg. Capezzuto SPD: Aha!)

**Abg. Dr. Reinhart CDU:** Vielen Dank, Herr Präsident, für diesen gewichtigen Hinweis. Das war mir bis heute völlig unbekannt.

(Lachen bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Jetzt aber! Nächstes Mal auswendig lernen!)

Ich denke, insofern hat das wirklich zur Aufhellung der Geschäftsordnungsauslegung beigetragen.

(Abg. Döpper CDU: Weiter so, Wolfgang!)

Ich fasse zusammen und komme damit auch zum Schluss. Es gibt Grenzen und Grenzpfähle – ich habe das Klonen und die menschliche Keimbahn erwähnt –, auch wenn eugenische Ziele verfolgt werden. Wenn wir nicht den Mut haben, diese Grenzen eindeutig zu ziehen, dann kommen wir in eine gefährliche Diskussion. Deshalb muss es, glaube ich, die Aufgabe der Politik sein, sich mit den Möglichkeiten, mit den Chancen und mit den Risiken, aber vor allem auch mit den Grenzen zu befassen. Dann sind wir auf dem richtigen Weg.

(Beifall bei der CDU und des Abg. Dr. Noll FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Walter Müller.

**Abg. Dr. Walter Müller SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Reinhart, Ihr Beitrag hat gezeigt, wie schwierig das Problem ist. Da gab es schon ein bisschen Kraut und Rüben – im ersten und im zweiten Teil. Im ersten Teil war es der Biotechnologiestandort Baden-Württemberg – Weltniveau auf dem US-Standard –,

(Zuruf des Abg. Dr. Reinhart CDU)

im zweiten Teil war es die von der katholischen Kirche verkündete Moral in Baden-Württemberg. Das passt halt nicht zusammen. Diese Diskussion müssen Sie, meine Damen und Herren, erst einmal innerhalb der CDU führen, ehe Sie dann Erklärungen abgeben.

(Beifall bei der SPD – Abg. Brechtken SPD: Sehr gut! – Abg. Capezzuto SPD: Deswegen sind auch so wenige da! – Abg. Dr. Reinhart CDU: Haben Sie die Rechtsgrundlagen gehört?)

Zweitens, Herr Kollege Dr. Reinhart: Sie fordern in diesem Bereich klare Grenzziehungen, Sie fordern Haltelinien. Das ist nicht so einfach; das kann man nicht so machen. Sie sagen zum Beispiel: Wir wollen dort, wo Embryonen verbraucht werden, die Grenze setzen – als eines der Bei-

spiele. Ich denke, es ist menschlich verständlich, dass man eine Grenze haben will. Aber in dieser Diskussion müssen wir es aushalten, dass es keine starre Grenze gibt. Wir müssen tatsächlich diskutieren; wir brauchen Ethikkommissionen, die von Fall zu Fall beraten.

Ich will Ihnen das an dem Beispiel der Ethikkommission in Lübeck erläutern. Da war eine Frau, die ein Kind gehabt hat, das mit neun Jahren an Mukoviszidose gestorben ist. Dann ist sie noch einmal schwanger geworden und hat einen Schwangerschaftsabbruch in der 18. Woche mit allen Konsequenzen auf sich genommen. Dann ist sie zu dieser Ethikkommission gegangen, und die hat gesagt: „In diesem Fall befürworten wir eine Präimplantationsdiagnostik.“ Präimplantationsdiagnostik heißt, dass man auch einen Embryo verwirft, der ein Krankheitsrisiko hat. Die Ethikkommission hat Ja gesagt. Ich glaube, es ist menschlich verständlich, einer Frau, die im ersten Fall ein Kind verloren hat, die im zweiten Fall einen späten Schwangerschaftsabbruch gemacht hat, im dritten Fall zu sagen: „In diesem Fall machen wir die Präimplantationsdiagnostik.“ Ich weiß, dass das eine schwierige Ebene ist, aber ich glaube, gerade diese Schwierigkeit gilt es in der Diskussion auszuhalten. Das ist das eigentliche Problem. Denn wenn wir selber sagen, wir errichten diese Grenzen, dann werden wir in zehn Jahren merken, dass jenseits des Rheins ganz andere Grenzen bestehen. Schon heute geht man zur Präimplantationsdiagnostik nach Belgien, und damit haben wir letztendlich auch nichts gewonnen.

Meiner Ansicht nach kann ein Vorbild in dieser Diskussion der Diskurs sein, den wir um den § 218 geführt haben. Dieser dauerte 20 Jahre lang in dieser Gesellschaft. Da hat man unterschiedlichste Positionen diskutiert. Am Ende kam ein Kompromiss heraus, mit dem viele nicht ganz zufrieden waren, aber es war der Standard, auf den wir uns einigen konnten. Ganz ähnlich wird es in diesem Bereich auch sein.

Denken Sie einmal an folgenden Fall: Wir wollen nicht in embryonale Stammzellen eingreifen. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Bereitschaft zur Organspende relativ gering. Jetzt können Sie über Stammzellen Leberorgane, Nieren und andere Organe gewinnen. Wollen Sie das den Kranken vorenthalten, um Ihre Moral hochzuhalten?

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Das habe ich nicht abgelehnt! Hätten Sie zugehört! Für die Heilung von Krankheiten lassen wir es zu!)

Es ist schwierig, aber ich will Ihnen zeigen, dass es in diesem Bereich einfache Lösungen nicht gibt, sondern dass man sagen muss: Wir müssen sehen, dass wir diesen Diskurs führen und dass wir diesen Diskurs dauerhaft führen.

Ich halte es auch für richtig, dass wir auf Landesebene – da komme ich jetzt auf die Landesebene zu sprechen – sagen: Das, was wir bei den Landesärztekammern an Ethikkommissionen haben, gilt es zu stärken. Das, was wir an den Universitäten haben, zum Beispiel Professor Mieth in Tübingen, der ja einen sehr dezidierten, sehr restriktiven Standpunkt in dieser Diskussion hat, gilt es auch zu fördern. Ich meine, wir können keine Kleinlösungen für Baden-Württemberg haben, sondern wir brauchen die euro-

(Dr. Walter Müller)

päische Diskussion. Wir müssen uns auch mit den Argumenten der Engländer und der Franzosen auseinander setzen, die die Problematik insgesamt ganz anders sehen. Wir brauchen letztendlich auch das, was die Ethikkommission beim Deutschen Bundestag, die gerade für diese Probleme eingesetzt worden ist, erarbeitet. Das kann für uns möglicherweise Richtschnur für die kommenden Jahre sein. Der Bundeskanzler hat ja auch einen Ethikrat eingesetzt, der sich mit diesen Fragen beschäftigt.

Zusammengefasst: Es gibt meiner Ansicht nach in diesem Bereich keine einfachen Lösungen. Es gibt auch nicht die Argumente, die von vornherein nur ein Pro haben, sondern es geht um eine Güterabwägung. Vor allem geht es darum, Spannungen auszuhalten, im Einzelfall zu entscheiden und zu sagen: Das ist unsere momentane Situation; sie wird in einigen Jahren völlig anders sein.

Der Kollege Kretschmann hat das Argument eingebracht: Die Grenze ist der Eingriff in die Keimbahn. Was machen Sie, Herr Kollege Kretschmann, wenn Sie irgendwelche Erbkrankheiten erkennen und tatsächlich aus diesem Menschengeschlecht beseitigen können? Sagen Sie dann: „Das geht nicht“? Sie kennen die Diskussion auf Zypern. Dort sind inzwischen 60 bis 70 % Erbräger der Thalassämie. Was machen die Zyprioten mit Billigung der Kirche? Sie haben zuerst Schwangerschaftsabbrüche gemacht. Jetzt machen sie die Präimplantationsdiagnostik, weil sie wissen: Wenn wir es nicht machen, können wir letztendlich unser Gesundheitssystem nicht mehr finanzieren und haben eine Krankheit, die wir nicht mehr beherrschen. Das heißt also, die Moral ist von vielen Dingen abhängig.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Da haben Sie einen Satz gesprochen!)

Wir haben eine internationale Moral, die sich sehr verändert. Wir haben insgesamt eine Diskussion, die ständig weitergeführt werden muss und die feste Grenzziehungen nicht verträgt.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Kretschmann.

**Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich versuche, diese schwierigen ethischen Debatten zu verfolgen. Ich kann Ihnen, Herr Kollege Müller, auf Ihre Frage selbstverständlich keine Antwort geben. Deswegen stört mich der zwanghafte Optimismus, der bei diesem Thema verbreitet wird.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

Dafür, optimistisch zu sein, sehe ich gar keinen Anlass. Ich bin da pessimistisch. Ich sehe, dass da nicht nur die tradierten Grenzen, die ich jetzt hier vertrete, überschritten werden, sondern es werden auch die Grenzen der Grenzen überschritten. Der Kommentar von Nida-Rümelin zeigt, dass selbst in fundamentalen Fragen, was Menschenwürde ist und wo sie beginnt, keine Einigkeit mehr zu erzielen ist. Schon das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Abtreibung – das ist in der Replik von Reinhard Merkel auf den Spaemann-Artikel sehr deutlich dargelegt worden – zeigt – quasi im Vorspann des Urteils –, dass die funda-

mentale Menschenwürde praktisch auf die Zeugung zurückverlagert wird. Mit den Konsequenzen, die das Bundesverfassungsgericht zulässt, hat dies alles natürlich nichts zu tun; denn bekanntlich darf man bei uns abtreiben.

Das heißt also: Wenn man bei der Diagnose weiter vorankommt, bei der Therapie aber nur sehr viel langsamer – ich nehme an, dass Sie mir da zustimmen werden –, dann wird dies schlichtweg zur Folge haben, dass mehr abgetrieben wird. Ich möchte darüber in keiner Weise irgendein Urteil fällen. Ich möchte auch kein Urteil fällen über genkranke Menschen, die fordern, man müsse in die Keimbahn eingreifen. Positionen werden wir alle haben, und Sie werden alle ihre guten ethischen Argumente finden. Darüber gibt es gar keinen Zweifel. Letztlich sind wir bei diesen Fragen dann doch wieder auf unsere innersten Überzeugungen oder Glaubenshaltungen zurückverwiesen.

Woher aber nehmen Sie Ihren Optimismus? In einer Welt, in der es noch nicht einmal gelingt, die allerfundamentalsten Menschenrechte, die in der UNO-Charta dargelegt werden, wenigstens in 50 % der Länder der Welt durchzusetzen, wo die allerbanalsten Fragen von Mord und Totschlag, Krieg und Frieden nicht gelöst und die einfachsten Grundrechte immer noch nicht durchgesetzt sind, in der solche fundamentalen Fragen wie die jetzt etwa drohende Klimaänderung nicht angegangen werden, obwohl man das Problem kennt, frage ich Sie: Woher nehmen Sie denn den Optimismus, Fragen zu lösen, die in der Zukunft liegen? Bei den aktuellen Problemen, zum Beispiel die drohende Klimaänderung durch entschlossenes Handeln einzudämmen, kann ich zum Beispiel bei der Landesregierung wenig Entschlossenheit erkennen. Man überspringt das Problem in einer totalen Zukunftsbesoffenheit und glaubt, die Probleme, die man noch gar nicht kennt, in der Zukunft sehr wohl in den Griff zu bekommen.

Herr Kollege Kiesswetter, wie, bitte schön, wollen Sie ein Recht praktisch durchsetzen, dass man genetisch nicht diskriminiert werden darf? Das Beispiel von Zypern, das der Kollege Müller vorgetragen hat, zeigt: Wenn sich die überwältigende Mehrheit einmal solchen freiwilligen genetischen Tests unterzieht, dann sind die anderen, die das nicht machen, faktisch diskriminiert. Selbst die orthodoxen Pfarrer trauen die Leute nicht mehr, wenn sie kein Screening bezüglich der Thalassämie haben vornehmen lassen. Da ist es dann mit dem formalen Recht auf den Datenschutz für das eigene Erbgut in der Praxis nicht mehr weit her. In den USA können Sie schon bei sehr vielen Firmen sehen, was mit Leuten passiert, die fundamentale Daten ihrer persönlichen Selbstbestimmung verweigern.

Ich will einfach nur sagen – damit habe ich ja meinen Redebeitrag eingeleitet –: Von meiner Warte aus – sicher hat jeder eine persönliche Sicht der Dinge – ist in erster Linie Skepsis angesagt, aber kein Optimismus.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Schlierer.

**Abg. Dr. Schlierer REP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Kretschmann, Sie haben die Skepsis erwähnt. Diese Skepsis ist sicher ange-

(Dr. Schlierer)

bracht. Allerdings sollte man auch nicht das Kind insoweit mit dem Bade ausschütten, als man angesichts der jetzt vorliegenden Erkenntnisse davon ausgeht, dass wir innerhalb kürzester Zeit befähigt wären, die schlimmsten Horrorszenarien zu verwirklichen. Ich glaube, dass man dies zur Versachlichung der Debatte durchaus erwähnen sollte. Wir sprechen ja heute über die rechtlichen Grenzen und die Ethik, die bei diesen Fragen eine Rolle spielt. Wir müssen uns dabei bewusst machen, dass es wohl in absehbarer Zeit Erkenntnisse über ca. 5 000 genetische Defekte geben wird.

Ich frage mich: Was passiert eigentlich, wenn wir diese Erkenntnisse haben? Was kommt dann, wenn wir in der Lage sind, Diagnosen zu stellen? Glauben wir ernsthaft, dass es dann nur bei der Diagnose bleiben wird? Oder ist es nicht vielmehr so, dass die Diagnose immer auch Ausgangspunkt für die folgende Therapie ist?

Gerade damit ist natürlich auch die Frage gestellt, was im weiteren Verlauf dieses Fortschritts an Forderungen kommen wird. Was tun wir eigentlich, wenn sich die Rechtsentwicklung um uns herum anders gestaltet, als wir das für richtig halten, wenn nach unterschiedlichem Recht geforscht wird und dann entsprechende Konsequenzen gezogen werden?

Wir müssen uns bewusst machen, dass beispielsweise die USA – und den USA sind Japan und im Wesentlichen auch die Schweiz gefolgt – im gentechnisch-rechtlichen Bereich eine andere Konzeption verfolgen als wir. In den USA wird Gentechnik letzten Endes wie eine x-beliebige Technik angesehen, nach dem Stichwort „product approach“, während die Europäische Union sich ein separates Gentechnikrecht geschaffen hat im Sinne des „process approach“ – mit der Konsequenz, dass die Restriktionen bei uns sehr viel schwerwiegender sind.

Nun müssen wir uns heute, das heißt rechtzeitig, darüber klar werden: Was legen wir der dann unvermeidlich auf uns zukommenden Decision, also der Entscheidung, zugrunde? Da werden mit Sicherheit in der Abwägung auf der einen Seite die Argumente der Wissenschafts- und Forschungsfreiheit, Fragen der wirtschaftlichen Interessen einschließlich der Standortsicherung stehen, und auf der anderen Seite wird es die Frage der ethischen Grundsätze, der Menschenwürde, soweit wir sie definieren können, geben. Herr Kretschmann, ich glaube schon, dass wir bei uns noch einen gewissen Grundnenner zur Menschenwürde finden können. Und es geht natürlich auch um die Frage der Menschenrechte und deren Ausprägung. Dann gilt es, eine Entscheidung zu treffen.

Ich meine, dass wir heute sagen sollten: Bei der Entscheidung über die Grenzen müssen wir auf diese ethischen Grundsätze abstellen. Denn tun wir das nicht, dann laufen wir Gefahr, die Grundlage des Rechts selbst auszuhöhlen. Ich glaube, dass darin in der Tat ein Erosionsansatz liegt, der all jenen gefährlichen Fehlentwicklungen, die wir heute durchaus schon absehen können, Tür und Tor öffnen wird. Das heißt also, dass wir bei allen ethischen Fragen – auch der, was sinnvoll und machbar ist – unter Umständen klar entscheiden müssen: Wir gehen über eine bestimmte Grenze nicht hinweg, selbst dann nicht, wenn es Fehlentwicklungen außerhalb unseres Landes gibt.

Ich meine, wenn zu diesem Prozess, wenn zu dieser Erkenntnisgewinnung eine relativ kurze Aktuelle Debatte einen kleinen Beitrag liefern kann, dann war sie sinnvoll. Allerdings ist es sicherlich ein schwieriges, vielleicht sogar vergebliches Unterfangen, Themen dieser Komplexität in irgendeinem Aufriss darstellen zu wollen. Es wäre vielleicht besser, Herr Kollege Kiesswetter, wenn sich Ihre Fraktion beim nächsten Mal darum bemühen würde, das Thema etwas mehr zu präzisieren. Dann hätten wir die Chance, in zwei Redebeiträgen von jeweils fünf Minuten etwas Weiterführendes beizutragen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Justizminister Dr. Goll.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Es waren ja die Schlagzeilen, die vor etwa einer Woche in den Zeitungen zu lesen waren: „Erbgut des Menschen entziffert“, „Durchbruch in der Genforschung“, die dazu geführt haben, dass sich der Landtag heute eine Stunde Zeit nimmt, darüber nachzudenken und sich darüber auszutauschen. Das ist natürlich richtig bei einer Sache, die für die Zukunft auch dieses Landes so wichtig ist, sowohl einerseits, was die medizinische Entwicklung, das Schicksal künftig kranker Menschen bei uns im Land angeht, als auch andererseits, was die wirtschaftlichen Perspektiven in einem Land, in dem gerade die Biotechnologie schon jetzt eine gewaltige Rolle spielt, angeht. Es ist ein Thema, bei dem wir tatsächlich – und da möchte ich das aufgreifen, was Sie, Herr Müller, gesagt haben – einen Diskurs brauchen. Es hat mich nur gewundert, dass Sie den Landtag von diesem Diskurs ausschließen wollten.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Dr. Walter Müller SPD: Zweimal fünf Minuten, Herr Minister! Das langt nicht!)

Es ist sicher ein Diskurs, bei dem sich noch nicht jeder eine fertige Meinung gebildet hat. Mir ist vorhin in der Debatte aufgefallen, dass einer der Oppositionsredner gesagt hat, da könne man ja gar keine Fraktionsmeinung haben, während ein anderer den Vorwurf erhoben hat, dass noch keine Fraktionsmeinung gebildet worden sei. Wir befinden uns tatsächlich in einem offenen Diskurs um die Sache, den wir dringend brauchen. Wir brauchen eine breit angelegte Debatte, um vorhandene Informationsdefizite abzubauen, um irrationalen Ängsten entgegenzutreten und natürlich auch ein Stück Akzeptanz für eine moderne Entwicklung zu schaffen.

Es ist ganz klar: Forschung und Wissenschaft sind nach unserer Verfassung grundsätzlich frei – das ist keine Frage –, und sie sind nicht nur frei, sondern sie werden bei uns im Land auch deutlich materiell unterstützt und gefördert. Das ist von uns gewollt. Auf der anderen Seite ist aber auch ganz klar, dass der Freiheitsraum der Wissenschaft nicht grenzenlos sein kann. Nicht alles, was machbar ist, darf auch gemacht werden. Das ist ganz klar.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auch noch so positive Zwecke, die letztlich Motivation für die Forschung sein mögen, können nicht alle Mittel auf

(Minister Dr. Ulrich Goll)

dem Weg der Erkenntnis und des Fortschritts rechtfertigen. Insofern ist die Wissenschafts- und Forschungsfreiheit verfassungsrechtlich eingebettet in den Katalog der anderen Grundrechte, denen die Menschenwürde voransteht.

Das von der rechtlichen Seite her eigentlich Wichtige an der Debatte, in der wir stehen, ist, dass man es schafft, diesen Kontext der Wissenschafts- und Forschungsfreiheit im Verhältnis zu anderen Grundrechten wie der Menschenwürde, die wir respektieren wollen, vernünftig darzustellen. Gerade dafür brauchen wir eben diesen vorurteilsfreien Diskussionsprozess unter Einbeziehung aller Beteiligten. Genau auf diesem Gebiet wird eine wesentliche Aufgabe des Gesetzgebers in der kommenden Zeit liegen. Der Bundestag wird dieselbe Debatte im März führen, und das ist kein Zufall. Auch die anderen Parlamente stellen sich dieser Diskussion.

In der letzten Ausgabe der Wochenzeitung „Die Zeit“ beispielsweise wurde das Jahr 2001 zu Recht als das Jahr der Biopolitik bezeichnet. Wir befinden uns im Jahr der Biopolitik und nehmen an der Diskussion teil, wobei wir uns natürlich bewusst machen müssen, dass es in vielen strittigen Einzelfragen kaum eindeutige und endgültige, richtige oder falsche Lösungen gibt.

Das gilt übrigens schon für die wissenschaftliche Bewertung dieser neuen sensationellen Forschungsergebnisse, die vor einer Woche vorgestellt wurden. Wir wissen jetzt, dass wir nur rund 30 000 Gene besitzen, enttäuschenderweise nur etwa ein Drittel mehr als die Fruchtfliege und der Fadenvorm. Wenn ich mich dem übrigens einmal laienhaft nähere, dass diese Zahl überraschend niedrig ist, dann muss ich feststellen, dass sie uns gerade klar macht, dass mit dieser Forschung möglicherweise noch nicht so viel entdeckt worden ist, wie man im ersten Moment meint. Denn das stößt einen darauf, dass jetzt natürlich gerade die Funktionszusammenhänge und die Wechselwirkungen der Gene und andere Prozesse wichtig werden, sodass, so sensationell dieses Ergebnis auch ist, auch deutlich wird: Es ist noch ein weiter Weg zurückzulegen; jahrzehntelange weitere Forschung wird sicher nötig sein, um die bisherigen Erkenntnisse und die Erkenntnisse der letzten Woche dann konkret in Therapien umzusetzen. Wir haben aber auch Zeit, etwas gegen böse Folgen zu unternehmen.

Weil die Dinge im Fluss sind, müssen wir natürlich auch sagen: Unsere bestehenden rechtlichen Regelungen wie zum Beispiel das Embryonenschutzgesetz sind nicht auf Dauer und von vornherein endgültig und starr festgelegt und fixiert. Wir müssen in der kommenden Zeit auch über diese Regelungen diskutieren, und auch diese Diskussion sollte nicht vorrangig durch irrationale Ängste und theoretische Gefahren geprägt sein. Auf der anderen Seite wollen wir die bestehenden Gefahren ernst nehmen.

Lieber Herr Kretschmann, ich persönlich akzeptiere voll Ihre Positionen. Auf der anderen Seite muss ich aber sagen: Wenn Sie mit einem Redebeitrag fertig sind, dann bin ich immer völlig fertig. Ich stehe zwar nicht kurz davor, mich zu erschießen – so weit geht es nicht –, aber manchmal denke ich: Muss man es tatsächlich so düster sehen?

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Ja, das muss man düster sehen!)

Alles, was es im menschlichen Leben gibt, alles, was es gibt, kann man auch missbrauchen. Nehmen wir beispielsweise das Hauptthema für uns Liberale, die Freiheit. Natürlich können Sie die Freiheit von A bis Z missbrauchen. Aber wollen wir deswegen misstrauisch gegenüber der Freiheit sein, oder wollen wir ihr gegenüber positiv eingestellt sein? Das ist für uns eigentlich keine Frage. Am Scheideweg, ob man es eher pessimistisch oder eher positiv sieht, trifft jeder seine Entscheidungen. Ich sehe es sicher eher optimistisch, auch wenn man die Gefahren im Auge haben muss.

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Freiheit für den Menschen, so, wie er geht und steht!)

– Bitte?

(Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen: Freiheit für den Menschen, wie er geht und steht – da sind wir uns einig –, aber nicht im Zellkern rummanipulieren!)

– Ja, die menschliche Freiheit ist schlecht teilbar, sagen wir einmal. Sie ist begrenztbar und muss begrenzt werden. Aber wir haben es in der Forschung im Prinzip mit derselben menschlichen Freiheit zu tun wie bei anderen Formen der Freiheit und bei dem, was wir sonst mit unserer Zeit anfangen. Das hängt schon an einem Stück.

Um unsere eigene Gesetzgebung, um die es jetzt noch ein bisschen gehen soll, zu behandeln und fortzuschreiben, brauchen wir natürlich nüchterne Folgenabschätzungen unter Beteiligung aller Akteure und Betroffenen. Um auch zu konkreten Vorschlägen zu kommen, sollten wir nach meiner Meinung die Erörterung darüber fortsetzen, ob Deutschland nicht der Biomedizinkonvention des Europarats beitreten sollte, wofür sich die Landesregierung in der Vergangenheit ja schon mehrfach ausgesprochen hat. Es geht dabei um die Streitfrage, dass wir die globale Dimension der Forschung nicht aus den Augen verlieren dürfen.

Ich bin der Meinung, dass uns in Europa verbindliche Mindeststandards für alle durchaus gut täten. Dass wir diese Mindeststandards in Deutschland schon jetzt überschreiten, braucht sich dadurch nach meiner Überzeugung nicht zu ändern. Das soll so bleiben. Aber ich würde nicht die Konvention ablehnen, weil sie weniger Schutz bietet als das, was wir in unsere Gesetze schreiben, mit der Folge, dass wir überhaupt keine europäischen Mindeststandards haben.

Was unsere eigene Embryonenschutzgesetzgebung angeht, die auch im Zentrum der Biomedizinkonvention steht oder zumindest zu ihrer Thematik gehört, wird man heute sagen können: Das relativ scharfe Gesetz von 1991 hat sich grundsätzlich bewährt. Seine Schutznormen verbieten einiges; das ist nicht zu übersehen.

Verboten sind die Erzeugung von menschlichen Embryonen zu Forschungszwecken, die missbräuchliche Verwendung, die Geschlechterwahl, die künstliche Veränderung von Keimbahnzellen, das Klonen von Menschen, die Bildung von Chimären oder Hybridwesen. Mit dem Gesetz werden, glaube ich, alle, die hier gesprochen haben, zufrieden sein können, und das Gesetz hat sich im Wesentlichen bewährt. Das muss man sagen.

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Aber natürlich ist in den zehn Jahren seit dem Inkrafttreten des Gesetzes die humangenetische Forschung stark vorangeschritten. Ich brauche nur heute in der „Südwest Presse“ zu lesen, was in Belgien, in Brüssel, passiert. Wir müssen schon zur Kenntnis nehmen, was anderswo passiert, und uns fragen: Wollen wir das Gesetz fortschreiben? Wie wollen wir in der Gesetzgebung fortfahren?

Mein Vorschlag wäre, ein spezielles Fortpflanzungsmedizinengesetz zu schaffen. Ein derartiges Gesetz könnte auch einige der wenigen Aspekte, die ich im Folgenden noch ansprechen möchte, klar regeln und damit gesicherte rechtliche Rahmenbedingungen schaffen.

Nehmen wir beispielsweise den Umgang mit embryonalen Stammzellen. Nach gegebener Gesetzeslage ist in Deutschland das Herstellen – interessanterweise nicht das Importieren – embryonaler Stammzellen, also die Befruchtung zu einem anderen Zweck als zum Zweck der Herbeiführung der Schwangerschaft, also die Befruchtung, um embryonale Stammzellen zu gewinnen, verboten. Der Import ist möglich.

Problematisch ist dabei die Frage: Was passiert mit den überzähligen Embryos – das ist bis heute ungeklärt –, die anfallen, wenn zum Zweck der Herbeiführung einer Schwangerschaft befruchtet wird und dabei überzählige Embryos entstehen? Darf an ihnen geforscht werden? Ich glaube, das ist der nächste Komplex, dem wir uns zuwenden müssen, um dort die Grauzone zu beseitigen.

Eines ist sicher: An dem Verbot der Herstellung von Embryonen zu anderen als zu Schwangerschaftszwecken – das ist für mich die Mindestanforderung, die ich hier formulieren würde – sollte grundsätzlich festgehalten werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und des Abg. Kretschmann Bündnis 90/Die Grünen)

Als Nächstes haben wir den Bereich der Präimplantationsdiagnostik, der natürlich problematisch ist. Da wird – Sie wissen das – einem Embryo, der im Reagenzglas erzeugt ist, eine Zelle entnommen, und diese wird auf Chromosomenschäden und fehlerhafte Gene untersucht, bevor der Embryo in den Mutterleib eingepflanzt wird.

Da stellt sich noch schärfer als bei der Pränataldiagnostik, die es ja gibt, die Frage der Selektion, des Kindes nach Wahl. Die Pränataldiagnostik ist im Prinzip nicht viel anders. Da entnimmt man Zellen vom Embryo im Mutterleib zu einem Zeitpunkt, zu dem noch eine Abtreibung möglich ist. Das ist eigentlich nichts anderes, nur zu einem späteren Zeitpunkt. Man hat es im Grunde genommen mit artverwandten Dingen zu tun.

Eines ist klar: Nach herrschender Auffassung steht das geltende Embryonenschutzgesetz der Präimplantationsdiagnostik entgegen. Wir müssen auf der einen Seite auf diesem Feld wirklich alles tun, damit es nicht so kommt, dass Leben generell durch Befruchtung im Reagenzglas hergestellt wird, um es anschließend zu testen und bei Nichtgefallen zu selektieren und zu vernichten. Das darf nicht passieren.

(Beifall bei der FDP/DVP)

Auf der anderen Seite kann es natürlich Situationen geben, in denen ich eine derartige Präimplantationsdiagnostik nicht von vornherein für unzulässig halten würde. Ich denke zum Beispiel an Familien mit hohen genetischen Risikofaktoren. Bei denen ist es natürlich hart, zu sagen: „Ihr könnt überhaupt keine Kinder haben.“ Es wäre aber auch unverantwortlich, sie sozusagen ständig probieren zu lassen mit der Folge, dass sie keine gesunden Kinder bekommen oder keine gesunden Kinder bekommen können und das Ganze mit hohem Risiko behaftet ist. Sollten wir also Familien, von denen wir wissen, dass eine hohe genetische Belastung und ein hoher genetischer Risikofaktor bestehen, nicht die Möglichkeit eröffnen, ein Kind zu bekommen, das die schwere Erbkrankheit nicht hat? Diese Frage müssen wir uns, glaube ich, schon offen und auch mit einer positiven Tendenz zugunsten dieser Familie stellen. Da geht es dann darum, konkrete Grenzen und Indikationen für die Zulässigkeit einer Präimplantationsdiagnostik festzulegen.

Jetzt komme ich weg von der Fortpflanzungsmedizin. Ein weiteres Gebiet, das ich nur noch kurz ansprechen möchte, ist der Bereich der biotechnologischen Erfindungen und damit der Umsetzungsprozess, in dem wir uns ja befinden, was den harten rechtlichen Rahmen angeht, der Umsetzungsprozess, was die EU-Richtlinie über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen angeht. Das Gesetzgebungsverfahren ist in vollem Gang. Wir aus Baden-Württemberg haben allen Grund, auf einen schnellen Fortgang der Arbeiten an dieser Richtlinie zu drängen, weil gerade auch bei uns im Land die Unternehmen natürlich Klarheit brauchen, wie weit der rechtliche Schutz reichen soll. Sie wissen, nach der Richtlinie könnten der menschliche Körper und die bloße Entdeckung eines seiner Bestandteile einschließlich seiner Gene nicht Gegenstand von Patenten sein. Aber das ist natürlich zunächst einmal leicht gesagt und dann schwer in ein konkretes Gesetz umzugießen. Wir müssen aber alles tun, um dieses Gesetz zu beschleunigen.

Lassen Sie mich einen letzten Bereich thematisieren. Es wurden der Schutz der Daten und die Möglichkeit von Gentests im Bereich des Versicherungsrechts und des Arbeitsrechts angesprochen. Meine Damen und Herren, es ist gar keine Frage: Man kann sich kaum sensiblere Daten vorstellen als diese persönlichen Daten, die mittels Gentests über einen Menschen gewonnen wurden. Deswegen ist für mich auch völlig klar, dass für die Forschung an Personen oder die Verwendung entsprechender Daten immer die Einwilligung des Betroffenen notwendig ist und dass auch ein bewusster Verzicht auf solche Erkenntnisse und solches Wissen möglich sein muss, dass auch das Recht auf Nichtwissen schützenswert bleibt.

Wir werden in letzter Zeit natürlich verstärkt mit der Frage konfrontiert: Was machen wir, wenn Versicherer auf solche Tests drängen, wenn Arbeitgeber auf solche Tests drängen, die ja in einzelnen Ländern Versicherungsunternehmen schon jetzt verboten sind? Zum Beispiel in Schweden und in den Niederlanden ist Versicherungsunternehmen das Verlangen von Gentests verboten. Der Bundesrat hat die Bundesregierung im letzten Jahr aufgefordert, einen Gesetzentwurf mit spezifischen Regeln vorzulegen, nach denen es auch bei uns den Versicherern verboten ist, eine Genomanalyse zur Voraussetzung für den Abschluss eines

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Vertrags zu machen. Schwieriger ist die Frage: Was macht man mit Erkenntnissen aus bereits vorgenommenen Untersuchungen? Kann man die vollständig ausschließen? Damit haben wir wieder eine Frage, bei der es um die Grenzziehung geht.

Ich glaube aber, man muss zunächst einmal deutlich sagen: Wir werden bei uns nie zulassen können, dass im Versicherungsrecht und im Arbeitsrecht solche Tests verlangt werden. Man wird immer mit guten Gründen dagegen sein müssen. Man wird auch sehr vorsichtig mit vorhandenen Untersuchungsdaten umgehen müssen. Auch da wäre ich für eine sehr zurückhaltende Linie, und zwar aus dem Grund: Wir müssen auch rechtlich deutliche Grenzen setzen, zum Beispiel in der Fortpflanzungsmedizin, bei den Versicherungen und im Arbeitsleben. Wir müssen rechtlich deutliche Grenzen setzen, damit auch Vertrauen entsteht und gegenüber diesem ganzen Komplex keine irrationalen Ängste aufgebaut werden.

In diesem dann gesteckten Rahmen, glaube ich, können wir genug tun, um der Forschung die notwendigen Freiräume für die Zukunft zu eröffnen. Vielleicht gelingt es ja, auch in diesem Haus zu einem Konsens über die Möglichkeiten der Forschung zu kommen. Wir wissen ja nicht erst seit letzter Woche, dass sich die Menschen nach neuesten Erkenntnissen in genetischer Hinsicht offenbar nur um 0,01 % unterscheiden. Wenn ich jetzt den rechtspolitischen Sprecher der SPD-Fraktion anschau, muss ich sagen: Das hätte ich nicht geglaubt, Herr Bebber: Wir unterscheiden uns nur in 0,01 % unserer Gene.

(Abg. Bebber SPD: Ich glaube es auch nicht! – Abg. Dr. Walter Müller SPD: Da muss noch etwas anderes sein! – Abg. Pfister FDP/DVP: Das muss ein Zahlendreher sein: Es muss 10,0 heißen!)

– Im Durchschnitt vielleicht.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Das bestätigt aber die These vom Kollegen Kretschmann!)

Wenn man überlegt, meine Damen und Herren, wie dicht wir alle genetisch beieinander liegen, dann bin ich zuversichtlich, dass wir auch die anspruchsvolle Debatte über die Zukunft der Gentechnik mit einem Konsens zu Ende bringen werden.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Meine Damen und Herren, damit ist Punkt 3 der Tagesordnung erledigt.

Ich rufe **Punkt 4** der Tagesordnung auf:

#### **Aktuelle Debatte – Konsequenzen des Geburtenrückgangs für die Entwicklung Baden-Württembergs – beantragt von der Fraktion Die Republikaner**

Ich will noch einmal, obwohl es jetzt schon das dritte Mal ist, auf die Spielregeln der Aktuellen Debatte nach unserer Geschäftsordnung hinweisen. Für die einleitenden Erklärungen der Fraktionen und für die Redner in der zweiten Runde gilt jeweils eine Redezeit von fünf Minuten. Die beiden Redezeiten können nicht verbunden werden. Ich

möchte die Mitglieder der Landesregierung ausdrücklich bitten, sich auch an den vorgegebenen Redezeitrahmen zu halten. Bei den bisherigen Debatten hat die Landesregierung jeweils länger als eine Fraktion geredet.

Schließlich möchte ich auf § 60 Abs. 3 der Geschäftsordnung verweisen, wonach im Rahmen der Aktuellen Debatte die Aussprache in freier Rede zu führen ist. Ich möchte die Landesregierung bitten, sich auch insoweit an unsere Geschäftsordnung zu halten.

Das Wort erhält Herr Abg. Krisch.

**Abg. Krisch REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! „Konsequenzen des Geburtenrückgangs für die Entwicklung Baden-Württembergs“, das ist ein sehr komplexes Thema. Es beinhaltet Fragen der Zuständigkeit der Europäischen Union über die Zuwanderung, und es betrifft weltweite Wanderungsbewegungen. Ich darf darauf hinweisen, dass die Bundesregierung durch das Bundespresseamt am 5. Februar Positionen unserer Fraktion zu diesen Punkten ausdrücklich bestätigt hat.

Das Thema betrifft auch die Integrationsförderung und alle Probleme, die damit verbunden sind. Vor allem aber betrifft es die Aushöhlung des Begriffs „Familie“, auch durch die Parteien im Bundestag. Artikel 6 des Grundgesetzes verlangt den Schutz von Ehe und Familie. Er definiert damit Familie als Eltern und Kinder und nicht in dem Sinn: Familie ist da, wo Kinder sind.

Meine Damen und Herren, seit etwa 1970 gibt es die Forderung nach einem Hausfrauengehalt. In den letzten 30 Jahren ist dieser Begriff weiterentwickelt worden auch unter dem Gesichtspunkt: Beendet den Geburtenrückgang. Ich verweise auf Arbeiten von Hatzold, Leipert und Opielka, die schon 1998 allen Bundestagsparteien ihr Konzept „Familiengeld“ vorgelegt haben. Leider ist das nur ein Randthema der Politik geblieben und nie zum Kernthema geworden.

Dabei ist die Frage nach dem Überleben kommender Generationen und die Frage, wie wichtig uns das Überleben unserer Nation, unseres Volkes ist, von größter Bedeutung. Wir haben gerade eine wichtige Debatte zum Thema Ethik erlebt. Ich glaube, die Grundfrage des Überlebens unseres Volkes muss mindestens den gleichen Stellenwert haben.

(Beifall bei den Republikanern)

Denn eine alternde Gesellschaft destabilisiert diese Gesellschaft. Eine alternde Gesellschaft bedeutet Abnahme der Innovation, weil die Erfinder, die Unternehmer und die Arbeiter nie geboren werden. Eine alternde Gesellschaft bedeutet eine höhere Pro-Kopf-Verschuldung und damit eine Auflösung unseres sozialen Netzes. Die alternde Gesellschaft kann unseren Sozialstaat in der jetzigen Form nicht beibehalten. Es wird zur Explosion der Gesundheitskosten und zum Kollaps des Rentensystems kommen.

Es gibt Politiker, die der Meinung sind: Ersatzmigration, also Ersatz nicht geborener eigener Kinder durch Ausländer, ist die Lösung. Wir sind anderer Meinung.

(Abg. Heiler SPD: Das ist aber eine Überraschung!)

(Krisch)

Wir sehen als einzige Lösung einer Verjüngung unserer Gesellschaft eine völlig neue Familienpolitik. Elternverantwortung und Kinder dürfen nicht wirtschaftliche Nachteile bewirken, wie es heute ist,

(Beifall bei den Republikanern)

und auch keinen Verlust an Lebensqualität. Damit ist Familie nicht nur Privataufgabe, sondern eine existenzielle Frage unserer Solidargemeinschaft, eine Staatsaufgabe, ja ein Staatsziel.

Damit widerspreche ich ganz energisch den Aussagen des Herrn Ministerpräsidenten, der in diesem Punkt eine völlig andere Position bezogen hat.

(Abg. Schuhmacher CDU: Na ja! – Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen: Was? – Zuruf des Abg. Heiler SPD)

– Er hat.

Meine Fraktion hat das Konzept des Deutschen Arbeitskreises für Familienhilfe in Freiburg aufgegriffen und umgearbeitet. Wir haben ein vierstufiges Erziehungsgehalt vorgesehen. Das Konzept heißt „Zukunftsgeld“. Die mir zur Verfügung stehende Redezeit erlaubt keine Detaillierungen.

(Abg. Heiler SPD: Gott sei Dank!)

Aber ich kann sie Ihnen schriftlich vorlegen.

Das Problem dieses Konzepts liegt in der Finanzierung. Dafür dürften etwa 60 Milliarden bis 100 Milliarden DM erforderlich werden.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Milliarden?)

Aber wenn wir berücksichtigen, dass uns Misswirtschaft bei Bund, Ländern und Kommunen 100 Milliarden DM im Jahr kosten, dass sich Korruption, Subventionsbetrug und Ähnliches in Deutschland und in Europa auf eine Größenordnung von 50 Milliarden DM belaufen, dass uns die Arbeitslosenunterstützung etwa 100 Milliarden DM kostet und dass noch Kosten wie etwa im Zusammenhang mit dem Kosovo-Krieg entstehen, dann relativieren sich Kosten für ein lebenserhaltendes Zukunftsgeld.

Meine Fraktion wird in der nächsten Legislaturperiode neue Initiativen zu diesem Thema einbringen. Wir bitten Sie sehr, das Thema Zukunftsgeld dann im Landtag mit uns durchzuziehen, um die Überalterung der Gesellschaft endlich zu beenden und Schritte vorzunehmen, die zu einer Verjüngung unserer Gesellschaft führen.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Blank.

**Abg. Ingrid Blank** CDU: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Konsequenzen des Geburtenrückgangs auch für Baden-Württemberg: Es ist richtigerweise gesagt worden, dass es sich hierbei um ein sehr vielschichtiges Problem und somit auch um eine Querschnittsaufgabe für die Politik handelt. Es gibt sowohl familien-

politische als auch ordnungs-, sozial-, wirtschafts- und bildungspolitische Ansätze. Im Gegensatz zu den Republikanern haben wir dies aber nicht erst in der letzten Sitzung vor dem Ende der Legislaturperiode erkannt. Vielmehr betreiben wir diese konsequente Familienpolitik seit Jahren.

(Lachen bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Mit welchem Erfolg?)

– Mit welchen Ergebnissen? Das Land Baden-Württemberg hat die höchste Geburtenrate und verfügt über die besten Familienstrukturen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe der Abg. Deuschle REP und Capezzuto SPD)

Wir haben Familienpolitik schon in den Siebzigerjahren betrieben, als sie von der SPD noch als Bevölkerungspolitik diffamiert wurde.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Döpfer CDU zur SPD: So ist es! Hört einmal zu!)

Wir haben das Bundeserziehungsgeld für alle Frauen eingeführt – nicht nur für die erwerbstätigen, wie es der sozialdemokratische Minister Ehrenberg in den Siebzigerjahren getan hat.

(Abg. Döpfer CDU zur SPD: Wer hat denn gegen das Erziehungsgeld gekämpft? – Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Wenn wir uns die Leistungen Baden-Württembergs in Sachen Familienpolitik im Bundesvergleich anschauen, brauchen wir uns wahrhaftig nicht zu verstecken. Baden-Württemberg ist mit das einzige Land, das ein Landeserziehungsgeld gewährt.

(Abg. Carla Bregenzer SPD: Wie geht denn das: „mit das einzige Land“?)

Natürlich kann es nicht Aufgabe einer Landesregierung sein, den Familienleistungsausgleich umzustrukturieren. Wir sind der Auffassung, dass dies eine Aufgabe der rot-grünen Bundesregierung in Berlin sein müsste.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Heiler SPD: Wer hat denn das Kindergeld angehoben?)

Deshalb fordern wir, die Gewährung von Bundeserziehungsgeld auf drei Jahre auszuweiten. Das wird eine Aufgabe sein, der Sie sich stellen müssen, weil unser Konzept mittlerweile vorliegt.

(Abg. Braun SPD: Wie schreibt man das?)

Herr Krisch, ich weiß, das war hier Ihre letzte Rede vorhin. Ich habe gehört, dass auch Herr Müller heute hier seine letzte Rede als Abgeordneter hält. Das sind alles Abschiedsreden. Ich verspreche, dass ich in der nächsten Legislaturperiode wieder dabei bin.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Heiterkeit – Abg. Dr. Schlierer REP: Da war der Wunsch Vater des Gedankens! – Abg. Heiler SPD: Es haben nur drei applaudiert! Ich nenne Ihnen nachher die Namen!)

(Ingrid Blank)

Herr Krisch, Sie haben so schön gesagt, Sie hätten ein Konzept vorgelegt. Ich muss ganz am Rande noch einmal bemerken: Da haben Sie ein bisschen „gespickt“ bei uns. So ist unsere Pressemitteilung Anfang Februar herausgegeben worden, Ihre jedoch fünf Tage später. Ich muss allerdings sagen: In der Sache unterscheiden wir uns kaum. Auch wir sind für die Einführung eines Familiengelds.

(Abg. Deuschle REP: Sehr gut!)

Ich kann durchaus einmal einige Daten nennen. Wir denken an monatlich 1 200 DM für Kinder bis drei Jahre und 600 DM für Kinder bis 18 Jahre. Wir sind auch dafür, für Kinder über 18 Jahre noch 300 DM im Monat zu bezahlen.

Allerdings dürfen wir uns nichts vormachen: Familienpolitik ist nicht nur materiell zu definieren. Wir brauchen Rahmenbedingungen, damit junge Frauen und junge Männer wieder bereit sind, Mutter bzw. Vater zu werden. Wenn ich die erschreckende Zahl von 40 % kinderlosen Akademikerinnen im gebärfähigen Alter anschau, muss ich sagen, dass uns diese Zahl zu denken geben muss. Deswegen brauchen wir verbesserte Rahmenbedingungen für Frauen und Familien, und wir brauchen in diesem Prozess vor allem auch die Männer. Wir brauchen einen gesellschaftlichen Konsens darüber, dass Familienpolitik für die ganze Gesellschaft wichtig ist und es ein legitimes Interesse der Gesellschaft sein muss, Kinder zu bekommen. Dies werden und können wir mit Zuwanderung mit Sicherheit nicht lösen.

(Abg. Deuschle REP: Aha, jetzt kommen Sie auch zu diesem Ergebnis, anders als Frau Süsmuth!)

– Ja, natürlich komme ich zu diesem Ergebnis. Sogar bei den Grünen kommen da welche zu diesem Ergebnis. Ich kann eigentlich nur allen empfehlen, den Aufsatz von Rolf Stolz, der ja noch Mitglied der Grünen ist, zu dem Thema „Probleme der Zuwanderung“, der 1998 in „Politik und Zeitgeschichte“ erschienen ist, zu lesen. Für jeden, den es interessiert, habe ich ihn dabei. Er ist hochinteressant.

(Abg. Capezzuto SPD: Ich hätte es gern!)

Jetzt komme ich zum Schluss. Ich freue mich, dass auch die Spitzenkandidatin der SPD – wenn man ins Internet schaut, sieht man es – die Familienpolitik entdeckt hat.

(Abg. König REP: Will sie heiraten?)

Sie fordert: Baden-Württemberg muss ein familienfreundliches Land werden. Ich kann nur sagen: Sie kommt zu spät. Wir sind ein familienfreundliches Land.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

Deswegen haben wir auch so gute Zahlen.

(Abg. Haasis CDU: So jung und schon zu spät!)

Das liegt mit an unserer guten Politik.

(Beifall bei der CDU – Zuruf von der CDU: Bravo!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Müller.

(Abg. Haas CDU: Wo ist denn die familienpolitische Sprecherin der SPD? Darf die nicht sprechen?)

– Abg. Haasis CDU: Die familienpolitische Sprecherin der SPD!)

**Abg. Dr. Walter Müller SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe bei den beiden Vorrednern als Antwort auf dieses Problem – Frage des Geburtenrückgangs, Frage der Bevölkerungsentwicklung – gehört, wir müssten mehr Kinder bekommen. Ich meine, das ist als Ausweg etwas zu dünn. Wir müssen uns schon die Frage stellen: Wird es nicht so sein, egal, wie wir es machen, dass wir in den nächsten Jahren mit stagnierenden bis rückläufigen Bevölkerungszahlen umgehen müssen? Angesichts der aktuellen Klimadaten, die man auf der Welt hört, ist das ja unter Umständen nicht die schlechteste Vorstellung. Ich halte es für etwas zu mechanistisch und zu biologistisch, einfach zu sagen: Jetzt kriegen wir mehr Kinder, dann können wir das Problem lösen.

Es zeigt sich auch, dass das ein Problem aller entwickelten Kulturstaaten ist und dass zum Beispiel die Reproduktionsrate bei uns bei 1,3 liegt. Frankreich mit einer vorbildlichen Familienpolitik hat 1,6. Das heißt, egal, was Sie machen, Sie werden es immer mit einer rückläufigen Bevölkerungszahl zu tun haben. Das hat nichts mit einem Familienbild aus dem 19. Jahrhundert zu tun, das Sie beide wieder mehr oder weniger restaurieren wollen,

(Beifall bei der SPD)

sondern das hat etwas mit dem veränderten Leitbild insgesamt zu tun. Das Leitbild der Frau in der Gesellschaft ist halt nicht mehr das der Frau, die zu Hause sitzt und auf den Mann wartet und dann ein oder zwei Kinder erzieht, sondern das Leitbild der Frau ist heute, dass sie in ihre Lebensplanung den Beruf integriert. Sie wird ja bei einer Lebenserwartung von 81 Jahren, Frau Kollegin Blank, etwa zehn bis zwölf Jahre Erziehungszeit haben. Was macht sie in der anderen Zeit? Sie ist hoch qualifiziert. Sie ist ausgebildet. Darum muss die Antwort auf diese Frage sein: Wir müssen den Frauen die doppelte Lebensplanung erleichtern.

(Beifall bei der SPD – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Blank?

**Abg. Dr. Walter Müller SPD:** Gern.

**Abg. Ingrid Blank CDU:** Herr Abg. Müller, nehmen Sie zur Kenntnis, dass die Berufstätigkeitsquote der Frauen in Baden-Württemberg über dem Bundesdurchschnitt liegt? Auch das spricht dafür, dass Baden-Württemberg ein familienfreundliches Land ist und die Frauen eben nicht an Heim und Herd verbannt.

(Beifall bei der CDU – Oh-Rufe von der SPD)

**Abg. Dr. Walter Müller SPD:** Frau Kollegin, ich habe tagtäglich mit Frauen, die diese Doppelbelastung haben, zu tun. Ich weiß, dass Frauen unter dieser Doppelbelastung erheblich leiden.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Natürlich! Es behauptet keiner, dass alles perfekt ist!)

(Dr. Walter Müller)

Ich will Ihnen gerade einmal als Gegenbeispiel, Frau Kollegin Blank, eine Situation in Baden-Württemberg schildern: Schwanger, nein danke. Eine medizinische Assistentin will eine Stelle an einer Universitätsklinik. Sie bekommt sie nicht, weil sie schwanger ist. Das heißt, wir haben in diesem Bereich eine alltägliche Diskriminierung. Dagegen gilt es anzugehen.

(Beifall bei der SPD – Abg. Capezzuto SPD: Dank der CDU-Regierung!)

Es gilt auch, einfach darauf hinzuweisen: Es gibt die Untersuchung von Angelika Tölke, die Sie sicherlich kennen. Eine Frau, die aus dem Beruf ausscheidet und wieder einsteigen will, halbiert ihre Berufschancen. Das heißt, wenn man wiederkommt, kommt man mit halbierten Berufschancen. Sicher kann man sagen: Wir machen ein partnerschaftliches Modell. Die Männer in Baden-Württemberg sind aber nicht übermäßig dazu bereit. Es ist natürlich auch nicht ganz leicht. Wer das in Baden-Württemberg macht,

(Abg. Ingrid Blank CDU: Dafür kann ich wahrhaftig nichts!)

wird in seinem Betrieb oft noch als Weichei angesehen, als jemand, der nicht karrierebewusst ist. Auch da muss sich etwas ändern. Ich meine zum Beispiel, jeder Personalchef einer großen Firma sollte einmal eine dreijährige Erziehungszeit mitmachen. Er sollte einmal sehen, was er tut, wenn das Kind krank ist, wenn der Hort geschlossen ist und er zur Arbeit gehen muss. Das sind die Alltagsprobleme, und sie müssen gelöst werden.

(Beifall bei der SPD)

Dann wurden die instabileren Partnerschaften beklagt. Unabhängig von der beruflichen Perspektive, die heute jede Frau braucht, kann sie sich auf den Mann als Partner nicht mehr so verlassen, wie es einmal in der Vergangenheit war. Das heißt, sie hat auch ein ökonomisches Interesse daran, auf eigenen Füßen zu stehen, weil sie es sonst insgesamt gesehen überhaupt nicht schafft.

Diese Frau trifft dann auf eine Wirtschaft, in der gesagt wird: „Wir brauchen mehr Flexibilität. Du musst mit deinen Arbeitszeiten beweglich sein.“ Der Hort ist äußerst unbeweglich. „Du musst beweglich sein, was deinen Arbeitsort betrifft.“ Das Kind kann nicht jedes Jahr in eine andere Schule eingeschult werden. Ich denke, in diesem Bereich müssen wir etwas tun.

Man darf nicht nur über die Geburtenentwicklung reden, sondern man muss auch sehen, dass wir bei dieser Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren einen Mehrbedarf an Pflege haben werden. Heute Morgen habe ich Herrn Teufel über die Zukunftsoffensive sprechen hören, aber zum Thema Pflege habe ich dabei nichts gehört. Wir brauchen Fachhochschulplätze im Bereich der Pflegewissenschaften. Wir brauchen Pflegestudienplätze an Universitäten.

(Abg. Haas CDU: Das machen wir! Guter Vorschlag!)

Unser Land ist überall „Spitze“, aber wir haben keine C-4-Prozessur im Bereich des Zukunftsthemas Pflege. Was ist

das denn für ein Zukunftsprogramm, in dem die Pflege insgesamt nicht vorkommt?

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, wir sollten uns auch im Bereich Bauen und Wohnen Lösungen überlegen. Es ist nicht so, dass man sagen könnte: Geburtenprämien – damit wird man es schaffen. Man muss die übrigen Bereiche genauso einbeziehen. Wie man das macht, werde ich Ihnen nachher sagen.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zurufe von der SPD: Sehr gut! Hervorragend! – Abg. Nagel SPD: Blattschuss! – Zuruf von der SPD: Wieso geht es jetzt eigentlich noch weiter? Ist doch alles gesagt!)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Abg. Schlager.

**Abg. Sabine Schlager** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Blank, die CDU hat die Familienpolitik entdeckt, seit sie im Bund in der Opposition ist.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU)

Ich darf Sie daran erinnern: Nach 16 Jahren Ihrer Regierungszeit musste das Bundesverfassungsgericht die Bundesrepublik verurteilen,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! Das ist die Wahrheit!)

weil wir einen völlig ungenügenden Familienlastenausgleich haben – von Ihnen ererbt.

(Abg. Fleischer CDU: Oje! – Zuruf des Abg. Kurz CDU)

Was die neue Bundesregierung innerhalb von zweieinhalb Jahren für die Familien getan hat, haben Sie in 16 Jahren nicht gebacken gekriegt.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Jetzt stellen Sie sich hin und wollen ein Familiengeld finanzieren.

(Unruhe – Abg. Ursula Haußmann SPD: Frau Schlager, Sie wissen ja, wovon Sie reden! – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Abg. Schlager, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Abg. Blank?

**Abg. Sabine Schlager** Bündnis 90/Die Grünen: Ja.

**Stellv. Präsident Birzele:** Bitte schön.

**Abg. Ingrid Blank** CDU: Frau Schlager, nehmen Sie zur Kenntnis, dass sowohl das Bundeserziehungsgeld als auch der Erziehungsurlaub – so möchte ich ihn eigentlich nicht nennen – von einer christdemokratisch geführten Bundesregierung eingeführt wurden? Nehmen Sie zur Kenntnis,

(Ingrid Blank)

dass die Anerkennung der Erziehungszeiten bei der Rente unter einer christdemokratisch geführten Regierung eingeführt wurde? Nehmen Sie das zur Kenntnis?

**Abg. Sabine Schlager** Bündnis 90/Die Grünen: Das nehme ich zur Kenntnis, wenn Sie umgekehrt bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, dass das Bundesverfassungsgericht am Ende Ihrer Regierungszeit gesagt hat: „bemüht, aber ungenügend“.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Fleischer CDU: Homoeihen habt ihr gleichgestellt! Das war es auch schon! Tolle Leistung! Super Familienpolitik! – Abg. Ingrid Blank CDU: Familienpolitik ist nicht nur materiell zu definieren!)

Sie tragen auch in Baden-Württemberg –

(Zurufe von der CDU – Unruhe)

Ich kann Ihnen die familienpolitischen Leistungen der Bundesregierung aufzählen, aber es würde alle hier langweilen:

(Abg. Haas CDU: Nein! Die drei Sekunden gönnen wir uns! – Zurufe von der SPD – Unruhe)

die erste und die zweite Stufe der Kindergelderhöhung, die Erhöhung des Grundfreibetrags, die Senkung des Einkommenssteuersatzes usw. Aber ich lasse es, denn diejenigen, die sich auskennen, kennen diese Daten.

(Abg. Ursula Haußmann SPD: So ist es! – Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen zur CDU: Das wollt ihr nicht hören!)

Auch im Land Baden-Württemberg tragen Sie das Wort Familienpolitik wie eine Monstranz vor sich her,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Fassade!)

aber Sie lösen es inhaltlich nicht ein.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Ingrid Blank CDU: Was? Wer hat denn das Landeserziehungsgeld finanziert?)

Ich sage Ihnen ein paar Dinge, die ich in meiner vergleichsweise kurzen Zeit im Landtag an familienpolitischem Kahlschlag im Lande erleben durfte. Sie haben für die Familien in Baden-Württemberg in den letzten fünf Jahren die Schülerbeförderungskosten erhöht, die Lernmittelfreiheit ausgehöhlt, die Halbtagsgrundschulen gebührenpflichtig gemacht,

(Abg. Ursula Haußmann SPD: Richtig! So ist es!)

die familienentlastenden Dienste für Familien, die mit behinderten Menschen leben, gekürzt. Sie haben das Dorfhelferinnenprogramm gekürzt. Die Betreuungssituation für Kinder unter drei Jahren ist in keinem anderen Bundesland so schlecht wie in Baden-Württemberg.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Ingrid Blank CDU: Und in keinem anderen Land so kinderfreundlich! Die Betonung liegt auf kinderfreundlich!)

Wir wollen ein kinderfreundliches und familienfreundliches Land Baden-Württemberg.

(Abg. Haas CDU: Alles Lügen! Nur Lügen!)

– „Alles Lügen“, das nehmen Sie zurück! – Wir wollen ein kinderfreundliches und familienfreundliches Baden-Württemberg, aber wir wissen, dass wir dafür hier im Land noch einiges tun müssen und dass wir noch weit entfernt sind von der mühelosen Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wie wir uns das vorstellen. Hier in Baden-Württemberg müssen die Frauen immer noch zwischen Kindern und Beruf wählen. Herr Müller hat ausgeführt,

(Abg. Haas CDU: Der Herr Müller kennt sich aus!)

dass wir im Interesse der Frauen, im Interesse der Familien

(Abg. Ingrid Blank CDU: Im Interesse der Kinder, Frau Schlager!)

– lassen Sie mich ausreden, dann brauchen Sie mir das Wort nicht aus dem Mund zu nehmen, Frau Blank – und im Interesse der Kinder in Baden-Württemberg Rahmenbedingungen schaffen müssen, die die Wahlfreiheit ermöglichen. Das ist es, was Politik tun kann: Frauen, die einen Kinderwunsch haben, durch geeignete Rahmenbedingungen nicht daran zu hindern, Kinder zu bekommen. Kinder dürfen kein Armutsrisiko sein. Noch haben wir diese Situation nicht erreicht. Noch gilt es, dafür zu arbeiten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD – Abg. Ingrid Blank CDU: Fangt doch damit in Berlin an! – Gegenruf der Abg. Ursula Haußmann SPD: Wenn Sie ein gutes Gewissen haben, Frau Blank, warum regen Sie sich dann auf? – Gegenruf der Abg. Ingrid Blank CDU: Ich habe ein gutes Gewissen! – Abg. Haas CDU: Wir regen uns gar nicht auf!)

Können Sie mal klingeln, Herr Präsident? Die unterhalten sich da untereinander.

(Heiterkeit – Abg. Haas CDU: Klingeln versteht er nicht, aber schellen! – Glocke des Präsidenten – Heiterkeit und Beifall)

Vielen Dank, Herr Präsident.

**Stellv. Präsident Birzele:** Frau Kollegin Schlager, ich hatte den Eindruck, dass Sie sich durchsetzen.

(Heiterkeit)

**Abg. Sabine Schlager** Bündnis 90/Die Grünen: Wenn wir über das Thema „Geburtenrückgang und Zunahme des Durchschnittsalters in unserer Gesellschaft“ reden, dann dürfen wir nicht nur über mehr Kinder und erhöhte Geburtenraten sprechen. Denn selbst wenn sich von jetzt an die Geburtenraten sprunghaft nach oben bewegen würden, hätten wir in der Gesellschaft seit den Sechzigerjahren das Problem: Die Menschen, die in 30 Jahren alt sind, sind alle jetzt schon geboren, und die Jahrgänge, die dann berufstätig sind, die vergleichsweise zu kleinen Jahrgänge, sind auch alle jetzt schon geboren bzw. eben nicht geboren.

(Sabine Schlager)

(Abg. Ingrid Blank CDU: Deswegen hättet ihr euer Rentenkonzept anders konstruieren müssen!)

Das heißt, rückwirkend kann man in dieser Sache nichts heilen. Wir brauchen in Baden-Württemberg Zuwanderung, und – ich füge das deutlich hinzu – wir Grünen wollen in Baden-Württemberg Zuwanderung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Dr. Noll.

**Abg. Dr. Noll FDP/DVP:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bedauere ein bisschen, dass sich die beiden großen Fraktionen und auch die Grünen jetzt gerade in die Falle locken lassen, anhand eines von den Republikanern aufgebrauchten Themas sich hier gegenseitig Zahlen um die Ohren zu schlagen.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Das Thema ist wichtig, Herr Noll! Das Thema ist uns wichtig, egal, woher es kommt!)

Herr Müller hat in Teilen das Richtige gesagt. Lassen Sie mich zu dem Thema noch einmal zurückkommen. Das ist natürlich eine Querschnittsaufgabe, Frau Blank, da sind wir uns völlig einig.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Da sind wir einig!)

Aber da könnte jetzt die Retourkutsche von vorhin kommen. Deswegen kann man nicht sagen, es sei unmöglich, in fünf Minuten den einen oder anderen vernünftigen Gedanken zu einzelnen Themen zu bringen.

Herr Krisch, gleich zu Ihrem ersten Satz. Ich habe mich persönlich attackiert gefühlt, denn mein erster Satz ist immer: Familie ist da, wo Kinder sind. Sie haben gesagt, das gelte für Sie nicht. Sie haben gesagt: Familie ist da, wo Vater, Mutter, Kind sind. Habe ich das richtig verstanden?

(Abg. Krisch REP: Eltern und Kinder, sagte ich!)

– Eltern und Kinder. Das ist wieder eine unglaubliche Diskriminierung all der Alleinerziehenden hier in diesem Land.

(Abg. Deuschle REP: Warum? – Abg. Krisch REP: Artikel 6 des Grundgesetzes!)

Wir stehen dazu, dass wir vom Kind her denken und nicht zunächst einmal fragen, in welchen Familienformen das Kind aufwächst.

Zweite Bemerkung: Landeserziehungsgeld. Man muss schon einmal wahrnehmen, dass Baden-Württemberg neben Sachsen das einzige Bundesland ist, das im dritten Jahr ein Landeserziehungsgeld zahlt. Sie hätten ohne weiteres die Möglichkeit, ein dreijähriges Bundeserziehungsgeld einzuführen.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Wir haben das Kindergeld für alle erhöht!)

– Bitte schön, Frau Erdrich-Sommer, ich habe Sie nicht verstanden. Das zeigt wieder, dass man, wenn man in der Opposition ist, viel fordern kann, wenn man dann aber an der Regierung ist, manches eben auch an den finanziellen Möglichkeiten ausrichten muss.

(Abg. Marianne Erdrich-Sommer Bündnis 90/Die Grünen: Wir haben das Kindergeld für alle erhöht, und zwar ordentlich, nämlich im Grundbetrag! Nehmen Sie das zur Kenntnis!)

Lassen Sie mich noch eine kleine Bemerkung zu dem Streit machen, wer denn das Landeserziehungsgeld erhalten soll. Ich komme wieder auf den Punkt: Für mich muss das von den Kindern her definiert werden. Deswegen habe ich kein so arg großes Verständnis für Herrn Oettinger gehabt, der gesagt hat: „Wenn es so ist, dass wir jetzt das Landeserziehungsgeld auch an Nicht-EU-Bürger, also an Türken, zahlen müssen, dann denken wir darüber nach, es ganz abzuschaffen.“ So habe ich es gelesen.

(Abg. Dagenbach REP: Haben Sie etwas dagegen? – Abg. Ingrid Blank CDU: Sie glauben doch nicht, dass ein junger Familienvater das Erziehungsgeld abschaffen will!)

– Dann muss man mich möglicherweise korrigieren. – Jedenfalls gilt für mich wie beim Bundeserziehungsgeld auch beim Landeserziehungsgeld: Kinder, die bei uns leben, haben Anspruch auf dieses Geld, nicht zuletzt deshalb, weil deren Eltern in aller Regel bei uns auch Steuern und Abgaben zahlen.

(Beifall der Abg. Sabine Schlager Bündnis 90/Die Grünen)

– Danke schön, es freut mich, dass ich auch einmal von Ihnen Beifall erhalte.

Noch einmal zum Thema. Ich glaube, es ist falsch, irgendwelche Prämien für das Kinderkriegen auszusetzen. Das wollen wir im Übrigen nicht. Wir wollen, dass das Kindererziehen kein Armutsrisiko wird. Das wird es nämlich zunehmend. Deswegen müssen wir uns, ohne uns die Zahlen um die Ohren zu schlagen, neue Lösungen überlegen, wie wir künftig die Familienförderung ein Stück weit in sich konsistenter bei Zusammenfassung aller familienpolitischen Leistungen, die ich als Familiengeld bezeichnen möchte, gestalten können.

Völlig unabhängig davon zeigt gerade das berühmte Beispiel der Akademikerinnen, dass es wohl nicht um ein Problem der Finanzen geht, sondern eher um die Frage, wie man die eigene Karriere, den Beruf mit der Tatsache vereinbaren kann, Kinder haben zu wollen. Ich gebe gerne zu, dass es entscheidend ist, die Möglichkeiten zu verbessern. Baden-Württemberg hat dabei einiges zu bieten. Ich denke an die Programme aus dem Wirtschaftsministerium; ich denke daran, dass wir im Betreuungswesen, im Kindergartenbereich, im Schulbereich die Bedingungen massivst verbessert haben, auch wenn Sie das überall schlechtreden.

Trotzdem sage ich: In der Tat haben wir an einer Stelle ein Problem, nämlich bei den unter Dreijährigen. Das wissen wir, Frau Blank. Auch ich verspreche, dass ich im nächsten

(Dr. Noll)

Landtag wieder dabei sein werde, nachdem mehrere Kolleginnen und Kollegen ausscheiden werden. Wir wollen gemeinsam dafür sorgen, die in diesem Bereich möglicherweise noch vorhandenen Defizite ein Stück weit abzubauen, und zwar durch plurale Angebote, die nicht nur auf Krippen und Horte, sondern zum Beispiel auch auf flexible Formen von Tagesmütterbetreuung setzen. Wir werden die Bedingungen weiter verbessern.

Fazit: Ich glaube, was Herr Müller gesagt hat, ist richtig. Seit eine Schwangerschaft praktisch zu 100 % planbar und steuerbar ist, werden wir bei aller Verbesserung der Bedingungen wohl nie mehr zu den früheren Geburten- und Reproduktionsraten zurückkehren. Die Prognosen zeigen alle auf, dass wir angefangen bei der Region

(Abg. Pfister FDP/DVP: Nicht nur bei uns!)

über das Land bis hin zum Bund

(Abg. Pfister FDP/DVP: Und in Europa!)

eine verringerte Bevölkerungszahl haben werden. Dass Einwanderung schon stattfindet und dass sie in Teilen auch in der Lage ist, dies aufzufangen, leugnet überhaupt niemand mehr, was nicht heißt, dass dies der alleinige Königsweg ist. Dieses aber abzulehnen, wie Sie es tun, und zu sagen: „Deutsche Frauen heim an den Herd,

(Abg. Deuschle REP: So ein Quatsch! – Widerspruch bei den Republikanern)

wieder Kinder kriegen, dann brauchen wir die Ausländer nicht“, halte ich für eine typische perfide Republikanerstrategie.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der SPD)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Frau Staatssekretärin Lichy.

**Staatssekretärin Johanna Lichy:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist schon etwas amüsant, dass sich jetzt ausgerechnet die Republikaner um die aktive Familienpolitik kümmern.

(Abg. Deuschle REP: Warum „ausgerechnet“?)

Sie sind alle, wie Sie hier sitzen, nicht gerade die Jüngsten. Ich denke auch nicht, dass Sie für die Verjüngung und den Familienzuwachs sorgen.

(Beifall bei der CDU – Abg. Dagenbach REP: Wir praktizieren es auch, Frau Lichy!)

Spaß beiseite: Ich nehme das Thema durchaus ernst und will auch ernsthafte Antworten geben.

Die Erkenntnis ist ja nicht neu, dass wir eine demographische Entwicklung haben, in der unsere Bevölkerung immer mehr altert. Das hat viele Konsequenzen, das hat auch viele sozialpolitische Infrastrukturkonsequenzen.

Ein hauptsächliches Thema ist natürlich die Familienpolitik.

(Abg. Deuschle REP: Eben!)

Einhergehend mit der Familienpolitik geht es auch um das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“.

Ich möchte kurz noch mehrere Aspekte anreißen. Es geht auch darum, dass wir eine alternde Bevölkerung haben, für die entsprechend gesorgt werden muss. Das gilt sowohl für die Altenpflege als auch für den Arbeitsmarkt. Es gilt, auf dem Arbeitsmarkt Nachfrage nach älteren Arbeitnehmern zu erhalten.

Ich will ein bisschen stärker auf das eingehen, was Sie hier angesprochen haben:

Die Landesregierung entdeckt bestimmt die Familienpolitik nicht erst seit heute. Ich bin zwar zugegebenermaßen noch nicht sehr viele Jahre Mitglied dieses Landtags, aber als ich begonnen habe, mich politisch in der CDU zu engagieren, war die Familienpolitik schon eines der Hauptthemen der CDU.

(Zuruf der Abg. Ursula Haußmann SPD)

Ich kann mich sehr wohl daran erinnern, dass die Landesregierung von Baden-Württemberg als erste Regierung eines Bundeslandes überhaupt 1984 oder 1986 das Landeserziehungsgeld eingeführt hat.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Das rote Hessen hat damals davon noch geträumt!)

Damals gab es von der Opposition ausgehend die heftigsten Diskussionen, die CDU wolle – damals war ich Mitglied in einem Kommunalparlament, von daher weiß ich das ganz genau – eine Prämie für „Heim an den Herd“ einführen. Wir haben das Landeserziehungsgeld aber durchgesetzt, und heute ist es eine Errungenschaft, die überall anerkannt wird.

(Zuruf von der SPD)

– Es war die CDU-geführte Bundesregierung – Frau Blank hat das gesagt –, die dann das Bundeserziehungsgeld eingeführt hat. Baden-Württemberg ist bis zum heutigen Tag eines der wenigen Länder, die das Landeserziehungsgeld im Anschluss an das Bundeserziehungsgeld bezahlen. Die anderen Länder, die das ebenso tun, sind alle CDU-regierte Länder. Jetzt sollen bitte die anders regierten Länder das erst einmal nachmachen.

(Beifall bei der CDU)

Für uns hat das Landeserziehungsgeld nie zur Disposition gestanden. Wir geben derzeit jährlich 133 Millionen DM dafür aus. Wir haben jüngst die Einkommensgrenzen angepasst. Wir haben darüber hinaus das Erziehungsgeld für drei und mehr Kinder um 50 % erhöht, also von 400 DM auf 600 DM. Das ist das eine.

Und wenn Sie jetzt von der Weiterentwicklung des Erziehungsgelds sprechen: Wir schließen uns der Position der CDU/CSU-Bundestagsfraktion an, die fordert, diese familienpolitischen Leistungen zu einem Familiengeld fortzuentwickeln.

Sie von den Republikanern fordern dagegen eine Grundprämie. Dazu sage ich: Familien sind keine Sozialhilfe-

(Staatssekretärin Johanna Lichy)

empfänger, sondern Familien müssen entlastet und finanziell gestärkt werden. Das ist der zweite Gesichtspunkt.

(Abg. Deuschle REP: Kennen Sie eigentlich das Modell, von dem Sie reden?)

– Bitte?

(Abg. Deuschle REP: Kennen Sie unser Konzept?  
– Gegenruf der Abg. Ingrid Blank CDU: Das ist doch abgeschrieben!)

– Das ist von uns abgeschrieben und etwas modifiziert.

(Abg. Dagenbach REP: Dann haben Sie es wirklich nicht gelesen! – Abg. Deuschle REP: Keine Ahnung!)

Die finanziellen Leistungen sind also das eine. Der andere Aspekt betrifft das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“. Und dieses Thema hat vielerlei Aspekte; das ist hier auch schon gesagt worden.

Wir leben in einem hoch entwickelten Industriestaat. Wir werden nicht wieder Zeiten bekommen wie unsere Großeltern in der Agrarwirtschaft, wo eine Familie neun oder mehr Kinder hatte. Das wird nicht mehr gehen. Aber wir müssen die Familien und den Wunsch nach Familien und Kindern fördern.

Die Shell-Studie hat gezeigt: 95 bis 99 % der jungen Menschen haben nach wie vor den ersten Wunsch – nachrangig kommt gleich der Beruf –, eine Familie zu gründen. Allerdings müssen sie dazu unterstützt werden. Da müssen die Rahmenbedingungen passen, damit das vereinbar ist.

Jetzt sind wir bei der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Junge Frauen wollen beides, sie wollen Beruf und Familie. Sie sind hoch qualifiziert, gut ausgebildet. Wir werden auch nicht – auch dies ist ein demographischer Gesichtspunkt – auf die Berufstätigkeit von Frauen verzichten können.

(Abg. Ingrid Blank CDU: So ist es! Richtig!)

Wir haben die höchste Quote von Berufstätigkeit bei Frauen,

(Abg. Mühlbeyer CDU: 76 % Frauen!)

weil wir flankierende Unterstützung geben und weil unser Arbeitsmarkt so ist, dass Frauen Arbeit und Beruf miteinander vereinbaren können.

Ich möchte nur an die Novellierung des Kindergartengesetzes erinnern.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Flexible Öffnung!)

Durch die Flexibilität, durch die altersgemischten Gruppen ist ein Impuls durch das Land gegangen. Wir sind in diesem Bereich einen ganz entscheidenden Schritt vorangekommen, auch mit der verlässlichen Grundschule.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie sich die Zahlen anschauen, sehen Sie, dass die Landesregierung und die Regierungsfractionen eine ganze Menge zusätzliches Geld in die Hand genommen haben,

um das zu finanzieren. Das ist der andere Punkt dazu, und da kann uns niemand Versäumnisse nachsagen.

Bei der Vereinbarkeit gibt es natürlich auch noch andere Gesichtspunkte. Die Vereinbarkeit muss partnerschaftlich und so gelöst werden können, dass Familienarbeit und Erwerbsarbeit in Einklang gebracht werden können. Dazu brauchen wir aber natürlich auch die Wirtschaft, wir brauchen auch die Unternehmen.

Wir dürfen, wenn wir bei der demographischen Entwicklung sind, auch nicht außer Acht lassen, dass wir auf unsere 50-jährigen Arbeitnehmer nicht verzichten können und nicht zulassen dürfen, dass sie schon zum „alten Eisen“ zählen. Es gibt sehr viele Menschen in dieser Generation, die durchaus leistungsfähig und leistungsbereit sind, und da müssen wir natürlich auch arbeitsmarktpolitisch unterstützend eingreifen. Ich unterstütze die Kampagne, die die Arbeitsverwaltungen hierzu in Angriff genommen haben, dass Arbeitslose und ältere Menschen im Arbeitsprozess weitergebildet und weiterbeschäftigt werden. Dazu gibt es die verschiedensten Maßnahmen.

Natürlich kommt weiterhin hinzu, dass wir eine geregelte Zuwanderung haben müssen, und mit einer Greencard-Lösung ist das nicht getan. Deswegen warten wir darauf, dass die Bundesregierung einen entsprechenden Gesetzentwurf vorlegt, aus dem hervorgeht, wie dies zu regeln wäre. Wir müssen natürlich auch sehen, wie sich das alles auf den Arbeitsmarkt auswirkt.

Die Landesregierung hat in den verschiedensten Bereichen rechtzeitig Weichen gestellt. Das schlägt sich nieder in der Altenpolitik, das schlägt sich nieder in unserem Gesundheitswesen, und das schlägt sich auf dem Arbeitsmarkt nieder. Beispielsweise waren wir die ersten, die ein Geriatriekonzept auf den Weg gebracht haben; wir werden auch zusätzlich 10 000 Betten im Alten- und Pflegebereich schaffen, und wir haben auch, Herr Dr. Müller, Weichen gestellt, um in den Pflegeberufen attraktive Ausbildungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze zu schaffen.

Summa summarum: Es ist in dieser Debatte sicherlich nicht alles anzusprechen. Aber dass die flankierenden, die Sozial- und Infrastrukturmaßnahmen von uns rechtzeitig erkannt wurden und wir dies in die Hand genommen haben, kann niemand bestreiten, und wenn andere Leute jetzt das Thema Familie zu ihrem Schwerpunkt machen, können wir das nur begrüßen, und wir freuen uns, wenn wir von allen Seiten Unterstützung bekommen. Ich kann mich sehr wohl an andere Zeiten erinnern, in denen Frauen, die sich schwerpunktmäßig für Familienpolitik engagiert haben, als „Heimchen am Herd“ apostrophiert wurden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Krisch.

**Abg. Krisch REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn ich ein Thema aufgreife und höre: „ausgerechnet die Republikaner“, dann weiß ich: Ich liege richtig. Das ist auch diesmal wieder geschehen.

(Krisch)

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Dagenbach  
REP: Sehr gut!)

Der Schlusssatz, Frau Staatssekretärin, war versöhnlich: Wenn andere das Thema aufgreifen, ist es gut. Aber ich darf Sie an eines erinnern: Ich habe ausdrücklich gesagt, dass das ganze Thema – und auch die Arbeit der CDU/CSU-Bundestagsfraktion – auf den Arbeiten der Herren Hatzold, Opielka und Leipert basiert, und wenn Sie, Frau Kollegin Blank, von Abschreiben reden, dann haben Sie sich das selbst vorzuwerfen.

Herr Kollege Noll, Sie haben ein seltsames Verhältnis zum Grundgesetz. Artikel 6 definiert ganz eindeutig den Begriff Familie, und wenn Sie sich dagegen verwehren, dass wir sagen, Familie sei Eltern und Kinder, dann haben Sie eigentlich in dieser Regierungskoalition aus meiner persönlichen Sicht nichts verloren.

(Abg. Dr. Noll FDP/DVP: Was sind für Sie Eltern?)

Und wenn Sie dann sagen – ich zitiere –, die Republikaner verlangen: „deutsche Frauen heim an den Herd“, dann disqualifizieren Sie sich als Person und Ihre Fraktion.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf des Abg.  
Dr. Noll FDP/DVP)

Meine Damen und Herren, ich verstehe es als die Aufgabe der Politik, ein Problem zu analysieren, eine Lösung zu suchen und die beste gefundene Lösung zu akzeptieren. Und da ist es völlig Wurst, ob die von Rot oder Grün oder Gelb oder Schwarz oder Blau kommt. Aus diesem Grund haben wir als einzige Fraktion dieses Hauses Vorschlägen aller anderen Fraktionen zugestimmt, wenn sie gut waren. Ich habe nie verstanden, dass vier Fraktionen so genannte Vier-Fraktionen-Anträge mit dem Ziel einbringen, unsere Fraktion zu diskriminieren. Unsere Ehre nehmen Sie uns dadurch nicht; Sie stärken eher unsere Position, und Sie machen sich selber lächerlich.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich habe auch nie Ihr Verhalten im Falle Dr. Peter Linder verstanden. Vier Fraktionen haben jahrelang seine Beförderung und Gehaltserhöhung verhindert. Ich war beim Landtagspräsidenten und habe gefragt: „Was hat Dr. Linder falsch gemacht?“ Antwort: „Nichts.“ Frage: „Was ist ihm vorzuwerfen?“ Antwort: „Nichts.“ Frage: „Warum wird er nicht befördert?“ Antwort: „Weil Ihre Partei im Verfassungsschutzbericht steht.“

(Abg. Mühlbeyer CDU: Was hat das mit Familienpolitik zu tun? – Abg. Kluck FDP/DVP: Hat er Familie?)

Meine Damen und Herren, Dr. Peter Linder ist an dieser Behandlung durch diese vier Fraktionen zerbrochen. Mein Freund Peter Linder hat deshalb seinem Leben ein Ende gemacht, Herr Kluck. Strafrechtlich ist niemand verantwortlich. Aber ich bin überzeugt: Das höchste Gericht jedes Menschen, sein eigenes Gewissen, wird den Verantwortlichen noch zu schaffen machen.

Meine Damen und Herren, ich stehe nach neun Jahren zum letzten Mal an diesem Pult. Für mich war es ein Privileg, Mitglied dieses Hauses zu sein. Ich danke allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landtagsverwaltung für ihre faire Hilfe und Mitarbeit. Ich danke vor allem allen Kolleginnen und Kollegen, auch jenen, die es nicht fertig bringen, einen Republikaner zu grüßen; auch das gibt es. Aber die Debatte und Auseinandersetzung mit Ihnen, Kolleginnen und Kollegen, hat uns wachsen lassen.

Letzteres gilt ebenfalls für die Landesregierung. Die Streitkultur und die Auseinandersetzung mit der Landesregierung waren uns Ansporn und Motivation. All jenen in der Regierung, im Parlament und in der Verwaltung, zu denen über die Parteigrenzen hinweg persönliche Kontakte gewachsen sind, möchte ich danken.

Unser Land Baden-Württemberg hat eine lange, stolze und demokratische Tradition. Ich wünsche unserem Land eine gute, sichere und demokratische Zukunft. Diesem hohen Haus wünsche ich gute und bürgernahe Entscheidungen.

Meine Damen und Herren, Baden-Württemberg soll leben, und ich verabschiede mich.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Birzele:** Wünscht von der CDU-Fraktion noch jemand das Wort?

(Abg. Mühlbeyer CDU: Niemand mehr!)

– Keine Wortmeldung mehr von der CDU.

Herr Abg. Dr. Müller, Sie erhalten das Wort.

(Abg. Mühlbeyer CDU: Nein, wir verzichten alle! Wir verzichten auf eine zweite Runde! – Abg. Dr. Noll FDP/DVP und Abg. Dr. Walter Müller SPD: Wir verzichten alle! – Abg. Deuschle REP: Schöne Art von Demokraten! – Abg. Mühlbeyer CDU: Ihr würdet alt aussehen, wenn ich ans Rednerpult gehen würde!)

Nachdem das Wort nicht mehr gewünscht wird, ist Tagesordnungspunkt 4 – Aktuelle Debatte – erledigt.

Ich rufe **Punkt 5** der Tagesordnung auf:

**Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Weiterentwicklung der Regionen und zur Änderung des Landesabfallgesetzes – Drucksache 12/5877**

**Beschlussempfehlung und Bericht des Wirtschaftsausschusses – Drucksache 12/5994**

Berichtersteller: Abg. Hofer

Der Berichterstatter wünscht das Wort nicht.

Das Präsidium hat für eine Allgemeine Aussprache über den Gesetzentwurf eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion festgelegt, wobei gestaffelte Redezeiten gelten sollen.

(Stellv. Präsident Birzele)

Ich rufe gleichzeitig die vorliegenden Änderungsanträge auf: den Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/6025-1, den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/6025-2, und den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/6025-3.

Herr Abg. Fleischer, Sie haben das Wort.

**Abg. Fleischer** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei den Ausschussberatungen war zentrales Thema, inwieweit der regionale Zweckverband eine Alternative zum Regionalverband sein kann.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Kann nicht! – Abg. Schmiedel SPD: Das beantwortet die Frage!)

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir unter grenzüberschreitenden Gesichtspunkten – das müsste selbst einer wissen, der aus Ulm kommt und nicht an der deutsch-französischen Grenze wohnt –

(Abg. Deuschle REP: Er wohnt an der bayerischen Grenze; das ist noch schlimmer! – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Aber an der baden-württembergischen!)

eine grenzüberschreitende Regionalplanung wechselseitig und rechtsverbindlich nach dem Karlsruher Staatsvertrag und nach dem von der französischen Nationalversammlung verabschiedeten Gesetz künftig nur durchführen können, wenn wir dies über einen Zweckverband tun. Damit werden für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit – auch für die Parlamentarier dieses hohen Hauses, die aus allen Fraktionen im Oberrheinrat vertreten sind – eine neue Dimension und eine neue Qualität der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit eröffnet.

Diese Alternative des Mehrzweckverbandes eröffnet künftig aber auch die Möglichkeit eines Wettbewerbs der Regionen, wer die anstehenden regionalen Politikbereiche am unbürokratischsten, am schnellsten, am erfolgreichsten und am kostengünstigsten erledigt.

(Abg. Deuschle REP: Diesen Wettbewerb wollen wir aber auch führen!)

Der Verband Region Stuttgart hat in den letzten Jahren sicherlich gut gearbeitet. Hier kann mit guten Erfolgen aufgewartet werden.

(Abg. Schmiedel SPD: Sehr gut! – Abg. Deuschle REP: Das muss man erst mal nachmachen!)

Auch von unseren Regionalverbänden ist eine gute Arbeit geliefert worden. Aber in der Region Freiburg ist vom SPD-Oberbürgermeister Dr. Böhme bis hin zu den CDU-Landräten Watzka und Glaeser immer wieder die feste Überzeugung geäußert worden, dass sie mit der Zweckverbandslösung noch erfolgreicher, noch besser, noch billiger und noch schneller arbeiten könnten.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Da will der Landtagsabgeordnete nicht nachstehen, das ist mir klar!)

Die Erfolge, die wir hier in Sachen ÖPNV, Abwasser, Tourismus und Wirtschaft – um nur einige Felder zu nennen – aufzuweisen haben, beweisen dies nach meiner Auffassung.

Deswegen ist es gut, wenn durch diese jetzt geplante gesetzgeberische Regelung ein Wettbewerb eröffnet wird, der unserem Land auch in den nächsten Jahren sehr gut tun wird. Die jetzt in Kraft tretende Regelung erhält die Transparenz und Bürgernähe, die bei den Regionalverbänden unzweifelhaft gut gegeben war, weil sich durch diese Neuregelung insofern überhaupt nichts ändert. Sie ist aber effizienter,

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt ja gar nicht!)

weil Zweckverbände flexibler sind.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Warum? Warum, Kollege Fleischer?)

Die neue Regelung ist demokratischer,

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Warum denn das? – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Warum sind die flexibler?)

weil neben der bisherigen Repräsentanz in den Regionalverbänden, die nunmehr vom Prinzip her auch in den Zweckverbänden beibehalten wird, zusätzlich die Mitwirkung der kreisangehörigen Gemeinden vorgeschrieben wird.

(Abg. Deuschle REP: Das macht flexibler?)

Der Antrag der Grünen ist deshalb in der Sache falsch und politisch eine Absage an eine zukunftsorientierte grenzüberschreitende Zusammenarbeit

(Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen: Genau das Gegenteil gilt! – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Nein, das ist eine Lex Fleischer!)

sowie ein glattes Nein zu unserer Absicht, der planerischen Mitwirkung unserer Gemeinden eine entsprechende Stärkung zukommen zu lassen. Es ist bezeichnend, dass der Antragsteller bei den Grünen jemand ist, der im zuständigen Ausschuss gar nicht anwesend war und dort nicht mitdiskutiert hat,

(Abg. Deuschle REP: Das ist richtig! Das hat mich auch gewundert! – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: In welchem?)

sondern nunmehr von außen hier mit absolut sachfremden Erwägungen glaubt, den Gesetzentwurf angehen zu müssen,

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt doch gar nicht! In welchem Ausschuss waren Sie denn anwesend, Kollege Fleischer? Wir haben das sehr wohl im Innenausschuss diskutiert!)

obwohl man, wenn man sich vor Ort entsprechend informieren würde, genau wüsste, dass das die einzig zukunftsorientierte und richtige Lösung ist.

(Fleischer)

(Beifall des Abg. Haas CDU – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Da klatscht aber nur der Haas! – Abg. Deuschle REP: Keine Unterstützung in der CDU-Fraktion!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Letztes zu den Ausführungen, die Herr Schmiedel für die SPD im Ausschuss gemacht hat, wo er die Auffassung vertrat, dass man es letztendlich den Regionalverbänden bzw. der Verbandsversammlung überlassen müsse, ob es zu einer Auflösung komme oder nicht. Hierzu möchte ich auch in diesem hohen Haus noch einmal festhalten, dass bei der Übertragung der genannten Aufgaben auf einen regionalen Zweckverband die Auflösung der Regionalverbände durch den Gesetzgeber selbst erfolgt, so wie die Einsetzung auch erfolgt ist. Dem Regionalverband das Recht einzuräumen – zumal als Planungsebene –, selbst über seine Auflösung zu entscheiden und damit den Gesetzgeber in dieser Frage zwingend zu binden, ist von der Systematik unserer Verfassung her schlicht verfassungswidrig und wird deswegen von uns abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Hofer FDP/DVP – Abg. Wieser CDU: Sehr gut! – Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

**Stellv. Präsident Birzele:** Das Wort erhält Herr Abg. Schmiedel.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Vorberatung in den Ausschüssen hat zweifelsfrei ergeben, dass der vorgelegte Gesetzentwurf ein Zeugnis der regionalpolitischen Unfähigkeit dieser Koalition ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU: Oje, oje! – Abg. Fleischer CDU: Fragen Sie einmal Herrn Böhme!)

– Ich komme gleich zu Ihren Ausführungen. Sie gingen hart an der Wahrheit vorbei, Herr Kollege.

(Widerspruch bei der CDU)

Sie haben sich spät geeinigt, und Sie haben sich auf den kleinsten gemeinsamen Nenner geeinigt. Das Einzige, wozu Sie sich aufrufen konnten, ist eine leichte Anhebung der Planungskompetenz. Was Sie tunlichst vermieden haben, das ist die notwendige politische Aufwertung der Regionen in Baden-Württemberg. Deshalb bleibt nur die Feststellung: Baden-Württemberg bleibt auch regionalpolitisch unter seinen Möglichkeiten.

Meine Damen und Herren von der Koalition, Sie haben die Chance vertan, die Zukunft der Regionen in Baden-Württemberg zu diskutieren

(Abg. Vogt SPD: Genau!)

im Zusammenhang mit einer wirklichen Verwaltungsreform, einer Reform, die Verwaltungsabläufe strafft, die Verantwortung nach unten verlagert und die überflüssige Bürokratie abbaut. Sie haben es nicht geschafft, sich aus den Fesseln überkommener Verwaltungsstrukturen zu befreien, weil Sie sich nicht an die Pfründen Ihrer Parteifreunde in den Regierungspräsidien und Landratsämtern herangetraut haben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Abg. Vogt SPD: Jawohl! – Zuruf des Abg. Rapp REP)

Dies führt zu solch absurden Konstruktionen, dass Sie einerseits die Planungskompetenz der Regionen, zum Beispiel bei der Frage großflächiger Einzelhandelsangebote, ausweiten, andererseits die Genehmigung solcher großflächiger Einzelhandelsangebote bei den Regierungspräsidien belassen und jetzt noch eines oben draufsetzen, indem Sie sagen: Der Regionalverband kann ja dann gegen das Regierungspräsidium klagen. Der Staat klagt gegen sich selber – eine absurde Konstruktion, nur weil Sie nicht zu durchgreifenden Reformen in der Lage sind.

(Abg. Vogt SPD: So ist es!)

Meine Damen und Herren, Sie haben eine Chance vertan, die Zukunft der Regionen in Baden-Württemberg zu diskutieren als Räume, die ihren Zusammenhalt dadurch haben, dass sie die Lebenszusammenhänge der Menschen reflektieren, als Räume und Regionen, in denen Menschen arbeiten, in denen sie wohnen und in denen sie ihre Freizeit verbringen. Unter diesem Blickwinkel ist der Zuschnitt der Regionen in Baden-Württemberg natürlich alles andere als optimal. Wie kann man gleichzeitig eine Fortschreibung des Landesentwicklungsplans vorlegen, die eine „europäische Metropolregion“ definiert, die neben der Region Stuttgart natürlich Tübingen und Reutlingen einbezieht, es aber gleichzeitig bei dem Zuschnitt altherkömmlicher Art belassen, nur weil Sie nicht in der Lage sind, die Fesseln eines Regierungspräsidiums zu sprengen?

Meine Damen und Herren, Sie haben die wichtigste Aufgabe verpasst, nämlich in die Regionen in Baden-Württemberg demokratische Strukturen einzuziehen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Dr. Witzel Bündnis 90/Die Grünen)

Sie haben es versäumt, Regionalverbände, Regionalversammlungen durch Direktwahl zu legitimieren und dadurch demokratische Willensbildungsprozesse in den Regionen anzustoßen, nicht nur begrenzt auf die Parteien, sondern ausgeweitet auf alle gesellschaftlichen Gruppierungen in den Regionen, wie wir das erfreulicherweise in der Region Stuttgart mittlerweile erleben. Sie belassen es zudem bei einem undemokratischen Quorum von zwei Dritteln, das für die Übernahme zusätzlicher Aufgaben regionaler Art erforderlich ist.

Meine Damen und Herren, das, was wir gehört haben, das Hohelied auf die Zweckverbände durch den Kollegen Fleischer, zeigt Ihr wahres Denken. Sie sind nicht an demokratischen Strukturen interessiert, Sie sind nicht an politischer Aufwertung und an demokratischer Willensbildung in den Regionen interessiert, sondern Sie wollen es bei den alten Strukturen belassen.

Das, was Sie zu der Rolle des SPD-Oberbürgermeisters von Freiburg gesagt haben, Herr Kollege Fleischer,

(Abg. Deuschle REP: In dem Punkt hat er aber Recht!)

entspricht in keiner Weise der Wahrheit. Wir haben uns in der Zwischenzeit vergewissert. Was Sie im Ausschuss über

(Schmiedel)

das Abstimmungsverhalten des Kollegen Böhme in Freiburg gesagt haben, ist schlicht falsch, frei erfunden und falsch behauptet.

(Abg. Fleischer CDU: Sie waren ja dabei!)

Meine Damen und Herren, zusammenfassend: Es ist schon bedauerlich, dass Sie sich durch die Argumente der SPD nicht haben beeindrucken lassen.

(Abg. Fleischer CDU: Weil sie schlecht waren!)

Es ist fatal, dass Sie nicht auf die Gewerkschaften hören.

(Abg. Hauk CDU: Das war noch nie gut! – Abg. Deuschle REP: Das sind die gleichen Argumente!  
– Abg. Fleischer CDU: Auch das ist nicht richtig!)

Es ist unverständlich, dass Sie die Wünsche der Wirtschaft in den Wind schlagen. Und es ist unverzeihlich, dass Sie auch die kommunalen Landesverbände verprellen. Sie handeln nach dem Motto: Wir gegen alle. Aber Gott sei Dank finden demnächst Landtagswahlen statt, und danach ist ein neuer Anlauf mit einer neuen Regierung möglich.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Zurufe von der CDU)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Oelmayer.

(Abg. Wieser CDU: Jetzt gehts los! Er hat sich sogar eine Krawatte gekauft!)

**Abg. Oelmayer** Bündnis 90/Die Grünen: Geschenkt bekommen, Herr Kollege.

(Abg. Wieser CDU: Er hat früher gar keine Krawatte gehabt!)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat haben wir im Rahmen der Ersten Beratung schon über die Defizite des vorliegenden Gesetzentwurfs der Landesregierung diskutiert. Wir haben über dieses Thema auch in den Ausschussberatungen diskutiert. Herr Kollege Fleischer, ich weiß nicht, in welchen Ausschüssen Sie diskutieren. Ich habe über dieses Thema im Innenausschuss diskutiert. Dort habe ich Sie nicht gesehen. Das war vielleicht auch ganz gut so.

(Heiterkeit bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und der SPD)

Ich will drei Punkte erwähnen, weshalb wir der Meinung sind, dass die Landesregierung reformunfähig ist, was die regionalpolitische Entwicklung angeht.

Natürlich muss man, wenn man über Regionalpolitik diskutiert, über die Grenzen der Regionen sprechen. Kollege Schmiedel hat dies zu Recht erwähnt. Man muss, wenn man über Regionalpolitik und über demokratische Strukturen in den Regionen diskutiert, über die Verwaltungsstrukturen im Land Baden-Württemberg sprechen. Und man muss im Anschluss daran auch über die Kompetenzen der Regionen diskutieren. All dem haben Sie mit dem vorliegenden Gesetzentwurf nicht Rechnung getragen.

Aber, meine Kolleginnen und Kollegen von den die Landesregierung tragenden Fraktionen: Wir hätten den Gesetzentwurf als einen kleinen Schritt in die richtige Richtung – wir sind es ja schon gewohnt, dass Sie nur kleine Schritte zu gehen bereit sind – mitgetragen, wenn zwei Punkte nicht gewesen wären.

Erstens – das hat der Kollege Fleischer schon präzise auf den Punkt gebracht; wir haben unseren Änderungsantrag auch zur heutigen Beratung noch einmal vorgelegt –: Der Zweckverband ist ein Rückschritt. Der Zweckverband bedeutet weniger Transparenz, weniger Demokratie und weniger Effizienz, meine Damen und Herren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei Abgeordneten der SPD)

Gestatten Sie mir an dieser Stelle ein Zitat. Wie an vielen Tagen in diesem Haus ist auch heute wieder viel zitiert worden. Ich möchte den Wirtschaftsminister dieses Landes zitieren, der ja federführend für den Bereich der Regionalplanung ist.

(Abg. Deuschle REP: Wo ist er denn gerade? Er fehlt wieder! – Abg. Schmiedel SPD: Er kann sich aber nicht durchsetzen!)

– Er ist nicht da. Das macht nichts. Sein Staatssekretär ist aber da; er kann es ihm berichten.

Der Wirtschaftsminister sagte noch vor nicht allzu langer Zeit gemäß einer Pressemitteilung des Wirtschaftsministeriums: „In Baden-Württemberg darf es am Ende nicht eine Region erster Klasse und elf Regionen zweiter Klasse geben.“

(Abg. Fleischer CDU: So ist es! Richtig! Guter Minister!)

Das ist das Erste, Kollege Fleischer.

Das Zweite: Döring betonte deshalb – so die Pressemitteilung weiter; jetzt hören Sie gut zu –, dass es mit ihm eine Abschaffung der Regionalverbände nicht geben werde, auch nicht über die Hintertür der Zweckverbände. Eine gute Aussage des Wirtschaftsministers –

(Beifall der Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen – Abg. Schmiedel SPD: Er ist wieder mal umgefallen!)

sie ist leider nicht in das Gesetzgebungsverfahren eingeflossen.

(Abg. Stephanie Günther Bündnis 90/Die Grünen: Schwacher Wirtschaftsminister!)

Da haben Sie, Kollege Fleischer, natürlich gut lachen, weil Sie sich mit Ihrer Lex Fleischer mit der Mehrheit der die Landesregierung tragenden Fraktionen hier im Landtag – auch gegen den Wirtschaftsminister – letztlich durchgesetzt haben.

(Abg. Fleischer CDU: Keine Belobigung von Ihnen! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: Das Gegenteil einer Belobigung! Ein Tadel ist das!)

(Oelmayer)

Wir als bündnisgrüne Fraktion haben zum Thema „regionale Zweckverbände“ den Änderungsantrag Drucksache 12/6025-1 auf den Tisch des Hauses gelegt. Wir sind der Meinung, dass der Gesetzentwurf die regionale Entwicklung in Baden-Württemberg konterkariert.

(Zuruf des Abg. Fleischer CDU)

Ein zweiter Punkt, den ich im Rahmen der doch etwas knappen Redezeit noch ansprechen möchte – Herr Kollege Fleischer, hören Sie gut zu –, ist die Frage der Kompetenzen für die Regionen. Wenn man den Gesetzentwurf hinsichtlich der Kompetenzen für die Regionen durchgeht, kommt man auf elf Punkte. Davon könnte unsere Fraktion neun Punkte, die ich vorhin im Rahmen der kleinen Schritte schon angesprochen habe, mittragen.

Ein weiterer Punkt aber, warum die Klagebefugnis für die Regionalverbände mit Ausnahme des Verbands Region Stuttgart eingeschränkt werden soll, leuchtet nicht ein. Dafür wird auch in dem von Ihnen vorgelegten Gesetz zur Weiterentwicklung der Regionen keine schlüssige Begründung gegeben. Deswegen hätten wir eigentlich in diesen Bereichen durchaus auch die Gleichstellung mit dem Verband Region Stuttgart erreichen können.

Ein letzter Gedanke – das hat der Kollege Schmiedel für die SPD noch einmal ausgeführt – ist die demokratische Legitimation von Regionalpolitik. Wenn ich den Änderungsantrag der SPD richtig verstehe, wird dort vorge schlagen, die Regionalparlamente künftig demokratisch zu legitimieren, und zwar durch eine direkte demokratische Wahl.

(Beifall des Abg. Schmiedel SPD)

Wenn Sie diesen meines Erachtens richtigen Schritt schon nicht mitgehen wollen, wäre es doch eigentlich logisch gewesen, diese Möglichkeit wenigstens fakultativ in den Gesetzentwurf hineinzuschreiben, damit die Regionen, die ein Regionalparlament direkt wählen wollen, diese Möglichkeit auch haben. Aber nicht einmal diesen Schritt haben Sie gewagt. Das heißt, in der CDU-Fraktion und in der Landesregierung – an der FDP/DVP kann es, wenn die Zitate des Wirtschaftsministers richtig sind, nicht gelegen haben – hat sich der Strukturkonservatismus bei diesem Gesetzesvorhaben durchgesetzt, und zwar zum Nachteil der Entwicklung der Regionen im Land Baden-Württemberg. Da kann ich mich zum Schluss nur dem anschließen, was der Kollege Schmiedel gesagt hat: Gott sei Dank stehen Wahlen vor der Tür.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU – Abg. Fleischer CDU: Gott sei Dank! – Abg. Wieser CDU: Am 25. sehen wir uns wieder!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Hofer.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch nach der Beratung in den Ausschüssen kann ich nur sagen: Wir haben ein gutes Gesetz auf den Weg gebracht.

(Beifall bei der FDP/DVP und Abgeordneten der CDU)

Da hat sich bei meiner Betrachtungsweise überhaupt nichts geändert.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Aber der Wirtschaftsminister hat sich doch hundertprozentig – –)

– Ich komme darauf. Ich will nicht alles wiederholen. Das Wichtigste, was wir mit dem Gesetz erreichen, ist, dass wir den Regionen die Möglichkeit geben, von sich aus ihre regionale Entwicklung selber zu bestimmen.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es! Das ist liberal!)

Wenn Sie etwas von oben aufpfropfen und nicht den regionalen Akteuren diese Arbeit selber überlassen, machen Sie überhaupt nichts Demokratisches. Wir haben die Regionen angehört.

(Große Unruhe und Zurufe)

**Stellv. Präsident Weiser:** Ich möchte darauf hinweisen, dass Herr Kollege Hofer keinen einzigen Zwischenruf gemacht, sondern allen aufmerksam zugehört hat. Ich würde mich freuen, wenn das andere genauso praktizieren würden.

(Abg. Capezzuto SPD: Ja sagen Sie mal! Das ist doch kein Grund! – Abg. Schmiedel SPD: Vielleicht hat er geschlafen! – Heiterkeit)

– Er hat nicht geschlafen.

**Abg. Hofer** FDP/DVP: Ich bin ja ebenso wie Herr Schmiedel selber im Verband Region Stuttgart tätig, und zwar als Fraktionsvorsitzender. Ich finde das, was wir hier machen, gut. Aber zunächst einmal würde ich Ihnen doch empfehlen, dem alten Grundsatz zu folgen: Auch andere Väter haben hübsche Töchter.

(Abg. Wieser CDU: Sehr gut!)

Diesen Alleinstellungsanspruch „Nur wir hier in Stuttgart haben die Wahrheit gepachtet, und wir wissen, wo es langgeht“ auf die unterschiedlichsten Regionen zu übertragen ist falsch. Übrigens kann ich nur noch einmal wiederholen: Wir haben in der Region Stuttgart das nicht durch einen gesetzlichen Donnerknall oder Urknall bekommen, sondern wir haben uns das selber erarbeitet. So muss man es in den anderen Regionen auch machen.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU)

Sonst wird das auch nichts sein außer Schlagzeilen und Geschwätz.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Man muss doch denen die Chance geben!)

Nächster Punkt: Wir haben die Regionen angehört. Ich kann ja nichts dafür, dass die meisten gesagt haben: Wir wollen die Direktwahl nicht.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So ist es!)

„Und bist du nicht willig, so brauch' ich Gewalt!“ Da kann ich nur sagen:

(Hofer)

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Die alte Beglückungspolitik der SPD!)

Das ist das Gegenteil einer demokratischen regionalen Entwicklung. Die muss von unten nach oben erfolgen, sonst hält sie nicht.

(Abg. Schmiedel SPD: Wer hat denn in Stuttgart gefragt?)

Nächster Punkt: Ich finde das, was der Kollege Fleischer gesagt hat, richtig. Wir brauchen auch in unseren Regionen durchaus einen regionalen Wettbewerb. Wir werden in der nächsten Koalitionsvereinbarung das Thema Regionalentwicklung sicherlich weiter definieren müssen. Da glaube ich auch, dass es ohne eine Funktionalreform nicht gehen wird. Nur, lieber Herr Kollege Schmiedel,

(Abg. Birzele SPD: Erst kommt die Wahl, dann die Koalitionsvereinbarung!)

diese Funktionalreform – wenn sie etwa nach der Vorstellung des Städtetags geht, gibt es ein Bezirksmodell – wird natürlich auch die Region Stuttgart auf den Prüfstand stellen. So selbstverständlich wird das nicht von vornherein sein, dass die Region ein Viertel der Einwohner von ganz Baden-Württemberg umfasst; sonst können Sie keine Bezirksverfassung machen. So einfach geht das nicht, zu sagen, das eine sei sakrosankt und werde auf alle anderen übertragen, sondern man muss eine schrittweise Entwicklung zulassen, weil sie der einzige praktische Weg ist, regionales Denken tatsächlich umzusetzen.

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Ein Wort zu den regionalen Zweckverbänden: Sie wissen ganz genau, dass Sie entweder auf eine regionale Zusammenarbeit über die Ländergrenzen hinaus verzichten müssen

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Ach! Das machen wir doch mit Bayern auch! – Zuruf des Abg. Birzele SPD)

oder diese Zusammenarbeit über einen Zweckverband ermöglichen müssen. Das sind die einzigen Möglichkeiten, wie Sie das durchführen können. Übrigens ist das eine Fehlinterpretation – ich habe nie verstanden, warum das nicht klar wird. Denken Sie doch einmal daran, welcher Weg bei der Entwicklung eines Zweckverbands beschritten wird. Da werden doch nicht die Stadtkreise und die Landkreise bestimmen, wir gründen einen, und dann werden die Regionalverbände aufgelöst. Das ist nicht der Fall. Da kommt als Erstes der Gesetzgeber, und er muss entscheiden, ob er das tatsächlich will.

(Abg. Schmiedel SPD: Wehe, das ist der Fleischer! – Gegenruf des Abg. Birzele SPD: Er ist es nicht!)

Zuvor sind die Regionalverbände anzuhören. Sie können in einer so grundsätzlichen Sache überhaupt nur durch Beschluss ihre Auffassung zum Ausdruck bringen. Dann hat der Gesetzgeber – nach dem Gesetz und der Verfassung – eine Abwägungspflicht, ob er dies tut oder nicht. Aber er hat keine Verpflichtung, dies automatisch zu tun. Das bitte ich einmal zur Kenntnis zu nehmen.

Ich muss schon sagen: Die Vorstellung, wonach der Gesetzgeber so lange nichts machen darf, bis eine Regionalversammlung sagt „Du darfst!“, kann ja wohl nicht zutreffend sein. Das wäre wie in der Bibel: „Der Herr hats gegeben, der Herr hats genommen.“ Das ist nicht so. Er muss es ja so machen. Deshalb kann ich nur sagen: Es ist ein gutes Gesetz. Dieses Gesetz ermöglicht es allen Regionen, jetzt zu handeln.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen hält einen Pressespiegel in die Höhe: 27. Mai 1999, Kollege Hofer!)

Dann wird es spannend. Ich bin einmal gespannt, was Sie dazu sagen. Dann muss die Funktionalreform her. Dazu haben im Moment alle noch unterschiedliche Vorstellungen. So lange darf die regionale Arbeit aber nicht zurückstehen. Jetzt sollten alle einmal an die Arbeit gehen.

(Abg. Fleischer CDU: So ist es!)

Wir sollten mit dem Schwätzen aufhören und nun endlich darangehen, auch in den anderen Regionen die Dinge anzupacken.

(Beifall bei der FDP/DVP und der CDU – Abg. Fleischer CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Deuschle.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte trotz dieses Wahlkampfgetöses hier versuchen, den Gesetzentwurf einigermaßen objektiv zu beurteilen.

(Abg. Birzele SPD: Das ist ja ein so genannter untauglicher Versuch!)

– Herr Birzele, davon verstehen Sie jetzt gar nichts. Sie haben sich an der Debatte hier nicht beteiligt, und Sie haben sich im Wirtschaftsausschuss, der federführend war, nicht beteiligt. Hören Sie deshalb erst einmal zu, was ich Ihnen hier kompetent dazu sage.

Der Gesetzentwurf ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, er ist aber nicht konsequent durchdacht. Der Gesetzentwurf wurde sowohl im Innen- als auch im Wirtschaftsausschuss intensiv diskutiert. Dort war es so, dass die Regierungsfractionen CDU und FDP/DVP leider nicht bereit waren, vernünftige Vorschläge der Opposition zu unterstützen.

(Zuruf von der SPD: Das ist das erste vernünftige Wort!)

– Das stimmt doch wohl. Es geschah, wie Sie angedeutet haben, Herr Hofer, wohl aus Gründen der Koalitionsräson. Deshalb wurden in der Ausschussarbeit auch bestimmte Mängel des Gesetzentwurfs nicht behoben. Das möchte ich an zwei konkreten Beispielen klar machen.

Erstens, den großflächigen Einzelhandel betreffend: In der Einzelbegründung zu Artikel 1 Nr. 1, wo es um die Regionalbedeutsamkeit des großflächigen Einzelhandels geht, wird die Regionalbedeutsamkeit eines Vorhabens in der Regel ab einer Verkaufsfläche von 5 000 Quadratmetern als gegeben angesehen.

(Deuschle)

Wir Republikaner halten diese Festlegung für nicht akzeptabel, da wir beobachten, dass immer mehr fachbezogene Sortimente des Einzelhandels in spezialisierten Fachmärkten angeboten werden. Uns geht es aber auch darum, dem innerörtlichen Einzelhandel ein Überleben zu ermöglichen. Wir sollten auch dafür sorgen, dass Ausgaben in Millionenhöhe, die die Städte und Gemeinden im innerörtlichen Bereich getätigt haben, nicht in den Sand gesetzt sind. Deswegen muss nach unserer Auffassung bereits bei einer Verkaufsfläche von 1 500 oder höchstens 2 000 Quadratmetern von einer Regionalbedeutsamkeit ausgegangen werden.

Nun zu dem von Ihnen, Herr Fleischer, auch im Ausschuss vorgebrachten Argument, man habe sich am Oberrheinrat orientiert, man habe sich am befreundeten Ausland, also an Frankreich

(Abg. Fleischer CDU: Schweiz!)

und der Schweiz, orientiert. Das ist kein stichhaltiges Argument. Selbst wenn dort 5 000 Quadratmeter in etwa die Norm sind, heißt das ja noch nicht, dass wir dies für das gesamte Baden-Württemberg übernehmen müssen.

(Abg. Fleischer CDU: Nicht müssen!)

Dann hätten wir unter Umständen eine differenzierte Aussage hierzu machen können.

Zweiter Punkt: Begrenzung der Klagebefugnis. Dazu haben wir ja hier einen Änderungsantrag gestellt. Herr Hofer, ich weiß, dass Sie dies im Grunde auch befürworten. Es gibt ja keinen Grund, die Klagebefugnis auf den Einzelhandel, auf die Factory-Outlet-Centers usw. zu begrenzen und die Klagebefugnis nicht zum Beispiel auch bei einem regionalen Grünzug – sicher auch ein Anliegen der Grünen – zuzulassen. Warum eigentlich begrenzen Sie diese Klagebefugnis? Sie haben aus Ihrer Sicht zu Recht gesagt: aus Gründen der Koalitionsräsion, weil Sie mit Ihrem Koalitionspartner wohl nichts Besseres aushandeln könnten. Das kann ich natürlich verstehen. Aber dann müssen Sie das hier doch offen zugeben und sagen: Wir hätten zwar bessere Vorstellungen gehabt, aber es ging halt nicht anders.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Deuschle, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Hofer?

**Abg. Deuschle REP:** Ja, Herr Präsident, die gestatte ich.

**Stellv. Präsident Weiser:** Bitte.

**Abg. Hofer FDP/DVP:** Herr Deuschle, würden Sie mir Recht geben, dass das dringendste Problem bei der Klagebefugnis das des großflächigen Einzelhandels ist und dass daneben die anderen Punkte bei weitem nicht so dringend und im Übrigen auch rechtlich nicht unproblematisch sind?

**Abg. Deuschle REP:** Herr Kollege Hofer, ich gebe Ihnen zum Teil Recht, aber nicht voll, weil ich der Meinung bin, dass wir hier in einem Gebiet leben, wo auch regionale Grünzüge ihre Bedeutung für die Menschen in der Region haben, und dass auch unser Standort mit davon abhängt, dass wir regionale Ausgleichsflächen haben, die angesichts der zubetonierten Landschaft in unserem Land sehr wichtig sind. Deswegen hätten Sie das ja ermöglichen müssen. Wa-

rum begrenzen Sie das dann auf den großflächigen Einzelhandel? Vielleicht kann uns der Herr Staatssekretär nachher noch einmal seine Begründung liefern. So einfach kommen Sie mir aus dieser Sackgasse nicht heraus. Sagen Sie meinerwegen: aus koalitionspolitischen Gründen. Das versteht jeder. Aber aus sachpolitischen Gründen ist diese Begrenzung nicht gerechtfertigt.

(Beifall bei den Republikanern)

Ich komme noch kurz, Herr Präsident, zum Regionalzweckverband nach Artikel 1 Nr. 10 § 35 a. Natürlich muss es unterschiedliche Möglichkeiten der regionalen Entwicklung in Baden-Württemberg geben, aber ich sage hier eines: Der Verband Region Stuttgart ist erwiesenermaßen ein erfolgreiches Modell. Wenn es andere Modelle gibt, die besser und effizienter sind, dann muss hierfür der Beweis angetreten werden.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr richtig! – Abg. Fleischer CDU: Richtig!)

Da müssen innovative, kreative Konzepte von vor Ort kommen, Herr Fleischer. Daran werden wir Sie auch messen.

(Abg. Hofer FDP/DVP: Sehr gut!)

Ich schlage vor, dass wir uns in zwei – –

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abgeordneter, ich schlage vor, dass Sie Ihre Rede beenden.

**Abg. Deuschle REP:** Herr Präsident, ich habe vorhin auch die Zwischenfrage zugelassen. Ich komme jetzt gleich zum Ende.

Ich sage Ihnen, Herr Kollege Fleischer: Wir werden uns hier in zwei, drei Jahren mit dem Thema noch einmal zu beschäftigen haben.

(Abg. Fleischer CDU: Dann sind Sie doch gar nicht mehr im Parlament!)

– Seien Sie von der CDU nicht so überheblich. Ihr Stimmenanteil geht auf 35 % herunter, und Sie sind vielleicht froh, wenn dann noch eine Fraktion da ist, die 10 oder 12 % hat, damit Sie nicht alleine dastehen, Herr Kollege.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Pfister FDP/DVP: Machen Sie mich nicht schwach!)

Bei der Gesamtbeurteilung dieses Gesetzentwurfs kommen wir zu dem Ergebnis, dass die Mängel überwiegen. Deshalb lehnen wir Republikaner diesen Gesetzentwurf ab.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Staatssekretär Dr. Mehrländer.

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem Gesetzentwurf wird die Weiterentwicklung der Regionen des Landes vorangetrieben.

(Beifall des Abg. Hofer FDP/DVP)

(Staatssekretär Dr. Mehrländer)

Wir haben uns dabei auf einige zentrale Punkte konzentriert.

Erstens: Es darf keine neue Verwaltungsebene entstehen.

Zweitens: Die planerischen Kompetenzen der regionalen Ebene müssen maßvoll gestärkt werden. Deshalb haben wir das Planungsgebot zur Einhaltung aller Ziele der Raumordnung zwar allen Regionen eingeräumt, seine Durchsetzung aber bei der Kommunalaufsicht belassen. Deshalb haben wir ein gesetzliches Antragsrecht der regionalen Ebene für die Untersagung raumordnungswidriger Planungen und Maßnahmen durch das Regierungspräsidium vorgesehen, und deshalb gibt es ein Klagerecht der Regionalverbände außerhalb der Region Stuttgart nur insoweit, als es um Standorte des regionalbedeutsamen großflächigen Einzelhandels geht. Das ist in der Tat der zentrale Punkt in der Diskussion zwischen der regionalen und der kommunalen Ebene.

Drittens: Viele Probleme lassen sich heute nur durch eine intensive Kooperation aller regionalen Akteure lösen. Ein Beispiel dafür sind Wirtschaftsförderungsgesellschaften. Wir müssen trennende Grenzen überwinden. Deshalb besteht für die Regionalverbände die Möglichkeit, über die Grenzen der Region hinaus aktiv zu werden. Der Gesetzentwurf enthält auch eine Öffnungsklausel für eine stärker kommunal orientierte Form der Organisation der Träger der Regionalplanung.

Meine Damen und Herren, Herr Abg. Oelmayer, diese Regelung – das sage ich offen – ist innerhalb der Landesregierung und der sie tragenden Fraktionen intensiv nach allen Richtungen besprochen worden, und daraus ist ein Kompromiss entstanden, den ich für gut halte; denn mit dieser Regelung wird ein Wettbewerb der Systeme ermöglicht. Ich verspreche mir sehr viel von diesem Wettbewerb.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Da hat aber der Minister vor einem Jahr noch etwas ganz anderes gesagt!)

Die Opposition hat auch hier wieder bemängelt, der Gesetzentwurf gehe nicht weit genug.

(Zuruf vom Bündnis 90/Die Grünen)

– Hätten Sie zugehört; ich habe die Erklärung gegeben.

(Glocke des Präsidenten – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Der Kollege Hofer hat mir das gerade gesagt!)

Solche Kritik verkennt, dass die Akzeptanz einer Regelung durch die regionalen Akteure die Grundlage für den Erfolg ist. Ich kann mich da den Rednern der Koalitionsfraktionen nur anschließen.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Staatssekretär, gestatten Sie eine Frage des Herrn Abg. Schmiedel?

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Natürlich, gern.

**Stellv. Präsident Weiser:** Bitte.

**Abg. Schmiedel SPD:** Herr Staatssekretär, könnten Sie vielleicht noch vor der Wahl bekannt geben, welche Regionalverbände Sie aufzulösen gedenken, oder wollen Sie das als geheime Kommandosache bis über den Wahltag retten?

**Staatssekretär Dr. Mehrländer:** Herr Abg. Schmiedel, wir lösen überhaupt keine Regionalverbände auf.

Zum Schluss noch einmal: Nur Änderungen mit Augenmaß – die Regierung ist nicht der Gesetzgeber –, eingepasst in das vorhandene System der Planungs- und Verwaltungszuständigkeiten, können diese Akzeptanz gewährleisten und die Dinge weiter voranbringen. Auf diesem Weg sind wir.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP/DVP – Abg. Fleischer CDU zu Abg. Schmiedel SPD: Schauen Sie einmal ins Gesetz! – Abg. Hauk CDU: Der Schmiedel hat überhaupt nichts verstanden!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache Wortmeldungen nicht mehr vor. Wir kommen daher in der Zweiten Beratung zur **E i n z e l a b s t i m m u n g**. Abstimmungsgrundlage ist die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 12/5994.

Ich rufe auf

Artikel 1

Änderung des Landesplanungsgesetzes

Wer Artikel 1 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen?

(Abg. Schmiedel SPD: Nummernweise, Herr Präsident!)

– Dann rufe ich die Nummern 1 bis 6 des Artikels 1 auf. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor. Wer stimmt für die Annahme? –

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das stimmt doch gar nicht! – Abg. Schmiedel SPD: Bitte über die Nummern in den Artikeln einzeln abstimmen!)

– Ich bin doch gerade bei Artikel 1 Nr. 1 bis 6.

(Abg. Birzele SPD: Nicht bis 6, sondern nur Nummer 1!)

– Das hätten Sie gleich sagen müssen; dann hätten wir einzeln abgestimmt.

Ich rufe die Nummern 1 bis 6 einzeln auf. Ich rufe Nummer 1 auf. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Bei einigen Gegenstimmen mit großer Mehrheit beschlossen.

Ich rufe Nummer 2 auf. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Bei Gegenstimmen mehrheitlich so beschlossen.

(Stellv. Präsident Weiser)

Ich rufe Nummer 3 auf. Wer Nummer 3 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Nummer 3 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Nummer 4 auf. Wer Nummer 4 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Das war einstimmig.

Ich rufe Nummer 5 auf. Wer Nummer 5 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Nummer 5 ist mehrheitlich angenommen.

Ich rufe Nummer 6 auf. Wer Nummer 6 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Nummer 6 ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Nummer 7 des Artikels 1. Dazu rufe ich den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/6025-2, auf.

(Abg. Deuschle REP: Sehr guter Antrag!)

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner ab. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion Die Republikaner, Drucksache 12/6025-2, zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? –

(Abg. Deuschle REP: Im Ausschuss habt ihr von den Grünen und von der SPD euch enthalten! – Gegenruf des Abg. Haasis CDU: Das sind zuverlässige Kerle!)

Danke. Enthält sich jemand? – Danke. Der Antrag ist mit großer Mehrheit abgelehnt.

(Abg. Deuschle REP: Trotzdem ist es ein guter Antrag!)

Wir stimmen jetzt über Nummer 7 des Artikels 1 ab. Wer Nummer 7 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Nummer 7 ist in der Fassung der Regierungsvorlage mehrheitlich angenommen.

Wir kommen zu den Nummern 8 und 9 des Artikels 1. Dazu liegen keine Änderungsanträge vor. Ich gehe davon aus, dass Sie damit einverstanden sind, dass ich ohne förmliche Abstimmung die Zustimmung des Hauses dazu feststelle. – Das ist der Fall.

Wir kommen zu Nummer 10 des Artikels 1. Dazu liegen der Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/6025-1, und der Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/6025-3, vor. Außerdem empfiehlt der Wirtschaftsausschuss in Ziffer 1 seiner Beschlussempfehlung Drucksache 12/5994 eine Ergänzung von § 35 a Abs. 4.

Wir stimmen zunächst über den Änderungsantrag der Fraktion der SPD, Drucksache 12/6025-3, ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Der Änderungsantrag der Fraktion der SPD ist abgelehnt.

Wir kommen zum Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Drucksache 12/6025-1. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Dieser Änderungsantrag ist mehrheitlich abgelehnt.

Wir stimmen schließlich ab über die Nummer 10 des Artikels 1 in der Fassung der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses, Drucksache 12/5994. Wer der Nummer 10 zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Der Nummer 10 ist mit der vom Wirtschaftsausschuss empfohlenen Änderung mehrheitlich zugestimmt.

Damit rufe ich auf

Artikel 2

Änderung des Landesabfallgesetzes

Nach Ziffer 2 der Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses soll in Artikel 2 Nr. 3 Buchst. b der Einleitungssatz wie folgt neu gefasst werden:

„b) in Nummer 5 wird der Punkt am Ende der Aufzählung durch ein Komma ersetzt und folgende Nummer 6 angefügt:“

Wer Artikel 2 mit dieser Änderung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Artikel 2 ist mehrheitlich zugestimmt.

(Unruhe)

Meine Damen und Herren, darf ich höflich um etwas mehr Aufmerksamkeit wenigstens während der Abstimmung bitten. Wer sich unbedingt unterhalten muss, der kann dies gern im Foyer tun.

(Abg. Pfister FDP/DVP: Muss aber nicht sein! Die müssen hier bleiben, die Kerle! – Abg. Bebbler SPD: Die Kollegen von der CDU rausschicken!)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf

Artikel 3

Schlussbestimmungen

Wer Artikel 3 zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Vielen Dank. Wer stimmt dagegen? – Danke. Artikel 3 ist mehrheitlich angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 20. Februar 2001 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Weiterentwicklung der Regionen und zur Änderung des Landesabfallgesetzes“. – Ich darf feststellen, dass das Haus der Überschrift zustimmt.

(Stellv. Präsident Weiser)

Wir kommen zur

### S c h l u s s a b s t i m m u n g

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Das Gesetz, meine Damen und Herren, ist damit angenommen.

Punkt 5 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 6** der Tagesordnung auf:

### **Zweite Beratung des Gesetzentwurfs der Landesregierung – Gesetz über die Unterbringung besonders rückfallgefährdeter Straftäter (Straftäter-Unterbringungsgesetz – StrUBG) – Drucksache 12/5911**

### **Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses – Drucksache 12/6019**

Berichterstatter: Abg. Bebber

Der Berichterstatter hat um das Wort gebeten. Es ist ihm hiermit erteilt.

**Abg. Bebber** SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Sie haben den Bericht des Ständigen Ausschusses erst um halb vier auf den Arbeitstisch bekommen.

(Abg. Rech CDU: Das reicht!)

– Herr Rech, Ihnen reicht es. Sie waren auch bei den Beratungen im Ausschuss dabei. Aber die Mehrheit des Parlaments war nicht im Ausschuss.

(Abg. Rech CDU: Ich auch nicht! – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Er auch nicht!)

Ich sehe es deshalb als sinnvoll an, als Berichterstatter auf das hinzuweisen, was im Ausschuss abgelaufen ist.

Herr Rech, wir sind ja im Ausschuss über alle Fraktionsgrenzen hinweg einig darin gewesen, alles tun zu müssen, um die Bevölkerung vor gefährlichen Sexualstraftätern und Gewaltverbrechern zu schützen, und insbesondere auch einen Weg zu suchen, damit die als gemeingefährlich erkannten Personen nicht nach Verbüßung der Straftat in Freiheit entlassen werden müssen, sondern untergebracht werden können.

Es ging darum, einen rechtlich gangbaren Weg zu finden, auf dem dieses gemeinsame Ziel erreicht werden kann. Wir waren uns alle bewusst, dass dies gesetzgeberisch nicht unproblematisch ist. Im Gegenteil, es gab und gibt noch unterschiedliche Auffassungen dazu, wie die Gesetzesgestaltung aussehen müsste, die eine Lösung des Problems bringen könnte.

Der jetzt zur Abstimmung vorliegende Regierungsentwurf wurde nach Angaben des Justizministers in den letzten zweieinhalb Jahren in seinem Haus erarbeitet. Ende Dezember vorigen Jahres hat das Innenministerium den Entwurf dem Parlament – das heißt, zunächst nur den Fraktionen – zur Kenntnis gegeben. Das Parlament hatte keine

zwei Monate Zeit, um sich mit dem Gesetzesvorhaben, zu dessen Erarbeitung das Justizministerium zweieinhalb Jahre benötigt hatte, auseinander zu setzen.

Der Innenminister und auch der Justizminister haben immer betont, dass mit dem Entwurf gesetzliches Neuland betreten werde. Aus den Reihen des Ausschusses ist deshalb eine öffentliche Sachverständigenanhörung verlangt worden. Eine solche wurde auf Drängen der Regierung aber nicht durchgeführt.

Die von der Regierung durchgeführte schriftliche Anhörung hatte folgendes Ergebnis: Der Bund der Strafvollzugsbediensteten, die Bundesvereinigung der Anstaltsleiter, die Rechtsanwaltskammer Stuttgart, der Anwaltsverband Baden-Württemberg, der Weiße Ring, die Neue Richtervereinigung und der Landesbeauftragte für den Datenschutz haben eine Stellungnahme abgegeben und zum Teil übereinstimmend, aber zum Teil auch in unterschiedlichen Punkten den Entwurf kritisiert, zum Teil auch abgelehnt.

Um nur ein Beispiel zu nennen: Der Weiße Ring hat, nachdem er dargestellt hat, dass er vielen Initiativen der Landesregierung in der Vergangenheit zugestimmt hat, unter anderem ausgeführt, dass er sich den vorliegenden Gesetzentwurf über die Unterbringung besonders rückfallgefährdeter Straftäter allerdings nicht zu Eigen machen möchte. Der Weiße Ring führt dann zu einzelnen Punkten aus, weshalb der Entwurf seines Erachtens aus rechtlichen Gründen in dieser Form nicht Gesetz werden sollte.

Der Verein der Richter und Staatsanwälte hat – wie übrigens auch andere Organisationen – keine schriftliche Stellungnahme abgegeben. Wir wissen aber von dem Verein, dass ihm der vorgegebene Zeitrahmen zu kurz war.

Angesichts dieser Situation wurde von Mitgliedern des Ausschusses wiederholt eine öffentliche Anhörung gefordert. Sie wurde aber nicht durchgeführt.

Der Regierungsentwurf hat im Rahmen der Ausschussberatung einige Änderungen erfahren, Herr Rech.

(Abg. Rech CDU: Ich weiß! Ich lese es gerade!)

Zum einen sind aufgrund eines Antrags der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP/DVP sinnvolle gesetzestechnische Änderungen beschlossen worden. Zum anderen ist – auch aufgrund eines Antrags dieser Fraktionen – neu geregelt worden, dass für alle Verfahren nach diesem Gesetz dem Betroffenen ein Rechtsanwalt als Beistand zur Seite gestellt wird, dass für alle Verfahren nach diesem Gesetz vom Gericht ein Sachverständigengutachten einzuholen ist und dass das Gericht höchstens eine Jahresfrist festsetzen kann, vor deren Ablauf ein Prüfungsantrag des Betroffenen unzulässig ist. Das entspricht zum Teil Anregungen eines im Innenausschuss vorgelegten Antrags der SPD. Weiter gehende Vorschläge der SPD fanden im Ständigen Ausschuss keine Mehrheit.

Der Justizminister konnte im Ausschuss auf ausdrückliches Befragen keine konkreten Fälle benennen, die eine sofortige Gesetzesregelung notwendig machen. Das heißt, es liegen keine Erkenntnisse darüber vor, dass in den nächsten

(Bebber)

Wochen und Monaten Straftäter entlassen werden müssen, bei denen in den Vollzugsanstalten Erkenntnisse vorliegen, die die Anwendung des neuen Gesetzes erfordern. Der Justizminister erklärte wörtlich, er gehe davon aus, dass auch derzeit Inhaftierte betroffen sein könnten.

Das war mein Bericht als Berichterstatter.

(Abg. Brechtken SPD: Darf man beim Berichterstatter klatschen? Dann klatsche ich noch! – Abg. Schmiedel SPD: Nein, er ist neutral! – Abg. Rech CDU: Habt ihr da viel diskutiert?)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Rech.

**Abg. Rech** CDU: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sind uns, glaube ich, in vielen Punkten einig.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Der nicht anwesende Kollege Rech!)

– Herr Kollege Oelmayer, ich habe nicht nur den Herrn Berichterstatter eben gehört, sondern auch das Protokoll über die Beratungen des Ständigen Ausschusses gelesen. Deswegen kann ich noch einmal sagen: Wir sind uns in vielen Punkten einig, beispielsweise darin, dass eine Regelungslücke – ich könnte wohl treffender sagen: eine Sicherheitslücke – besteht und diese zum Schutz der Bevölkerung vor Sexualstraftätern und vor Gewaltverbrechern geschlossen werden muss.

Meine zweite Feststellung: Wenn der Bund nicht kann oder nicht will, dann müssen wir es machen. Es besteht Handlungsbedarf, und mit diesem Gesetz handeln wir.

Das Restrisiko, das schon mehrfach Gegenstand von Erörterungen hier und im Ausschuss war, ist klar angesprochen worden; darüber gibt es keinen Zweifel. Aber, Herr Kollege Oelmayer – wir sind gerade im visuellen Dialog –, Sie haben bei der ersten Lesung davon gesprochen – ich darf zitieren –, dass wir uns in einem rechtsstaatlichen Grenzbereich bewegen würden, dass nicht klar sei, ob das Land in diesem Bereich Gesetzgebungskompetenz habe, und dass nicht klar sei, ob der Eingriff in die persönliche Freiheit noch dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz entspreche.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: So stark ist die Verunsicherung nicht!)

Diese Fragen sind in der Tat zu diskutieren, und das haben wir getan. Aber Sie kommen zu einem Schluss, den ich nicht unterstreiche

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das hätte mich ja auch gewundert!)

– Herr Präsident, ich darf aus dem Protokoll über die erste Lesung zitieren –: Wenn das Gesetz einer gerichtlichen Überprüfung nicht standhält, hätten wir

eine Botschaft in unser Land hinausgesandt, dessen Menschen davon ausgehen, dass hier Gesetze beschlossen werden, die auch rechtsstaatlich abgesichert sind. Wenn das in diesem Fall nicht so sein sollte, dann

leidet das gesamte Parlament unter der Schmälerung der Reputation, die es im Land bei rechtsstaatlichen Fragen durchaus genießt.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Gut, oder?)

– So weit, so gut. – Jetzt frage ich: Wie heißt demgegenüber die Botschaft, wenn wir nichts tun,

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Sie müssen doch erst einmal belegen, dass wir etwas tun müssen!)

obwohl es grauenvolle Fälle gegeben hat – zwei ganz schlimme Beispiele wurden bei der Ersten Beratung genannt; lesen Sie das nach –

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Nein, nein! Das waren ganz falsche!)

und obwohl uns Anstaltsleiter sagen, dass sie immer wieder auch Häftlinge in die Freiheit entlassen müssten, bei denen das Rückfallrisiko geradezu mit Händen zu greifen sei? Dabei geht es um Straftäter, die während der Haftzeit eine erschreckende Aggressivität und Gewaltbereitschaft entwickelt haben, Straftäter, die Therapien strikt ablehnen, und Straftäter, die damit prahlen, ihre sexuellen Abartigkeiten demnächst in Freiheit wieder ausleben zu können, und sich gleichzeitig gegen jegliche Therapie zur Wehr setzen. Nein, Herr Kollege Oelmayer: Wir haben den Mut, für diese außergewöhnlichen Fälle – es sind nur wenige Fälle; auch darüber sind wir einig – außergewöhnliche gesetzgeberische Maßnahmen zu ergreifen. Lieber, meine Damen und Herren, tragen wir ein rechtliches

(Abg. Ingrid Blank CDU: Ja!)

oder, wenn Sie so wollen, ein politisches Restrisiko,

(Abg. Ingrid Blank CDU: Ja!)

als dass wir unsere Bürger dem Risiko aussetzen, zum Opfer solcher Straftäter zu werden. Mut und Handlungsfähigkeit werden von uns erwartet.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Ja! – Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Zu den Bedenken:

Die Befürchtung fehlender Gesetzgebungskompetenz ist nach dem Gutachten des Herrn Professor Würtenberger, glaube ich, ausgeräumt.

Auch die Bedenken bezüglich des Urteils des Europäischen Gerichtshofs, das in die Anhörung der SPD-Fraktion durch das Gutachten des Herrn Dr. Kinzig vom Freiburger Max-Planck-Institut eingeführt wurde und in einem litauischen Fall ergangen ist, sind nach meinem Dafürhalten in vollem Umfang ausgeräumt. Diese Entscheidung aus dem Jahr 2000 betrifft in der Tat einen ganz anderen Fall. Der Betroffene war lediglich einer Straftat verdächtig. Zur Unterbindung weiterer Straftaten wurde er in Präventivgewahrsam genommen. Gegen diesen Betroffenen hat noch nicht einmal ein hinreichender Tatverdacht im Hinblick auf die

(Rech)

Straftat, die er begangen haben sollte, vorgelegen. Dazu sagt der EuGH in der Tat: Solche präventiven Maßnahmen müssen und dürfen nur darauf abzielen, den Betroffenen vor einen Richter zu stellen, und sie dürfen nicht darauf abzielen, ihn von weiteren Straftaten abzuhalten, wenn noch nicht einmal die erste überhaupt rechtskräftig festgestellt ist.

Das Unterbringungsgesetz des Landes betrifft eine ganz andere Fallkonstellation, nämlich die der Sicherungsverwahrung nach einem Strafurteil. Dies ist auch in der Rechtsprechung des EuGH durchgängig als zulässig erachtet worden. Es gibt nicht ein Urteil, das das Gegenteil sagt. Deswegen gehen wir in die richtige Richtung.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Das ist interessant! – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Haben Sie da alle Urteile nachgeguckt? – Abg. Bebbler SPD: Zu diesem Fall gibt es überhaupt kein Urteil! – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Da gibt es überhaupt kein Urteil! Da wird es aber bald eines geben! – Unruhe)

– Ich habe die Kommentare nachgelesen. Gerade der Fall, den ich Ihnen geschildert habe, wird ausführlich kommentiert.

Wir wollen mit diesem Gesetz, meine Damen und Herren, zu mehr Sicherheit beitragen.

(Abg. Bebbler SPD: Es gibt aber keine nachträgliche Unterbringung, wie wir sie machen!)

Ich denke, dass rückfallgefährdete Straftäter damit auch dazu bewogen werden können, die Resozialisierungsangebote im Strafvollzug anzunehmen und insbesondere an einer den Rückfall verhindernden Therapie teilzunehmen. Vielleicht brauchen wir mehr Therapieplätze, ganz sicher sogar. Aber wir brauchen auch mehr Druck gerade auf diese Tätergruppe, von der wir hier reden, von diesen Angeboten dann tatsächlich auch Gebrauch zu machen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Bebbler.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt kommt es gleich!)

**Abg. Bebbler SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Rech, wenn wirklich die Zuständigkeit des Bundes gegeben wäre, dann wäre das unter Umständen wieder problematisch. Sie haben das so locker angesprochen. Wir sind ja davon ausgegangen, dass die Bundeszuständigkeit gerade nicht gegeben ist

(Abg. Rech CDU: Ja, das habe ich ja gesagt!)

und wir auf polizeirechtlichem Gebiet die Möglichkeit haben, eine landesrechtliche Regelung zu treffen.

(Abg. Rech CDU: Das habe ich ja gesagt! – Gegenruf des Abg. Brechtken SPD: Das Problem ist: Das eine schließt das andere aus!)

Wir haben die begründete Befürchtung, dass der von der Landesregierung vorgelegte Entwurf nicht zum Ziel führt. Auch nachdem in drei Punkten im Ständigen Ausschuss Abänderungen erfolgt sind, bleiben gravierende Schwachstellen im Gesetzentwurf. Diese Schwachstellen bergen die große Gefahr, dass entweder die gesetzliche Regelung im Ernstfall als verfassungswidrig aufgehoben wird oder aber die für die Unterbringung angeführten Gründe vom Gericht nicht akzeptiert werden können, weil das Verfahren nicht einwandfrei ist. Wenn das so schief ginge, dann hätte das die Folge, dass das Vertrauen in den Rechtsstaat erheblichen Schaden erlitte. Nach unserer Auffassung ist ein solcher Schaden vermeidbar, wenn man ein handwerklich ordentliches Gesetz macht.

Wir meinen, man hätte bei der Beratung den Sachverstand mithilfe einer mündlichen Anhörung ausführlich einbeziehen sollen. Wir haben auf Fraktionsebene eine Anhörung durchgeführt und haben zusätzlich zu schriftlich vorliegenden Äußerungen Sachverständige anderer Einrichtungen und Organisationen gehört: die Präsidentin des Vereins der deutschen Strafverteidiger, den Kriminologen Dr. Kinzig vom Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Oberregierungsrat Ullenbruch von der JVA Freiburg, den Präsidenten des Amtsgerichts Stuttgart, Herrn Bort, Herrn Staatsanwalt a. D. Nusser, beide vom Verein der Richter und Staatsanwälte, sowie den ehemaligen Leiter des Zentrums für Psychiatrie in Emmendingen. Sie alle haben erhebliche Kritik vorgebracht, und es wäre weiß Gott bei einem Gesetz, mit dem wir, übereinstimmend gesagt, Neuland betreten, dringend angezeigt gewesen, eine öffentliche Anhörung durchzuführen, bei der dann auch Rückfragen bei den Sachverständigen möglich gewesen wären und die Sachverständigen untereinander ihre Argumente hätten austauschen können.

Das wäre auch in dem vorgegebenen Zeitrahmen noch möglich gewesen. Wir hätten das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode verabschieden können, wenn eine öffentliche Anhörung rechtzeitig vorbereitet worden wäre.

(Beifall des Abg. Birzele SPD)

Selbst jetzt zum Schluss wäre es noch möglich gewesen, eine gemeinsame Anhörung des Innenausschusses und des Ständigen Ausschusses durchzuführen.

Es war lediglich – ich schätze das nicht gering – Professor Würtenberger, der von der Landesregierung den Auftrag zum Sachverständigengutachten hatte, der keine Bedenken gegen diesen Gesetzesvorschlag hatte.

Die SPD hat konkrete Vorschläge zur Änderung unterbreitet. Sie beinhalteten – ich will es so kurz und so schnell machen, wie es geht –, dass nicht die Vollzugsanstalt Antragsteller für die nachträgliche Unterbringung sein soll, sondern eine polizeiliche Behörde. Was im Gesetz, übrigens durchgängig, drin ist, das ist ein Mischmasch von polizeirechtlichen Maßnahmen und Strafverfahrensregeln. Die Gutachter haben alle gesagt: Es ist fatal, wenn die Vollzugsanstalt, in der der Betreffende untergebracht ist, auch noch den Antrag auf weitere Unterbringung stellen soll. Hinterher ist dieser Mensch dann in genau dieser Vollzugsanstalt. Da passiert dann nichts Gescheites mehr an Therapie und Ähnlichem.

(Bebber)

Genauso ist es, wenn ein Sachverständiger aus der Vollzugsanstalt ein Gutachten abgeben soll. Wenn der Betroffene hinterher in die Anstalt zurückkommt und den gleichen Gutachter vorfindet, gibt es keine vernünftige Therapie mehr. Das heißt, ein Betroffener muss ein Vertrauensverhältnis zu einem Therapeuten haben, sonst taugt die Therapie nichts.

Es ist von den Gutachtern auch gesagt worden: Wenn man einen Therapeuten aus der Anstalt nimmt, dann wird sich der Betreffende in der Anstalt schon entsprechend benehmen. Gerade diese potenziellen Straftäter werden so eingestuft, dass sie sich hervorragend auf ihre Umgebung einstellen können und dann Wohlverhalten zeigen. Man wird gerade denen, die man äußerlich, vom Verhalten her greifen will, im Vollzug nichts anmerken, was dazu führen könnte, dass hinterher der Antrag auf nachträgliche Unterbringung gestellt wird.

(Abg. Rech CDU: Das glaube ich nicht! – Abg. Kiesswetter FDP/DVP: Ein Außenstehender kann das?)

– Ich sage Ihnen etwas ganz anderes. Wenn ein Architekt beim Bau Ihres Hauses Fehler gemacht hat, kämen Sie doch auch nicht im Entferntesten auf die Idee, genau diesen Architekten hinterher als Sachverständigen im Bauprozess zu bestellen.

(Abg. Ingrid Blank CDU: Das ist ja zynisch, der Vergleich!)

– Nein, das ist nicht zynisch. Es ist eine Befangenheit da. Das soll damit ausgedrückt werden, nicht mehr und nicht weniger. Der Leiter der Anstalt muss eben Informationen an den Gutachter weitergeben, so wie das sonst auch immer der Fall ist. Therapeuten explorieren ihre Mandanten, auch ohne dass sie sie vorher jemals gesehen oder gekannt haben. Das ist der normale Vorgang, übrigens in jedem Strafprozess.

Mir läuft jetzt die Zeit davon. – Wir haben die Fristen anders setzen wollen, wir haben verschiedene Einzelregelungen anders fassen wollen. Herr Kiesswetter, ich halte das für zynisch, was Sie im Ausschuss vorgetragen haben: Die vorgetragenen Kritikpunkte seien lebens- und praxisfern. Das waren haarscharf die Punkte, die uns die angehörten Sachverständigen genannt haben: Rechtsanwälte, Staatsanwälte, Therapeuten, Vollzugsbedienstete, alles Leute aus der Praxis, und auch der Weiße Ring, der sich für den Opferschutz einsetzt wie sonst niemand.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Oelmayer.

**Abg. Oelmayer** Bündnis 90/Die Grünen: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meinen Beitrag im Rahmen der Zweiten Beratung möchte ich an und für sich dafür nutzen, für unsere Fraktion nochmals auf den Punkt zu bringen, warum wir dieses Gesetzesvorhaben der Landesregierung ablehnen.

Ich bin dem Herrn Kollegen Berichterstatter dankbar dafür, dass er dem hohen Haus einen Bericht erstattet hat und diesen mit dem Hinweis eingeleitet hat, dass alle Fraktionen dieses Hauses der Auffassung sind, dass gefährliche Straftäter nicht ohne Not in die Freiheit entlassen werden dürfen.

(Zurufe von der CDU, u. a. Abg. Hans-Michael Bender: Da muss man auch den Mut haben, das zu entscheiden! – Gegenruf des Abg. Bebber SPD: Das ist nicht eine Frage des Mutes!)

Aber, Herr Kollege Rech, es verwundert mich schon, dass Sie, wenn Sie mich zitieren und dabei die richtigen Schlüsse mit zitieren, diese Schlüsse mit Ihrem juristischen Sachverstand nicht nachvollziehen können.

Ich möchte in drei Punkten nochmals begründen, warum wir diesen Gesetzentwurf ablehnen.

Der erste Grund liegt in der Verfahrensgeschwindigkeit, die hier an den Tag gelegt wird.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Weder der Innenminister, der bei diesem Tagesordnungspunkt gar nicht mehr anwesend ist,

(Zurufe von der CDU: Doch!)

noch der Justizminister haben mir diese Eile bisher begründen können. Eine der ersten Botschaften, die ich bei meiner juristischen Ausbildung in öffentlichem Recht, in Staatsrecht mitgenommen habe, war die, dass es für Gesetzesvorhaben immer auch Erfordernisse geben muss. Weder der Justizminister noch der Innenminister haben dargelegt, dass es derzeit mehrere konkrete Fälle geben würde, die unter die beabsichtigte gesetzliche Regelung fallen würden, die jetzt entlassen werden müssten, wenn es dieses Gesetz nicht gibt.

(Abg. Rech CDU: Das ist aber kein Erfordernis!)

Das heißt aber im Klartext, dass die von Ihnen an den Tag gelegte Eile nicht notwendig ist. Herr Kollege Bebber, da beziehe ich mich jetzt einfach auf die Anträge, die die SPD-Fraktion im Ausschuss eingebracht hat und die Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfractionen, nur oberflächlich beraten haben.

(Zuruf des Abg. Haasis CDU)

All die Bedenken, die in diesen Anträgen formuliert sind, machen unseres Erachtens deutlich, dass das Gesetzesvorhaben an vielen Stellen auf jeden Fall noch einer handwerklichen Überprüfung bedurft hätte.

Das heißt aber auch, dass dann, wenn die Geschwindigkeit bei diesem Gesetzesvorhaben hätte begründet werden können – das könnte der Justizminister wohl als Einziger in diesem Haus, weil er die Übersicht über den Kreis der zu entlassenden Straftäter hat –, schon bei den Beratungen im Ausschuss und im Rahmen der Ersten Beratung, ein anderer Sachverhalt vorliegen würde. Da er dies aber nicht kann, ist diese Eile nicht angezeigt.

(Oelmayer)

Ein zweiter Punkt sind die verfassungsrechtlichen Argumente. Herr Kollege Rech, es ist natürlich schön, wenn Sie sagen, Sie könnten die Bedenken verstehen.

(Zuruf des Ministers Dr. Schäuble)

Auch Sie, Herr Innenminister, können als ehemaliger Justizminister die Bedenken verstehen. Aber Sie ziehen daraus keine Schlüsse und liefern nicht einmal eine Begründung dafür, dass Sie dieses Gesetzesvorhaben in dieser Eile durch das hohe Haus ziehen wollen.

(Zuruf des Abg. Rech CDU)

Insofern wird es für uns völlig unerklärlich, dass Sie jetzt eine verfassungsrechtliche Gratwanderung vornehmen wollen, ohne dafür die erforderliche Begründung zu liefern.

(Minister Dr. Schäuble: Ach ja!)

Unsere verfassungsrechtlichen Überlegungen beziehen sich zum einen auf die Gesetzgebungskompetenz. Das haben wir schon vorgetragen. Zum anderen beziehen sie sich auf die Frage der Verhältnismäßigkeit.

(Zuruf des Abg. Hans-Michael Bender CDU)

Gerade der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz findet an vielen Stellen der diesem Haus von der SPD wieder vorgelegten Anträge seinen Ausdruck. Ich bin mir nicht sicher, Kollege Bender, ob uns in einer öffentlichen Anhörung, bei der wir nicht nur einen Sachverständigen hätten hören können – die Landesregierung hat nur einen beauftragt –, nicht weitere Argumente vorgetragen worden wären, die gegen das vorliegende Gesetzesvorhaben gesprochen hätten.

(Abg. Hans-Michael Bender CDU: Bedenkenträger gibt es immer!)

Das heißt im Klartext, dass es uns, wie ich schon bei der Einbringung und bei der ersten Lesung für unsere Fraktion dargetan habe, nicht darum geht, Menschen, die tatsächlich rückfallgefährdet sind, ohne Not in die Freiheit zu entlassen, sondern darum, mit dieser Ultima-Ratio-Regelung der Sicherungsverwahrung wirklich so restriktiv wie möglich umzugehen. Herr Innenminister, diese Restriktion kann ich in dem Gesetzesvorhaben nicht erkennen.

Ein letzter Punkt zu diesem Gesetzesvorhaben, den ich ansprechen möchte – ich komme dann zum Schluss, Herr Präsident –,

(Minister Dr. Schäuble: Das ist ein guter Vorsatz!)

ist das Thema der Therapieplätze. Herr Innenminister, es wäre gut, wenn Sie da zuhörten.

Vor wenigen Tagen habe ich auf eine Anfrage in einem Antrag, wie es denn mit Therapieplätzen in Baden-Württemberg aussehe, zwei Antworten erhalten: Erstens, man könne es von der Zahl und der Dauer her nicht genau sagen, und zweitens, was die Sozialtherapeutische Anstalt Baden-Württemberg anbelange, gebe es im Moment eine Wartezeit von einem Jahr. Wenn Sie diese Antworten der Landesregierung, die Sie ja sicherlich mittragen, weil Sie

Mitglied dieser Landesregierung sind, ernst nehmen, müssen Sie erst alle Möglichkeiten ausschöpfen, ein flächendeckendes und für alle Menschen zur Verfügung stehendes Therapieangebot in den Strafvollzugsanstalten des Landes Baden-Württemberg auszubauen. Erst dann kann die Ultima-Ratio-Regelung greifen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen – Abg. Rech CDU: Bleib einmal stehen, Thomas! – Minister Dr. Schäuble: Er flüchtet! – Zuruf von der CDU: Nach einer solchen Rede wäre ich auch geflüchtet!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Kiesswetter.

**Abg. Kiesswetter FDP/DVP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst stelle ich fest, dass alle Fraktionen hier im Haus einem solchen Gesetz bzw. dem entsprechenden Gedanken im Prinzip zustimmen würden.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Dass jeder zustimmt, versteht jeder!)

Das kann ich als Grundkonsens sagen.

Wir haben im Ausschuss vom Justizminister gehört, dass in den letzten fünf Jahren etwa 20 Fälle unter dieses Gesetz gefallen wären.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

– So hat er vermutet. Wir haben nur keine Statistik darüber, aber die Erfahrung der Leiter der Vollzugsanstalten war, dass etwa 20 Leute darunter fallen würden. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, dass in einem Jahr vier bis fünf darunter fallen. Deshalb besteht auch die Notwendigkeit, das Gesetz noch in dieser Legislaturperiode zu verabschieden. Das hat der Justizminister im Ausschuss gesagt. Es wurde im Bericht nicht erwähnt, und Sie haben es jetzt auch nicht erwähnt.

(Abg. Bebber SPD: Doch, im Bericht steht es drin, und ich habe es zitiert!)

Dass wir mit diesem Gesetz nicht alle erfassen können, ist klar. Wenn sich einer anpasst, wenn einer sein Wohlverhalten zeigt und trotzdem im Hinterkopf hat, wieder strafbare Handlungen begehen zu wollen, werden wir ihn nie packen. Der hat sich angepasst. Wie soll der denn nach außen irgendetwas dokumentieren? Deshalb ist Ihr Beispiel ganz klar, Herr Bebber, dass man den nicht fasst. Wir werden nur solche erkennen, die irgendwo dokumentieren, dass sie wieder strafbare Handlungen begehen würden. Die sollen in eine Therapie kommen, wenn sie so weit sind, dass sie sich outen. Nur die kann man treffen.

Deshalb ist Ihr Argument, es sollten Sachverständige von außen kommen, neben der Sache, meine ich. Die Anstaltsleitung selbst muss entscheiden. Das ist doch ganz klar. Die kennt die Person und hat über Jahre hinweg Erfahrungen mit ihr, weiß, ob sie solche Äußerungen gemacht hat, ob sie gewalttätig ist, ob sie sich resozialisiert hat oder nicht, ob sie wieder strafbare Handlungen begehen möchte.

(Kiesswetter)

Wer anders soll das denn machen? Sollen die Regierungspräsidenten entscheiden? Die können doch auch nur auf den Bericht der Anstaltsleiter Bezug nehmen. Da kann man, meine ich, gleich den nehmen, der die Entscheidung trifft. Der soll auch den Antrag stellen.

Es muss ein Sachverständiger aus der Anstalt sein, der die Person begutachtet. Der Sachverständige soll ja objektiv prüfen, ob jemand gewalttätig ist. Vielleicht kommt er in vielen Fällen dazu, zu sagen: „Nein, der ist nicht mehr gewalttätig; der ist resozialisiert, der kommt heraus.“ Aber wenn ein Anstaltsleiter nach jahrelangen Beobachtungen zum Ergebnis kommt, der Betreffende sei weiterhin gewaltbereit, wird dies noch von einem außenstehenden Sachverständigen überprüft. Ich halte diese Regelung für sinnvoll und praktikabel. Alles andere ist tatsächlich lebensfremd. Dabei bleibe ich, auch wenn Sie mich mit dieser Aussage aus dem Ausschuss schon zitiert haben. Ich sage das auch öffentlich: Ihre Vorschläge entsprechen nicht der Praxis. Ich kenne mich in der Praxis etwas aus. Ich halte es für lebensfremd, von außen über Leute, die in einem Gefängnis sind, zu urteilen. Das können nur Insider.

Deshalb meine ich, dass dieses Gesetz, wenn man eine solche Regelung befürwortet, richtig ist und allen Vorschriften entspricht, alle rechtsstaatlich gebotenen Hürden beinhaltet. Es enthält ein Gerichtsverfahren. Das Verfahren ist öffentlich; ein Anwalt ist beigeordnet. Alle diese Anforderungen sind in dem Gesetzentwurf gewährleistet, um den Rechtsstaat zu sichern. Deshalb, meine ich, sind die verfassungsrechtlichen Bedenken, die man bei einem Gesetz, das die Ultima Ratio ist, durchaus immer haben kann, ausgeräumt. Man kann durchaus verfassungsrechtliche Bedenken äußern. Aber wenn man das Gesetz will – und beide, sowohl die Grünen . . .

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bebbler?

**Abg. Kiesswetter** FDP/DVP: . . . als auch die SPD, haben gesagt, im Prinzip wollten sie dieses Gesetz –, kann man sich, meine ich, einigen. Dieser Gesetzentwurf ist richtig. Auch die Gutachten der Sachverständigen haben eigentlich nichts Neues gebracht, meine ich. Einige haben ihn abgelehnt und gesagt, sie wollten ein solches Gesetz nicht – das ist deren Meinung –, und auch die Strafverteidiger haben gesagt, sie wollten kein solches Gesetz.

(Zuruf von der SPD: Das ist aber auch begründet!)

– Okay, das ist begründet. Das ist deren Recht. – Aber Sie wollen das Gesetz ja. Das ist das Erstaunliche: Sie sagen, wir bräuchten ein solches Gesetz. Dann, meine ich, muss man dem auch zustimmen.

Ich sehe gegen den Gesetzentwurf keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Die Frage der Gesetzgebungskompetenz haben wir hier ausgiebig erörtert. Der Bund und auch wir sagen, dass das Land unter polizeirechtlichen Gesichtspunkten zuständig ist. Der Schutz des Bürgers ist wichtig. Deshalb sollten wir diesen Gesetzentwurf so beschließen.

(Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Kiesswetter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Bebbler?

**Abg. Kiesswetter** FDP/DVP: Ja.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Bebbler, Sie haben das Wort.

**Abg. Bebbler** SPD: Mit etwas zeitlicher Verzögerung, aber es passt noch hinein.

Macht es Sie überhaupt nicht misstrauisch, dass alle angehörten Sachverständigen – außer einem, der etwas zur Zuständigkeit gesagt hat – erhebliche Kritikpunkte vorbringen? Sehen Sie sich dann immer noch auf der Seite dessen, der gewissermaßen das Recht und den richtigen Weg hat? Können Sie sich nicht vorstellen, dass an den Argumenten dieser Sachverständigen etwas dran sein könnte und man den Gesetzentwurf auch ändern kann? Das wäre ja bedenkenlos.

Wir wollen das Gesetz ja. Aber wir wollen es so sicher formulieren, dass es nicht bei erster Gelegenheit vom Gericht aufgehoben wird.

**Abg. Kiesswetter** FDP/DVP: Wenn Sie mir jetzt noch sagen würden, welche verfassungsrechtlichen Bedenken Sie haben.

(Abg. Schmiedel SPD: Alle!)

– Das ist schon sehr allgemein gehalten. Ich würde mich mit jedem einzelnen Argument auseinander setzen. Nennen Sie mir einen konkreten Punkt.

(Abg. Bebbler SPD: Sie haben es doch schriftlich vorliegen! – Abg. Redling SPD: Sie haben es doch abgelehnt! Das ist doch Scheinheiligkeit!)

– Wir haben die Bedenken geprüft und sind der Meinung, dass man diese Entscheidung hier treffen kann. Wir stehen doch in einem Rechtsverfahren. Wir entscheiden, wie ein Gesetz aussieht. Wir meinen, dass man es so beschließen kann.

Wir können auch andere Sachverständige zitieren. Herr Würtenberger sagt, das Gesetz sei in Ordnung.

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Einer!)

Er sieht keine verfassungsrechtlichen Bedenken. Da haben wir doch einen Sachverständigen, der das Gesetz für verfassungsrechtlich einwandfrei hält. Man kann nicht einfach sagen, alle Sachverständigen hätten Bedenken gehabt. Das stimmt nicht. Manche hatten technische Anmerkungen; die haben wir aufgenommen. Wir haben am Gesetzentwurf gewisse Änderungen vorgenommen, und ich meine, wir sollten dieses Gesetz jetzt riskieren.

(Beifall des Abg. Kiel FDP/DVP)

Wir setzen es durch und werden dann in der Praxis sehen, ob es funktioniert. Wir meinen, wir sollten das Risiko eingehen; denn der Schutz der Bevölkerung ist uns jetzt wichtig.

(Kiesswetter)

tiger. Dieses Risiko müssen wir übernehmen. Das war die Meinung der beiden regierungstragenden Fraktionen.

Ich bedanke mich.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Troll.

**Abg. Troll REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Alles, was heute über die Unterbringung besonders rückfallgefährdeter Straftäter gesagt wurde,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

ist auch schon in der 102. Plenarsitzung am 31. Januar 2001 gesagt worden. Die Ausgangslage für die Zweite Beratung des vorliegenden Gesetzentwurfs ist unverändert. Es ist an der Zeit, dass sich dieses Parlament nicht länger bei einer so wichtigen Frage ausbremsen lässt.

Ich halte den Gesetzentwurf für ausreichend beraten. Wir Republikaner fordern seit Jahren ein solches Gesetz. Für die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land ist es nebensächlich, ob dieses Gesetz auf bundes- oder auf landesrechtlicher Grundlage beschlossen wird. Die Menschen verstehen den in ihren Augen akademischen Streit der von ihnen ins Parlament gewählten Vertretern darüber, wer letztlich zuständig ist, nicht. Als schlimm empfinden sie die bisherige, jahrzehntelange Untätigkeit der für die innere Sicherheit verantwortlichen Regierungen. Dieser Vorwurf – ich belege ihn mit dem Begriff „Tun durch Unterlassen“ – richtet sich zuerst gegen die CDU.

Es ist Ihre Partei, Herr Innenminister – er ist momentan nicht anwesend –, die sich selbstverliebt als die bestimmende politische Kraft in Baden-Württemberg ausgibt. Da es aber stimmt, was Sie, Herr Dr. Schäuble, am 31. Januar von dieser Stelle aus gesagt haben – ich zitiere –, dass „dieser Gesetzentwurf im Grunde genommen der bestmögliche Opferschutz ist“, müssen Sie sich fragen lassen: Warum haben Sie, der Sie seit über zehn Jahren die Regierungspolitik mit zu verantworten haben, warum hat Ihre Partei als vorgeblich bestimmende Kraft im Land den Bürgerinnen und Bürgern Baden-Württembergs über 40 Jahre lang diesen bestmöglichen Opferschutz verweigert?

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Das ist richtig!)

Das Problem ist doch nicht erst jetzt quasi vom Himmel gefallen.

Herr Kollege Bender hat ebenfalls am 31. Januar reklamiert, dass ohne dieses Gesetz der Schutz unserer Bürger und Bürgerinnen für Leib und Leben bewusst aufs Spiel gesetzt werde und dies aus rechtsstaatlicher Sicht nicht hingenommen werden könne. Richtig, Herr Bender. Sie räumen damit aber ein, den beklagten Zustand jahrzehntelang hingenommen zu haben.

Herr Innenminister, wir stimmen dem Gesetzentwurf zu. Nur – und da besteht ein für die Bürger sichtbarer Unterschied zwischen Ihnen und uns –: Sie haben dieses Problem erstmals im Jahr 2001 hier zur Sprache gebracht. Die

Republikaner haben aber bereits 1992 und 1993 auf dieses schon immer bestehende Problem hingewiesen.

(Beifall bei den Republikanern)

Unsere Forderungen wurden damals von den Sozis unter dem Beifall auch Ihrer Parteigänger, Herr Dr. Schäuble, als Beleg für rechtsextremistische Gesinnung und gegen die Menschenwürde gerichtete Agitation verhetzt.

(Abg. Deuschle REP: So was!)

Heute rätseln wir, was so furchtbar Extremistisches wir seinerzeit gefordert haben, nachdem unsere Forderungen jetzt im Gesetzentwurf der Landesregierung vorliegen.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Wir haben damals den betreffenden Straftätern weder die Menschenwürde noch das Recht auf körperliche Unversehrtheit aberkannt.

(Abg. Deuschle REP: Ganz im Gegenteil!)

Wir haben nicht wie eine Gliederung Ihrer Partei im Kreis Göppingen 1996 vom Büro des Bundestagsabgeordneten Riegert aus gefordert – ich zitiere –, „einer solchen Bestie das Recht auf körperliche Unversehrtheit und ein Leben in Freiheit zu verwehren“, und – ich zitiere weiter – „die chemische Triebeinschränkung des Täters um jeden Preis“, Forderungen, die ein Funktionär der Jungen Union als erlaubte, bewusste Provokation bei einem solchen Thema rechtfertigt

(Zuruf des Abg. Scheuermann CDU)

und die Ihr Abgeordneter Birk als Vorsitzender der Jungen Union Nordwürttemberg laut „NWZ“ Göppingen nur als „wohl etwas brutal dargestellt“ kommentiert hat.

(Abg. Deuschle REP: Hört, hört!)

Auch die Aussage Ihres Bundestagsabgeordnetenkollegen Riegert, wonach es wohl das Vorrecht der Jugend sei, einen Sachverhalt etwas verschärft darzustellen, spricht für sich.

Fakt ist: Von dieser öffentlich gegen die Menschenwürde und das Grundgesetz betriebenen Agitation haben sich weder der CDU-Abgeordnete Birk noch der Landesvorsitzende der CDU unmissverständlich distanziert.

Auch Sie, Herr Innenminister, der Sie mit dem Brevier Ihres Verfassungsschutzes unter dem Arm wie mit einer Monstranz durchs Land laufen, haben Ihrem Parteinachwuchs diese menschenverachtenden Entgleisungen großzügig durchgehen lassen. Ihre Zurückhaltung ist nachvollziehbar. Auch Sie sprachen am 31. Januar wörtlich von „Bestien, um die es geht“. Der von Ihnen für Menschen verwendete Begriff „Bestien“ ist eines auf die Achtung der Menschenwürde verpflichteten Ministers unwürdig.

(Beifall bei den Republikanern – Abg. Deuschle REP: Sehr richtig!)

(Troll)

Ihre Wortwahl legt zudem offen, was Sie anderen nur allzu gern umhängen, nämlich rechtsextremistische und menschenverachtende Einstellung.

Trotzdem: Nicht Ihnen, sondern den Menschen in diesem Land zuliebe stimmen wir dem Gesetzentwurf zu, zumal wir unsere Forderungen endlich erfüllt sehen.

(Beifall bei den Republikanern – Zuruf von der CDU: Inhalt sechs, Vorlesen befriedigend!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat der Herr Justizminister.

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Schutz der Allgemeinheit vor besonders gefährlichen Straftätern ist eine, wenn nicht gar die zentrale kriminalpolitische Herausforderung. Die Landesregierung hat dazu einen ausgewogenen Gesetzentwurf eingebracht, und der Kollege Schäuble hat ihn bei der ersten Lesung engagiert und eingehend begründet.

(Abg. Birzele SPD: Mit großer Skepsis!)

Meine Damen und Herren, das Ziel dieses Gesetzentwurfs ist es, zukünftige Opfer von Straftaten zu vermeiden. Es geht um Prävention. In unseren Gefängnissen sitzen immer wieder Straftäter, die wir – das ist eine Tatsache – bei der jetzigen Rechtslage zum Strafende entlassen müssen, obwohl wir sicher sind, dass diese Täter nach ihrer Entlassung erhebliche Straftaten begehen werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte keinem Opfer sagen müssen: Wir wussten zwar, dass der Täter hinterher mit großer Wahrscheinlichkeit neue schwere Straftaten begehen wird, aber wir hatten Bedenken; wir hatten Bedenken wegen der Zuständigkeit, wegen der Verhältnismäßigkeit; wir hatten Angst, vor dem Verfassungsgericht verklagt zu werden.

Dieses Kompetenzgeschiebe hin und her verstehen die Leute draußen nicht. Sie haben kein Verständnis dafür, dass man Angst vor jedem Risiko hat, dass man etwas, was man als vernünftig erkannt hat, aufgrund von tausend Bedenken nicht macht. Das überzeugt niemanden.

Wir haben etwas anderes gemacht. Wir haben Für und Wider dieses Gesetzentwurfs sorgfältig gegeneinander abgewogen. Sie wissen, dass ich Ihnen jede Frage zum Gesetzentwurf beantworten kann.

(Zuruf von der SPD: Nein!)

– Sie stellen sie zum dritten Mal und tun immer so, als wäre sie unbeantwortet, aber Sie wissen, dass jede Frage beantwortet werden kann.

(Zuruf von der SPD: Es ist doch nicht wahr, dass Sie jede Frage beantwortet haben!)

Wir befinden uns seit Jahren in einer Diskussion darüber, wie man die Gesellschaft vor solchen Straftätern – –

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abg. Birzele?

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Selbstverständlich. Wir können alles noch einmal durchkauen. Bitte schön.

**Abg. Birzele SPD:** Herr Justizminister, nachdem Sie jede Frage zu beantworten in der Lage sind, frage ich Sie:

Erstens: Welche Personen sind in den letzten drei Jahren aus der Haft entlassen worden und wieder straffällig geworden und hätten nach diesem Gesetzentwurf weiter untergebracht werden können?

Zweitens: Welche Personen sind gegenwärtig in den Haftanstalten, deren Entlassung im nächsten halben Jahr ansteht und bei denen nach Ihrer Auffassung die Voraussetzungen für eine weitere Unterbringung gegeben sind?

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Für die Antwort ist für mich relevant, dass wir nach Informationen der Anstaltsleiter in den letzten fünf Jahren etwa 20 Fälle hatten.

(Abg. Birzele SPD: Dann müssten Sie 20 Straftaten gehabt haben! – Gegenruf des Abg. Rech CDU: Nein, zwei! – Abg. Troll REP: Schon einer ist zu viel!)

Außerdem hatten wir vor einigen Jahren einen Fall, den der Kollege Schäuble zitiert hat. Wir hatten aber auch einen vor wenigen Monaten, bei dem der Betroffene jetzt unter dem Verdacht der Vergewaltigung steht – das ist übrigens der Pressemitteilung beigelegt. Ich frage mich außerdem, was Sie mit dieser Fragestellung eigentlich sagen wollen: dass wir etwas, was richtig ist, jetzt nicht machen sollten, weil wir es aus irgendeinem Grund in den nächsten drei Wochen vielleicht nicht brauchten? Bei uns sitzen 9 000 Strafgefangene in den Anstalten. Nehmen wir einmal an, mehrere Hundert Straftäter sitzen – –

(Abg. Birzele SPD: Beantworten Sie doch die Frage! Das wäre viel besser!)

– In der Vergangenheit gab es genug Fälle, und wir müssen monatlich mit einem rechnen. Das ist die Antwort auf Ihre Frage. Ich weiß gar nicht, warum Sie ständig wieder auf diese Frage kommen.

(Beifall des Abg. Rech CDU – Abg. Rech CDU: Genau!)

Für jeden denkenden Menschen ist doch sonnenklar, dass so etwas im nächsten und im übernächsten Monat wieder passieren kann

(Abg. Bebbler SPD: Dann muss die Anstalt jetzt schon den Antrag vorbereiten!)

und dass man in einem Land – jetzt hören Sie sich bitte doch auch die Antwort an – mit 20 Strafanstalten nicht mit Sicherheit sagen kann, ob dieser Fall im Mai oder im Juni eintritt und wer wann genau den Zweidritteltermin vom Gericht zugebilligt erhält.

(Beifall der Abg. Beate Fauser FDP/DVP)

Sie verlangen von mir hellseherische Qualitäten, obwohl völlig klar ist,

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

dass solche Fälle in der Vergangenheit eingetreten sind und dass sie auch in der Zukunft eintreten werden. Das könnte man doch einmal begreifen.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Seit drei Jahren arbeiten wir an diesem Thema. Wir haben den sachverständigen Rat eines angesehenen Rechtswissenschaftlers eingeholt. Wir stützen uns auf das Votum unserer Experten im Innen- und im Justizministerium und sogar auf Stimmen aus dem Bundesministerium der Justiz. – Freunde, Sie hören nicht zu. Was soll eine Anhörung bei jemandem nützen,

(Beifall bei der CDU)

der ohnehin nicht in der Lage ist zuzuhören?

(Abg. Birzele SPD: Sie beantworten ja gar keine Frage! – Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen – Glocke des Präsidenten)

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Oelmayer, wenn Sie sich nach vorne setzen, können Sie Ihre Stimme etwas schonen.

(Heiterkeit – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Die hält das gut aus, Herr Präsident!)

**Justizminister Dr. Ulrich Goll:** Ich mache Ihnen jetzt einen Vorschlag: Sie hören sich den Rest an; Sie versuchen das einfach einmal.

(Abg. Brechtken SPD: Jawohl, Herr Oberlehrer!)

– So muss man manchmal mit kleinen Kindern reden. – Hinterher können Sie dann alle Fragen stellen, die Ihnen dann noch offen zu sein scheinen.

Wir sind überzeugt, dass wir einen verfassungsrechtlich einwandfreien Weg gefunden haben, mit dem wir Opfer vor gefährlichen Straftätern schützen. Dabei geht es um Gefahrenabwehr. Alle Einwände gegen die Landesgesetzgebungskompetenz, die übrigens in letzter Zeit gar nicht mehr deutlich erhoben werden, sind mittlerweile widerlegt. Die Prävention und die Gefahrenabwehr sind eine ureigene Landeskompetenz. Deswegen ist für mich und für den Betrachter, der sich die Sache lange genug angesehen hat, heute eigentlich gar nicht mehr zweifelhaft, dass wir als Land eine Gesetzgebungskompetenz haben.

Sie haben stark betont, dass wir auf eine zusätzliche öffentliche Anhörung verzichtet haben. Dieser Verzicht war nach meiner Meinung auch richtig, weil die wesentlichen Argumente ausgetauscht sind. Meine Damen und Herren, was hätte eine Anhörung denn noch gebracht? Ich glaube schon, dass es Ihnen gelungen wäre, weitere Sachverständige von der Art zu benennen, wie wir sie schon gehabt haben, die zum Beispiel überhaupt gegen eine Sicherungsverwahrung sind, so wie der von Ihnen genannte Sachverständige, der schon gegen die geltende Sicherungsverwahrung ist, wie sie derzeit im Gesetz steht. Das ist für mich so ähnlich, wie wenn ich zu einer bestimmten Operationsform einen Sachverständigen einladen würde, der überhaupt gegen die konventionelle Medizin ist. Ich weiß dann schon, was der sagt. Solche Sachverständige hätten Sie vielleicht ge-

fundun. Aber ich garantiere Ihnen: Wir hätten mindestens genau so viele gefunden, die attestieren, dass der von uns gewählte Weg in Ordnung ist. Also, was soll das Ganze – außer dass es zu einer Zeitverzögerung führt, die niemandem etwas bringt?

Man muss sich am Schluss auch ein Stück weit auf seinen gesunden Menschenverstand verlassen und den Schritt, den wir jetzt tun, beurteilen. Wir tun einen wichtigen und einen logischen Schritt zum Schutz vor Rückfalltätern – nicht mehr und nicht weniger.

Es geht – und das verliert man manchmal ein bisschen aus den Augen – darum, dass das Strafgesetzbuch aktuell ja schon die Sicherungsverwahrung kennt, dass darüber nach der derzeitigen Rechtslage aber schon mit dem Urteil entschieden wird. Wir halten es nicht für sinnvoll, schon mit dem Urteil zu entscheiden, sondern wir meinen, es wäre sinnvoller, kurz vor einer anstehenden Entlassung darüber zu entscheiden. Deswegen verschieben wir in unserem Gesetzentwurf den Beurteilungszeitpunkt nach hinten. Das ist richtig und logisch.

Mir soll einmal jemand sagen, wo eigentlich die verfassungsrechtlichen Risiken dieses Verfahrens liegen, wenn ich bei dem ganzen Verfahren die ursprünglichen Hürden der Sicherungsverwahrung so belasse, wie sie sind, und nur den Zeitpunkt der Entscheidung verschiebe. Natürlich sind Einwände erhoben worden: Europäische Menschenrechtskonvention und Ähnliches. Aber alle diese Einwände müssten sich, wenn man sie ernst nähme, schon gegen die bestehende Sicherungsverwahrung richten, was aber kein vernünftiger Mensch tut. Wir haben bei unserem Gesetz die hohen Hürden, die schon jetzt im Verfahren der Sicherungsverwahrung vorgesehen sind, übernommen und sie sogar um weitere anspruchsvolle Prüfungen ergänzt, so dass man heute sagen muss, dass der Schutz und die rechtsstaatlichen Schutzvorkehrungen in der Summe noch deutlicher zum Ausdruck kommen als bei der Sicherungsverwahrung, die schon jetzt nach dem Gesetz vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren, wir reagieren mit diesem Gesetzentwurf entschlossen auf Gefangene, bei denen die formalen Voraussetzungen der Sicherungsverwahrung erfüllt sind, die sich im Vollzug allen Resozialisierungsbestrebungen widersetzt und entzogen haben und bei denen zwei Sachverständige, von denen einer von außerhalb kommen muss, eine hohe Rückfallgefahr bescheinigen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, in diesen Situationen kann jede Abwägung zwischen den Interessen der möglichen Opfer einer Straftat und dem Interesse des Straftäters, wieder in Freiheit zu kommen, nur zu einem eindeutigen Ergebnis kommen: Der Schutz des Opfers muss den eindeutigen Vorrang genießen.

Unter diesem Vorzeichen stellt sich auch nicht die Frage, ob wir hier reagieren dürfen, meine Damen und Herren, sondern es stellt sich umgekehrt die Frage: Darf man zuwarten? Darf man einen Tag, einen Monat zuwarten, wenn man genau weiß, was man tun könnte, wenn man alle Grundlagen beieinander hat?

(Abg. Rech CDU: Genau, das ist die Frage!)

(Minister Dr. Ulrich Goll)

Das darf man nicht. Man darf keinesfalls zuwarten, bis sich diese Gefahr verwirklicht, bis neue Opfer zu beklagen sind.

Meine Damen und Herren, der Rechtsstaat ist nicht nur für die Täter da, er muss auch für die Opfer da sein.

(Abg. Rech CDU: Deswegen liegt der Birzele so daneben, Bebbber!)

Deswegen bitte ich Sie um Zustimmung zu diesem Entwurf und bedanke mich bei den die Regierung tragenden Fraktionen dafür, dass sie diesen Entwurf im Vorfeld der Beratungen unterstützt haben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Rech.

**Abg. Rech CDU:** Herr Kollege Oelmayer, ich muss einiges zurechtrücken. Ihnen darf man auch nicht den kleinsten Finger des Verstehens entgegenstrecken. Sie beißen sofort zu wie ein hungriges Krokodil.

(Heiterkeit bei der CDU – Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Das ist meine Qualität!)

Ich will bei aller Freundschaft eines sagen; so unwidersprochen nehme ich Ihre Ausführungen nicht hin.

Sie haben die Frage gestellt, welche Botschaft wir ins Land senden würden, wenn das Gesetz, das wir nachher verabschieden, aufgehoben würde.

(Zuruf des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

– Reputation. – Herr Kollege Oelmayer, ich frage Sie: Welche Botschaft senden wir ins Land, wenn wir jetzt nichts tun, obwohl seit Jahren die latente Gefahr besteht und mit Beispielen aus der Vergangenheit auch untermauert wird? Dies ist die Frage: Welche Botschaft senden wir ins Land, wenn wir nichts tun, obwohl wir – und nur wir – handlungsfähig und auch handlungspflichtig sind, wenn wir die Fürsorge für unsere Bürger, die morgen Opfer einer solcher Tätergruppe werden können, nicht ernst nehmen?

Deswegen verabschieden wir das Gesetz, und zwar heute.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, mir liegen in der Allgemeinen Aussprache keine Wortmeldungen mehr vor. Wir kommen daher zur **A b s t i m m u n g**.

Mir ist signalisiert worden, dass die Fraktionen damit einverstanden sind, wenn über den Gesetzentwurf auf der Grundlage der Beschlüsse des Ständigen Ausschusses en bloc abgestimmt wird. Erheben sich dagegen Einwendungen? –

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Nein!)

Dies ist nicht der Fall.

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Danke. Meine Damen und Herren, bei

Gegenstimmen und Enthaltungen ist der Entwurf mehrheitlich angenommen.

Die Einleitung

lautet: „Der Landtag hat am 20. Februar 2001 das folgende Gesetz beschlossen:“.

Die Überschrift

lautet: „Gesetz über die Unterbringung besonders rückfallgefährdeter Straftäter (Straftäter-Unterbringungsgesetz – StrUBG)“. – Das Haus stimmt der Überschrift zu.

Wir kommen zur

**S c h l u s s a b s t i m m u n g**

Wer dem Gesetz im Ganzen zustimmen möchte, den bitte ich, sich zu erheben. – Danke. Wer stimmt dagegen? – Danke. Wer enthält sich? – Danke. Meine Damen und Herren, das Gesetz ist damit bei Stimmenthaltungen und bei Gegenstimmen mehrheitlich angenommen.

Punkt 6 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich rufe **Punkt 7** der Tagesordnung auf:

**a) Bericht des Parlamentarischen Beirats „Neue Steuerungsinstrumente“ und Aussprache**

**b) Beschlussempfehlung des Parlamentarischen Beirats – Auftrag – Ziele – Vorgehensweise – Drucksache 12/5529**

Mir ist mitgeteilt worden, dass sich die Fraktionen darauf geeinigt haben, dass dazu Herr Abg. Dr. Birk spricht und im Übrigen auf Wortmeldungen verzichtet wird. – Ich stelle fest, es erhebt sich kein Widerspruch.

Das Wort hat Herr Kollege Dr. Birk.

**Abg. Dr. Birk CDU:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit Kabinettsbeschluss vom 12. November 1999 wurde die Durchführung des Projekts „Neue Steuerungsinstrumente in der Landesverwaltung“ von der Landesregierung beschlossen

(Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen: Jetzt aber! Freie Rede!)

und debis als Generalunternehmer mit der Projektdurchführung beauftragt. Die landesweite Einführung der neuen Steuerungsinstrumente, bestehend aus den Elementen Erneuerung der kameralen Systeme, dezentrale Budgetverantwortung, Kosten- und Leistungsrechnung . . .

(Unruhe)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, ich darf um etwas mehr Ruhe im Saal bitten!

**Abg. Dr. Birk CDU:** . . . sowie Controlling, soll so rasch wie möglich erfolgen. Diese Instrumente sollen qualitative Verbesserungen durch die Optimierung von Verwaltungsprozessen eröffnen und bedeutende Effizienzpotenziale aufzeigen, die entsprechende Einsparungen in der Verwaltung eröffnen und ermöglichen.

(Dr. Birk)

Der Startschuss zum Projekt NSI fiel am 17. Januar 2000. Das Projekt wird von einem gemeinsamen Projektteam aus Beschäftigten von debis und des Landes durchgeführt. Auf der Landesseite sind das Finanzministerium und das Innenministerium mit der Projektdurchführung beauftragt und betraut. Zur Begleitung dieses Projekts wurde in der Plenarsitzung vom 17. Mai 2000 der Parlamentarische Beirat „Neue Steuerungsinstrumente“ bestellt. In der gleichen Sitzung wurden auch seine Mitglieder vom Plenum gewählt.

Der Beirat hat den Auftrag, sich vornehmlich mit den Auswirkungen der neuen Steuerungsinstrumente auf die Arbeit des Landtags und seine Rechte zu beschäftigen. In insgesamt acht Sitzungen hat sich der Beirat mit dieser Thematik befasst; über den Verlauf der Beratungen soll im Folgenden kurz berichtet werden.

Der Parlamentarische Beirat hat sich zunächst einmal mit seinem Selbstverständnis und der Aufgabenstellung beschäftigt. Er handelt im Auftrag des Landtags, um dessen künftige Rolle und Stellung sowie diejenige des Finanzausschusses bei Aufstellung und Vollzug eines von den neuen Steuerungsinstrumenten mitbestimmten Landeshaushalts zu untersuchen. Er untersucht insbesondere Fragestellungen, die sich aus den neuen Steuerungsinstrumenten auf die Haushaltsplanaufstellung und den Vollzug sowie die Kontrolle des Haushalts ergeben.

Die Hauptaufgabe des Beirats besteht darin, die Informationsbedürfnisse des Parlaments, die Veränderung des Haushaltsplans bzw. seine Erläuterungen und die Rechte des Parlaments zu formulieren und der Landesregierung gegenüber deutlich zu machen. Dies haben wir fraktionsübergreifend gemeinsam festgestellt.

Der Beirat wurde vom Finanzminister bislang regelmäßig über den aktuellen Projektstatus und damit verbundene Verzögerungen informiert. Dies soll, sofern der Beirat auch in der nächsten Legislaturperiode wieder eingerichtet wird, in Zukunft beibehalten werden.

Wir haben uns in der ersten Runde der Beiratsarbeit vor allem mit der Anhörung verschiedener Pilotbehörden beschäftigt, die die neuen Steuerungsinstrumente bereits sowohl in der dezentralen Budgetierung als auch in der Kosten- und Leistungsrechnung in Ansätzen eingeführt haben. Unter anderem fanden Anhörungen zum Rechnungshof, zum Statistischen Landesamt, zur Polizeidirektion Konstanz, zum Finanzamt Lörrach und zum Straßenbauamt Calw statt.

Wir haben aus den Anhörungen das Fazit gezogen, dass die Konzeptionsphase möglichst kurz gehalten werden soll, weil die Einführung und der Betrieb der neuen Steuerungsinstrumente ein Dauerbetrieb sein sollte. Das heißt, dass man dies erst erlernen muss. Man kann es aber am besten dadurch erlernen, dass man es praktisch umsetzt.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir haben auch festgestellt, dass für die neuen Steuerungsinstrumente eine möglichst breite Akzeptanz der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Landesverwaltung nötig ist. In diesem Zusammenhang legen wir Wert darauf – dies konnten wir auch von den Pilotbehörden erfahren –, dass

regelmäßig entsprechende Motivationen und Schulungsangebote stattfinden müssen, damit den Mitarbeitern in der Verwaltung klar wird, wieso man die neuen Steuerungsinstrumente überhaupt einführt und wo der Mehrwert der neuen Steuerungsinstrumente eigentlich liegt. Sie sollen ja keine zusätzliche Arbeitsbelastung sein, sondern vor allem eine Entlastung darstellen und für mehr Transparenz im Verwaltungshandeln sorgen.

Wir waren uns auch darüber einig, dass eine Doppelerfassung von Kosten und Leistungen vermieden werden sollte, weil jeder zusätzliche Aufwand auch zusätzliche Kosten verursacht. Wir waren und sind uns auch darin einig, dass mit dem Projekt der neuen Steuerungsinstrumente innerhalb der Landesverwaltung ein Stück weit ein Kulturwandel stattfinden soll.

Nachdem wir die Pilotbehörden angehört hatten, haben wir eine Anhörung mit Herrn Professor Hill durchgeführt, einem großen Experten, einem Verwaltungswissenschaftler und Finanzwissenschaftler der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Speyer, der sich seit mehreren Jahren mit der Konzeption und der Einführung neuer Steuerungsinstrumente beschäftigt. Insbesondere haben wir untersucht, wie denn die Kompetenzen zwischen Regierungshandeln und Landtag abgegrenzt werden müssten und wie man einen Kontrakt oder eine gewisse Steuerungsregelung zwischen dem Landtag und der Regierung einführen kann, damit die Aufgaben im Zusammenhang mit den neuen Steuerungsinstrumenten klar verteilt sind.

Der ursprüngliche Gedanke, dass das Parlament über das Ob und die Regierung über das Wie, das heißt über die Umsetzung einer Aufgabe, entscheidet, ist – das ist uns sehr schnell klar geworden – mittlerweile zumindest in Teilen überholt. Die Aufgabe des Landtags reicht durchaus in die Frage des Wie hinein. Jedoch wird die Tiefe des Hineinreichens im Zusammenhang mit dem Haushaltsvollzug zu untersuchen sein.

Ein weiteres Problem, das sich im Zusammenhang mit der dezentralen Budgetierung und mit der Kosten- und Leistungsrechnung stellt, ist das Verhältnis von Bundes- und Landesrecht: Inwieweit kann der Landtag der Regierung Zielvereinbarungen vorgeben, beispielsweise bei Zielen, die letztendlich fremdbestimmt sind, die dem Land etwa über den Bund oder die Europäische Union zugewiesen worden sind? Hier gibt es auch gewisse verfassungsrechtliche Probleme, die aufgearbeitet werden müssen.

(Abg. Deuschle REP: Eine Zusatzkommission einrichten!)

Im Einzelnen möchte ich nicht auf diese verfassungsrechtlichen Fragen eingehen, weil sie den zeitlichen Rahmen der zur Verfügung stehenden Redezeit überschreiten würden.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen, der bei uns im Beirat auch diskutiert wurde, nämlich zu der Frage, inwieweit mit der Einführung der neuen Steuerungsinstrumente auch ein Rationalisierungspotenzial in der Landesverwaltung verbunden wird. Anfänglich, als die Regierung die neuen Steuerungsinstrumente eingeführt hat, war ja die Rede davon, dass auf Sicht 3 500 Stellen eingespart werden könnten. Ziel weder des Projekts noch des

(Dr. Birk)

Beirats ist, 3 500 Stellen zu streichen, sondern Ziel ist, der Verwaltung Instrumente bereitzustellen, um Optimierungspotenziale transparent zu machen und diese auch zu nutzen. Dies hat nicht automatisch einen Stellenabbau zur Folge. Es geht darum, die Leistungsfähigkeit der Verwaltung und ihrer Beschäftigten sowie die Orientierung auf den Output, nämlich auf das, was als Arbeitsergebnis herauskommt, deutlich zu machen und eine Beziehung zwischen Leistung und Kosten herzustellen.

Der Beirat ist der Auffassung, dass Regierung und Parlament dann aber auch bereit sein müssen, Konsequenzen zu ziehen, wenn sich zeigt, dass an der einen oder anderen Stelle eine Optimierung und Anpassung erforderlich ist.

(Beifall des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Zum weiteren Vorgehen wurde dann vereinbart, dass wir uns als Beirat der dezentralen Budgetierung zuwenden, und zwar vor allem auch im Hinblick darauf, dass bereits in den kommenden Haushalt vor allem bei der dezentralen Budgetierung Elemente der neuen Steuerungsinstrumente aufgenommen werden sollen.

(Beifall bei Abgeordneten des Bündnisses 90/Die Grünen und des Abg. Schmiedel SPD)

– Ich bedanke mich herzlich, aber, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Grünen, ich würde Ihnen wirklich empfehlen, diesem Thema genau zu folgen – so, wie das Ihre Kollegin Erdrich-Sommer auch macht –, denn durch die neuen Instrumente wird sich wirklich, was die Haushaltspolitik und die Finanzpolitik des Landes angeht, schon vom Verfahren her einiges bei uns ändern. Ich hoffe sehr auf Ihre Unterstützung und darauf, dass wir vom Verfahren her erreichen, dass jeder Abgeordnete erstens auch einen Haushaltsplan lesen und zweitens auch weiterhin die Aufgabe als Kontrolleur der Regierung wahrnehmen kann.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Der nimmt die Grünen gar nicht ernst!)

Da die Grünen ja besonders scharfe Kontrollen durchführen wollen, kann ich ihnen nur empfehlen, sich dieser Aufgabe dann auch zu stellen.

(Abg. Herrmann CDU: Sehr gut! Das ist gut! – Zuruf des Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen)

Wir werden in den künftigen Haushalten erheblich weniger Einzeltitel haben und verschiedene Einzeltitel zu Globaltiteln zusammenfassen. Wir werden eine gegenseitige Übertragbarkeit und eine gegenseitige Deckungsfähigkeit haben. All dies muss in einen Haushalt gegossen werden und bedeutet für uns letztendlich auch, dass wir mit der Frage vertraut werden müssen, wie und anhand welcher Kostengrößen dieser Haushalt aufgestellt werden soll. Aber dann kommt dazu, was noch viel wichtiger ist, anhand welcher Leistungsgrößen dieser Haushalt aufgestellt werden

soll. Das heißt, das Parlament muss der Regierung gewisse Zielvorgaben machen, die dann anhand von Leistungskennzahlen auch überprüfbar sind.

(Zurufe der Abg. Oelmayer und Walter Bündnis 90/Die Grünen)

– Herr Kollege Oelmayer, als Jurist dürfte Ihnen nicht entgangen sein, dass diese Zielvorgaben dann auch seitens des Landesparlaments überprüft werden müssen. Das müsste eigentlich auch in Ihrem Interesse liegen.

Meine Damen und Herren, ich komme allmählich zum

(Abg. Schmiedel SPD: Schluss!)

Schluss.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Bündnisses 90/Die Grünen – Zurufe: Bravo! – Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen: Was heißt da „allmählich“? – Gegenruf des Abg. Seimetz CDU: Das war eine Drohung!)

Es gibt noch genügend Arbeit für diesen Beirat. Deshalb nehme ich auch die Bitte der Beiratsmitglieder auf, nach Ablauf dieser Legislaturperiode und mit Beginn der neuen Legislaturperiode diesen Beirat wiederum einzurichten. Er soll letztendlich das Grundgerüst – ich habe das bereits gesagt – dafür erstellen, dass wir als Parlamentarier bei der Haushaltsaufstellung und beim Haushaltsvollzug unsere Interessen einbringen können und dass dieses gemeinsame Werk, nämlich der Haushalt, ab der nächsten Legislaturperiode

(Abg. Kleinmann FDP/DVP: Dem stimmen wir zu!)

bzw. dann für die Jahre 2003/2004 diese neuen Instrumente auch berücksichtigt.

(Beifall des Abg. Oelmayer Bündnis 90/Die Grünen)

Lassen Sie mich abschließend

(Abg. Birgit Kipfer SPD: Noch mal?)

Dank sagen an die Beiratsmitglieder. Ich bedanke mich vor allem für die sehr sachliche und konstruktive Zusammenarbeit. Es war wirklich so, dass dort wenig bzw. gar keine Parteipolitik gemacht wurde, sondern dass sachorientiert und zielorientiert gearbeitet wurde.

Ich bedanke mich herzlich bei meinem Stellvertreter Julius Redling.

(Abg. Capezzuto SPD: Guter Mann!)

Ich bedanke mich herzlich bei Herrn Götz von der Landtagsverwaltung, der uns betreut hat, und ich bedanke mich natürlich auch ganz herzlich beim Finanzministerium, wo man uns mit Rat und Tat sowie guten Vorlagen zur Seite stand.

In diesem Sinne hoffe ich, dass ich Ihnen zumindest einen kleinen Einblick in unsere Arbeit geben konnte und dass

(Dr. Birk)

der Landtag in der kommenden Legislaturperiode für dieses Thema aufgeschlossen ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der SPD, beim Bündnis 90/  
Die Grünen und bei der FDP/DVP – Abg. Herrmann CDU: Das war sehr informativ!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass ich ohne Einzelabstimmung über die Beschlussempfehlung Drucksache 12/5529 insgesamt abstimmen lassen kann. – Ich stelle Zustimmung hierzu fest. Es erhebt sich kein Widerspruch, damit ist so beschlossen.

Punkt 7 der Tagesordnung ist damit erledigt.

Ich rufe **Punkt 8** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Landesbeauftragten für den Datenschutz vom 4. Dezember 2000 – Einundzwanzigster Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz – Drucksachen 12/5740, 12/6020**

Berichterstatter: Abg. Kiesswetter

Das Präsidium hat für die Aussprache über diesen Tagesordnungspunkt eine Redezeit von fünf Minuten je Fraktion, gestaffelt, beschlossen.

Das Wort hat Herr Abg. Herrmann.

**Abg. Herrmann** CDU: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Datenschutz hat bei uns im Land alles in allem einen hohen Stellenwert. Die Berichte des Datenschutzbeauftragten aus den letzten Jahren haben gezeigt, dass es zwar einzelne Probleme gibt, dass es aber insgesamt um den Datenschutz im Land gut bestellt ist. Dazu trägt auch der jährliche Bericht des Datenschutzbeauftragten bei, der, oftmals berechtigt, einzelne Probleme aufzeigt und den Behörden signalisiert, dass es eine Stelle gibt, die über den Datenschutz im Land streng wacht.

In der Diskussion im Ständigen Ausschuss über den Bericht hat eine Rolle gespielt, dass in den Kommunen hie und da Verstöße vorkommen. Es wurde die Forderung erhoben, Datenschutzbeauftragte für die Kommunen vorzuschreiben. Für die CDU-Fraktion erkläre ich: Wir appellieren an die kommunale Seite, Datenschutzbeauftragte zu benennen. Wir wollen aber keine gesetzliche Verpflichtung. Denn es ist nicht der richtige Weg, am Sonntag vom Abbau von Vorgaben und Vorschriften zu reden und am Montag neue gesetzliche Regelungen zu fordern.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Sehr gut!)

Wir vertrauen auf die kommunale Selbstverwaltung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Capezzuto SPD: Macht das!)

Einen zweiten Punkt möchte ich ansprechen: Der Landtag von Baden-Württemberg hat letztes Jahr die EU-Daten-

schutzrichtlinie für Baden-Württemberg umgesetzt. Im Bund und in mehreren Bundesländern steht die Umsetzung noch aus. Das Land ist seiner Verpflichtung nachgekommen. Es wäre schön, wenn dies die anderen Bundesländer und insbesondere auch der Bund ebenfalls täten.

(Abg. Dr. Reinhart CDU: Hervorragend!)

Lassen Sie mich einen Punkt aus dem Bericht des Datenschutzbeauftragten herausgreifen. Nachdem wir in vier Wochen eine Landtagswahl haben, wird wieder eine Rolle spielen, wie es um Melderegisterauskünfte vor Wahlen bestellt ist. Der Gesetzgeber hat ausdrücklich gewollt, dass Parteien vor Wahlen Gruppenauskünfte aus dem Melderegister erhalten können. Dies hält der Datenschutzbeauftragte für problematisch, weil sich hier zwei Ziele ein Stück weit gegeneinander stellen: zum Ersten das Interesse der Parteien, sich unmittelbar vor Wahlen an die Wahlberechtigten zu wenden, zum Zweiten das Grundrecht des Einzelnen auf informelle Selbstbestimmung. Die Stadt Baden-Baden hat bei der Kommunalwahl 1999 dem CDU-Kreisverband die Namen und Anschriften der Erst- und Seniorenwähler mit der Begründung verweigert, sie gebe keiner Partei solche Gruppenauskünfte, weil sonst auch extremistische Parteien diese fordern könnten. Die Stadt berief sich dabei auf den Wortlaut der Bestimmung des Meldegesetzes und war der Auffassung, durch das Wörtchen „kann“ sei ihr das Ermessen eingeräumt, selbst zu entscheiden, ob sie Parteien solche Auskünfte erteilen wolle.

Nun hat das Verwaltungsgericht Karlsruhe dem klagenden CDU-Kreisverband unlängst Recht gegeben. Im Urteil wird ausgeführt, dass Parteien, denen nach dem Grundgesetz eine besondere Stellung zukommt, auch ein berechtigtes Interesse haben, die Anschriften von Wahlberechtigten zu erhalten. Das bedeutet, dass das Ermessen der Meldebehörde quasi auf null reduziert ist und Parteien grundsätzlich Anspruch auf solche Auskünfte haben.

Mir ist klar, dass es sich bei der Entscheidung des Verwaltungsgerichts Karlsruhe um kein höchstrichterliches Urteil handelt. Mir ist auch klar, dass es in anderen Bundesländern in diesem Zusammenhang andere Entscheidungen gibt. Ich halte es aber für richtig, dass die Parteien weiterhin die Möglichkeit haben, vor Wahlen Gruppen von Wählern anzuschreiben. Der Bürger, der das nicht will, kann seine Adresse ja vorher sperren lassen.

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich noch darauf hinweisen, dass wir der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zustimmen, von dem Tätigkeitsbericht des Landesdatenschutzbeauftragten zustimmend Kenntnis zu nehmen.

(Beifall des Abg. Birzele SPD)

„Zustimmend“ heißt für uns nicht, dass wir bei jedem angesprochenen Punkt inhaltlich voll mit dem Datenschutzbeauftragten übereinstimmen. „Zustimmend“ heißt, dass wir von der Arbeit des Datenschutzbeauftragten insgesamt und davon, wie der Datenschutz bei uns im Land gehandhabt wird, zustimmend Kenntnis nehmen.

Abschließend möchte ich für meine Fraktion dem Datenschutzbeauftragten sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mit-

(Herrmann)

arbeitern danken, und zwar insbesondere dafür, dass er trotz angespannter und für ihn unbefriedigender Personalsituation eine gute, qualitätsvolle und für den Bürger in unserem Land wichtige Arbeit leistet.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Abg. Dr. Reinhard CDU: Sehr gut!)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Bebber.

**Abg. Bebber SPD:** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

(Unruhe)

– Meine Redezeit läuft. Ich weiß nicht: Erhalte ich einen Redezeitzuschlag?

(Zurufe, u. a. des Abg. Haasis CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Der Einundzwanzigste Tätigkeitsbericht des Landesbeauftragten für den Datenschutz zeigt, dass im Land Baden-Württemberg Jahr für Jahr – gewissermaßen mit trauriger Regelmäßigkeit – die Rechte der Bürger missachtet werden und die Landesregierung dabei tatenlos zuschaut. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien werden in den Verwaltungen des Landes mehr und mehr eingesetzt. Der gesetzlich vorgeschriebene datenschutzrechtliche Schutz der Bürger wird aber nicht in gleichem Maß vorangetrieben und gewährleistet. Im Gesundheits- und Sozialbereich, in der Justiz und bei der Polizei, auf kommunaler Ebene, in Schule und Hochschule sowie bei den Finanzämtern werden die Datenschutzrechte und die informationelle Selbstbestimmung der Bürger immer wiederkehrend missachtet.

Eine Möglichkeit, wirksamen Datenschutz durch behördliche Datenschutzbeauftragte zu sichern, will die Landesregierung nicht durchsetzen – auch die CDU-Fraktion nicht, wie wir gerade gehört haben. Die Landesregierung stellt den Behörden frei, einen solchen internen Datenschutzbeauftragten vor Ort einzusetzen. Das funktioniert nicht, Herr Innenminister.

Die immer wiederkehrenden Verstöße passierten nicht, weil die Verwaltungsbehörden bössartig, vorsätzlich Bürgerrechte missachten wollten. Es fehlt vor Ort oft am Sachverstand, an einem Datenfachmann, an einem kenntnisreichen Rat im Alltag. Es fehlt sicher auch immer wieder einmal die Einsicht in die Bedeutung des Datenschutzes.

Der Landesdatenschutzbeauftragte kann mit seinen wenigen Stichproben keine nachhaltige Abhilfe diesbezüglich schaffen. Vor Ort – in jeder Behörde – muss jemand sein, der sich auskennt und Datenschutz alltäglich praktiziert.

Die Landesregierung hingegen, Herr Innenminister – so jedenfalls die Auskunft im Ausschuss –, weiß nicht einmal, wo es behördliche Datenschutzbeauftragte gibt, in welcher Kommune und in welchem Finanzamt eine Fachkraft darüber wacht, dass der Datenschutz eingehalten wird.

(Abg. Rech und Abg. Herrmann CDU: Fällt das auch unter den Datenschutz?)

– Herr Rech! – Wir sind gespannt auf die schriftliche Antwort, die uns von der Landesregierung im Ständigen Aus-

schuss versprochen worden ist. Wir sind auch gespannt, ob nach der zaghaften Zusage des Justizministers – er ist jetzt nicht mehr da – mit dem Landesdatenschutzbeauftragten eine Klärung über seine Prüftätigkeit im Justizbereich herbeigeführt wird. Im Justizbereich werden EDV-Verfahren eingeführt. Dem Landesdatenschutzbeauftragten wird aber vom Justizministerium immer wieder nicht gestattet, zu prüfen, ob die datenschutzrechtlich gebotenen technischen und organisatorischen Maßnahmen auch getroffen worden sind. Der Justizminister wertet eine solche Überprüfung als Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit. Herr Innenminister, ich kann mich erinnern, dass Sie sich auch einmal in dieser Richtung geäußert haben. Vielleicht kann man jetzt aber wirklich ein Gespräch führen und abgrenzen, was überprüft werden kann.

Eine definitive Einschätzung des Justizministers kennen wir noch nicht. Gespräche sind angekündigt. Wir sind übrigens gespannt, ob der Justizminister nach dem 25. März überhaupt noch Gelegenheit haben wird, praxisrelevante Einsicht zu zeigen.

Der Innenminister ist, wenn ich das so sagen darf, datenschutzrechtlich eine verlassene Seele. Sie Ärmster!

(Abg. Rech CDU: Dem gefällt es!)

Sie haben, wie alle Fachleute, schon vor Monaten gemerkt, dass es in der Behörde des Landesdatenschutzbeauftragten an einem Informatiker fehlt. Dort müsste wenigstens noch eine zusätzliche Stelle geschaffen werden, damit der Betrieb nicht mehr ganz so ärmlich und gehandicapt ablaufen muss. Bei den letzten Haushaltsberatungen haben Sie, Herr Innenminister, und zwar trotz unseres Oppositionsantrags – das ehrt Sie –, die Einsicht gewonnen, dass eine solche Informatikerstelle notwendig ist. Leider haben die Koalitionsfraktionen – ich weiß nicht, welche Rolle die FDP/DVP dabei gespielt hat; es ist immer ein bisschen schwierig, da Einsicht zu bekommen; rätselhaftes Verhalten der FDP/DVP –

(Abg. Herrmann CDU: Die war liberal!)

im Finanzausschuss die Stelle abgelehnt. Weg war sie. Und der Innenminister stand ohne die von ihm für notwendig gehaltene Stelle da.

(Abg. Birgit Kipfer SPD: So etwas!)

Im Ständigen Ausschuss hat die Landesregierung jetzt auf unsere Nachfrage erneut die Notwendigkeit der zusätzlichen Stelle des Informatikers bejaht. Ich warte darauf, dass auch aus den anderen Fraktionen das Signal kommt, dass Sie da mitmachen werden. Aber, wie gesagt, die Abgeordneten saßen bei unserer Frage im Ständigen Ausschuss wie versteinert da. Sie machten den Eindruck, als dächten sie daran, dass sie das nächste Mal gar nicht mehr über eine solche Stelle werden entscheiden können.

(Abg. Rech CDU: Wir signalisieren nichts, wir machen es!)

Wir danken dem Landesdatenschutzbeauftragten für seine Arbeit.

**Stellv. Präsident Weiser:** Herr Abg. Bebber, Ihre Redezeit ist um!

**Abg. Bebber SPD:** Wir danken auch den Bediensteten seiner Behörde. Wir sagen ihm unsere weitere Unterstützung zu.

(Beifall bei der SPD)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Walter.

(Abg. Herrmann CDU: Versteht der auch etwas von Datenschutz? Das ist ja etwas ganz Neues!)

**Abg. Walter Bündnis 90/Die Grünen:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Herrmann, im letzten Jahr habe ich auch schon zum Datenschutzbericht geredet. Also ganz ruhig bleiben,

(Abg. Herrmann CDU: Allround-Talent! – Abg. Brechtken SPD: Das haben wir einfach vergessen!)

auch noch kurz vor der Wahl. Noch viereinhalb Wochen; das halten Sie aus.

Zunächst möchte ich einen Punkt aufgreifen, den auch der Kollege Bebber hier erwähnt hat. Ich glaube, wir brauchen nicht nur eine zusätzliche Informatikerstelle, sondern wir brauchen insgesamt mehr Stellen. Wir brauchen mehr Personal,

(Abg. Herrmann CDU: Geld ausgeben!)

und zwar auch zur Beratung der kommunalen Seite; Sie, Herr Herrmann, haben das angesprochen. Ich glaube aber, es geht nicht nur darum, Kollege Herrmann, jetzt auf kommunaler Seite Datenschutzbeauftragte einzustellen, sondern die Sache kann man auch dadurch regeln, dass das Land den Kommunen noch mehr Beratung zukommen lässt. Das wäre auch eine Möglichkeit, dies zu regeln. Insgesamt ist das aber ein Bereich, wo wir uns einig sind: Da muss noch etwas geschehen.

Dann muss man noch wissen, dass durch all die neuen Informationstechnologien – Stichwort Internet – ganz neue Aufgaben auf uns zukommen, über die wir bisher noch gar nicht geredet haben und über die wir bisher viel zu wenig wissen.

(Abg. Rech CDU: Wir schon!)

– Ihr wisst natürlich immer alles. Das ist klar.

(Abg. Rech CDU: Geredet haben wir, und handeln tun wir auch!)

– Geredet haben alle schon darüber. Aber der Bereich Internet entwickelt sich halt immer schneller weiter. Deswegen glaube ich, dass man auch in diesem Bereich schon aus diesem Grund mehr Personal braucht. Wenn darüber Einigkeit herrscht, können wir das in der nächsten Legislaturperiode, unabhängig davon, wer regiert, gemeinsam angehen.

Ein weiteres Thema, das ich ansprechen möchte, Kollege Herrmann, ist – das finde ich sehr erfreulich –, dass mittlerweile beim Thema Datenschutz keine so ideologischen Grabenkämpfe mehr stattfinden.

(Abg. Herrmann CDU: Das stimmt!)

Quer über alle Fraktionen hinweg werden solche Fragen immer öfter einstimmig behandelt.

(Abg. Herrmann CDU: Auch ein Verdienst von Herrn Schneider!)

– Jetzt lassen Sie mich einmal ausreden. – Die Regierung versucht jetzt auch nicht mehr, bei der Behandlung der Anmerkungen, die vonseiten des Datenschutzbeauftragten kommen, nur einen Abwehrkampf zu führen, sondern sie ist bestrebt, die Probleme gemeinsam zu lösen.

Sie, Herr Herrmann, haben sich dafür ausgesprochen, den Bericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen. Auch das ist ein Fortschritt gegenüber früheren Zeiten. Das muss man an dieser Stelle einmal positiv vermerken. Es zeigt auch, dass über den Datenschutz – Sie haben es zu Recht angesprochen; es hat sicherlich auch mit der Person des Datenschutzbeauftragten zu tun – nicht mehr wie in früheren Jahren Grabenkämpfe geführt werden. Ich denke, das muss man hier sehr positiv vermerken.

Zum Abschluss möchte ich noch sagen: Mein Dank gilt Herrn Schneider und seiner Behörde, die das ganze Jahr über gute Arbeit leistet. Wir hoffen, dass wir sie in der nächsten Legislaturperiode mit mehr Personal ausstatten können. Dann wird diese Arbeit noch besser werden.

Danke schön.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Kiesswetter.

**Abg. Kiesswetter FDP/DVP:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben auch in diesem Jahr den Datenschutzbericht entgegengenommen. Wir haben keine besonderen Skandale zu verzeichnen. Es handelt sich um normale Unzulänglichkeiten in der Verwaltung, die aufgelistet werden. Sicher werden sie zu 90 % anstandslos behoben und mit Einsicht in die Problematik behandelt werden können. Nach Jahren praktizierten Datenschutzes ist es erfreulich, dass die Regeln in der Verwaltung im Prinzip eingehalten werden.

Der einzige Punkt, der wirklich strittig war, betrifft das Justizministerium – nur hierüber gab es eine kontroverse Diskussion. Wir meinen – das ist der Obersatz –: Die Justiz kontrolliert die Verwaltung, nicht umgekehrt. Das muss man einmal klarstellen. Die Justiz ist ein Organ, das den Datenschutz einhalten kann. Die Justiz kennt die Datenschutzvorschriften. Deshalb ist es primär so wie beim Landtag, der ja ebenfalls nicht kontrolliert wird: Außer in Verwaltungsangelegenheiten kann dort, wo die dritte Gewalt angesprochen wird, eine Kontrolle nicht stattfinden.

Dabei gibt es Grenzbereiche. Was sind Verwaltungsangelegenheiten, und was betrifft die dritte Gewalt? Hier gibt es Überschneidungen. Eine genaue Grenzlinie zu finden ist schwierig. Um dieses Problem zu klären, hat der Justizminister ein Gespräch angeboten, damit der Datenschützer nicht – wie jedes Jahr – meint, er müsse jeweils einen Ge-

(Kiesswetter)

rechtszweig aufs Korn nehmen und dort einen Grabenkampf führen.

Ich glaube, hier wird eine Lösung gefunden werden. Ich weise nur darauf hin, dass wir das einzige Bundesland sind, in dem diese Auseinandersetzung geführt wird. In anderen Bundesländern gibt es diese Kontroverse zwischen Datenschützer und Justiz nicht. Dort wird respektiert, dass die dritte Gewalt unabhängig ist und diese Probleme selbst in die Hand nimmt. Wie gesagt, der Justizminister hat ein Gespräch angeboten und wird dieses Angebot auch nach dem 25. März als Justizminister weiter aufrechterhalten.

(Zurufe von der SPD: Ja, ja!)

Ich glaube, dass wir nächstes Jahr eine ausführliche Stellungnahme – –

(Abg. Birzele SPD: Das glauben nur Sie! – Abg. Brechtken SPD: Müsst ihr euch Mut zureden? – Abg. Birzele SPD: Das Pfeifen im finsternen Wald!)

Wir werden dieses Gespräch mit dem Datenschützer das ganze Jahr über führen. Ich sehe gar keine Veranlassung, dass der Wähler das anders sieht als wir. Wir werden dieses Problem lösen.

(Abg. Brechtken SPD: Das ist richtig! Bei der FDP kann man sagen: Egal, wir sind immer dabei! Da ist was dran!)

Der zweite Punkt: Es hat uns etwas gewundert, dass der Datenschützer einen Fall aufgreift, in dem ein Bürger zum Verwaltungsgericht gegangen ist und seine eigenen Fälle mitgeteilt bekam. Dass das ein Verstoß gegen den Datenschutz sein soll, verstehen wir nicht. Das war eine Serviceleistung des Verwaltungsgerichts, das Auskunft gab, aber sicher kein Verstoß gegen den Datenschutz. Dort diese Serviceleistung anzubieten ist sinnvoll.

Die zusätzliche Personalstelle für einen Informatiker haben wir im Ständigen Ausschuss befürwortet. Dass der Finanzausschuss anders entschieden hat, lag nicht am Ständigen Ausschuss, lag nicht an uns. In der nächsten Legislaturperiode werden wir, auch unter Federführung dieses Justizministers, die Stelle sicherlich genehmigen.

Dass bei den Kommunen Datenschutzbeauftragte noch nicht so etabliert sind, wie wir es uns vielleicht wünschen, hängt auch mit dem Zeitfaktor zusammen. Das Gesetz ist erst seit kurzem in Kraft. Aber wir bestehen auch darauf, dass es freiwillig sein soll: Die Kommunen sollen selbst entscheiden, ob sie das wollen. Ich glaube, früher oder später werden alle Kommunen eine solche Stelle für einen Datenschutzbeauftragten freiwillig einrichten.

Ich bedanke mich hier nochmals bei dem Datenschützer für seine hervorragende Arbeit und dafür, dass er Probleme aufgezeigt hat, aber auch bei den Mitarbeitern, die diesen Datenschutzbericht mit verfasst haben.

(Beifall bei der FDP/DVP)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat Herr Abg. Wilhelm.

**Abg. Wilhelm REP:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es gab schon Zeiten, da sind beim Thema Datenschutzbericht die Fetzen geflogen. Wenn ich jetzt höre, dass überall weitgehend Einigkeit herrscht,

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

so möchte ich doch darauf hinweisen: Auch wenn der diesjährige Datenschutzbericht keinen eigentlichen Datenschutzskandal enthält, sondern viele kleinere Nachlässigkeiten oder Schlampereien, kann man jetzt nicht einfach sagen: „Okay, wir haben die Sache im Griff. Augen zu und durch!“ oder vielleicht sogar auf die Idee verfallen, der Datenschutzbeauftragte sei eigentlich gar nicht mehr so wichtig. Ich möchte gerade das Gegenteil behaupten. Es gab einmal einen Werbeslogan, der sich jetzt trefflich auf den Datenschutzbeauftragten anwenden lässt: Nie war er so wertvoll wie heute.

(Abg. Herrmann CDU: Das ist richtig!)

Ich will an dieser Stelle auf die kleinen Einzelfälle, so ärgerlich sie auch im Einzelnen sein mögen, nicht näher eingehen, denn dies würde eine Gewichtung des einzelnen Falls bedeuten. Aber ich möchte auf drei Dinge hinweisen, die in Zukunft auf uns zukommen könnten.

Die heutige Technik erlaubt es, den Menschen absolut transparent zu machen. Wer heute in seinem Pkw ein Navigationssystem hat, wer unterwegs mit dem Handy telefoniert und mit Kreditkarte zahlt, der ist lückenlos zu überwachen. Das muss nicht sein, aber es kann sein. Hier werden große Probleme datenschutzrechtlicher Art auf uns zukommen.

Das Zweite ist die Gentechnik. Die DNA-Analyse, so nützlich und so wundervoll sie auch für die Strafverfolgung sein mag, birgt doch ganz große Gefahren. Beispielsweise hört man aus den USA, dass es dort schon so ist, dass man von einer Lebensversicherung oder Krankenversicherung nur aufgenommen wird, wenn man vorher eine DNA-Probe abgegeben hat. Das wollen wir hier in Deutschland nicht. Ich möchte anhand des Resultats, das bei mir herauskommen würde, nicht wissen, wann ich welche Krankheit bekommen werde. Ich glaube, auf diesem Gebiet kommt noch einiges auf uns zu.

Das Dritte – aber das erspare ich Ihnen jetzt, das habe ich schon zweimal gesagt – ist die unsägliche Videoüberwachung. Wir werden zukünftig damit rechnen müssen, dass Millionen von Menschen auf ihrem täglichen Weg überwacht und die Aufzeichnungen gespeichert werden. Ich sage es nochmals: Noch nie in der Geschichte der Menschheit sind Waffen erfunden worden, die später nicht auch zum Einsatz gekommen sind. Natürlich wird es auch hier über kurz oder lang so sein.

Ich glaube, dies verdeutlicht, wie wichtig der Datenschutzbeauftragte in Zukunft sein wird und welche gewaltigen Schwierigkeiten auf ihn zukommen werden, auch wenn in den letzten Jahren die einzelnen Verstöße stark zurückgegangen sind. Das ist gut so. Wir sichern dem Landesbeauftragten für den Datenschutz unsere Unterstützung in jeglicher

(Wilhelm)

cher Hinsicht zu. Ich bedanke mich im Namen meiner Fraktion Die Republikaner bei ihm für die geleistete Arbeit.

Danke schön.

(Beifall bei den Republikanern)

**Stellv. Präsident Weiser:** Das Wort hat der Herr Innenminister.

**Innenminister Dr. Schäuble:** Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch ich möchte zunächst im Namen der Landesregierung dem Landesbeauftragten für den Datenschutz, Herrn Schneider, sowie seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihr großes Engagement, für ihre umfassende Kompetenz und für ihre geleistete Arbeit danken, ganz besonders, Herr Schneider, vor dem Hintergrund der hohen Arbeitsbelastung, unter der Sie und Ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stehen.

Erfreulich ist – das ist, glaube ich, allgemeiner Tenor jetzt in der Aussprache gewesen –: Die Zahl der förmlichen Beanstandungen ist erneut deutlich zurückgegangen und hat einen Tiefstand erreicht. Wir sind uns sicher einig, dass dies eine erfreuliche Entwicklung ist. Daran wird auch deutlich, dass das Bewusstsein für den Datenschutz in der öffentlichen Verwaltung in Baden-Württemberg inzwischen gut verankert ist. Maßgeblich dafür ist zweifellos, dass in der Arbeit des Landesbeauftragten mehr und mehr die Beratungstätigkeit in den Vordergrund rückt. Nach meinem Eindruck ist ohnehin eine generelle Entwicklung der Arbeit des Landesbeauftragten für den Datenschutz von einer bloßen Kontrolle im Nachhinein hin zu einer primär vorsorgenden Beratung und Hilfestellung für die Behörden und die Verwaltung festzustellen.

(Beifall des Abg. Rech CDU)

Ich begrüße und unterstütze diese Entwicklung ausdrücklich. Damit wird erreicht, dass die berechtigten Anliegen des Datenschutzes von vornherein berücksichtigt werden. Vor diesem Hintergrund ist der Rückgang der förmlichen Beanstandungen keine wirkliche Überraschung.

Ich bin davon überzeugt, dass der eingeschlagene Weg der konstruktiven Zusammenarbeit zwischen dem Landesbeauftragten und der Verwaltung richtig ist und konsequent fortgesetzt werden muss.

(Abg. Bebber SPD: So ist es!)

Dies gilt angesichts der mit enormer Geschwindigkeit voranschreitenden Entwicklung im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik gerade auch für Hilfestellungen und Unterstützungen in Fragen der Technik und der Organisation. Zu Recht stellt der Herr Landesbeauftragte dieses Thema in seinem Tätigkeitsbericht an den Anfang und misst diesen Fragen große Bedeutung bei.

Ich begrüße in diesem Zusammenhang ausdrücklich, dass sich der Landesbeauftragte nicht nur um die Begleitung und die Beratung bei einzelnen Vorhaben kümmert – ich denke beispielsweise an das Gemeinschaftsprojekt „Polizei online“ oder an Fragen des Outsourcing des Landesverwaltungsnetzes –, sondern auch allgemeine datenschutz-

rechtliche Fragen aufgreift und dazu Stellung nimmt. Ich nenne hierzu die Stichworte Internet, Sicherheit im Internet und Telearbeit.

Uneingeschränkt gilt: Dem Anliegen des Datenschutzes werden wir am besten gerecht, wenn die Beteiligten weiterhin partnerschaftlich und vertrauensvoll zusammenarbeiten. An der Bereitschaft des Innenministeriums zu einer weiterhin engen Zusammenarbeit mit dem Landesbeauftragten für den Datenschutz soll und wird es nicht fehlen.

(Beifall der Abg. Hehn und Rech CDU)

Aufgeschlossenheit der Verwaltung für den Datenschutz einerseits und zunehmende Beratungstätigkeit des Landesbeauftragten andererseits bilden für mich die beiden wesentlichen Voraussetzungen dafür, dass auch in künftigen Tätigkeitsberichten die Zahl der Beanstandungen gering bleibt und sich im Wesentlichen auf nie ganz zu vermeidende Einzelfälle beschränken wird, dass aber sozusagen Fehler im System von vornherein ausgeschlossen werden können.

Herr Kollege Bebber, ich will an Ihre Adresse nur eine Bemerkung zum Thema „Novellierung des Landesdatenschutzgesetzes“ machen. Ich finde es richtig, dass wir an dieses Landesgesetz herangegangen sind. Dies zeigt sich auch daran, dass die Bundesrepublik Deutschland, weil sie noch nicht gehandelt hat, inzwischen ein Vertragsverletzungsverfahren am Halse hat.

(Abg. Bebber SPD: Das ist aber eine Altlast! Das wissen Sie!)

– Inzwischen ist ja die Bundesregierung auch schon einige Zeit im Amt.

(Abg. Hehn CDU: So ist es! – Abg. Ingrid Blank CDU: Die Bundesregierung ist zu langsam!)

Ich bin vor allem der Auffassung, dass wir, nachdem das Landesgesetz am 1. September 2000 in Kraft getreten ist, noch etwas zuwarten müssen, bis die Grundgedanken dieses Gesetzes dann auch die entsprechende Anwendung in der behördlichen Praxis finden.

Ich wiederhole: Sosehr wir es begrüßen, wenn die Behörden ihrerseits Datenschutzbeauftragte bestellen, so wollen wir dies doch vor allem den Behörden, aber ganz besonders der kommunalen Seite ans Herz legen, es ihnen aber nicht als Befehl vorgeben. Das ist unsere Philosophie.

(Beifall bei der CDU und Abgeordneten der FDP/DVP – Abg. Bebber SPD: Vielleicht mehr in den Kopf als ans Herz! – Abg. Birzele SPD: Ihre Parteifreunde vor Ort sind aber immer dagegen! Das ist das Problem! Die kann man nicht überzeugen! – Gegenruf von der CDU: Eure!)

– Wir haben gerade auch im Verhältnis zur kommunalen Seite, Herr Kollege Birzele, in dieser jetzt zu Ende gehenden Legislaturperiode das Verhältnis Land zu Kommune wie einen roten Faden immer so bestimmt, dass wir gesagt haben: Wenn es einigermaßen vertretbar ist, geben wir an die kommunale Seite keine Befehle, sondern vertrauen darauf, dass die dort von der Bevölkerung Gewählten in eige-

(Minister Dr. Schäuble)

ner Verantwortung richtig entscheiden werden. Dabei sollten wir auch in der nächsten Legislaturperiode bleiben.

(Beifall des Abg. Hehn CDU – Zurufe der Abg. Bebber SPD und Hofer FDP/DVP)

Das Prinzip sollte dann eben auch die Praxis bestimmen, und die Ausnahme sollte nicht zur Regel werden.

Ich will noch kurz auf die Beratungen im Ständigen Ausschuss eingehen. Dort wurde wohl bestätigt, dass neben der zunehmend wichtiger werdenden Beratungstätigkeit natürlich die Kontrollarbeit des Landesbeauftragten weiterhin notwendig bleibt. Sie stellt sicher, dass auch in Einzelfällen der Datenschutz gewahrt bleibt und dass, soweit erforderlich, für Abhilfe gesorgt werden kann.

Allerdings kann es nicht ausbleiben, dass hin und wieder divergierende Ansichten zwischen dem Landesbeauftragten für den Datenschutz und der Verwaltung bestehen. Dies kann erst recht nicht ausbleiben, wenn es sich in beiden Fällen um Juristen handelt. Dass dies insbesondere der Fall sein kann, wenn es um die Ausübung von Rechtsnormen geht, liegt eigentlich auf der Hand und gehört zum normalen Alltag bei der Zusammenarbeit von Behörden.

Dass über die Reichweite der Kontrollkompetenz des Landesbeauftragten bei den Gerichten vertiefende Gespräche – Herr Kollege Kiesswetter, das ist auch gesagt worden – zwischen dem Justizministerium und dem Landesbeauftragten aufgenommen werden, ist, glaube ich, ein Ergebnis der Beratungen des Ständigen Ausschusses, das wir heute Abend noch einmal mit Genugtuung hervor- und herausheben dürfen.

Ich will mit Folgendem schließen: Ich bin, offen gestanden, nicht ganz glücklich gewesen, Herr Schneider, dass, wenn mein Eindruck nicht trügt, bei den letzten Haushaltsberatungen in letzter Minute die eigentlich schon ins Auge gefasste Stelle für einen Informatiker doch nicht eingerichtet wurde. Ich finde, wir sollten immer die Sache in den Vordergrund stellen. Wenn wir dies tun, müssen wir sagen: Der Landesbeauftragte für den Datenschutz braucht eine neue Stelle für einen Informatiker.

(Zuruf des Abg. Bebber SPD)

Mein Appell an den nächsten Landtag geht dahin, dies so schnell wie möglich zu korrigieren und zu beheben.

(Beifall bei der CDU und der FDP/DVP)

Vielen Dank.

Nochmals, Herr Schneider, herzlichen Dank für Ihre Arbeit.

(Beifall bei allen Fraktionen)

**Stellv. Präsident Weiser:** Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass Sie der Beschlussempfehlung des Ständigen Ausschusses zustimmen. – Es erhebt sich kein Widerspruch. Damit ist so beschlossen.

Punkt 8 der Tagesordnung ist erledigt.

Ich frage zur Vereinfachung des weiteren Verfahrens, ob bei den folgenden Tagesordnungspunkten jemand von den Berichterstattern das Wort wünscht. – Dies ist nicht der Fall.

Ich rufe **Punkt 9** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 29. Januar 2001 – Gesetz zu dem Staatsvertrag über den Rundfunk im vereinten Deutschland und zu dem Vertrag zum Europäischen Fernsehkulturkanal vom 19. November 1991 (GBl. S. 745); hier: Berichte des Südwestrundfunks, des Zweiten Deutschen Fernsehens und des DeutschlandRadios über die Finanz-, Haushalts- und Personalkostenentwicklung in den Jahren 1999 bis 2002 – Drucksachen 12/5950, 12/6017**

Berichterstatter: Abg. Herrmann

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 10** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ständigen Ausschusses zu der Mitteilung des Südwestrundfunks vom 19. Dezember 2000; hier: Bericht über die Nutzung der Übertragungswege gemäß § 42 Abs. 3 des Staatsvertrags über den Südwestrundfunk – Drucksachen 12/5875, 12/6018**

Berichterstatter: Abg. Herrmann

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 11** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung der Landesregierung vom 21. Dezember 2000 – Denkschrift 1999 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1997 (Nr. 19) – Zum Stand der DV-Unterstützung in der Steuerverwaltung – Drucksachen 12/5881, 12/5924**

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 12** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu der Mitteilung des Finanzministeriums vom 23. September 1999 – Denkschrift 1998 des Rechnungshofs zur Landeshaushaltsrechnung von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1996 (Nr. 10) – Betätigungsprüfungen im Eisenbahnbereich – Drucksachen 12/4437, 12/5923**

Berichterstatterin: Abg. Ursula Lazarus

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 13** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zu dem Antrag des Finanzministeriums vom 23. Ja-**

(Stellv. Präsident Weiser)

**nuar 2001 – Verkauf einer landeseigenen Grundstücksfläche Ecke Löwentor-/Pragstraße in Stuttgart (sog. Brixner-Areal) – Drucksachen 12/5936, 12/5997**

Berichterstatter: Abg. Winckler

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Ich rufe **Punkt 14** der Tagesordnung auf:

**Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Forschung und Kunst zu der Mitteilung des Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kunst vom 5. Dezember 2000 – Unterrichtung des Landtags in EU-Angelegenheiten; hier: Mitteilung der Kommission an den Rat, das Europäische Parlament,**

**den Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen „Verwirklichung des ‚Europäischen Forschungsraums‘: Leitlinien für die Maßnahmen der Union auf dem Gebiet der Forschung (2002 bis 2006)“ – Drucksachen 12/5818, 12/5995**

Berichterstatter: Abg. Pfisterer

Sie stimmen der Beschlussempfehlung zu.

Wir sind damit am Ende der heutigen Tagesordnung.

Die nächste Sitzung findet morgen, 21. Februar 2001, um 9:30 Uhr mit der Ihnen bekannten Tagesordnung statt.

Ich schließe die heutige Sitzung und wünsche Ihnen noch einen schönen Abend.

**Schluss: 19:14 Uhr**

#### **Berichtigung**

**95. Sitzung**, Seite 7375, linke Spalte, dritte Zeile von unten: Der Zuruf des Abg. Deuschle REP ist zu streichen.

**103. Sitzung**, Seite 8068, rechte Spalte, 17. Zeile von unten: Der Zuruf des Abg. Deuschle REP ist zu streichen.